Auf dem Weg zu einem enkeltauglichen Wirtschaftssystem

– Auswertung des Coburger Symposiums

der ÖDP

vom 24. bis 25. Januar 2020

im Kongresshaus Rosengarten in Coburg

zum Thema:

Wirtschaft ohne Wachstumszwang

Entwurf eines neuen Systems

einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Exzerpt der Podiumsdiskussion mit anschließender Aussprache sowie der Workshops

Ausgeführt von Günther Brendle-Behnisch

Bundesschatzmeister der ÖDP

Auf dem Weg zu einem enkeltauglichen Wirtschaftssystem – Auswertung des Symposiums Coburg

Inhalt

1 Grundüberlegungen 5

2 Ursachenanalyse 5

2.1 Was stört uns überhaupt am Wachstum – wo ist das Problem? 5

2.2 Was sind die wachstumstreibenden Faktoren 8

3 Elemente des neuen Systems 10

3.1 Noch einmal: Der wirtschaftstheoretische Überbau 10

3.2 Rahmenbedingungen 10

3.3 Der Markt und die Demokratie 11

3.4 Handlungsfelder 13

3.4.1 Geld- und Finanzmärkte 13

3.4.2 Energiewende 16

3.4.3 Ressourcenpolitik 25

3.4.4 Unternehmenssektor 36

3.4.4.1 Volkswirtschaftliche Perspektive 36

3.4.4.1.1 EU und internationale Beziehungen 36

3.4.4.1.2 Die Nationalökonomie 40

3.4.4.2 Betriebswirtschaftliche Perspektive 47

3.4.5 Landwirtschaft 55

3.4.6 Privater Sektor – Arbeit und Soziales 64

3.4.6.1 Arbeit 65

3.4.6.1.1 Exkurs: Die Wirtschaft/Der Staat/Das Geld und die Armen 69

3.4.6.1.2 Exkurs: Bedingungen für ein Bedingungsvolles Grundeinkommen 71

3.4.6.2 Soziales 75

3.4.6.2.1 Noch einmal: Mittelherkunft 75

3.4.6.2.2 Mittelverwendung 76

3.4.6.2.3 Exkurs: Thema „Bildung“ 79

3.4.7 Staat – Öffentliche Hand 81

3.4.7.1 Vom Nachtwächter zum Regent 81

3.4.7.1.1 Steuern durch Steuern 82

3.4.7.2 Der Staat als Diener 83

3.4.7.2.1 Die Aufgaben des Staates für das Volk – Allgemeine Daseinsvorsorge 84

3.4.7.2.2 Die Kapazitäten des Staates 92

4 Schlussbetrachtung 93

Exzerpt der Veranstaltung

5 Podiumsdiskussion 94

5.1 Podium 94

5.2 Fazit 96

5.3 Publikumsgespräch 96

6 Samstag: Workshops 99

6.1 Günter Grzega: Finanz- und Geldwirtschaft ohne Wachstum 99

6.2 Herbert Einsiedler: Betriebswirtschaftliche Aspekte wachstumslosen Wirtschaftens 99

6.3 Dietrich Pax: Landwirtschaft unter Rücksichtnahme auf Mensch und Natur 102

6.4 Oliver Richters: Marktwirtschaft zwischen Utopie und Realität 105

6.5 Reheis: Resonanzstrategie 108

6.6 Seidl/Sommer: Die Rolle der Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft 110

6.7 Hans-Josef Fell/Jürgen Osterlänger: Energiewende 112

6.8 Kreiß: Warum wir so viel arbeiten müssen 114

7 Auswertungsphase 119

7.1 Oliver Richters: Utopie und Marktwirtschaft 120

7.2 Hans-Josef Fell/Jürgen Osterlänger: Energiewende 120

7.3 Reheis: Resonanzstrategie 121

7.4 Dietrich Pax: Landwirtschaft unter Rücksichtnahme auf Mensch und Natur 121

7.5 Herbert Einsiedler: Betriebswirtschaftliche Aspekte wachstumslosen Wirtschaftens 122

7.6 Seidl/Sommer: Die Rolle der Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft 123

7.7 Günter Grzega: Finanz- und Geldwirtschaft ohne Wachstum 124

7.8 Christian Kreiß: Warum wir so viel arbeiten müssen 125

8 Resümee der Workshop-Leiter 126

1 Grundüberlegungen

Volkswirtschaftlich gesehen gibt es mehrere Möglichkeiten für eine Basis dieses neuen Wirtschaftssystems, die sich im Grunde genommen in der Weise der Beeinflussung bzw. Regelung durch das jeweilige Staatswesen unterscheiden. Wir stehen hier auf einem Kontinuum zwischen dem derzeitigen neoliberalen Wirtschaftssystem, besser gesagt: den Forderungen und Bestrebungen des neoliberalen Systems nach vollständiger Deregulierung und völliger Freiheit der Wirtschaft – der Staat reduziert sich auf die Rolle des „Nachtwächterstaats", der nur noch darauf achtet, dass diese Deregulierung nicht gefährdet wird – Nachtwächter/Knecht der Wirtschaft – einerseits und einer gelenkten staatlichen Planwirtschaft, die allem Wirtschaften vorschreibt, wer wann was zu produzieren oder zu leisten hat, andererseits. Dass beide Systeme gescheitert sind, dürfen wir als Tatsache feststellen.

Die Wahrheit wird also – wie schon so oft – irgendwo in der Mitte liegen. Als wirtschaftstheoretische Grundlage bietet sich der Ordoliberalismus an, bei dem der Staat einen bestimmten Rahmen vorgibt, in dem sich Wirtschaft frei entwickeln kann. Wie eng oder weit – nach welchen Kriterien dieser Rahmen gesteckt wird, ist dort eine reine Festlegungssache. Das System des Ordoliberalismus deckt damit ein weites Spektrum zwischen den Extremen ab und kann sich vieler Instrumente bedienen – Steuerpolitik, Gesetze, Standards – um die wichtigsten zu nennen.

Ökologisch-soziale Marktwirtschaft – in Anlehnung an die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards als ordoliberalem System – würde damit bereits einen groben Rahmen vorgeben: Die Wirtschaft muss entsprechende ökologische und soziale Rahmenbedingungen einhalten, innerhalb deren sie sich bewegen darf. Unsere Zielformulierung, aus der Wachstumskritik heraus eine wachstumsbegrenzte Wirtschaft zu entwickeln, wäre dabei vor allem im ökologischen Kriterium enthalten – das ist ja schließlich der Grund, warum wir das Wachstum kritisieren und eine wachstumsfreie Wirtschaft fordern. Darin liegt die Forderung, aber auch die Begrenzung der Wachstumskritik, denn nicht alles Wachstum ist auch ökologiefeindlich. Wachstumsbegrenzung ist ja nicht das oberste Prinzip und Ziel, sondern Mittel zum Zweck, hat also der Ressourcenschonung, Begrenzung des Klimawandels, Erhaltung der Artenvielfalt etc. zu dienen.

2 Ursachenanalyse:

2.1 Was stört uns überhaupt am Wachstum – wo ist das Problem?

Oliver Richters hat bemängelt, dass die meisten gängigen Konzepte es versäumten, eine saubere Problemanalyse vorzunehmen, um daraus Folgerungen abzuleiten. Auch hier wird nun nicht all zu viel Raum sein, alles „von der Pike auf" zu untersuchen, aber wenigstens ein paar grobe Züge sollen herausgearbeitet werden, zumal auf dem Symposium etliche Beiträge auch dazu geleistet wurden.

In meinem Impulsreferat habe ich die Frage danach gestellt, welches Wachstum wir überhaupt kritisieren: Was haben wir denn überhaupt am Wachstum auszusetzen, dass wir so vehement dagegen arbeiten und reden? Hans-Josef Fell hat im Gegenteil in seinem Workshop sogar gefordert, dass die Ökostromherstellung bei uns um den Faktor 5 wachsen muss, wenn wir eine Chance haben wollen, bis 2030 bzw. 2035 das Klimaziel 1,5° zu halten und dekarbonisiert und fossilfrei zu wirtschaften. Das läuft einer Forderung nach „Degrowth" nun aber völlig zuwider und zeigt uns, dass wir sehr viel differenzierter hinschauen müssen, denn unser Ziel muss in der Tat in der Dekarbonisierung liegen! Ein erster Hinweis auf die Begrenzung des Wachstums bzw. ein Ende des Wachstums liegt damit aber

bereits vor: Alles Wachstum, das CO_2 produziert, muss letztlich aufhören! Wachsen darf und muss die Ökoenergie.

Nicht nur fossile Energiequellen, auch andere Rohstoffe werden hemmungslos aus dem Boden geholt – ein weiterer Beitrag zu den drei Planeten, die wir derzeit ausplündern, obwohl wir nur einen zur Verfügung haben. Ein zweiter Grund, das Wachstum zu stoppen, denn wir verbrauchen damit nicht nur Ressourcen auf Kosten des globalen Südens, sondern v.a. auch auf Kosten der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Besonders schlimm an beiden Problemen: Der Gebrauch sowohl fossiler Produkte (Kunststoffe), als auch anderer Rohstoffe ist oft nur auf kurze Dauer angelegt: In unserer Wegwerfgesellschaft landen die eben erst produzierten Dinge schon bald wieder auf dem Müll und sukzessive in der Umwelt: Boden, Wasser und Luft und dadurch letzten Endes auch alle Lebewesen werden davon verpestet. Hier wieder besonders schlimm: Die schnell anwachsende Plastikflut in den Ozeanen. Dieses Wachstum muss sofort aufhören!

Ein weiterer Faktor des Wachstums, das uns immer mehr zum Problem wird, ist: nicht nur, dass wir die Rohstoffe aus dem Boden ausbeuten, sondern auch den Boden selbst beuten wir aus: Immer mehr Natur verbrauchen wir, selbst in die entlegensten Winkel reicht der Arm einer Tourismusindustrie, die sich immer mehr davon holt, dann werden die Flächen für die Landwirtschaft hergenommen – immer tiefer frisst sich die Feuerwalze für immer mehr industrialisierte Landwirtschaft in den Regenwald und schließlich: immer mehr ehemalige landwirtschaftliche Fläche wird bei uns versiegelt für eine immer stärker industrialisierte Gesellschaft – auch alte Kulturlandschaften fallen dem zum Opfer.

Wenn aber Prof. Kreiß Recht hat, dann liegt möglicherweise genau hier der Schlüssel für das hemmungslose Wachstum mit all seinen Facetten: Junge Studienanfänger werden im Laufe ihres BWL- bzw. VWL-Studiums zu hemmungslosen Egoisten herangezogen. Heraus kommen rücksichtslose Manager, denen immer mehr jede Moralvorstellung fremd ist – Hauptsache: Die Bilanz stimmt! Immer höher, immer größer immer weiter! Der Schlüssel heißt: Die Industrialisierung der Welt und allen Lebens! Ja, wir wollen ein Wirtschaftssystem aufsetzen, aber wir stellen gerade fest, dass die geistigen Ursprünge zumindest ein Teil der Ursache des Problems sind: Werte sind in einer industrialisierten Landschaft eben nur noch das, was ich verwerten kann; nur das zählt, was ich am Ende auch zählen kann und die Währung heißt: Geld! - Profit! - Der Mehrwert!

Selbst ideale Werte zählen nur etwas, wenn am Ende etwas zahl- und zählbares herausspringt. Analog wäre dann industrialisierte Landwirtschaft nicht unbedingt der einzelne Betrieb oder eine bestimmte Betriebsgröße, sondern die Einstellung, der der Umgang mit den einzelnen „Produktionsfaktoren“ zugrundeliegt (Isabella Hirsch): „Wie gehe ich um mit meinem Boden, meinen Tieren, meinen Pflanzen?“ Sind es Lebewesen – auch der Boden ein lebendiger Organismus voller Leben, das mir hilft, meine Früchte zu erzeugen, oder eben nur „Produktionsfaktoren“, die es zu optimieren gilt, damit ich immer mehr daraus herauspresse? So wie ich die Dinge betrachte, so gehe ich auch damit um und das Ergebnis meines Tuns wird dann auch dementsprechend aussehen. Und so viel wird dann auch sofort klar: Ein industrialisiertes Wachstum der Landwirtschaft muss um des Lebens und der „Lebens-Mittel“ willen aufhören!

Was für die Landwirtschaft gilt, gilt in gleichem Maße auch für alle anderen Bereiche: Wo Menschen nur noch Produktionsfaktoren sind, werden sie in gleicher Weise ausgebeutet. Und das gilt nicht nur in Industriebetrieben und nicht nur für Billigjobs: Die immer größere Hetze – „Zeit = Geld!“ – beutet und höhlt die Menschen auch in gut bezahlten Jobs aus. Immer mehr Bereiche des Lebens werden dem unterworfen. Leistungen, die einmal ganz selbstverständlich zur Infrastruktur des Staates und der Gesellschaft gehört haben – Post, Bahn, Telekommunikation – sind privatisiert, dem Profitgedanken

unterworfen und werden durch Konkurrenz immer weiter gedrückt, angeblich, um dem Kunden bessere Preise zu bieten, tatsächlich aber wird immer mehr am Service, an der Zuverlässigkeit und an der Sicherheit gespart – nur der Profit für einige wenige wächst. Schlimmer noch – und das zeigt nun die Corona-Krise überdeutlich: Unsere allgemeine Daseinsvorsorge – besonders das Gesundheitssystem – wurde dem Profitgedanken geopfert. Die Folge: Zu wenig Krankenhäuser, Betten, Personal, das zu schlecht bezahlt viel zu viele Stunden unter wachsendem Stress schieben muss und in einer Krise zu schnell an seine Grenzen kommt. Analog gilt das für den Pflegebereich, Kindererziehung und Bildung. Mit G8 hat man versucht, die Wissensvermittlung zu beschleunigen – Bildung zu industrialisieren. - Was das alles mit Wachstum zu tun hat? Für die Bürger nicht viel, denn die zahlen ja die Zeche – und sie zahlen letzten Endes drauf. Profitieren und damit wachsen tut damit nur ein kleiner Kreis: Die Investoren an den Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, die sich rechnen müssen, die Industrie an dem einen Jahr mehr, das die ehemaligen G8-Schüler im Arbeitsprozess stehen und was an Sozialkosten eingespart wird …

Auch unsere Freizeit ist einer Freizeitindustrie unterworfen und damit zum industrialisierten Treiben verkommen – die Wachstumsraten sind erheblich! – Und wir sind nicht mehr frei, über unsere Zeit selbst zu verfügen – auch sie ist „industrialisiert“.

Einkaufen, die Versorgung mit den notwendigen Gütern, ist zum „Einkaufserlebnis“ geworden, der Konsum zum Selbstzweck und verzeichnet in den letzten Jahren ein enormes Wachstum. Die Werbung treibt uns an, immer mehr immer schneller zu kaufen – und baldmöglichst wegzuschmeißen, um noch mehr noch neuere und “bessere“ Produkte zu kaufen. Auch unser Konsum ist industrialisiert.

Das, was aber in den letzten Jahren am allerschnellsten gewachsen ist, ist das Geld selber! Auch, wenn es der brave Mann, die brave Frau auf der Straße nicht so gemerkt hat: Die Geldmenge ist durch die Decke gegangen und macht ein nicht mehr wirklich festzustellendes Vielfaches der realen Werte dieser Welt aus. Durch einen Casino-Kapitalismus wurde an der Börse, aber v.a. außerbörslich Vermögen in unglaublichem Maße geschaffen und damit immer weniger Menschen so unermesslich reich, dass sie als Investoren buchstäblich überhaupt nicht mehr wissen, wohin mit ihrem Vermögen: Die Suche nach immer neuen immer profitableren Anlageformen hat z.T. bizarre Formen angenommen. Um nicht missverstanden zu werden: „Börsenwerte, z. B. von Aktien oder auch Derivate-Bewertungen sind zunächst keine Geldguthaben. Es sind fiktive Werte. Im Gegenteil: Wenn ich beispielsweise eine Aktie um 100 Euro gekauft habe, dann ist mein Geldvermögen um 100 Euro gesunken und der Verkäufer der Aktie hat 100 Euro Geldvermögen mehr auf seinem Konto. In meiner Bilanz habe ich also statt Geldvermögen ein Aktienvermögen, das bei steigenden Aktienkursen auch in meiner Bilanz steigt, und zwar bewertet in Geld. Ob ich diesen Geldwert tatsächlich realisieren kann, hängt immer davon ab, ob ich an dem Tag, an dem ich meine Aktie verkaufen will, tatsächlich einen höheren Kurs als beim Kauf erzielen kann. Dieser Tatsache muss man sich immer bewusst sein, wenn bei einem Aktiencrash von „Vernichtung von Vermögen“ gesprochen wird. Es handelt sich dabei nicht um die Vernichtung von Geld, sondern um die Vernichtung von Aktienvermögen, also fiktivem Vermögen“ (Günter Grzega). Natürlich: Es ist im Grunde nicht real existent – es sind nur noch Zahlen! - Lohnt es sich, dafür eine Neiddebatte vom Zaun zu brechen? - Sollen sie doch an ihrem Geld …!? - Kann uns dieses Wachstum nicht eigentlich egal sein? - Nein! - Denn auch, wenn es „Phantasie-Vermögen“ ist, sie können sich damit reale Werte kaufen, indem sie ihre Vermögenswerte als Sicherheit für neue Kredite und damit neue Geldschöpfung einsetzen und mit diesem neuen Geld Sachvermögen, z. B. Immobilien anhäufen. Das tun sie und verknappen mit ihrem Geldwachstum und der Anhäufung realer Werte in den Händen einer kleinen Gruppe von Super-Reichen die Sachvermögenswerte, z. B. Wohnimmobilien, für die breite Bevölkerungsschicht. Schlimmste Auswüchse der Wettgeschäfte, vor allem mit Derivaten: Die Nahrungsmittelbörsen, die Nahrungsmittel auf diesem Weg für den armen Süden des Globus unerschwinglich teuer machen und Hunger und Not produzieren – einfach so! - Weil sie‘s können!

Das läuft jämmerlich schief in unserer Welt – und das muss geändert werden!

2.2 Was sind die wachstumstreibenden Faktoren?

Die Ursachen für den Wachstumszwang wurden sowohl auf dem Podium, als auch in den Workshops zum Teil kontrovers diskutiert, am meisten war das Geld bzw. die Finanzmärkte als Wachstumstreiber umstritten. Sicher hat Günter Grzega Recht damit, dass die Banken – gemeint sind die Geschäftsbanken sowie Sparkassen und Genossenschaftsbanken hier keine Wachstumstreiber sein können, da sie lediglich dann Geld schöpfen können, wenn sie auch Kredite vergeben können. Ohne Kreditnachfrage keine Geldschöpfung der Geschäftsbanken! Natürlich herrscht auch zwischen den einzelnen Geldinstituten Konkurrenz und damit der Wettbewerb um die Kreditaufträge. Werbung und das Umwerben und damit natürlich auch der Versuch, möglichst viele potentielle Kreditnehmer zu locken, gehört fest dazu; ein gewisses Wachstum durch Generieren von Nachfrage darf hier wohl nicht abgestritten werden. Allerdings dürfte das kein wirklich großes Problem darstellen. Hier sind die Wachstumsraten doch begrenzt. Eine ganz andere Nummer stellt allerdings das Investmentbanking dar: Innerbörslich und vor allem außerbörslich werden durch Kurssteigerungen, immer neue phantasievolle Anlagemöglichkeiten und v.a. Derivate Vermögenswerte geschaffen, die dann wiederum nach ertragreichen Anlagen in der Realwirtschaft suchen und über eine unglaubliche Nachfrage, und nach Anlage dann durch entsprechende Renditeforderungen das Wachstum – hier v.a. ein ungesundes Wachstum, bei dem alles an Geld raus gequetscht wird, was geht – immer weiter aufpeitschen. Mit Sicherheit liegt hier also einer der Faktoren für den Zwang zum Wachstum.

Aber es ist nicht der einzige! Professor Kreiß hat in seinen Statements, aber auch besonders in seinem Workshop mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass durch gestiegene Produktivität eigentlich bei gleichbleibendem Lebensstandard immer weniger Arbeit notwendig wäre, aber alle davon überzeugt seien, dass sie mindestens so viel Arbeit bräuchten wie bisher. Und natürlich wird das, was aus der gesteigerten Produktivität an Gewinn herauskommt, nicht gerecht an diejenigen verteilt, die sie erwirtschaftet haben, sondern damit wird zum einen der Preis gedrückt und zum anderen die Rendite befriedigt. Es muss also immer mehr Arbeit her, d.h. es muss immer mehr produziert werden, immer neue Produkte, oder die alten dürfen eben nicht mehr so lange halten – geplante Obsoleszenz – immer mehr immer schneller und immer ausbeuterischer – wir selbst beuten uns aus durch unseren Konsumzwang – ausgelöst nicht zuletzt durch eine immer ausgefeiltere Werbung, die immer mehr Bedürfnisse weckt, die z.T: völlig sinnlos – ja sogar schädlich sind. Ein weiterer Faktor für einen Wachstumszwang! - Vielleicht hilft uns hier ja die Corona-Ausgangssperre, festzustellen, dass wir mit mehr Zeit und weniger Konsum tatsächlich nicht ärmer werden – vielleicht sogar reicher!?

Unternehmen müssen Gewinne abwerfen, sonst sind sie auf Dauer nicht überlebensfähig! Da die Konkurrenz nicht schläft und schnell die Produkte billiger auf den Markt bringt, muss das eigene Unternehmen ständig wachsen, damit es produktiver wird, um beim Preis mithalten zu können. Davon ausgenommen sind vielleicht kleine Unternehmen – vor allem Handwerksbetriebe – die mit festen Preisen und ohne größeren Konkurrenzdruck das verlangen können und auch bekommen, was sie dauerhaft zum Überleben brauchen. Ein möglicher Grund: Das Handwerk wird immer gebraucht werden und muss nicht lange für sich werben – „goldener Boden“ halt!

Traditionell konnte man das für kleinere Industriebetriebe mit einer festen regionalen Kundenstruktur und bis zu einer bestimmten branchenspezifischen kritischen Betriebsgröße sagen – für Nischenbetriebe sicher auch heute noch eher, als solche, die im gemeinsamen Konkurrenzkampf mit den Großen stehen. Sicher ist aber, dass ab einer solchen kritischen Betriebsgröße das Wachstum zur Überlebensfrage wird. Einen Grund für einen solchen unternehmerischen Wachstumszwang hat Herbert Einsiedler in den

bürokratischen, verwaltungstechnischen, steuerlichen und standardspezifischen Anforderungen gesehen, die bereits für relativ kleine Unternehmen genauso gelten wie für sehr große Unternehmen, aber von ihrem Aufwand bei diesen kleinen weit überproportional zu Buche schlagen. Damit liegt ein Faktor für Wachstumszwang sicherlich in den sehr ungleichen Regelwerken, die für die Großen gebaut sind, aber die Kleinen drücken.

Aus dem, was für kleine Betriebe gilt, die nicht dem Wachstumszwang unterliegen – man könnte aber auch die Landwirtschaft hernehmen: Im Unterschied zwischen konventionell arbeitenden Großbetrieben und Biobauern und kleineren Direktvermarktern – kann man feststellen: Wer aus dem Preiskampf raus ist, muss auch nicht unbedingt mehr wachsen! - Anders ausgedrückt: Ein Unternehmen, das einen angemessenen Preis für sein Produkt bezahlt bekommt, mit dem es sämtliche Kosten decken kann und auch für zukünftige Investitionen etwas zurücklegen kann, um weiter zu existieren, muss nicht wachsen, sondern kann auf ein und demselben Niveau stabil existieren! - Ein erster Schlüssel, aus dem Wachstumszwang auszubrechen!? - Wir müssen dem nachgehen!

Inwieweit Zins und Zinseszins Wachstumstreiber sind, wurde unterschiedlich bewertet: Zwei Bedingungen für Zinsen sind sicher auch in Zukunft unumgänglich und dürften wohl auch insgesamt nur für einen kleinen Teil des Wachstums verantwortlich sein: Zum einen ist es Fakt, dass Banken von irgend etwas leben müssen und – in normalen Zeiten – auch ihre Geldgeber – die Kunden, die bei ihnen Geld einlegen – mit einem entsprechenden Zinssatz belohnen müssen – hier kostet Geld eben auch Geld! - Und daraus folgt zum anderen, dass der Zins einen Zeitfaktor in die Rekrutierung von Geld zum Betrieb eines Unternehmens – für Investitionen – einträgt: Wenn ich Geld zum jetzigen Zeitpunkt haben will oder brauche, das ich erst zukünftig erwirtschafte, dann muss ich dafür einen Preis zahlen. In normalen Zeiten dürfte das als Regulativ gelten für zu große Begehrlichkeiten, sich ungehemmt und unbegrenzt Geld zu verschaffen. Merkwürdigerweise funktioniert der Bremseffekt auch jetzt noch in Nullzinszeiten: Ist man das einfach so gewohnt, nicht mehr aufzunehmen, als man unbedingt braucht, weil man weiß: Irgendwann muss das Ganze auch wieder zurückgezahlt werden, „und wer weiß...?“ - Oder sind es die übrigen Konditionen der Banken, die Unternehmen davon abhalten, mehr zu investieren, als man gerade bräuchte? - Man richtet sich offensichtlich mehr nach den wirtschaftlichen Aussichten, als nach dem Preis für das Geld! - Möglicherweise ein Hinweis darauf, dass der Zins der Geschäftsbanken doch keinen so großen Einfluss auf einen Wachstumszwang hat? Zumindest ist der erhoffte Effekt eines Nullzinses zur Ankurbelung der Wirtschaft – u.d.h. des Wachstums – wenigstens zu einem guten Teil verpufft.

Bleibt der Zinseszinseffekt bei den Großinvestoren, denn dort dürfte er eine ganz andere Wirkung entfalten und möglicherweise auch dementsprechend wachstumstreibend wirken. Hier ist mit Sicherheit ein Ansatzpunkt für weitere Nachforschungen!

Noch einmal Prof. Kreiß: Durch Werbung und durch negative Vorbilder - „Geiz ist geil!“ - werden wir zur Gier erzogen und denken überhaupt nicht mehr nach, ob wir das, was wir oft hemmungslos konsumieren, sprich: kaufen – oft liegt es hernach doch nur rum! - überhaupt brauchen. Werbung ist somit mit Sicherheit ein Wachstumstreiber – inwieweit ein primärer oder eher ein sekundärer – ausgelöst durch andere Wachstumszwänge, z.B. durch Investoren – dürfte auch noch ein Gegenstand weiterer Untersuchung sein. Gier ist jedenfalls anerzogen oder wenigstens geweckt und treibt das Wachstum an. Eine interessante Überlegung am Rande: Wie ist das global zu beurteilen, wenn Menschen aus ärmeren Ländern unseren unermesslichen Reichtum sehen und das dann natürlich auch so haben wollen wie wir? - In zumindest einem bestimmten Rahmen dürfen wir es ihnen überhaupt nicht verübeln und vielleicht müssten wir sie sogar darin unterstützen, endlich ein besseres Leben führen zu können! Können wir in diesem Maße dann Verzicht üben, damit das Wachstum dadurch nicht noch weiter angeheizt wird?

3 Elemente des neuen Systems:

3.1 Noch einmal: Der wirtschaftstheoretische Überbau

Während Mathias Binswanger bezweifelt, dass eine wachstumsfreie Wirtschaft im bestehenden System möglich sei – wenigstens nicht so ohne weiteres – und Martin Quaas eine völlig wachstumsfreie Wirtschaft nicht für sinnvoll hält, aber auch in Bezug auf eine Umorientierung im bestehenden System auf eine wenigstens ressourcenschonende und damit umweltverträgliche Wirtschaftsweise eher pessimistisch denkt, sieht Oliver Richters das System soziale Marktwirtschaft durchaus als realistische Alternative an, da es keinen Systemzwang zum Wachsen gebe; der sei lediglich ein sozialer Zwang. Dieses System gelte es zu reparieren und darin die Ökologie einzufügen, da es für eine ökologische und klimaschützende Wende gute Bedingungen biete, nämlich die Einwirkung und Rahmensetzung durch den Staat. Auch Günter Grzega plädiert hier dafür, erst einmal die Dinge wieder in die richtige Richtung zu bringen; hinterher könne man immer noch nachsteuern, aber es sei leichter und schneller realisierbar für eine praktische Durchführung, als ein ganzes System über den Haufen zu werfen.

Unter dem Zeitaspekt, dass wir hier wegen der Klimakrise keine Zeit verlieren dürfen, ist dem System einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft – in Anlehnung an die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard – der Vorzug zu geben und darin dann zu untersuchen, welche Rahmenbedingungen den einzelnen Bereichen zu setzen sind, damit das angestrebte Ziel einer enkeltauglichen, d.h. Klima, Umwelt und Ressourcen schonenden Wirtschaft, die um dessentwillen frei von einem Wachstumszwang sein muss, erreicht wird. Das schließt ein gewisses Wachstum wegen sinnvoller, v.a. ökologischer Innovationen wie Systeme zur Ökostromgewinnung dann durchaus mit ein (Martin Quaas); lediglich der ungesunde Zwang zum endlosen Wachsen muss unterbunden werden.
Allerdings, die Reihenfolge muss klar sein – Jörg Sommer hat das prägnant formuliert: „Wir dürfen die Marktwirtschaft nicht mehr als selbstregulierendes Ökosystem erkennen, das hat versagt! Als Gesellschaft kommen zuerst die ökologischen Grenzen, dann kommt soziales Wohl und an dritter Stelle kommt die dazu notwendige wirtschaftliche Handlung.“

3.2 Rahmenbedingungen

Mathias Binswanger macht auf die entscheidende Rahmenbedingung aufmerksam, die für das gegenwärtige System der neoliberalen Wirtschaft konstitutiv ist: „Wenn Kapital der wichtigste Produktionsfaktor ist, dann muss dieses System ständig wachsen, weil Unternehmen Gewinne erwirtschaften müssen.“ – Damit dürfte der entscheidende Fehler im System beschrieben sein: So lange Kapital dieser wichtigste Produktionsfaktor ist, werden wir auch nicht aus dem Zwang zu immer größerem Wachstum herauskommen. Das erste, was wir demnach ändern müssen und brauchen, ist die Abkehr von diesem Prinzip der Kapitalorientierung! Für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft bieten sich verschiedene Produktionsfaktoren oder besser: Orientierungen an: Der Boden, die Ressourcen, die Mitwelt, wir Menschen, die Zukunft unserer Kinder, das Gemeinwohl, um einige zu nennen. Angesichts der oben beschriebenen Wachstumsfaktoren ist dazu eine Fülle von Rahmenbedingungen zu setzen, die in den verschiedenen Feldern notwendig werden, um einerseits die Wachstumszwänge zu beseitigen, andererseits auch klima-,umwelt- und ressourcenschonend wirksam zu sein.

Ob es sich dann letztendlich um einen Systemwechsel oder um eine Reparatur des Systems handelt, ist wohl eine Frage der Perspektive. Generell muss zuallererst der Politik, d.h. ganz konkret der

Bundesregierung – noch besser den Gremien der EU, also EU-Kommission, Rat und auch soweit von sich aus dazu in der Lage: dem EU-Parlament - klar werden – sehr wahrscheinlich wohl eher klar gemacht werden, dass sie das Heft des Handelns aus der Hand der Großkonzerne, der nationalen und internationalen Wirtschaft wieder zurückzuholen haben in die eigene Hand und die Inhalte der Bayerischen Verfassung – allen voran Art 151 – und des Grundgesetzes – v.a. Art. 14 (2) – umzusetzen und mit Leben zu erfüllen haben und zwar egal auf welchen Ebenen. Das bedeutet: möglichst auch auf europäischer Ebene! Der Vorwurf von Jörg Sommer, die Politik habe zu viel geregelt und zu wenig wirklich gesteuert, schlägt hier voll durch: Institutionen – Unternehmen, Landwirtschaft, Verwaltung etc. stöhnen unter der Last von Regelungen, aber eine echte Wirtschaftssteuerung, die entsprechende Rahmenbedingungen und Grenzen setzt, Leistungsströme steuert, ist in den letzten Jahren immer mehr abgebaut worden – die sog. Deregulierung, die aber die Regelwerke selber nicht entschlackt hat, sondern nur dafür gesorgt hat, dass die großen Konzerne das Heft des Handelns immer mehr in die eigene Hand bekommen und genommen haben. Ein erster Schritt wäre eine Rückbesinnung (vgl. Herbert Einsiedler) auf das, was damals relevant für ein Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft war: Das war insbesondere ein immer besser ausgebautes Sozialsystem und v.a. restriktive Geldmarktregeln, die nur bestimmte Wachstumsmöglichkeiten im Geldmengenwachstum zugelassen haben. Weiterhin wären Steuerungen über Steuern, Abgaben oder Förderungen ein wesentliches Element zur Lenkung von Leistungsströmen; und dazu ein durchaus flexibles Element, womit die Politik relativ einfach unerwünschte Prozesse sanktionieren und erwünschte Entwicklungen belohnen kann. Darüber ließe sich insbesondere die Umverteilung von unten nach oben relativ schnell unattraktiver machen und in gewünschtere Richtungen lenken. Und es ließe sich z.B. auch eine bessere Ausstattung der öffentlichen Hand erreichen durch eine gezielte Lenkung der Abgaben. Vorschläge zu den unterschiedlichen Handlungsfeldern sind auf dem Symposium zur Genüge gemacht worden. Zuvor müssen wir allerdings einer entscheidenden Frage nachgehen:

3.3 Der Markt und die Demokratie

Wer hat die tatsächliche Macht über unser System? – „Geld regiert die Welt!“ – Professor Binswanger: „Wir tun nach wie vor so, als ob wir in einer Tauschwirtschaft leben würden“ – von der ökonomischen Theorie her gesehen: Die Geldwirtschaft ist völlig ausgeblendet, Geld wird lediglich als Tauschmittel behandelt. Die berühmte „Unsichtbare Hand“ (Adam Smith), die in der Wirtschaftstheorie alles zum Guten regelt, ist heute eine reine Fiktion! Mittlerweile wird heute auf den Finanzmärkten dermaßen viel Geld produziert, dass es nicht im Ansatz in der realen Wirtschaft untergebracht werden kann, weil nicht genügend Investitionsmöglichkeiten in der realen Wirtschaft existieren; das Geld wird also immer wieder in der Finanzwirtschaft zirkuliert und sucht sich Anlagemöglichkeiten: „So lange die Aktien- Immobilien- etc. -Preise steigen, kann das gut gehen; dann kann man immer wieder einem anderen das zu einem höheren Preis verkaufen“ (Binswanger). Der Effekt allerdings ist: spekulative Blasen sind zu einem Dauerphänomenen geworden. Die funktionieren aber nur bei einer Idee von realem Wachstum, d.h. die Nachfrage muss ständig steigen, damit die Börsenkurse immer weiter steigen; dann steigt auch das BiP. Daraus folgen aber in Zukunft immer höhere Gewinne sonst ist der Crash da! Das verschärft den Wachstumszwang noch einmal erheblich: Wichtig: Das Wachstum muss die Werte garantieren! Zusätzlich geht es um die Finanzwerte: Das alles treibt Wirtschaft sehr stark an: Nicht mehr die Konsumenten – außer in den weniger entwickelten Ländern, wo noch Bedürfniswirtschaft wächst – sondern die Wirtschaft selbst kurbelt das an. „Wir leben nicht mehr in einer Bedürfnisdeckungswirtschaft, sondern in einer Bedürfnisweckungswirtschaft“ (Kreiß), in der die Werbung eine immer wieder fatale Rolle spielt: Prof. Kreiß spricht vom Mephistoprinzip, dass diese Wirtschaft und darin v.a. die Werbung die Bürger zum – auch völlig unsinnigen – Konsum verführt. Von den Bedürfnissen der Verbraucher her

bräuchten wir weder diese Produkte, noch die Werbung dafür, noch eine solche Kapitalwirtschaft, aber von den Bedürfnissen der Wirtschaft her wird‘s gebraucht.

Auch die Börsen hatten mal eine gute Funktion, sind aber heute total pervertiert: Früher hatten sie die Aufgabe, Geld für die dort notierten Unternehmen zu akquirieren und bereitzustellen. Heutzutage: Ein Unternehmen mit 10.000 Arbeitnehmern zu verkaufen, ist eine Absurdität: Das haben nicht die drei Eigentümer erwirtschaftet, sondern die 10.000 Menschen: Die Idee ist falsch! Diese Unternehmen gehören in Genossenschaftshand, in Stiftungshand, in Bürgerhand und nicht in die Hand weniger Promille der Weltbevölkerung. Finanzmärkte haben sich in völlig absurde Formen wegbewegt von dem, wofür sie ursprünglich konstruiert waren. Durch die Finanzmarktglobalisierung sind diese Märkte völlig losgelöst von nationaler Kontrolle und bewegen sich in einem eigenen Kosmos. Das größte Problem dabei: Finanzmärkte sind eben nicht entkoppelt. Sie sind zwar unserer Kontrolle entzogen, kontrollieren aber mit ihrem Kapital immer mehr unsere Wirtschaft und dadurch auch unser Staatswesen. Prof. Binswanger: „Womit dieses Wirtschaftssystem nicht umgehen kann, das sind Grenzen: die sind immer wieder beseitigt worden: Suffizienz hat sich nie durchgesetzt; Effizienz schon!“ Die Realwirtschaft folgt der Geldwirtschaft, weil sie ihr Geld in zunehmendem Maße braucht. Die Regierung folgt der Realwirtschaft: Lobbyisten drücken ihre Anliegen durch, die Stimmen des Volkes werden praktisch nicht mehr gehört. „Die größte Gefahr für die Demokratie ist die Einflussnahme der Industrie!“ Oliver Richters weiter: „Meine Idee für Marktwirtschaft ist Begrenzung: Machtbegrenzung: Obergrenzen für Rohstoffverbrauch, Untergrenzen bei Einkommen, aber auch Obergrenzen!“ Das können wir durch Steuern steuern. Unser derzeit größtes Problem: Die Machtbegrenzung in der Demokratie ist in sehr unguter Weise gekoppelt mit der Machtkonzentration in der Wirtschaft, wo genau das das oberste Ziel ist: Kein Wunder also, wenn Wirtschaft die Demokratie dominiert!

Und das wiederum gilt national wie europaweit, wie international: Durch (Frei-)Handelsverträge haben wir uns gegenseitig abhängig gemacht und uns zahlreiche Nachteile eingehandelt. Wenigstens bei neuen Verträgen könnten wir es besser machen; allerdings: der politische Wille fehlt!

Es gibt einfache und gute Möglichkeiten und Maßnahmen, die wirklich großen Teilen der Bevölkerung helfen würde, Das Problem der Umsetzbarkeit ist ein Problem mangelnder Demokratie:

Fazit: Das System muss gewaltig verändert werden! - Dieser Wirtschaft müssen sehr schnell sehr wirksame Grenzen gesetzt werden! Dieses Grenzen Setzen muss aber politisch passieren! - Das ist eine Frage der politischen Macht und damit eine Frage der Demokratie. Wie viel Macht hat das Volk als Souverän eigentlich noch? - („Demo-kratie“ bedeutet: „Volksherrschaft“!) Durch Manipulation (Werbung), einseitige Informationen, durch falsche Überzeugungen („die Wirtschaft muss wachsen, sonst verlieren wir unseren Wohlstand!“ - in Corona-Zeiten würde ich sogar hinzufügen: Staatspopulismus!) – und nicht zuletzt durch dem Volk vorenthaltene Instrumente der Ausübung von Macht durch das Volk – Volksabstimmungen (vgl. GG Art. 20 (2)) – wird derzeit aber Demokratie wirksam verhindert – Lobbyismus dominiert das System: politisch wie wirtschaftlich!

Marktwirtschaft funktioniert aber nur gut mit gesetzten Grenzen!

Maßnahmen (vgl. dazu Prof. Kreiß):

- Machtkonzentration auflösen: Konzerne nur bis zu bestimmter Größe und Einflusssphäre zulassen, notfalls Zwang zur Zerschlagung. Strengere kartellrechtliche

Regelungen, die auch kontrolliert und durchgesetzt werden von unabhängigen Gremien.

- Verbot von Unternehmensspenden und/oder Sponsoring an Politiker und politische Parteien
- Verbot für Politiker, Aufsichtsratsposten, Beraterposten o.Ä. während ihres Mandats anzunehmen, bereits vorhandene müssen mit Antritt d. Amtes aufgegeben werden
- Bannmeile für Lobbyisten um den Bundestag dazu: Lobbyregister (Lobbyismus – das allerübelste in unserem Land!)
- Karenzfristen bei Postenwechsel
- Keine gewinnorientierten Medien, insbesondere eine wirtschafts- und politikunabhängige Presse
-

3.4 Handlungsfelder

3.4.1 Geld- und Finanzmärkte

Ein Hauptfaktor für einen Wachstumszwang liegt also in der Geldmarktpolitik und der Finanzwirtschaft. Durch Deregulierung der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ist ein völlig unkontrollierbares internationales Geldmengenwachstum entstanden, das über die ständige Suche nach Realwerten ein entsprechendes Wachstum der Realwirtschaft immer weiter befeuert. Allein das Wort „international“ zeigt aber schon an, welche Schwierigkeiten hier für einen Nationalstaat bestehen, diesen Wachstumsfaktor zu begrenzen – geschweige denn ihn zu kontrollieren oder gar zu stoppen.

Allgemein ist für die Geldmenge die jeweilige Nationalbank für ihre Nationalwährung verantwortlich: Durch Ausgabe – „Drucken“ – von Geld kann sie die Geldmenge bestimmen. Hinzu kommen die Geldinstitute, die durch Ausgabe von Krediten Buch- oder Giralgeld schaffen. Damit sie nicht unkontrollierbar viel Geld schöpfen können, unterliegen sie bestimmten Regeln, nach denen sie Kredite vergeben dürfen. Da unsere „Nationalwährung“ der Euro ist, ist für die Geldmengenpolitik die EZB in Frankfurt zuständig – also keine Nationalbank mehr. Die Regelung der Geldmenge unterliegt damit einer Institution der EU und nicht der deutschen Hoheit. Geldmengenpolitik können wir damit nur in Abstimmung mit den anderen EU-Staaten betreiben.

Dementsprechend gering ist unser Einfluss dann aber erst recht auf die internationalen Finanzmärkte. Um hier regelnd einzugreifen, müssten wir uns wenigstens mit den großen Volkswirtschaften absprechen und gemeinsame Regelungen treffen, damit diese auch tatsächlich wirksam werden könnten. Hier wären wir mindestens im Bereich von G7/G8. Es braucht wohl nicht ausführlicherer Erwähnung, dass diese aber gerade in umgekehrter Richtung – nämlich ganz im Sinne neoliberaler Deregulierung – unterwegs sind. Das einzige, was wir tun könnten, wären nationale Alleingänge verbunden mit der Hoffnung, als positives Vorbild Nachahmer zu finden, um so eine Wirksamkeit entfalten zu können. Hier schlägt die Globalisierung am härtesten zu: Das Argument: „Wenn wir‘s nicht machen, machen‘s die anderen!“ - Wenn wir uns selbst beschneiden,

freuen sich die anderen! - Das große Kapital wird dann eben abwandern. Was das dann mit uns und unserer Wirtschaft macht, haben wir noch nicht ausprobiert, aber man warnt uns schon mal eindringlich davor!

Immerhin, wenn wir es erreichen könnten, auf EU-Ebene einen Konsens über unsere Geldmengen- und Geldmarktpolitik zu schaffen, wären wir bereits sehr weit fortgeschritten: Erstens, nach der Modern Money Theory (MMT) – Günter Grzega hat sie uns in seinem Workshop vorgestellt – kann ein Nationalstaat nicht Pleite gehen, denn er kann unendlich viel Geld schöpfen. Gefährlich kann das nur werden, wenn dieser Nationalstaat zu viele Verbindlichkeiten mit dem Ausland eingeht, die er schließlich nicht mehr zurückzahlen kann. Aber wir haben es auf unserer „nationalen Ebene“ – der EU – bereits erlebt mit der Ankündigung eines Ankaufs von Staatsanleihen in unbeschränkter Höhe durch Mario Draghi 2012 und erleben es jetzt wieder in der Corona-Krise, wo Christine Lagarde das gleiche Vorgehen angekündigt hat: „Yes, EU can!“ - Ein Problem wird allerdings dadurch nicht gerade kleiner: Es werden dadurch international Buchwerte geschaffen, die abenteuerliche Höhen erreichen können: vergleiche die „Kriegsgewinnler“ aus der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die haben nämlich genau durch diesen Umstand enorme Gewinne mitgenommen und im Grunde damit bereits die große Blase wieder ordentlich aufgefüllt; außerdem die Nominalwertsymmetrie ordentlich in Richtung Macht- und Vermögens-Oligopole bzw. Monopolbildung verschoben (z.B. Blackrock!).
Zweitens könnten wir dann auf gesamteuropäischer Ebene entsprechende Regeln setzen und z.B. Hedgefonds bzw. bestimmte Finanzprodukte (Derivate) ausschließen und damit in unserem Bereich das unkontrollierte Geldmengenwachstum einbremsen, damit auch den allzu herzhaften Griff nach „unseren“ Realwerten besser steuern.

Das wäre uns natürlich auch auf nationaler Ebene möglich: Nur noch bestimmte Finanzprodukte und/oder nur bestimmte Finanzteilmärkte – z.B. nur noch börsliche Werte – zuzulassen, um die Nominalwertentwicklung zu bremsen. Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft innerhalb unseres Systems dürften aber derzeit nur schwer abschätzbar sein!

Andererseits ist unser Staatswesen – einer eigenen Finanzhoheit weitgehend „beraubt“ - nun nicht mehr unabhängig und könnte infolgedessen tatsächlich „Pleite“ gehen, da wir dem Stabilitätsmechanismus des Eurowährungsraums unterworfen sind (vgl. Griechenland). Der ist zwar gerade wegen der Coronakrise gelockert – auf die Folgen darf man gespannt sein, da sich die EZB damit eines Kontrollinstruments gegenüber den Nationalstaaten begibt – das könnte ein Experiment ganz im Sinne der MMT werden!

Auch, wenn nun also unsere nationalstaatlichen Möglichkeiten in Bezug auf Finanzmarkt- und Geldpolitik begrenzt sind:

Maßnahmen (vgl. v.a. Vortrag Günter Grzega: Vorschläge zur Re-Regulierung der Finanzmärkte):

- Derzeitigen Beschluss einer Transaktionssteuer sofort zurücknehmen, da er genau die Falschen trifft! Wenn Finanztransaktionssteuer, dann nur für außerbörsliche Produkte und erst ab einer gewissen Geldmenge, um kleine Anleger nicht zu bestrafen! (vgl. Ratschlag von „Mister Dax“, Dirk Müller) Insgesamt muss ein Instrument zur Abschöpfung von leistungslosen Einkommen (Oliver Richters) – hier: Kapitalgewinne – her, das zu hohe Gewinnmargen unattraktiv macht. ==>

- Keine Leistungslosen Einkommen mehr: Wer den Nutzen hat, muss auch die Kosten dafür tragen

- Sofortige Rückkehr zum Trennbanken-System

- Abschaffung von Boni- und Prämienzahlungen
- Verbot der Beteiligung von Geschäftsbanken/Sparkassen an Finanzmarkt-Unternehmen/Investmentbanken sowie Verbot der Vergabe von Bankkrediten, die durch Finanzmarktprodukte besichert werden sollen
- Verbot des Verkaufs von Kunden-Krediten (Forderungsverkauf) durch die Banken und Sparkassen
- Ersatz der Bonitätsbeurteilung mittels privater Rating-Agenturen durch die Finanzmarktaufsicht
- Abschaffung von Aktiengesellschaften als Bank →
- Grundsatzentscheidung zur Rechtsform von Banken und Sparkassen: Nur noch zulassen als
    - Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sparkassen
    - Staatliche Anstalten des öffentlichen Rechts
    - Kredit-Genossenschaften
    - Übergangsweise Bestandszulassung als Aktiengesellschaft mit Verpflichtung zum Gemeinwohl im Aktiengesetz/Satzung
- Vorschläge zur Übernahme der direkten Staatsfinanzierung durch die Zentralbank
    - Entwickelte Volkswirtschaften können mit dem derzeitigen System „unabhängiger“ Zentralbanken nicht mehr sinnvoll gesteuert werden
    - Unsere modernen Geldsysteme, die inzwischen von immer mehr Wissenschaftlern unter dem Schlagwort „MMT“ (Modern Money Theory = Theorie des modernen Geldsystems) empirisch unstreitig erläutert werden, beweisen umfänglich die Sinnhaftigkeit einer direkten Staatsfinanzierung durch die Zentralbanken.
    - Es bietet sich die Chance einer Wirtschaftsordnung ohne Wachstumszwang auf Kosten von Umwelt und Ressourcen.

Statement von Günter Grzega:

Führt die Finanzwirtschaft zum „Wachstumszwang“? **Grundsätzlich Nein!!**
Warum? Die Banken schöpfen nicht zuerst zusätzliches Geld, um dann Nachfrager zu finden sondern
Zuerst kommt die Nachfrage und dann folgt die Geldschöpfung!

Die größte Gefahr: Deregulierte Finanzmärkte und wachsende Finanz-Konzerne
•Nicht ein **sinnvolles** Wachstum der Finanzwirtschaft gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft, sondern ein **krebsartig wucherndes** Wachstum einer deregulierten Finanzkonzern-Industrie!

→ Die größten drei „Vermögensverwalter“ (Asset-Manager) der Welt verwalten:

•BlackRock: 6,85 Billionen Dollar

•Vanguard: 5,6 Billionen Dollar

•State Street: 2,51 Billionen Dollar

•Gesamt: rd. 15 Billionen Dollar, also umgerechnet rd. 2000 Dollar pro Kopf der Welt-Bevölkerung

Diese drei global agierenden Finanz-Konzerne – auch Schatten-Banken genannt – beherrschen durch die entsprechenden Aktienanteile inzwischen fast alle bedeutenden Unternehmen dieser Welt.

In Deutschland sind sie an allen 30 Dax-Unternehmen beteiligt und treffen die wichtigen Entscheidungen. Weder die Unternehmens-Manager noch die PolitikerInnen entscheiden, sondern die Bosse dieser gigantischen Schatten-Banken, z. B. Larry Fink von Black Rock.

Die Demokratie ist in der Welt-Wirtschaft aktuell nicht (mehr) gegeben und muss neu erobert werden!

3.4.2 Energiewende:

Die eigentlichen Kernpunkte, warum wir Wachstum begrenzen wollen, liegen darin, dass wir so schnell wie möglich reagieren müssen, um den Klimawandel abzubremsen und die Erderwärmung auf maximal 1,5° C zu begrenzen. Das ist mittlerweile eine Überlebensfrage zumindest für Teile der Weltbevölkerung geworden. Hinzu kommen die Erhaltung der Artenvielfalt und der Erhalt von Ressourcen für nachfolgende Generationen. Das ist also der eigentliche Zweck unserer Wachstumskritik! Mit den Themen „Energiewende“ und „Ressourcen“ sind wir also bei den Kernproblemen angelangt.

Der NASA-Bericht über den Klimawandel ist noch dramatischer als alles bisher dagewesene, dramatisch ist v.a. die Temperaturzunahme: 1,5° C ist eigentlich von den Auswirkungen her jetzt schon inakzeptabel, wenn wir bedenken, was derzeit in der Welt an Wetter- und Klimaphänomenen passiert; dabei liegen wir gegenwärtig bei ca. 1,2° C. Spätestens um 2035 sind wir bei 1,5° angekommen! Und es wird bei unserem derzeitigen Tempo so weitergehen – mit der Erderwärmung und damit mit einer möglicherweise potenzierten Zunahme an Katastrophen, weil immer mehr Kipppunkte überschritten werden. Alles das kann nicht mehr aufgehalten werden, außer durch eine globale Null-Emissionswirtschaft ab 2030. Schon der Begriff „Klimaneutralität“ ist ein irreführender Begriff – eine Scheinlösung, denn wir müssen die Entwicklung nicht nur auf einem bestimmten Niveau halten, sondern umdrehen und CO_2 aus der Atmosphäre zurück in den Boden bringen. Hans-Josef Fell: „Wenn man vom Wachstumszwang wegkommen will, muss man auch die treibende Kraft hinter dem Wachstum, eine verfehlte Energiepolitik, immer neue Rohstoffe aus der Erde zu bohren, stoppen!“ Was wir brauchen, ist eine Ressourcenpolitik für erneuerbare Energien und das bedeutet als allererstes: Energie sparen! Was wir nicht unbedingt brauchen, dürfen wir auch nicht mehr verbrauchen! Die beste Maßnahme für eine Energiewende ist: Energie gar nicht erst brauchen, dann müssen wir sie auch nicht produzieren! - Und dafür müssen wir dann also auch nicht die entsprechenden Anlagen zur Produktion herstellen. Und das gilt für jeden Bereich: Was wir nicht zum Leben brauchen, brauchen wir auch nicht herstellen. Das brauchen wir auch nicht irgendwohin zu transportieren. Und wenn wir regional produzieren und verbrauchen, sparen wir weitere Transportwege ein – und die dafür notwendige Energie!

Und hier sind weitgehend die Weichen falsch gestellt: Unsinnige Produkte, weltweit herangekarrt, billig und hochsubventioniert. Transport ist viel zu billig und darum ist es so einfach, solche Massen rund um den Globus zu bewegen. Dabei bilden die Preise die tatsächlichen Kosten nicht im Entferntesten ab: Diese Transporte sind weder fair noch werden die wahren ökologischen Kosten in irgendeiner Weise eingerechnet. Ebenso: Die Energieproduktion geschieht zentral in Großkraftwerken, die der Steuerzahler seit Jahr und Tag hoch subventioniert; alternative Energien, dezentral erzeugt, muss der Verbraucher stattdessen direkt bezahlen und den Ausbau über den Energiepreis und die steuerlichen Umlagen für die Förderung. Unfairer geht’s eigentlich nicht mehr! Eine zweite Bedingung für eine konsequente Energiewende muss also lauten: Die falschen Subventionen und die unfaire Bepreisung stoppen! Es ist seltsam: Geht es darum, Private Photovoltaikanlagen und Bürgerwindräder zu fördern, wird auf die

Gesetze der Marktwirtschaft verwiesen und vor „Eingriffen in die freie Preisbildung auf dem Markt“ gewarnt. Gleichzeitig lassen sich Großkraftwerke und deren Betreiber fürstlich fördern und die Gesetze des freien Marktes spielen plötzlich keine Rolle mehr!

Nach der von Herbert Einsiedler zitierten Regel aus der BWL: „Alle Güter sind knapp“, müssen insbesondere Rohstoffe und die Gemeingüter Wasser und Luft, evtl. auch Boden folgerichtig einen entsprechenden Preis bekommen, da sie gegenwärtig immer noch als ubiquitär und von jedermann benutzbar, d.h. verschmutzbar, behandelt werden. Insbesondere, was die Luftverschmutzung angeht, ist das Problem (Atemwegserkrankungen, Klimawirksamkeit) mittlerweile hinlänglich bekannt. Da sie Gemeingüter sind, muss also auch die Gemeinschaft – Staat, EU, Weltgemeinschaft – einen Preis für den Verbrauch = die Verschmutzung festlegen, damit diese Güter auch als knappe Güter erkannt und behandelt werden. Martin Quaas schlägt hier vor: „Die Marktkräfte könnten eine CO_2-Steuer einführen von 200.-- €/to. (Vorschlag des Umweltbundesamts); das wären dramatische Veränderungen!“ - Es wäre zumindest ein erster Schritt, um die Entwicklung umzudrehen. Allerdings müsste dieser Preis von diesem Niveau aus ständig steigen, um schließlich fossile Energie unbezahlbar zu machen. „Es ist absurd, die teuren Energiequellen zu benutzen und damit das Klima zu zerstören!“ Fell weiter: „Es ist längst billiger und ökonomischer, erneuerbare Energien (EE) zu verwenden! Klimaschutz ist Ökonomie und nicht eine Belastung für die Ökonomie! Es ist nur eine Belastung für die alte fossil-atomare Ökonomie, weil sie daran nicht mehr verdienen kann. Die haben es geschafft, ihre Interessen als Gesamtinteressen zu definieren!“ – „Es ist unlogisch, findet aber leider immer noch statt: Altmaier kann nur fossil denken!“

Weg vom Erdöl bedeutet aber insbesondere auch: Keine – auch keine noch so sauberen – Diesel- und Benzinerfahrzeuge mehr herstellen! Jede Euro-X-Norm ist ein Irrweg! Ebenso muss Erdgas von der Liste der sauberen Energien gestrichen werden: Durch den Gasschlupf bei der Erzeugung (Gasabfackeln u.Ä.) wird die kleine Verbesserung gegenüber Öl mindestens wieder kaputtgemacht; mit Fracking-Gas steigen die Emissionen sogar um 40%! Auch Energieeffizienz ist wichtig, aber das hilft nicht wirklich weiter, ohne Einsparung und andere Energieträger!

Egal wie, fossile Energie trägt zu 55% zur Klimaerwärmung bei; und damit muss Schluss sein! Dabei sind 100% EE versorgungssicher machbar und kostengünstiger als heutige Energie! - „Die Sonne stellt keine Rechnung!“ - und es geht: Über 60 Nationen haben 100% Erneuerbare beschlossen: Costa Rica beschämt hier die übrige Welt: Es hat Klimaschutz in seiner Verfassung und ist jetzt schon nahezu energieautark mit EE. Und es gibt weitere Teilnehmer an der Verpflichtung: Fell: „Wir haben große Städte und große Unternehmen – selbst Coca Cola gehört dazu. Auch Google und Co haben dieses Ziel! Sie tun‘s aber nicht nur wegen der Klimarettung, sondern auch wegen der Kosteneffizienz“, weil es eben bereits günstiger ist. Deutschland hinkt mittlerweile hinterher: Die Stadtwerke Haßfurt stellen das einzige positive Beispiel für 100% Erneuerbare dar!

Hans-Josef Fell setzt dabei v.a. auf Elektrizität, der reinsten Energieform. Allerdings: Ökostrom muss um den Faktor 5 wachsen, damit wir die Energiewende schaffen: „wir müssen vieles in die Elektrizität einbringen, deswegen werden wir 5x mehr Öko-Strom produzieren müssen als wir heute Gesamtstromproduktion haben“ d.h. wir brauchen noch eine große Menge an Windrädern und PV-Anlagen, aber auch die Speichertechnologien müssen ganz gewaltig anwachsen: Stromspeicher werden nicht genügen, es braucht Wärmespeicher und Power-to-Gas: Das derzeitige Problem, die großen Energieverluste bei der Umwandlung, ist momentan zu entschuldigen, wenn wir bei Leitungsüberlastungen die Erzeugungsanlagen nicht abschalten, sondern diese Erzeugungs-Spitzen dafür hernehmen. Auf Dauer muss hier aber eine technisch bessere Lösung her. Jetzt schon verfügbar wäre die Einrichtung von Langzeitwärmespeichern über Monate hinweg.

In der Gestaltung der Energiewende missachtet die Regierung „völlig die Kraft, die in der Wirtschaft liegt, und die liegt nicht bei RWE, EON & Co. Das geht, wenn man die Gesellschaft lässt, das zu tun, was

sie schon früher getan haben“. Das Problem ist, dass derzeit entscheidende gesetzliche Bandagen verhindern, dass es weitergeht:

- Bürgerenergiewende: Die derzeitigen Ausschreibungen machen Genossenschaftsmodelle unmöglich: An Ausschreibungen können sich Dezentrale und Private nicht beteiligen; deswegen ist die Neugründung von Genossenschaften derzeit tot: Eine Teilhabe der Bürger vor Ort geht nicht mehr: Ausschreibung war der Tod und das effektivste Element, die Energiewende zu stoppen; wer dahinter steckt, da darf man dann vermuten, wen man vermuten will!
- Eine weitere Bremse ist auch falsch verstandener Artenschutz. Auch hier scheinen etliche Argumente geschickt von Lobbyisten lanciert zu sein – etwa durch falsche Statistiken und Gutachten – die von örtlichen Windkraftgegnern bereitwillig aufgenommen und weiterverbreitet wurden. Dabei haben Schwarzstorch, Rotmilan etc. die rote Liste verlassen trotz Ausbau der Windenergie. Speziell bei Rotmilan hat man in letzter Zeit eine Zunahme der Population gerade auch in der Nähe von Windrädern, die in den entsprechenden Gebieten stehen, registriert. Hinzu kommt ein wenig beachteter Effekt: Jeder Windpark musste Ausgleichsflächen schaffen, die wurden der Intensivlandwirtschaft entnommen und Wildflächen damit „hinzu gebaut“ - eine Hilfe für die bedrohten Vögel!
- Alte Photovoltaikanlagen, deren Förderzeitraum ausläuft, bekommen weder eine neue Förderung, noch, dass deren Stromproduktion wenigstens angemessen vergütet wird. Wer sie nicht für die Eigenbedarfsdeckung nutzen kann, kann sie im Grunde genommen an Polen verschenken, die sie derzeit in großer Zahl abbauen, in Polen wieder aufbauen, so dass wenigstens die meistens noch gut funktionierende Anlage einen anständigen Anschlussnutzen hat. Mit einem neuen Förderprogramm, das gelegentlich aufgelegt wird, fährt man dann u.U. immer noch günstiger, als mit der alten Anlage, bei der man den Strom nicht mehr abgenommen bekommt bzw. wo Steuern, EEG-Umlage, Netzgebühr etc. alles auffrisst. Es könnte passieren, dass dadurch sogar die vorhandenen PV-Flächen schrumpfen.

Trotzdem – oder gerade deswegen – rät Fell dringend, nicht auf die Gesetzgeber, oder Unternehmen zu warten, „sondern dezentral selber machen wo immer möglich! In EE brauchen wir ein steiles Wachstum!“

Auch andere Technologien zur Stromproduktion, die in der jüngsten Vergangenheit in Misskredit geraten sind, werden in Zukunft gebraucht; der Grundsatz lautet: „Alles, was Sinn macht, ist gut und soll gemacht werden!“

Freifeld-PV-Anlagen: Sie sind pro Hektar Ackerfläche deutlich effektiver als Biogasanlagen und auch das Argument, dass wir dafür wertvolle Ackerflächen zur Nahrungsmittelproduktion „versiegeln“ würden, sticht nicht mehr wirklich: Bei Agro-PV werden erstens die Flächen nicht versiegelt, sondern bleiben offen und durch die Aufständerung auf bis zu fünf Metern können sogar Mähdrescher darunter durch fahren. Es entsteht eine Doppelnutzung der Agrarflächen; dabei ist der Verlust der Agrarproduktion mit derzeit maximal 30% verhältnismäßig gering; der Vorteil vor allen Dingen angesichts der wachsenden Klimakrise ist die Abschattung der Böden gegen Austrocknung. Der Ertragsverlust heute kann sich durchaus in absehbarer Zukunft als entscheidendes Plus in der Klimakrise erweisen. Leider zeigt sich aber gegenwärtig die oben erwähnte Ausschreibung für diese Anlagen als entscheidender Hemmschuh, denn dadurch werden die Herstellungskosten in der Kalkulation exakt auf Kante genäht, andernfalls kommt man nicht zum Zuge – kann also gar nicht bauen! Die Zusatzkosten für die erhöhte Aufständerung sind damit nicht abdeckbar!

Da sowohl Sonnen- als auch Windkraft nicht durchgängig vorhanden sind, müssen weiterhin Kraftwerke bzw. Speicher für die Netzstabilität sorgen, d.h. Stromspitzen und Spitzenlasten abfangen und eine

gewisse Grundlast tragen können. Hier sind Smart Grids – virtuelle Großspeicher aus tausenden kleiner – privater Batteriespeicher geeignet. Allerdings können sie nicht das gesamte Feld abdecken. Mittel der Wahl sind Wasserkraftwerke, in Zukunft aber viel mehr hochmoderne Gaskraftwerke, die allerdings nicht mehr mit Erdgas betrieben werden, sondern mit grünem Wasserstoff, der dezentral aus Stromüberschüssen produziert ins deutsche Gasnetz eingespeist und dort gespeichert wurde. Da hier sehr große Wasserstoffmengen benötigt werden, muss einerseits die Produktion über Power-to-Gas entschieden forciert werden, als auch der Import von Wasserstoff aus Wüstenstaaten, wo Sonnenkraft im Übermaß vorhanden ist und zur Wasserstoffproduktion genutzt werden kann.

In diesem Gesamtmix muss auch die Biogasanlage ihren Platz finden – sie wird für die Energiewende genauso gebraucht wie die übrigen Technologien. Allerdings müssen hier die richtigen Anforderungen an Biogasanlagen gestellt werden, damit sie ökologisch hilfreich werden: Nicht die Biogasanlage selbst ist schlecht, sondern eine schlechte Nutzung: z.B. darf keine Biogasanlage ohne KWK (Kraft-Wärme-Kopplung) gebaut oder betrieben werden! Insbesondere muss die Prozesswärme in den Fermentern über die KWK erfolgen und darf nicht noch mit fossilen Brennstoffen „befeuert“ werden! Überhaupt ist KWK eine hocheffiziente Technologie – dabei ist nicht nur an den Verbrennungsmotor zu denken, sondern es kann auch eine Brennstoffzelle sein, wichtig ist aber das Medium: Das kann grüner Wasserstoff (z.B. Power-to-Gas), Biogas etc., sein allerdings kein Erdgas! - Auch bei Biogas ist zu beachten, dass der Methanschlupf unbedingt verhindert werden muss; auch Holz kann hier Energieträger sein als Holzgas; der Rest: die Biokohle wäre ein hervorragender Dünger für den Boden und damit wäre ein weiterer Nutzeffekt erreicht: CO_2 kann in den Boden zurückgebracht werden! Biogas, auf dem Dorf produziert, gereinigt und ins öffentliche Gasnetz eingespeist und/oder die Biogasanlage direkt ins Dorf gebaut und als Nahwärmenetz ausgebaut, wäre ein Segen für das Klima! Weiterhin kann man durch entsprechende Steuerung im Winter mehr, im Sommer weniger Biogas produzieren, um dem Gesamtbedarf besser zu entsprechen, bzw. mit der zentralen Steuerung durch den lokalen oder regionalen Energieversorger können die Biogasanlagen einen entscheidenden Beitrag zur Netzstabilität leisten und die witterungsbedingten bzw. tageszeitbedingten Schwankungen von PV und Windkraft ausgleichen. Auch für die zukünftige Verwendung hat sie Perspektiven: Man könnte dann auch im Sommer Biogas verbrennen und die Wärme in Langzeitwärmespeicher speichern, die dann im Winter abgerufen werden können.

Ebenso ins Gerede gekommen, v.a. aber gezielt durch Gesetzgebung, Streichung von Förderungen, Verteuerung durch Versteuerung behindert, sind Biokraftstoffe. Auch hier ist eine Neubewertung vorzunehmen: Das Argument, Biokraftstoffe nehmen die Fläche für den Nahrungsmittelanbau weg, zerstören großflächig Regenwald, ist dem Missbrauch einer enthemmten Landwirtschaftsindustrie geschuldet – egal, wo auf der Welt! Richtig angewendet können auch die Biokraftstoffe ihren Beitrag leisten:

- regional produziert, z.B. Raps – auch als Zwischenfrucht – im Fruchtwechsel mit Feldfrüchten zur Nahrungsmittelproduktion und regional verbraucht, können sie zwar nur eine Nische darstellen, aber damit auch zur Energiewende beitragen.
- Ölpflanzen zur Wiederbegrünung der Wüsten: Starterpflanzen für Wieder-Begrünung sind Ölpflanzen wie die Jatropha-Pflanze;
- In kalten Wüsten könnte Leindotter angebaut werden und damit ein doppelt positiver Effekt erzielt werden: Absorption des Sonnenlichtes und der Wärmeenergie und Wiederbegrünung, dabei Bindung von CO_2 und gleichzeitig Einsparung von fossilem Treibstoff durch Einsatz von Biotreibstoff.

Gleiches gilt für Wasserkraft: Es kommt auf die richtige und umweltschonende Nutzung an: Ein positives Beispiel sind Schneckenkraftwerke an Flussstaustufen – die „Turbinen“ bestehen aus Schneckenwellen, die auch als Fischtreppen genutzt werden, anstatt konventioneller Turbinen, die Fische zerhacken.

Zur Elektromobilität: Sicher ist, dass „die Verweigerung der Automobilindustrie und Scheuer & Co. ... unsere Industrie in äußerste Gefahr gebracht“ hat: 700.000 Arbeitsplätze sind dadurch akut in Gefahr geraten – nicht durch die Energiewende, sondern durch zu lange Untätigkeit der Verantwortlichen in Staat und Industrie! - Natürlich wurden auch hier entsprechende Antikampagnen gegen die Elektromobilität gefahren: Bekanntestes Argument ist die umweltbelastende und ausbeuterische Produktion bestimmter notwendiger Materialien zur Batterieherstellung: Hier wird unehrlich diskutiert: Kobalt z.B. ist derzeit weltweit viel mehr in Flachbildschirmen verarbeitet, als in Batterien, aber es wird seltsamerweise lediglich in E-Autos „umweltunfreundlich“! Hinzu kommt die hemmungslose und mit großem Aufwand beworbene Produktion und Vertrieb von Akku-getriebenen Kleingeräten, die im Haushalt oder auch Werkstatt, Betrieben etc. ohne Schwierigkeiten und viel günstiger auch mit Netzkabel versehen genau diese Materialien einsparen könnten.
Natürlich ist ein Auftrag an Forschung und Entwicklung die baldmöglichste Substitution kritischer Stoffe durch umweltverträglichere und fair produzierte Materialien: Dazu zählt die Entwicklung von Batterien ohne Kobalt, Windrädern ohne Verbauung von Neodym und Vieles mehr.
Eine lohnende Diskussionsplattform: Wasserstoff vs. E-Autos: Wasserstofftechnologie kann in Zukunft ein großer Baustein sein, ist derzeit aber noch eine Sackgasse, weil die Autos zu teuer sind (60.000.-- €) und eine Ladeinfrastruktur nicht vorhanden ist. Auch hier hat die deutsche Autoindustrie die Entwicklung verschlafen bzw. verhindert. Wichtig ist aber, dass nur grüner Wasserstoff aus EE zum Einsatz kommt und nicht „blauer“ Wasserstoff aus Erdgas etc.! Hier steckt noch viel Entwicklungspotential drin.
Überhaupt wird derzeit die Konzentration viel zu stark auf die große Autoindustrie gelenkt – als die deutsche Schlüsselindustrie mit dem bekannten Schreckgespenst für alle Deutschen: Der Arbeitsplatzverlust – und damit durch die mächtige Autolobby geschickt von den teilweise enormen Innovationen von kleinen Start Ups abgelenkt – nur zwei Beispiele: Das eine schon nicht mehr ganz so neu – genauer gesagt: Eigentlich ein alter Hut: Twike, ein Zweisitzer-Dreirad – daher der Name – als Leicht-Kfz zugelassen und seit 1996 im Geschäft, das ein elektrogetriebenes „Hybrid-Fahrzeug“ – Muskelkraft und E-Motor - mit einer geschlossenen Kabine auf die Straße bringt mit Spitzengeschwindigkeiten um 85 km/h und mit sensationell niedrigem Energieverbrauch, dazu alles in Einzelfertigung und fair und umweltfreundlich produziert – siehe Batterie! – keine Entwicklungsgelder bekommen hat und auch jetzt bei der Kaufprämie unten durchfällt – von daher so teuer – wäre eine große Chance, Mobilität energiesparend zu betreiben! Das andere: Sono-Motors mit seiner Innovation, dem ersten SEV (Solar Elektro Vehicle) das über und über mit Photovoltaikplatten bedeckt ist und bis zu 35 km pro Tag an Reichweite allein mit PV-Strom autark zusätzlich produzieren kann. Marktstart: 2022 – ebenfalls nicht subventioniert – es könnte ja den Großen Konkurrenz machen!? Weitere Beispiele, wie der mit der Deutschen Post gemeinsam entwickelte E-Scooter – einem Kleinlastwagen, zeigen, was die Autoindustrie mit ihren Kleinstvertretern macht: Sie müssen die Produktion einstellen mangels Unterstützung! Und niemand redet darüber! So dürfte Innovation in Deutschland nicht funktionieren!

Ein weites Feld, das bisher zumindest in der Öffentlichkeit eher nicht so stark in den Blick genommen wird, ist die Mobilität bei großen, schweren Fahrzeugen, d.h. LKW und Busse, landwirtschaftliche Fahrzeuge, Bahnen, Luft- und Schifffahrt: Während für die Bahn bzw. Schienenfahrzeuge auf den meisten Strecken bereits elektrifiziert wurde und dort, wo das noch nicht der Fall ist, überlegt werden kann, ob sich eine Elektrifizierung lohnt oder man eine andere – nicht-fossile – Antriebsart wählt (Batterie auf Kurzstrecke, Wasserstoff (bitte nur grün, nicht blau!)) und damit lediglich die Frage nach der Produktion des Stroms zu stellen ist, wird zwar bei LKW und Bussen mit Oberleitungsstrecken

experimentiert und sind erste Busse und LKW batteriebetrieben im Einsatz. Alle diese Formen sind jedoch bisher auf Kurzstrecken bzw. fest definierte Strecken (Oberleitung) begrenzt und in der Handhabung für längere Distanzen eher umständlich zu realisieren. Das Problem liegt in der Bereitstellung großer Energiemengen, um die schweren Lasten zu transportieren bzw. große Kraftleistungen (z.B. Traktor mit Pflug) zu realisieren. Dafür ist die Energiedichte in den gegenwärtig entwickelten Batterien zu gering, um mit einem geeigneten Gewichtsverhältnis diese Kräfte bereitzustellen. Hier werden auch über mittlere Fristen Verbrennungsmotoren bzw. Wasserstoff über Brennstoffzellen oder konventionelle Gasmotoren zum Einsatz kommen müssen. Das wird das Feld für Biokraftstoffe sein: In der Landwirtschaft regional erzeugt und regional verbraucht, ansonsten eben doch noch in größeren Mengen importiert z.B. aus Wüstenstaaten (s.o. Jatropha und Leindotter). Eine andere Möglichkeit wäre – auch besonders in Wüstenstaaten z.B. der Sahara – die Produktion von Gas über Solarthermie-Kraftwerke: Wasserstoff, Methan, Methanol, je nach Prozess. Hier ist an große Mengen zu denken. Außerdem kann die Lieferinfrastruktur der Ölindustrie genutzt werden. Ein positiver Nebeneffekt wäre – bei fairer Vertragsgestaltung – der Aufbau von Volkswirtschaften in ebendiesen Entwicklungsstaaten und damit ein Friedensdienst gerade in diesen derzeit konfliktreichen Ländern!

Ähnliches gilt für die Schifffahrt: Während die Binnenschifffahrt in weiten Bereichen auf diese Motoren umgestellt werden muss, ist in der Seeschifffahrt ein Umdenken z.T. bereits erfolgt durch Hybridantriebe und Gasturbinengeneratoren zur Stromerzeugung; die Hauptantriebsmaschinen sind dann Elektromotoren. Die Verbrennereinheiten müssten dann lediglich auf entsprechende Biotreibstoffe umgestellt werden. Reine batteriegetriebene Elektromotoren werden ebenso nur für kleine Schiffe auf kurzen Strecken (Hafendienste) in Frage kommen. Allerdings gibt es auf See noch andere Antriebsarten, die in moderner Form reaktiviert werden – derzeit eher im Experimentierstadium, aber, da es in der Großschifffahrt keine nennenswerte Serienfertigung gibt, per sofort umsetzbar: Windantrieb über Segel, Großdrachen und z.B. den Flettnerrotor. Hier sind auch noch weitere Entwicklungen in der Pipeline.

In der Luftfahrt wird derzeit zwar der Elektroflug heiß diskutiert, er hat aber auf längeren Strecken derzeit keine Realisationschance. Interessant wird Elektroflug auf absehbare Zeit lediglich für Zubringerdienste, wie z.B. Lufttaxis. Das aber bringt eher ein Mehr an Energieverbrauch, als einen sparsameren und effizienteren Umgang mit EE. Also wird man auch hier nicht umhinkommen, alternative Kraftstoffe einzusetzen, etwa Wasserstoff. Der hätte den großen Vorteil Biokraftstoffen oder synthetischen Kraftstoffen gegenüber, dass er in diesen kritischen Flughöhen keine klimawirksamen Gase freisetzt. Bei dem enormen Bedarf an Treibstoffen in der Luftfahrt, d.h. auch angesichts der großen Herausforderung, alles auf alternative und wenigstens klimaunschädliche Antriebe umzustellen, kann nur ein Rat gegeben werden: Weniger – wirklich weniger – Fliegen; das gilt auch für Luftfracht! - Und für alle anderen Transporte zu Wasser, zu Lande und in der Luft!

Ein wichtiges Argument für eine entschlossene Energiewende zum Schluss: Energiewende ist Friedenssicherung! – Der Kampf um die Ressourcen ist voll entbrannt: Überall, wo die Krisen sind, ist auch das Erdöl und umgekehrt. Wenn wir also EE verwenden, nehmen wir den Grund für diese Krisen und Kriege weg.

<u>Maßnahmen:</u>
Grundsätzlich muss gelten:

- 1. Säule: Keine Emissionen mehr!
- 2.Säule: Herausholen des Kohlenstoffs aus der Atmosphäre: z.B. Biokohle: Kohlenstoff in den Boden bringen

- „Alles, was Sinn macht, ist gut und soll gemacht werden!“

- Ökologische Steuerreform:
  - Fossile Energien mit zeitlich progressiv anwachsenden Beträgen besteuern
  - Transporte ab bestimmten Entfernungen höher besteuern
  - Erneuerbare Energien steuerlich begünstigen
  - Herstellung und Speicherung von EE steuerfrei stellen
  - CO_2-Steuer: (Quaas: mind. 200.-- €/to) mit ansteigenden Margen und/oder:
- Abgaben, Zertifikate, Subventionen:
  - Zertifikate nicht mehr nach „Marktgesetzen“, sondern staatlich festgesetzt mit progressiv steigenden Margen (Quaas: 200.-- €/to) gemäß der radikal schwindenden Verfügbarkeit von sauberer Luft wegen der Klimawirksamkeit von CO_2. Und/oder:
  - CO_2-Budget pro Kopf der Weltbevölkerung, das – angefangen beim Status Quo – entsprechend der Restverfügbarkeit bis zum Jahr 2035 zur Einhaltung der 1,5°-Marke – jedes Jahr um einen bestimmten Betrag schwindet. Vorübergehend könnten dabei die nicht verbrauchten Pro-Kopf-Anteile von den nicht-Nutzern – zumeist aus den Entwicklungsländern – verkauft werden, damit diese mit dem gewonnenen Geld ihren eigenen Lebensstandard steigern können. Natürlich hat dann jedes verkaufte Produkt neben dem Kaufpreis auch seinen CO_2-Preis. Damit wird die Weltbevölkerung auf ein klima- und umweltverträgliches Maß an Konsum und einen Ausgleich zwischen Nord- und Südhalbkugel, Industrie- Schwellen- und Entwicklungsländern herangeführt: „Alle Menschen sind gleich!“ - Oder!?
  - Wiedereinführung der Förderung von dezentralen privaten, aber v.a. bürgerlichen und genossenschaftlichen PV-, Windkraft- etc. -Anlagen zur Gewinnung von EE unter Beachtung praktikabler umweltschonender Maßnahmen und Bedingungen. Maß muss sein: die schnelle Errichtung und Bereitstellung von EE, um den notwendigen Energiebedarf zu 100% aus EE zu gewährleisten; Maß muss auch sein: die Schonung der Umwelt und die Menschengerechtheit. Maß darf nicht in erster Linie der Profit sein!
  - Kraftwerke für Grundlast und zur Netzstabilisierung: Fossile Kraftwerke und Kernkraft schnellstmöglich abschalten! Stattdessen für die Grundlasten Wasserkraftwerke und hochmoderne Gaskraftwerke; diese aber zügig umstellen von Erdgas auf grünen Wasserstoff. Zur Netzstabilisierung neben diesen Kraftwerken auch Smart Grids einbinden.
  - Sinnvolle Regelung für Biogasanlagen: Förderung nur als KWK, unter hauptsächlicher Verwendung von Abfallstoffen: Baum-, Sträucherschnitt, organische Resteverwertung, Gülle etc. Verboten sind zukünftig die Errichtung von reinen Energiepflanzen-Biogasanlagen, da hier die Agrarfläche effektiver mit Agro-PV nutzbar ist. Bestandsschutz für bisher errichtete Biogasanlagen, um keinen Rückbau an EE zu provozieren.
  - Agro-PV muss besonders gefördert werden, damit die Synergien der EE-Stromerzeugung mit denen der Landwirtschaft – Fläche gegen Abschattung gegen Austrocknung der Böden etc. - genutzt werden können. Höhere Aufständerung braucht besonderen Bonus!
  - Sofortige Abschaffung insbesondere von 10H-Regelung und vergleichbaren Regeln zur Verhinderung des beschleunigten Ausbaus von Windkraftanlagen

  - Förderung von Energie-Speicheranlagen: Power-to-Gas , -to-Liquid, Wärmespeichern, insbesondere Langzeitwärmespeichern
  - Steuerfreistellung von EE-Erzeugung und -Speicherung
  - Sofortiger Stopp der versteckten Subventionierung energieintensiver Betriebe durch verbilligten Strom und Befreiung von der EEG-Umlage und stattdessen eine ansteigende Staffel für Strompreise und -versteuerung
  - Dagegen hohe Förderung für Eigenstromproduktion von Industrieanlagen (Doppeleffekt gegenüber der jetzigen Regelung)
  - Sofortiger Stopp der Ausschreibepraxis für größere Anlagen: Wir brauchen jede verfügbare dezentrale Anlage zur Herstellung von EE! Wer dazu etwas herstellen kann, soll das auch tun und entsprechend gefördert werden! Keine Auswahlverfahren mehr – schon gar nicht nach dem neoliberalen Verdrängungswettbewerbsprinzip!
  - Alte PV-Anlagen brauchen eine Anschlussförderung bzw. eine sinnvolle Weiternutzung! Keinesfalls sollen diese einfach verschrottet werden. Entsprechende Förderungen müssen bereitgestellt werden!
  - Weitere Maßnahmen, um insbesondere bei fossilen Energien die wahren Kosten der Herstellung und Entsorgung, d.h. auch Umweltkosten zu repräsentieren und zu verrechnen.
- Biogasanlagen zur Netzstabilisierung und Ausgleich von Schwankungen in der Stromerzeugung zentral steuern. Auch jahreszeitliche Unterschiede beachten: Im Sommer weniger, im Winter mehr vergasen und erzeugen. Ausgleich: Im Sommer Einspeisung in Langzeitwärmespeicher und/oder Gaserzeugung, Reinigung und Einspeisung ins deutsche Gasnetz
- Überlandleitungen (HGÜs) dürfen nur als Übergangslösungen angesehen und gebraucht, d.h. errichtet werden, weil im Moment nichts dazu gebaut wird: In BY fehlen zukünftig bis zu 30% der benötigten Strommenge wegen abgeschalteter AKWs! (Im Workshop kontrovers diskutiert worden) Ansonsten gilt: Statt Stromautobahnen: Strom aus der Region für die Region!
  Könnte uns auch dazu helfen, die AKWs im ausländischen Grenzland abzuschalten, da diese dann ihre Lebensberechtigung endgültig verlieren und unrentabel werden.
- Biokraftstoffe dort, wo sie sinnvoll sind – Raps als Zwischenfrucht, v.a. aber bei der Wiederbegrünung von Wüsten – möglichst ortsnah nutzen – in Entwicklungsländern zum Aufbau und der Stärkung der eigenen Wirtschaft. Keinesfalls darf weiterhin „Bio“-Kraftstoff aus Ölplantagen der ehemaligen Regenwälder in unseren Kraftstoffen verwendet werden! Dieser Markt ist schnellstmöglich und konsequent auszutrocknen!
- Mobilität:
  - Intensive Förderung der Entwicklung von Wasserstofffahrzeugen zu Wasser, zu Lande und in der Luft
  - Bei E-Mobilität rascher Ausbau der Ladeinfrastruktur, intensive Förderung und v.a. Forschung und Entwicklung zur raschen Substitution kritischer Stoffe (z.B. Kobalt f. Batterien, Neodym f. Windkraftanlagen)!
  - Positive und innovative Beispiele weiter ausbauen, forschen und entwickeln, insbesondere Startups besonders fördern: Besseren Zugang zu Geld – Kredite, Sonderförderungen,

Kaufprämie für E-Autos ohne Eigenleistung der Hersteller – gewährleisten, damit diese hochinnovativen Hersteller eine Chance auf dem Automarkt gegen die große Autoindustrie hat. z.B. Sono Motors: Sion als erstes SEV (Solar Electric Vehicle) mit integrierten Solarpanels zur Reichweitenerhöhung (bis zu 35 km täglich über integrierte AutoPV) – Kurzstreckenautarkie! - Twike als Leicht-Kfz ebenso in die Förderung mit aufnehmen, diesen Strang der Mobilität – leicht, schnell (normale Kfz-Geschwindigkeiten bis 100 km/h), relativ hohe Reichweite im Kurzstreckenbereich, extrem sparsam – noch einmal verstärkt fördern, weil dieser Bereich außer EE auch noch Energiereduktion bringt.

- Sofortiger Stopp der Förderung von mit fossiler Energie betriebenen Fahrzeugen, d.h. auch Hybridfahrzeugen (Ausnahmen höchstens noch für wenige Jahre Plug-in-Hybrid)
- Steuerbefreiung für E-Fahrzeuge – in Zukunft auch Wasserstofffahrzeuge **mit grünem** Wasserstoff!
- Herstellung – gilt auch über gesamte Lieferketten von der Rohstoffgewinnung hinweg – nur noch auf faire Art und Weise und zumindest klimaneutral sowie umweltschonend mit dem Ziel der vollständigen Produktion mit 100% EE
- Einführung eines Lieferkettengesetzes, das die Auftraggeber in die Haftung nimmt für ihre – ausländischen – Auftragsnehmer über die gesamte Lieferkette hinweg inkl. aller Subunternehmer
- Luftfahrt: Intensive Forschung und Entwicklung neuer Antriebssysteme – derzeit am erfolgversprechendsten: Wasserstoff! Dafür müssen schnell dementsprechende industrielle Herstellungsmöglichkeiten geschaffen werden, z.B. in Wüstenstaaten Solarthermieanlagen für die Produktion von Wasserstoff (Power-to-Gas) zur Deckung des enormen Bedarfs.
  - Sofortmaßnahme: Hohe Besteuerung von Kerosin zur Verteuerung des Fliegens zumindest mit den herkömmlichen Mitteln
  - Konsolidierung der Luftfahrt – z.B. angesichts der Coronakrise: Keine Unterstützung von Billigfluglinien! aktuelles Beispiel: Die Politik von Ryan Air: Leute in Kurzarbeit schicken, damit dann Staatsgelder abgreifen und damit dann eine noch aggressivere Preispolitik betreiben. ‚Wer so etwas tut, müsste eigentlich per sofort sämtliche staatlichen Hilfen zurückzahlen müssen!
    Das Gleiche sollte übrigens auch für Banken und Großkonzerne – allen voran wieder einmal die Automobilindustrie gelten: Eine Bank, ein Konzern, der die erhaltenen Staatsgelder für Bonuszahlungen oder Ausschüttung von Dividende verwendet, missbraucht die Hilfeleistung. Die Verantwortlichen – Manager und Politiker müssten dafür auch wirklich zur Verantwortung gezogen werden. - Ein Unternehmen, das aus der Corona-Krise mit Gewinn herauskommt, ist nicht in Not und hat damit auch keinen Anspruch auf Hilfe!
- Schifffahrt/Seefahrt: Rasche Umstellung auf Biokraftstoffe, Wasserstoff, Windkraft wo möglich
- Weltweites Verbot von Schwerölmotoren und Besteuerung von fossilen Energieträgern
- Weniger Reisen und Transporte durch Ansatz der wahren Transportkosten einschließlich der Umweltlasten

- Kommunen:
  - Umstellung vorhandener Anlagen auf 100% EE, KWK etc. in allen öffentlichen Gebäuden.

- Sämtliche Dächer und Freiflächen mit PV belegen
- Neubauten ausschließlich mit 100% EE und entsprechenden Anlagen: Niedrigenergiehäuser mit Wärmerückgewinnung, Wärmepumpen, Hackschnitzelheizungen o.Ä.
- Kriterien für Auftragsvergabe: Umweltfreundlichkeit und klimaschonendes Arbeiten, mindestens volle Kompensation an CO_2-Verbrauch, Verwendung von EE bei Arbeiten, Anfahrt: Vorrang örtlicher Unternehmen vor weiter entfernten, Nachhaltigkeit des Produktes, lange Haltbarkeit – hohe Qualität, Reparaturfreundlichkeit etc.
- Aktionsprogramm Klimanotstand: Fördermöglichkeiten nutzen!

- Fossile Energieträger
  - Sofortiger Stopp der Erschließung neuer Rohstoffquellen
  - Insbesondere: Sofortiger Stopp von Fracking! – Schließung auch der vorhandenen Anlagen; weltweites Handels- und Import-Verbot! Auch die Forschung zu Fracking ist zu verbieten!
  - Ebenso: Schließung der vorhandenen Anlagen zur Gewinnung von Öl aus Öl- und Teersänden und weltweites Handels- und Import-Verbot!
  - Sofortiger Ausstieg aus der Kohleförderung und –verbrennung – nicht erst 2038; dann ist es bereits zu spät! Insbesondere sind die Braunkohlegruben zu schließen!
  - Ein Vorschlag dazu: Die beträchtlichen Boden- und Flächenressourcen von ohnehin zerstörtem Braunkohlen-Revier-Gelände sollen bei der Standortfrage (Sachsen, NRW) für regenerative Windenergie eingebracht werden, um kostengünstige und nachhaltige „Vor-Ort-Versorgung“ zu gewährleisten.

3.4.3 Ressourcenpolitik

Der zweite Kernpunkt für die Beendigung des Wachstumszwangs. Hauptsächlich zur Einsparung, Schonung, ggf. auch vollständigen Beendigung der Ausbeutung der Ressourcen, sei es, um für nachfolgende Generationen genügend übrig zu lassen, sei es aus Gründen der Gefährlichkeit für Umwelt, Klima, Artenvielfalt und natürlich: für den Menschen! Allerdings ist das Problem allerhöchstens auf den ersten Blick trivial. Bereits durch die Forderung von Hans-Josef Fell, EE gemessen am derzeitigen Gesamtstromverbrauch um den Faktor fünf schnellstmöglich auszubauen, werden wir mit der Beschleunigung der Ausbeutung der dafür notwendigen Rohstoffe konfrontiert. Und darunter befinden sich etliche kritische Rohstoffe, deren Abbau gefährlich für Mensch und Umwelt sind. Hinzu kommt die Herstellung und der Gebrauch von Kunststoffen (aus Erdöl!) sowie der Einsatz „schmutziger“ Energie, solange wir hier noch nicht vollständig umgestellt haben. Dadurch ist es durchaus im Rahmen des Möglichen – eher noch Wahrscheinlichen – dass wir mit dieser Initiative erst mal eine Steigerung des Rohstoffverbrauchs provozieren – möglicherweise – je nach Intensität einer stark beschleunigten Energiewende – sogar ein allgemeines Wirtschaftswachstum initiieren. Die Frage ist ja damit erst einmal gestellt, ob wir dann an anderer Stelle eine Einsparung – eine Schrumpfung hinbekommen, die das ausgleichen könnte. Die nächste Frage schließt sich dann sofort an: Was machen wir anschließend mit den durch eine beschleunigte Energiewende erhöhten Kapazitäten in der Produktion – gerade

dann, wenn wir die noch zu nennenden Maßnahmen Recyclingfähigkeit und v.a. Reparierbarkeit und verlängerte Lebensdauer für die neuen Produkte mit in Anschlag setzen? - Die müssten dann irgendwie wieder abgebaut oder umgebaut werden – oder eben weiter produzieren! - Zumindest an dieser Stelle werden wir eine Beendigung des Wachstums oder gar Schrumpfung, um weniger Ressourcen zu verbrauchen, nicht so ohne weiteres durchsetzen können. Und es gibt mit Sicherheit weitere Bereiche, für die das ganz ähnlich gilt: Technische Innovationen, die echte, auch umweltpolitische, Vorteile bringen. Gerade Produkten mit größerer Effektivität und Energieeinsparung, die wir ebenfalls für eine Energie- und Klimawende brauchen, damit diese gelingt, können wir schlecht einen Wachstumsstopp verordnen, ohne unsere eigenen Ziele zu gefährden! - Der einzige Ausgleich, den wir bieten können, sind Einsparungen an anderen Stellen, im besten Falle vergleichbare Produkte mit gleichem Zweck, aber schlechterer Umweltbilanz, wie z.B. Glühbirne gegen LED. Und sicher müssen wir hier ebenfalls eine Gesamtenergiebilanz aufstellen unter Einbeziehung des Herstellungsaufwands und der Gesamtnutzungszeit der Produkte. Bei einem solchen Vergleich muss sich dann z.B. eine erneute Abwrackprämie – selbst, wenn nur E-Fahrzeuge damit gefördert würden – verbieten, wenn noch voll funktionsfähige Fahrzeuge einfach verschrottet würden und damit Produkte – und eben auch Rohstoffe verschwendet würden. Eine Möglichkeit böte sich an, wenn die Verwendung neu gewonnener Rohstoffe so verteuert würde, dass Recycling von bereits vorhandenen Stoffen lohnender würde. Das Problem auf der anderen Seite wäre damit aber unter Umständen eine derartige Verteuerung des Produkts, dass man damit den raschen Umbau der Energiewende abbremst oder gar zum Erliegen bringt. Trotzdem und egal, wie: Wo es nur irgend möglich ist, muss dem Recycling der Vorrang vor dem Abbau und der Gewinnung neuer Rohstoffe eingeräumt werden! - Und zwar sowohl, um die Umwelt von den Müllbergen zu befreien, als auch, um den Abbau neuer Stoffe zu reduzieren! Wir müssen auf Dauer erreichen – und das an erster Stelle bei unseren Ressourcen – dass wir von der Wachstums- und Ausbeutungswirtschaft zur Kreislaufwirtschaft mutieren!

Dazu gehört die länger konzipierte Lebensdauer der Produkte und deren Reparierfähigkeit. Die geplante Obsoleszenz, die sich bei technischen Produkten aller Art mittlerweile durchgesetzt hat und zumindest bei allen IT-Geräten (insbesondere Drucker, Scanner etc.) völlig kritiklos akzeptiert wird, muss per sofort verboten werden – dieses auch kontrolliert – und bei Zuwiderhandlungen das betreffende Unternehmen kriminalisiert werden – Täuschung des Verbrauchers, Vergehen gegen die Umwelt als strafbare Handlungen! Dazu gehören aber auch bei Autobauern Kunststoffteile aus bestimmten Kunststoffen und Sollbruchstellen, bei denen bei Reparaturen die Halterasten abbrechen, so dass das ausgebaute Teil gleich mit ersetzt werden muss oder bei Ausfall eines Birnchens oder LED-Teiles die gesamte Komponente ausgetauscht werden muss – bevorzugt bei Rückleuchte-Partien – ebenso unsinnige Designänderungen, so dass Teile nur bei einer spezifischen Einzelserie verwendet werden können usw. Die Palette an an und für sich unsinnigen Produkten, die aber die Herstellung und zwangsweise Abnahme durch die Kunden bedingen und zum Ressourcenverbrauch beitragen, ist nahezu endlos lang, die Phantasie der Designer nur für diesen Zweck endlos groß und damit aber auch die Reihe der Möglichkeiten, schnell, ohne echten wirtschaftlichen Schaden Verbesserungen zu schaffen nahezu unendlich, wenn denn endlich der politische Wille bestünde, hier Abhilfe zu schaffen. Ganz nebenbei: Was der „geschätzte“ Kunde dabei dann an Geld spart und dabei an Umwelt schont, „ist nicht mit Geld zu bezahlen“!
Und es gibt Firmen, die machen‘s vor: Fairphone im Smartphonebereich mit modularen Einzelteilen, die jede und jeder für sich Zuhause mit geringem Aufwand selber austauschen und also reparieren kann – mit ins Konzept eingebautem Recycling der defekten Teile; Sono-Motors mit seinem Projekt-SEV (Solar Electric Vehicle) Sion, das ebenso von Anfang an auf gute Reparierbarkeit durch den Verbraucher, konsequentes Recycling und die Verwendung von Standardteilen setzt – und das zu einem sehr marktfähigen Preis. Auch hier geht es ganz offensichtlich nur um den – in diesem Fall – wirtschaftlichen Willen!

Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, dass nun jede und jeder unbedingt jedes noch so komplizierte technische Gerät mit geringstem Aufwand selber reparieren kann! An dieser Reparierbarkeit sollen durchaus die Fachbetriebe – in der Regel Klein- und Mittelständische Unternehmen – profitieren! Die Klein- und Mittelständische Wirtschaft ist schließlich immer noch das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – und wir brauchen viel Rückgrat für die notwendigen Umstellungen und Veränderungen – und sollten dringend darauf setzen, dass alles, was dezentral von diesen Unternehmen produziert werden kann, auch von ihnen produziert werden soll; schließlich sind kleine unabhängige Einheiten deutlich flexibler, als „Große Tanker“, die bei einer Vollbremsung oder Wendemanöver erst einmal alles unter sich begraben, was da im Weg steht.

Fest steht aber, dass wir hier eine 180°-Wende brauchen und die Reparaturfreundlichkeit ein absolutes Qualitätsmerkmal werden muss; genauso wie die Verwendung länger haltbarer und unter den Produkten austauschbarer Standardteile, damit wir möglichst wenig neue Rohstoffe einsetzen müssen. Dazu muss noch die Recyclingfähigkeit der Produkte und ihrer Teile neue Standards setzen.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist der, wie, d.h. auf welche Art und Weise, unter welchen ökologischen und sozialen Umständen Rohstoffe gewonnen werden. Und genau hier muss auch das beginnen, was Oliver Richters – aber auch mehrere Symposiumsteilnehmer – gefordert hatten: Das Ausspielen der sozialen Probleme gegen die ökologischen und umgekehrt muss aufhören und zu einem Miteinander – einer gemeinsamen Lösung – führen. Und nur dieser Gedanke ist auch logisch, wenn wir unsere Umwelt endlich wieder als Mitwelt begreifen: Die Menschen als Teil der Gesamtwelt – unendlich vielfach miteinander verwoben. Eine solche Lösung muss als **eine** Lösung begriffen werden. In Alaska gehört der Boden den Inuit: Exxon zahlt für die aus dem Boden geholten Bodenschätze (Erdöl) 1.000.-- Dollar pro Inuit: Naturnutzung müsste allgemein vergütet werden (Osterlänger). Die übliche Praxis schaut ganz anders aus: Der Staat, in dessen Boden sich die Bodenschätze befinden, erteilt gegen eine entsprechende Gebühr die Schürfrechte, Der Konzern rückt an, vertreibt die – meist indigenen – Bewohner des Gebietes und beutet in der Regel unter Missachtung sämtlicher Auflagen und natürlich sämtlicher ökologischer Schutzmaßnahmen hemmungslos die Bodenschätze aus und verkauft sie auf dem internationalen Markt meist für gutes Geld, das selbstverständlich der Konzern einstreicht – er hat ja das Recht dazu. Der Staat ist machtlos – zumeist bestochen – und schützt weder die Bewohner – immerhin sein eigenes Volk – noch die Umwelt. Im Gegenteil: Nur allzu oft hilft er dem Konzern „sein Recht“ rücksichtslos durchzusetzen. Eine Lösung muss die folgenden Fragen beantworten: Wem gehört der Boden und die darin enthaltenen Bodenschätze? - Dem Staat? – dem Volk? – den dort ansässigen Bewohnern? - Wer hat also das Recht, diese Bodenschätze zu heben, zu verkaufen? - Wer hat folglich auch das Anrecht auf den Erlös? - Wer bestimmt, auf welche Art und Weise – ökologisch wie sozial – die Bodenschätze gehoben werden dürfen? Wer kontrolliert die Umweltgerechtheit und die Einhaltung der Vorschriften? - Wer sorgt am Ende für einen ökologisch angemessenen Rückbau und die Beseitigung etwaiger ökologischer Schäden? - Wenn es also mit rechten Dingen und gemäß unserer Forderungen zugehen soll, dann muss als allererstes den dort ansässigen Menschen das Recht auf sicheres Wohnen und angemessenes Leben sowie die Unversehrtheit der den Fundstandort umgebenden Natur gewährleistet sein; Eingriffe dürfen sich ausschließlich auf diesen Fundort erstrecken. Das gilt insbesondere für Wasser, Boden und Luft. Als Zweites muss geklärt werden, wer den Auftrag zur Hebung der Bodenschätze vergibt: Der Staat, oder örtliche Behörden oder die Eigentümer des Bodens – evtl. das Volk. Keinesfalls darf die ausführende Firma durchgängiger Herr des Verfahrens sein, sondern hat sich als fachlich qualifiziertes Spezialunternehmen als Dienstleister zu verstehen – zumindest aber muss der Auftraggeber bzw. Eigner des Bodens und damit der Bodenschätze einen angemessenen Anteil pro festzulegender Menge an gewonnenem Rohstoff bekommen (s. Exxon-Beispiel). Die Ausbeutung der Rohstoffe muss zu fairen Bedingungen für die Arbeitnehmer und auf die bestmögliche ökologische Art und Weise erfolgen, d.h. auch möglichst ausschließlich unter Einsatz von EE – wo nicht

möglich, wenigstens durch Kompensation der CO_2-Bilanz. Ein Grundsatz muss sein: Die Bodenschätze gehören dem Volk! - Anders ausgedrückt: Wenn schon der Boden ausgebeutet wird, muss wenigstens der Staat, das Volk, die Bewohner, die Gesellschaft davon profitieren und darf die umgebende Umwelt nicht belastet werden! Die Einhaltung der entsprechend notwendigen Maßnahmen muss dabei – von unabhängiger Seite – streng kontrolliert werden! Ebenso muss auch der Transportweg und die weitere Verarbeitung diesen Regeln – fair gegenüber den Mitarbeitern und unschädlich für Mensch und umgebende Natur unter Verwendung von möglichst 100% EE – genügen. Wichtig ist dabei auch, dass die wahren Kosten für die Gewinnung von Rohstoffen – d.h. auch die für Mensch und Natur – tatsächlich eingepreist werden und eben nicht über Raubbau an wem oder was auch immer der Gesellschaft oder der Natur überlassen bleiben. Das neue Prinzip muss lauten: Kosten werden privatisiert – nämlich an den Nutznießer weitergegeben – Erlöse – aus der Gewinnung der Rohstoffe – werden sozialisiert – an die Eigner des Grund und Bodens, also: zum Wohle des Volkes, der Gesellschaft! Das verteuert nicht nur die Rohstoffe – durch den wahren Preis – sondern fördert die Entwicklung der Gesellschaft und eine Umverteilung von oben nach unten!

Ein weiterer Aspekt: Die Minimierung von Risiken beim Abbau von Rohstoffen für die Umwelt, die ortsansässige Bevölkerung etc. könnte dadurch eine Verbesserung erfahren, dass grundsätzlich vor Genehmigung eine Risiko-Rückversicherung durch den Betreiber des Abbaus abgeschlossen werden muss, die sämtliche möglichen Risiken abschätzt, bewertet und finanziell abdeckt. Findet sich keine zuverlässige Versicherung bzw. verweigert die Rückversicherung (z.B. Munich Re) die finanzielle Übernahme des Risikos, darf das Projekt nicht durchgeführt werden! Hier könnte sich auch der betreffende Staat der Spezialisten von Rückversicherungen bedienen.

Zudem muss der Staat – das Volk – die Gesellschaft – die ansässige Bevölkerung – aber auch die globale Menschheit insgesamt entscheiden können – d.h. zuallererst sich dieser notwendigen Entscheidung und der daraus für die Zukunft sich ergebenden Konsequenzen bewusst werden – was und wie viel davon sie aus dem Boden herausholen und wie viel sie für kommende Generationen bewusst drinnen lassen! - Nur auf diesem Wege können wir zu einer wirklich nachhaltigen, d.h. enkeltauglichen Ressourcenwirtschaft kommen, die in der Lage ist, sich selbst zu begrenzen, um die Lebensgrundlagen für Mensch und Mitwelt zu erhalten.

Grund und Boden – eine ganz spezielle Ressource: Alle Güter sind knapp – alle Ressourcen sind letztlich endlich! Das gilt insbesondere für den Boden: Die vorhandenen Bodenflächen sind komplett vermessen, es gibt sie nur einmal und sie können nicht – außer vielleicht in sehr begrenztem Maße dem Meer abgetrotzt wie in Hollands Polderwirtschaft oder aufgespülte Inseln vor Dubai oder im Chinesischen Meer – vermehrt werden. Durch die Klimakrise ist nun auch noch eher das Gegenteil der Fall: Das Meer mit den steigenden Meeresspiegeln holt sich in zunehmendem Maße Land zurück. Und es kann nur jeweils einer Verwendung zugeführt werden: Entweder es bleibt Natur – ohne menschliche Eingriffe – oder es wird zu Kulturland – Ackerflächen, Waldwirtschaftsflächen, Weiden – oder Industrieland – oder Wohnbebauung. Ist das einmal festgelegt, wird sich zumindest auf absehbare Zeit daran nichts mehr ändern.
Außerdem: Zusammen mit Wasser und Luft gehört der Boden – die Erde – eigentlich zu den Gemeingütern – im Unterschied zu Wasser und Luft aber nicht zu den ubiquitären Gütern, sondern zu den knappen Ressourcen (allerdings hat man ja mittlerweile auch festgestellt: so ubiquitär sind auch Wasser und Luft heute nicht mehr). Von daher hat man sich auch über die Jahrhunderte hinweg immer wieder die Frage gestellt: Kann Boden überhaupt Eigentum werden oder muss er von der Gemeinschaft zum jeweiligen Gebrauch geliehen, überlassen, gepachtet werden. Bestimmte, meist naturnahe Völker und Kulturen kennen gar ein Eigentum am Boden nicht, ja können sich ein solches Ansinnen überhaupt nicht vorstellen. Der Gedanke ist nicht so weit weg von uns und unserem Denken, wie wir vielleicht auf den ersten Blick annehmen: Wir haben das Bayerische Flüsse- und Seengesetz, das den freien Zugang zu

den Gewässern garantiert – über das private Eigentum hinaus. Auch Wälder im Privatbesitz dürfen nicht so ohne weiteres eingezäunt werden, sondern müssen der Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Und in ganz Deutschland gibt es die Möglichkeit zur Enteignung, wenn ein höheres Interesse besteht und ein Eigentümer überhaupt nicht bereit ist, um dieses öffentlichen Interesses willen, sein Eigentum – gegen eine dementsprechende Entschädigung – aufzugeben.
Ein altes Recht, das aber v.a. heute auch noch in Gebirgsregionen durchaus üblich ist, ist die Allmende: Gemeindeflächen – also öffentliche Güter – werden bestimmten Bauern bzw. einem bestimmten Personenkreis nach bestimmten Regeln zur Nutznießung – auch gegen Gebühr – überlassen. Sie gehen nicht in Privateigentum über, dürfen also nur genutzt werden. Gedanklich wäre es von daher nur ein kleiner Schritt, das gesamte Staatsgebiet zum Eigentum des Volkes bzw. von jeder Möglichkeit des Eigentumserwerbs frei zu stellen – der Staat – die Volksvertretung – die bestellten Behörden – sind lediglich Verwalter der Flächen und vergeben sie zur Nutzung an Privatpersonen, ohne dass diese Eigentum daran erwerben könnten. Damit wäre sicher eine relativ einfache Regelung der unterschiedlichen Nutzung durch die Öffentliche Hand möglich. Private Nutzung müsste sich dadurch automatisch dem Willen und den höheren Interessen des Volkes, der Gesellschaft beugen; z.B.: ein bestimmter Flächenanteil mit bestimmten Bodenqualitäten darf nur für landwirtschaftliche Zwecke zur Lebensmittelproduktion verwendet werden. Eine Bodenspekulation – alleine der Gedanke daran würde sich unter diesen Vorbedingungen verbieten – wäre von vorneherein ausgeschlossen! - Allerdings hätte diese Regelung auch Nachteile, etwa die Rechtsunsicherheit, unter Umständen sein Heim zu verlieren, das der Nutznießer sich darauf gebaut hatte, wenn sich der Staat dazu entschließen würde, diese Bodenfläche nun einer anderen Nutzung zuzuführen, weil das der Allgemeinheit besser dienen würde. Wer würde da noch groß in ein Eigenheim investieren, das er nicht an seine Kinder weitergeben kann und das ihm auch schnell einmal wieder genommen wird. Insofern ist die Sicherheit eines zum Eigentum erworbenen Grundstückes schon sehr beruhigend für eine verlässliche Lebensplanung! Abgesehen davon, dass ganze Bauerngenerationen „ihre Ackerscholle“ über Jahrhunderte bearbeitet und gepflegt haben und nun riskieren würden, jedes Recht daran zu verlieren. Allmende hat sicher ihr Recht und ihren Sinn in bestimmten Bereichen, als generelle Lösung für alles taugt sie nicht.

Eine andere Idee zum Thema „Bodeneigentum“ - die die oben beschriebene Rechtsunsicherheit der Allmende beseitigen würde, weil die Laufzeit vertraglich festgelegt ist, „sollte in unserer Gesellschaft ideologiefrei ebenfalls diskutiert werden, und zwar das „Erbbaurecht /Verpachtung von öffentlichem Grund und Boden statt Verkauf“. Da wie erwähnt Grund und Boden nicht vermehrbar ist und eigentlich jeder Mensch ein Recht auf unsere Erde hat, sollte man überlegen, ob es noch sinnvoll ist, dass der Staat bzw. seine Institutionen (Gemeinden etc.) Grund und Boden an private Nachfrager/Unternehmen verkauft. Die Erfahrungen, beispielsweise der Kirchen, mit dem Erbbaurecht zeigen, dass sehr wohl Unternehmen und Privatpersonen (z. B. für einen Hausbau) mit einer Pachtung oder einem Erbbaurecht mit Erbbauzins einverstanden sind. Damit würde die immer umfangreichere Privatisierung mit ständig steigenden Preisen für das nicht erneuerbare und nicht vermehrbare Allgemeingut „Boden“ sowie die ausufernde Boden- und Immobilien-Spekulation weitgehend verhindert. Dabei ist auch ein Erstkaufrecht der öffentlichen Hand bei Verkauf von Grundstücken durch Private (Privatpersonen/Unternehmen) einzuplanen. Damit könnte dieser immer mehr zu einem großen Problem für die Mehrheit der BürgerInnen werdenden Bodenspekulation nach und nach ein Ende gesetzt werden.“ (Günter Grzega)Wir gehen aber bei der weiteren Diskussion zunächst von der faktischen Geltung des Eigentumsrechts an Grund und Boden aus. Derzeit haben wir besonders zwei große Konfliktfälle: Den Flächenfraß und damit den rapiden Schwund an landwirtschaftlicher Fläche, auf der noch Nahrungsmittel produziert werden können einerseits; und die gegenwärtige Wohnungsnot, v.a. an bezahlbaren Immobilien bzw. Wohnraum, v.a. in den Ballungsgebieten andererseits. Dabei taucht an den Nahtstellen zwischen dem einen Problem des Flächenfraßes durch Erschließung neuer Baugebiete und dem sozialen Problem der Wohnungsnot der bereits oben erwähnte

Konflikt zwischen Ökologie und Soziales wieder auf: Eins wird gegen das Andere ausgespielt und in der Regel das soziale Problem auf Kosten der Ökologie „gelöst“.

Woher kommen diese Probleme und warum haben sie sich gerade in den letzten Jahren derartig verschärft, obwohl unser Volk in diesen Jahren nicht wirklich gewachsen ist – auch nicht pro km² Staatsfläche? - In der volkswirtschaftlichen Rechnung wird Boden einfach als Kapital gesehen, das zur Verwertung eingesetzt werden kann, um damit möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Es müsste aber alleine schon bei dieser – im wahrsten Sinne des Wortes – rein kapitalistischen Betrachtungsweise genau unterschieden werden, denn bestimmte Kapitalien kann ich vermehren, den Boden dagegen nicht. - Boden als Produktionsfaktor gehorcht der neoliberalen Logik der Industrialisierung allen Lebens und aller Werte, dass sein einziger Wert darin besteht, „Mehrwert“ zu schaffen. Die Wachstumsproblematik schlägt hier wieder voll zu und es zeigt sich gerade an dieser Stelle „sehr schön“, wie dieses Denken die gesamten Gegenwartsprobleme erst schafft: Uwe Brückner stellt die Frage nach den Heuschrecken, die sich auf die Landwirtschaft stürzen: immer mehr Investoren, die landwirtschaftliche Flächen aufkaufen, damit das Angebot verknappen und die Preise in die Höhe treiben: „Geld sucht einen Platz, wo es hin kann!“ Isabella Hirsch antwortet darauf mit dem Bodenverkehrsgesetz: „Wir haben ein Landwirtschaftliches Bodenvorkaufsrecht für Landwirte.“ Dieses wird regelmäßig umgangen – z.B. durch Strohleute – und der Boden „wandert ab“ in die Hände von Spekulanten. Dazu umgehen sie auch gleich noch die Steuerabgaben. So schaden sie der Landwirtschaft und der Gesellschaft. Das könnte geändert werden und wird nicht geändert: Es fehlt der politische Wille dazu. Eigentlich spricht z.B. die BV Art. 163 - 165 eine klare Sprache: „Grund und Boden dienen vorrangig dem Landwirt zur Lebensmittelproduktion“ (Zusammenfassung Isabella Hirsch). Aber der politische Wille zur Veränderung ist nicht vorhanden. Ein weiterer Raubbau: Städte erschließen Flächen zum Wohnungsbau, aber auch für Industrieansiedlungen. Dafür werden seit Jahren – auch prophylaktisch – Ausgleichsflächen von Städten im großen Stil aufgekauft und gehen für die Landwirtschaft verloren. Es klingt ironisch, aber durch eine eigentlich sehr sinnvolle Sache, nämlich für „der Natur“ entnommene Flächen einen ökologischen Ausgleich schaffen zu müssen, wird nun die doppelte Fläche bzw. eine entsprechende größere Fläche der Natur bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche entrissen und immer wieder auch ökologisch völlig sinnlosen Zwecken zugeführt. Der „Dumme“ am Ende ist immer wieder der Bauer! Irmi Seidl berichtet davon, dass in der Schweiz kein Boden außer von der Landwirtschaft erworben werden kann; damit bleibt der Boden für die landwirtschaftliche Produktion erhalten, eine Spekulation ist nicht möglich. Das sollte in Deutschland ebenfalls diskutiert und eingefordert werden.

Durch die zunehmende Verknappung der Flächen gehen dann aber auch die Hauspreise immer noch höher – eigentlich sind es gar nicht die Hauspreise, sondern die Bodenpreise – für Makler die „drei wichtigsten Kriterien: Lage, Lage und Lage!“ - Infrastruktur, Umgebung, Ansehen … in Ballungszentren steigen damit dann auch die Mieten überproportional – „man kann‘s ja verlangen!“ – Wohnraum wird verteuert und schließlich für ärmere Schichten unerschwinglich. Ein Grund für das gute Funktionieren dieses Missstands: Oliver Richters: „wir haben ein massives Problem mit Einkommen aus Steigerung des Bodenwerts!“ - Ein wichtiger Wert muss sein: Wer den Nutzen hat, muss auch die Kosten dafür tragen! Gegenwärtig gilt für alle natürlichen Ressourcen eher das Gegenteil: Wer die verbraucht, muss meistens nicht die Kosten dafür tragen, d.h. Kosten und Nutzen fallen völlig auseinander; das widerspricht fundamental einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft! Insbesondere trifft das bei Bodenspekulation zu: Die Kommunen haben den Aufwand, die Spekulanten den Ertrag. Gerade in der Diskussion um Mietpreise bzw. Hauspreise: „Hier ist eine klare Unterscheidung zu machen zwischen Haus und Boden; das wird immer vermischt!“ (Richters). Hinzu kommt für die Kommunen das Problem, dass eine Haupteinnahmequelle die eingenommene Gewerbesteuer ist. Das macht sie anfällig für die Einflussnahme durch die Wirtschaft; genauer gesagt: Die Kommunen stehen untereinander in hartem

Konkurrenzkampf und buhlen um die Gunst der Unternehmen, sich doch bei ihnen niederzulassen, das drückt die Preise, führt zu manchem Zugeständnis auch hart am Rande der Legalität. Oft wird das dabei wieder mit dem Lieblingsargument der deutschen Wirtschaft – der Schaffung von Arbeitsplätzen – begründet und am Ende bleiben drei auf der Strecke: Die landwirtschaftliche Bodennutzung, der Wohnungsbau, v.a. der soziale, und natürlich: Die Kommune selber, denn sie wird niemals die Investitionskosten in die Bereitstellung der Flächen wieder hereinbekommen! - So lange die Kommunen also nicht wirklich anständig finanziell zur Erfüllung ihrer Aufgaben von staatlicher Seite ausgestattet werden und damit eine gewisse Unabhängigkeit von den Gewerbesteuereinnahmen bekommen, wird dieses Problem weiter bestehen und Kommunen erpressbar sein und ihrerseits für weiteren Flächenfraß und damit weitere Verknappung des Bodens sorgen.

Noch einmal Oliver Richters: „Wir brauchen eine Bodensteuerreform! Die ist notwendig, weil hier Investoren Nutzen daraus ziehen, ohne etwas tatsächlich dazu beigetragen zu haben: Leistungsloses Einkommen also. Aufwand und Nutzen muss wieder stärker aneinander gekoppelt werden, damit wir wieder eine größere Gerechtigkeit bekommen – erst dann sind wir in der Lage, das soziale Problem nicht mehr auf die Umwelt abzuwälzen.“

Insbesondere müssen wir dazu zwei notwendige Forderungen stellen:

1. Nicht die Gebäude werden besteuert, sondern die Böden und zwar nach den Handelswerten, damit es sich nicht mehr so lohnt, auf Boden zu spekulieren. Mit anderen Worten: der Bodenwert bestimmt die Grundsteuer. Außerdem muss die Grundsteuer v.a. in den Städten finanziell so gestaltet werden, dass die Leute die Grundstücke auch bebauen respektive die Wohnungen auch vermieten. Höhere Grundsteuer zahlt, wer sein Grundstück nicht bebaut bzw. seine Wohnung nicht vermietet, sondern leer stehen lässt. „Das muss richtig Geld kosten!“ (Richters). Erhoffter Effekt dabei ist die schnelle Schaffung von Wohnraum, v.a. auf bereits dafür vorgesehenen Flächen: Ein zaghafter Versuch zur Änderung wurde seitens der Bundesregierung in 2019 zwar gemacht, aber einige Länder scheren aus: In Bayern soll ein reines Flächenmodell eingerichtet werden: Nur die m²-Zahl wird angesetzt, nicht der Wert aus der Lage. Im Grunde ist das eine glatte Subventionierung derer, die bereits viel haben.
2. Muss von staatlicher Seite festgestellt werden, welche Flächen – anteilsmäßig, qualitativ und lokalisiert

– erstens: Der Natur vorbehalten bleiben, d.h. ohne Eingriffe des Menschen

– zweitens: Für landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Produktion –prioritär ökologische Landwirtschaft – reserviert bleiben

– drittens: Der Schaffung von Wohnraum, Infrastruktur etc. und schließlich

– viertens: Der Wirtschaft überlassen werden.

Und zwar in dieser Prioritätenfolge! Dabei muss für die Flächenberechnung zur landwirtschaftlichen Produktion der Fokus klar auf die notwendige Nahrungsmittelproduktion zur Erreichung einer Ernährungssouveränität gelegt werden. Momentan ist es genau umgekehrt, und: Es existiert kein wirklicher Plan, der sich an den Notwendigkeiten von Mensch und Natur orientiert und damit drückt man sich auch um die Erkenntnis, dass Boden eben nur einmal verwendet werden kann und das Angebot nicht erweiterbar ist!

Wasser! – Vom reinen Vorkommen her nahezu unerschöpflich! Leider ist der größte Anteil daran Salzwasser, also ungenießbar für den menschlichen Konsum. Und: Wasser ist recht ungleich auf diesem Planeten verteilt – auf der Erde, in der Luft und sogar unter der Erde. Wasser ist Leben und ohne Wasser ist kein Leben möglich! Das macht Wasser so einzigartig. In unseren Breiten sind wir bisher immer davon

ausgegangen, dass Wasser ein ubiquitäres Gut ist – an eine Wasserknappheit hat niemand gedacht. Das sieht man nun – nach zwei Dürrejahren – ganz anders, nämlich so, wie man es in anderen Teilen der Welt bisher immer schon gesehen hat: Wasser ist knapp und damit besonders wertvoll! Entsprechend groß sind die Begehrlichkeiten der Industrie: Knappes Gut verkauft sich gut! Die Folgen: Weltweit wird versucht, die Quellen zu privatisieren und sie dem Diktat des Profits zu unterwerfen, sei es durch Aufkauf der Wasserrechte oder auch Privatisierung der Trinkwassernetze. In Deutschland sind wir bislang noch glimpflich davon gekommen. Nur wenige Trinkwassernetze sind tatsächlich privatisiert, Berlin z.B. konnte sogar sein Trinkwassernetz, nachdem der kommerzielle Betreiber alle Befürchtungen nahezu noch übertroffen hat, wieder zurückkaufen – zwar eine schwere Hypothek wegen der Kosten, aber besser als die Vernachlässigung der Netzinstandhaltung, der Wasserqualität bei gleichzeitiger unverhältnismäßiger Erhöhung des Wasserpreises. An diesem Beispiel sollte man lernen! – Bisher wurden auch alle Versuche, durch v.a. Freihandelsabkommen, aber auch durch die EU-Kommission eine zwangsweise Privatisierung vorzuschreiben, abgewehrt. Die weitaus meisten Trinkwassernetze sind weiterhin in den Händen der Kommunen bzw. entsprechender Zweckverbände und Körperschaften des Öffentlichen Rechts. Damit konnte bislang auch eine gute Trinkwasserversorgung – quantitativ wie qualitativ – gewährleistet werden.
Ganz anders sieht es in anderen Staaten aus: Chile z.B. hat seine Wasserversorgung fast zu 100% privatisiert und dieses „Recht“ auch noch in seine Verfassung übernommen. Die Folge: Ein Wasserkrieg der Reichen gegen die Armen. Wenige Reiche halten die Wasserrechte, verbrauchen das Wasser für Agrarindustrie, Bergwerks- und Forstwirtschaftssektor, die Armen haben kaum Möglichkeiten, an Trinkwasser heranzukommen. Auch in anderen Ländern ist das Bild ähnlich. Besonders ein Unternehmen ist in dieser Hinsicht weltweit führend: Nestlé, das überall in der Welt Wasserquellen – meist zu einem Spottpreis aufkauft und das Wasser dann in Flaschen abfüllt und teuer verkauft, während die Wasserversorgung für die Bevölkerung im Umkreis der Betriebe zusammenbricht.
Für Deutschland sind die Folgerungen daraus klar: Wasser ist ein Gemeingut und hat deshalb in privaten Händen nichts zu suchen. Wasser muss in staatlicher bzw. kommunaler Hand bleiben und die gesamte Wasserwirtschaft von staatlicher Seite kontrolliert werden! Brunnenbetriebe dürfen ihre Sonderrechte für Mineralwasserquellen nur in dem Rahmen nutzen, in dem das Trinkwasser in der Umgebung weiterhin für die Allgemeinheit reicht; dasselbe gilt analog für alle anderen wasserintensiven industriellen Nutzungen, z.B. Brauereien, Getränkeindustrie. Besondere Vorsicht und entsprechende Auflagen sind bei Prozesswässern notwendig: Kraftwerke (Kühlwasser), Schlachtbetriebe, Färbereien, Papierindustrie etc. müssen entsprechend hohe Standards erfüllen sowohl bei der Wasserentnahme, als auch bei der Wiedereinleitung. Insbesondere bei Wiedereinleitung muss gewährleistet sein, dass das Wasser entsprechend gereinigt und in einem ökologisch unbedenklichen Temperaturbereich zurückgeführt wird. Hier sind regelmäßige und dabei unangekündigte Kontrollen unerlässlich. Zukünftig sollten sämtliche Prozesse mit größeren Wassermengen darauf überprüft und entsprechende Entwicklungen angestoßen werden, geschlossene Wasserkreisläufe zu installieren, d.h. das Prozesswasser wieder in den Ursprungszustand zu versetzen – Wasserreinigung, Abkühlung, Rückgewinnung etwa durch den Prozess im Wasser enthaltener Stoffe etc. – und erneut zu verwenden. Insbesondere ist bei sämtlichen Kraftwerken die Prozesswärme in Nah- bzw. Fernwärmenetze einzuspeisen – auch hier mit geschlossenem Wasserkreislauf!

Angesichts der fortschreitenden Klimakrise können wir aber jetzt bereits absehen, dass das Wasser auch in unseren Breiten immer knapper wird. Wälder sind schon jetzt im großen Ausmaß betroffen, ganze Baumbestände gehen ein, weil sie nicht mehr an das Grundwasser herankommen. Die Feldfrüchte gehen unvollständig auf, vertrocknen, bleiben leer. In Unterfranken wird bereits an Konzepten zur Bewässerung der Weinberge gebastelt; ähnliches wird wohl zunehmend in der gesamten Landwirtschaft entwickelt. Ebenso sind Überlegungen zu einer vollständigen Verknüpfung sämtlicher Trinkwassernetze in Süddeutschland bereits relativ weit gediehen, um lokale oder regionale Wasserknappheiten durch

andere Trinkwasserreservate zu überbrücken. Dabei wird insbesondere daran gedacht, Bodenseewasser nach Norden zu pumpen. Damit wird allerdings ein unheilvoller Prozess in Gang gesetzt, dass, wenn eine Trinkwasserquelle nicht mehr genügend Wasser liefert, andere dafür umso mehr belastet und ausgebeutet werden. Das kann erstens sehr leicht zu einem Dominoeffekt führen, so dass eine Quelle nach der anderen versiegt und wir letztendlich unseren gesamten Wasservorrat plündern und zweitens zur Annahme verleiten, wir könnten einfach so weitermachen wie bisher, anstatt die Alarmzeichen wahr- und ernst zu nehmen und rechtzeitig – nämlich jetzt! – Wassersparkonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Fest steht jedenfalls, dass, wenn eine Region Schwierigkeiten bekommt, nicht einfach andere Regionen angezapft werden dürfen, sondern spätestens dann im entsprechenden Maß Wasser eingespart werden muss. Es muss uns klar werden, dass wir dann bestimmte Dinge nicht mehr tun können!

Damit sind wir eigentlich vor die Tatsache gestellt, dass wir jetzt handeln müssen, bevor wir dann gar nicht mehr anders können! Gerade beim Wasser haben wir – wie kaum in einem anderen Bereich – auch als Privatleute viele Möglichkeiten, durch bewussten Umgang erhebliche Mengen an Wasser zu sparen. Neben bewussterem und damit sparsamerem Verbrauch sollte zumindest bei Neubauten überlegt werden, ob durch strukturelle Maßnahmen – z.B. Einbau einer Trockentoilette – nicht entscheidend zum Wasser Sparen beigetragen werden kann. Hier können viele kleine Dinge an vielen kleinen Orten große Veränderungen bewirken – und das dürfte dringend nötig sein!

Bereits jetzt ganz andere Probleme mit Wasser haben ganze Weltregionen. Je näher am Äquator, umso bedrängender und existenzieller sind die Schwierigkeiten, ausreichend Wasser in ausreichender Qualität bereit zu stellen. Außer den dramatischen Veränderungen durch den Klimawandel – die schnell fortschreitende Versteppung bzw. Verwüstung kommt hinzu, dass in dieser Region der Welt sehr viele Staaten als Entwicklungsländer eingestuft sind, denen technische, weil finanzielle Mittel fehlen, Abhilfe zu schaffen. Durch die Geldnot sind gerade diese Staaten auch viel anfälliger für die Verlockungen und Versprechungen der Industrie, schnell an Geld und – oft leider nur angeblich – an sauberes Trinkwasser heranzukommen. In erschreckend vielen Fällen dienen diese „Wirtschaftshilfen“ lediglich der Ausbeutung auch noch der letzten und überlebenswichtigen Ressourcen dieser Völker. Korruption deckt dieses Vorgehen noch zusätzlich. Dem muss schnellstens ein Riegel vorgeschoben werden! Wasser muss weltweit unter den besonderen Schutz der UNO gestellt werden mit der Maßgabe, dass eine Privatisierung und damit Profitorientierung strengstens verboten wird. Die bisherigen Unternehmen, die sich hier tummeln, müssen gegebenenfalls – und in den schlimmsten Fällen auch einmal ohne Entschädigung – enteignet werden und zu entsprechenden Entschädigungssummen an die geschädigte Bevölkerung gezwungen werden. Man muss das hier auch ganz klar benennen: Es ist Wasserraub, der sofort weltweit mit den dementsprechenden Konsequenzen unter Strafe zu stellen ist! Mit dem dadurch eingehobenen Geld sind dann zuvörderst Wiederaufbaumaßnahmen der Trinkwassernetze, aber ebenso auch Wiederaufforstungsmaßnahmen zu finanzieren, damit das Wasser im Boden gehalten werden kann. Alle den geforderten Maßnahmen widersprechenden Verträge – dazu gehören gerade auch Freihandelsverträge – sind fristlos zu kündigen – Kündigungsgrund: Widerrechtliche Vertragsschlüsse wegen Verstoßes gegen das Völkerrecht – Entzug der Lebensgrundlagen, bzw. Grundrecht auf sauberes Trinkwasser – gegebenenfalls durch entsprechend ausformulierte wirklich faire Verträge zu ersetzen!

In Trockengebieten – Savannen – sind mit internationaler Hilfe für die Regenzeit Wasserreservoirs anzulegen, damit die großen Wassermengen aufgefangen werden können. Begleitend sind Wiederbegrünungsmaßnahmen durchzuführen (s.o.).

Bei Produkten aus diesen Ländern, die unter intensiver Wassernutzung hergestellt werden müssen, muss vom Händler/Importeuer ein entsprechendes Wassermanagement über die gesamte Lieferkette

sichergestellt und nachgewiesen werden, um die bisherige Wasserverschmutzung einzudämmen und zukünftig ganz zu verhindern.

Viele weitere Maßnahmen zum Wassersparen oder der Wasseraufbereitung – z.B. auch Meeresentsalzungsanlagen – müssten noch angesprochen werden, sprengen aber hier den Rahmen dieser Arbeit, so dass wir es bei den dargelegten Problemen und geforderten Lösungen belassen.

Maßnahmen:

- Für den gesamten Rohstoffverbrauch gilt: Vorfahrt für den beschleunigten Ausbau von EE! Nur hier darf noch ein nennenswertes Wachstum geschehen. Alles andere muss sich für den Abbau von Ressourcen rechtfertigen!
- Gleichzeitig muss überlegt werden, ob dafür an anderer Stelle Rohstoffe eingespart werden können – fossile Energiegewinnungstechniken: z.B. Tanker umgerüstet auf alternative Treibstoffe, Gase (Power to Gas) statt Neubauten. Raffinerien abgebaut und recycelt etc.
- Das neue Prinzip muss lauten: Kosten werden privatisiert – nämlich an den Nutznießer weitergegeben – Erlöse – aus der Gewinnung der Rohstoffe – werden sozialisiert – an die Eigner des Grund und Bodens, also: zum Wohle des Volkes, der Gesellschaft! Die Bodenschätze und Rohstoffe gehören den Menschen, Völkern, Staaten, in deren Gebiet sie liegen! Deswegen muss ihnen ein entsprechender, d.h. angemessener Preis pro Einheit gezahlt werden, damit diese ihre Wirtschaft und Gesellschaft damit aufbauen können. Die ausführende Firma darf nicht durchgängiger Herr des Verfahrens sein, sondern hat sich als fachlich qualifiziertes Spezialunternehmen als Dienstleister zu verstehen und auch so zu verhalten!
- Eingriffe und deren Auswirkungen dürfen sich nur auf den direkten Fundort auswirken. Die Unversehrtheit der sie umgebenden Natur und die Menschen ist zu gewährleisten!
- Der Staat – das Volk – die Gesellschaft – die ansässige Bevölkerung – aber letztendlich die globale Menschheit insgesamt muss entscheiden, was und wie viel davon sie aus dem Boden herausholen und wie viel sie für kommende Generationen bewusst drinnen lassen!
- Vorfahrt für Recycling: Soweit möglich, müssen recycelte Rohstoffe eingesetzt bzw. zurückgewonnen werden: Weg von der Ausbeutungs- hin zur Kreislaufwirtschaft!
- Ein globaler Recycling-Prozess muss angestoßen werden, aus zwei Gründen:
  1. Bevor wir weitere Rohstoffe aus dem Boden holen, müssen wir erst einmal das brauchen bzw. verbrauchen, was wir bereits – oft nur für kurze Frist – aus dem Boden geholt haben.
  2. Wir müssen dringend – v.a. um der Artenvielfalt willen – unseren Planeten von unserem sogenannten „Wohlstandsmüll“ - v.a. Plastikmüll, aber auch Rohstoffe – reinigen.
- Rohstoffe müssen nach bestimmten ökologischen und sozialen Standards (vgl. obige Ausführungen) abgebaut, recycelte Rohstoffe nach ebensolchen Standards zurückgewonnen werden. Hier muss die gesamte Lieferkette von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt auf den Prüfstand!
- Für Rohstoffe und Recyclingstoffe gilt gleichermaßen: Der wahre Preis – einschließlich ökologischer und sozialer Kosten – muss angesetzt und auch bezahlt werden!
- Bei der Herstellung v.a. technischer Produkte ist auf längere Haltbarkeit und Reparaturfreundlichkeit zu achten! Eine gesetzliche Garantie von fünf Jahren könnte hier Wunder wirken: Es dürfen nur noch Materialien verbaut werden, die eine längere Haltbarkeit und Funktion gewährleisten – qualitativ

hochwertige Materialien. Sollbruchstellen, außer aus Sicherheitsgründen, dürfen nicht mehr zu verkürzter Lebensdauer führen!

- Verwendung und Verbauung von Standardteilen statt ständig wechselnder Designs!
- Geplante Obsoleszenz sofort stoppen und verbieten! Firmen, die in dieser Weise weiterarbeiten, müssen deutlich kriminalisiert werden: Es ist ein Verbrechen an der Zukunft unserer Kinder und Enkel um des Profits willen – Stichwort: „niedere Beweggründe“!
- Für alle diese Kriterien muss ein Label entsprechend dem Energielabel entwickelt werden, das dem Verbraucher auf einen Blick zeigt, wie es um die Qualität des Produktes steht.
- Diese Qualitätsstandards müssen für alle Produkte auf dem deutschen – besser: europäischen – Markt gelten, d.h. Produkte, die diese Standards nicht erfüllen, sind nicht verkehrsfähig und dürfen auch nicht eingeführt werden. Zusätzlich muss für eingeführte Waren auch noch der soziale Standard geprüft werden. Auch hier dürfen Produkte, die diesem Standard nicht entsprechen, nicht mehr eingeführt werden. Das hat nichts mit Protektionismus zu tun, sondern damit, dass auf diese Weise auch ausländische Hersteller angehalten werden, entsprechende Mindeststandards in ökologischer und sozialer Hinsicht einzuhalten.
- Boden:
    - Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Boden als Ressource nicht erweiterbar, geschweige denn: beliebig reproduzierbar ist, muss von staatlicher Seite festgestellt werden, welche Flächen – anteilsmäßig, qualitativ und lokalisiert – erstens: Der Natur vorbehalten bleiben, d.h. ohne Eingriffe des Menschen – zweitens: Für landwirtschaftliche Produktion – hier besonders zur Nahrungsmittelproduktion – und das muss sich am Bedarf an Nahrungsmitteln orientieren – reserviert bleiben – drittens: Der Schaffung von Wohnraum, Infrastruktur etc. und schließlich – viertens: Der Wirtschaft überlassen werden; in dieser Prioritätenfolge!
    - Was der Natur an Flächen vorbehalten bleibt, darf nicht plötzlich – aus wirtschaftlichen Gründen – umgewidmet werden (Beispiel: Riedberger Horn)!
    - Landwirtschaftliche Flächen dürfen nicht mehr – auch nicht über Umwege – an Investoren verkauft werden! Nur Landwirte haben das Recht, sie zu erwerben und müssen diese Flächen dann auch dementsprechend bewirtschaften. Das derzeitige Vorkaufsrecht ist für einen wirklichen Schutz zu schwach!
    - Um – bezahlbaren – Wohnraum zu schaffen, braucht es eine durchgängige Baupflicht für Baugrundstücke.
    - Nicht bebaute Baugrundstücke und nicht vermieteter Wohnraum muss steuerlich erheblich verteuert werden, um eine deutliche Motivation zur Bebauung bzw. Vermietung zu schaffen und Spekulation zu vermeiden.
    - Bei der Neuausweisung von Baugebieten muss eine staatliche Pflicht zur anteilsmäßigen Schaffung von sozialem Wohnraum eingeführt werden, die nicht durch irgendwelche Kompensationen umgangen werden kann.
    - Gebäude müssen zukünftig nach dem Wert des Bodens – der Lage – besteuert werden, um Grundstücksspekulation in Ballungszentren den Boden zu entziehen.

- Handels- und Industrieansiedlungen müssen soweit möglich mehrstöckig geplant und realisiert werden (z.B. Supermarkt mit Tiefgarage).
- Sofortige Rückkehr zum Anbindegebot für Industrieansiedelungen
- Kommunen müssen finanziell besser ausgestattet werden, um die Abhängigkeit von der Gewerbesteuer zumindest entscheidend zu reduzieren. Über eine Änderung der derzeitigen Regelungen ist nachzudenken!
- Die Schaffung von Ausgleichsflächen muss noch einmal überdacht werden – insbesondere Ausgleichsflächen auf Vorrat von Städten aufgekauft und damit der Landwirtschaft entzogen. Ein reiner Eigentumswechsel hilft der Natur nicht wirklich!
- Über eine Wiedereinführung von Allmende-Flächen in bestimmten Bereichen ist nachzudenken!

3.4.4 Unternehmenssektor

3.4.4.1 Volkswirtschaftliche Perspektive

3.4.4.1.1 EU und Internationale Beziehungen

Schon bei den Geld- und Finanzmärkten haben wir gesehen, wie schwer wir uns tun werden mit der Einflussnahme auf die internationalen Märkte, geschweige denn damit, Gesetze und Regeln durchzusetzen. Das gilt ebenso mit internationalen Wirtschafts- und Handels-Verträgen. Deutschland – die Bundesregierung – darf z.B. keine Freihandelsabkommen außerhalb der EU mehr abschließen; dieses Recht ist zu EU-Recht geworden. Das muss uns klar sein, wenn wir jetzt einfach ein neues Wirtschaftssystem einführen wollten. Hier sind die Grenzen unserer Handlungsfreiheit sehr schnell erreicht, nämlich bereits an der bundesdeutschen Außengrenze! Dagegen hat die EU mit ihrer Rechtssetzung an der Deutschen Grenze noch lange nicht Halt zu machen – im Gegenteil: Dadurch, dass wir einen europäischen Binnenmarkt haben und eine europäische Währung, haben wir bereits zahlreiche Rechtsprivilegien aufgegeben zugunsten der größeren Einheit: EU. Wir haben also zwei Möglichkeiten: Entweder einen bundesdeutschen Alleingang, mit der hohen Wahrscheinlichkeit, dass wir damit an vielen Ecken und Enden die EU vor den Kopf stoßen würden, was dann auch zu unangenehmen Reaktionen führen könnte – Vertragsbruchverfahren, Ausschluss, Vertragsstrafen oder gar das Zerbrechen der EU selber. Oder wir brauchen noch sehr viel Überzeugungskraft, um unsere europäischen Partner davon zu überzeugen, dass unser Weg der richtige sei und von der gesamten EU übernommen werden sollte.

Auch, wenn wir hier die volkswirtschaftliche Perspektive einnehmen, werden wir nicht umhin kommen, vor allem das demokratische Defizit dieser EU anzugehen. Und das liegt genau an dieser volkswirtschaftlichen Perspektive, aus der die EU überhaupt entstanden ist: Sie hat sich bekanntlich aus einer Wirtschafts-Union gebildet (EWG) und ist von daher auch jetzt noch (Lissabon-Verträge) von ihren Zielen her eher wirtschaftlich ausgerichtet: Die Maxime ist v.a. Wettbewerbsfähigkeit (z.B. Art. 151 AEUV) und der freie Markt, der Vorrang vor sozialen Aspekten hat. Dementsprechend hat auch ein demokratisches Regime kaum eine wirkliche Rolle gespielt und die bisherige Spitze der EU hatte kein vermehrtes Interesse, daran etwas zu

ändern. Das EU-Parlament ist wohl von seiner Wirkung her eher ein demokratisches Feigenblatt, als eine echte demokratische Errungenschaft. Wollen wir also wirklich am Wirtschaftssystem etwas ändern, müssen wir zuvor gewaltig an der demokratischen Legitimierung und Arbeitsweise dieser EU etwas ändern: Das EU-Parlament als einziges demokratisch legitimiertes Gremium muss dazu erst einmal zur höchsten Instanz der EU werden; die EU-Kommission dagegen dem Parlament eindeutig unterstellt werden als ausführende Behörde. Der Rat könnte dann als Länderkorrektiv – vergleichbar unserem Bundesrat – fungieren.

In der derzeitigen Situation erscheint das allerdings mehr als unwahrscheinlich: Die reichen EU-Länder sind eindeutig neoliberal eingestellt und wollen gerade die Ziele einer freien und unregulierten Wirtschaft mit höchstmöglicher Wettbewerbsfähigkeit durchsetzen. Dabei steht eine Demokratisierung der EU eher im Wege (vgl. die Geheimniskrämerei um die sogenannten „Freihandelsabkommen“ - gerne mit der Paralleljustiz von Investitionsschiedsgerichtsbarkeit, sog. „Living Agreements“, die jede beliebige Änderung in der Folge ohne Mitwirkungsmöglichkeit von Parlamenten oder Mitgliedsstaaten ermöglichen, dazu die Einrichtung von regulatorischer Kooperation, die bereits im Vorfeld darüber entscheidet, ob eine Gesetzesvorlage eines beteiligten Nationalstaates sich schädlich für den Primat der Wirtschaft auswirken könnte), so dass von dieser Seite – d.h. auch von Deutschland – kein Engagement zu erwarten ist. Andererseits tendieren die schwächeren EU-Staaten derzeit stark zu wiedererwachendem Nationalismus, der nicht gerade demokratieverdächtig ist, sehen die EU eher als Geldgeber und sind also ebenfalls nicht an einer Demokratisierung interessiert. Es muss wohl erst wieder ein Miteinander – und sei es der berühmte kleinste gemeinsame Nenner – gefunden werden, bevor wir das Projekt „demokratisches Miteinander“ starten können! Eine demokratische Verfassung gar ist derzeit nicht zu erwarten!

Dabei wäre es dringend geboten, gerade die Freihandelsabkommen auf den Prüfstand zu stellen: Bei den Kriterien Rechtsstaatlichkeit – ohne Paralleljustiz – Menschengerechtheit – also der Wahrung sozialer Standards – Fairness – insbesondere den Partnern, aber ebenso auch gegenüber schwächeren Teilen der eigenen Wirtschaft, Landwirtschaft, allgemeinen Daseinsvorsorge etc. - Ökologie – fallen sämtliche Freihandelsabkommen durch – und zwar „mit Pauken und Trompeten“! - Im Grunde bleibt an ihnen nichts, als die blanke Gier der großen Global Players, denn selbst die beteiligten Staaten selber schwächen sich und ihre Macht mit derartigen Abkommen. Besonders menschenverachtend sind die EPAs: Economic Partnership Agreements mit asiatischen, südamerikanischen, v.a. aber afrikanischen Staaten – fast ausnahmslos Entwicklungsländern. Bei näherem Hinsehen entpuppen sie sich als Knebelungsverträge, die meist mit Gewalt – Wirtschaftsboykott durch die EU – durchgesetzt werden und die neokolonialistische Fratze der EU zeigen. Aber auch die übrigen Abkommen – gerade mit den starken Staaten Japan (JEFTA), Kanada (CETA), die Verhandlungen des TTIP-Nachfolgers mit den USA – und vor allem MERCOSUR schwächen planmäßig die heimische Landwirtschaft, die als „Bauernopfer“ für die Großindustrie (Autoindustrie) herhalten muss, dazu die mittelständische Wirtschaft und schleifen unsere hohen Standards, damit billige und mit prekären Arbeitsverhältnissen und enormen Umweltschäden produzierte Ware in großen Mengen eingeführt werden kann. Sie müssten sofort gestoppt werden! Gerade in Afrika sind diese Abkommen mitverantwortlich für die wirtschaftliche Misere, treiben die Klimaerwärmung

an und sind somit auch verantwortlich für die hohe Zahl an Flüchtlingen, die oft verächtlich „Wirtschafts-“ und „Klimaflüchtlinge“ genannt werden.

Unsere wirtschaftlichen Außenbeziehungen müssten also um 180° gedreht werden, wirklich faire und tatsächlich partnerschaftliche Verträge geschlossen werden, d.h. sie müssten den ärmeren Ländern gegenüber asymmetrisch zu deren Gunsten gestaltet werden – das gab es sogar einmal mit zahlreichen afrikanischen Staaten – und echte Aufbauhilfen beinhalten, die es den dortigen heimischen Wirtschaften ermöglichen, auf die Beine zu kommen. Gerade im Falle der bisherigen EPAs müssten die Neuverträge Einfuhrsteuern und hohe Zölle auf Seiten der Entwicklungsstaaten beinhalten, damit diese durch diese Einnahmen ihre Sozialaufgaben wieder erfüllen können. Auf der anderen Seite müssen von unserer Seite hohe soziale, technische und wirtschaftliche , v.a. aber ökologische Standards gesetzt werden, diese Länder dann aber genau an dieser Stelle entscheidend gefördert werden, um ihre Wirtschaft aufbauen und ihrerseits diese Standards bei sich einführen zu können und einen eigenen Wohlstand im jeweiligen Volk zu erreichen. Starken Partnern gegenüber braucht es symmetrische Verträge, die aber die Standards in den jeweiligen Ländern hoch halten, nicht unterwandern und v.a. auch die jeweils heimische Landwirtschaft stützen, anstatt sie gegen die andere auszuspielen. Sinn und Zweck von fairen Wirtschaftsabkommen muss sein, nicht einen ungeregelten und unbegrenzten Warenaustausch herzustellen, sondern mit dem sinnvollen Austausch der Waren, die im eigenen Land nicht oder nur schwer zu produzieren wären, die jeweilige nationale Wirtschaft zu stärken und sich dann gegenseitig zu helfen – das war übrigens die ursprüngliche Absicht der Freihandelsidee von Ricardo.

Was wir jedenfalls nicht mehr brauchen, ist die bisherige Globalisierung der Großkonzerne mit der weltweiten Machtausbreitung über sämtliche Märkte sowie der Einflussnahme in die einzelnen Nationalstaaten hinein bis hin zur Übernahme und handfesten Eingriffen in die Souveränität der Staaten aus der Position einer rechtsfreien übernationalen Unangreifbarkeit heraus. Vielmehr brauchen wir eine Globalisierung der mitmenschlichen Solidarität, die mit wachen Augen die Nöte und Probleme von anderen Staaten und der Menschen darin erkennt und bereit ist, (Aufbau-)Hilfe zu leisten, die vor allem die Globalität des Klimawandels und der daraus resultierenden Katastrophen erkennt und solidarisch und entschieden wirksame Maßnahmen dagegen ergreift. Das kann und wird auch mit der Einsicht verbunden sein, dass wir zugunsten ärmerer Völker auf einen gewissen Teil unseres – materiellen – Wohlstands verzichten müssen und wollen, um gemeinsam das Ziel zu erreichen.

Was für die internationalen Beziehungen gilt, gilt natürlich in mindestens gleichem Maß auch in einer EU, die sich an ihr Bekenntnis zur Solidarität erinnert und neu lernt, aufeinander zuzugehen, sich wieder gegenseitig zu helfen und zu stärken, anstatt nur den eigenen nationalen Vorteil zu suchen. Das muss ebenfalls einschließen, dass die schwächeren Partnerstaaten asymmetrisch zu deren Gunsten und die starken Partner symmetrisch miteinander umgehen.

Diese Solidarität wird in der gegenwärtigen Situation der Corona-Krise v.a. von Italien, aber auch von den übrigen schwächeren EU-Staaten im Euro-Raum angefragt und eingefordert. Für Eurobonds – in Corona-Zeiten eben „Corona-Bonds“ genannt – können sich die starken EU-Staaten – allen voran Deutschland – gelinde gesagt: nicht erwärmen. Eine gemeinsame

Schuldenpolitik, die über einen Fonds läuft, in den alle einzahlen und die Hauptschuldnerländer sich dann hauptsächlich daraus bedienen, muss verständlicherweise auf Kritik stoßen: Zu groß wird die Versuchung vermutet, die Schwächeren beim Schuldenmachen zu ermutigen, weil's die Reichen ja zahlen.
Aber das ginge: Gemäß der Modern Money Theory (MMT; vgl. Workshop Günter Grzega) kann ein Staat mit eigener Währungshoheit nicht pleite gehen, sondern er kann so viel Geld schöpfen, wie er will, d.h. er kann so viel Geld bezahlen und damit Schulden machen – und damit seine eigene Wirtschaft wieder in Schwung bringen – wie er will; er geht daran – zumindest daran – nicht kaputt. „Als geradezu klassisches Beispiel für diese Aussage ist Japan zu nennen. Japan verzeichnet seit rund 20 Jahren eine sog. „Staatsverschuldung" von inzwischen fast 300 Prozent. Da Japan ein souveräner Staat mit eigener Währung und eigner Zentralbank ist und nicht in Fremdwährung verschuldet ist, kann Japan nicht Pleite gehen. Darüber hinaus zeigt das japanische Beispiel mit einer spürbar niedrigeren Arbeitslosenquote wie Euroland (auch niedriger als in Deutschland), einem vergleichbaren Wirtschaftswachstum und einer ebenso niedrigen Inflationsrate und Niedrigzinsen wie Deutschland und keinerlei „Verarmung der Steuerzahler", dass das Euro-Modell schlicht und einfach falsch konzipiert ist. Übrigens ist Japan weiterhin die drittstärkste Wirtschafts-Nation unseres Planeten. Aber zurück zu der seltsamen und langfristig zerstörerischen Konstruktion des Euro" (Günter Grzega): Die Staaten im Euroraum haben zwar keine eigene Währung mehr, damit keine nationale Währungsbank – sie haben die EZB. Eine Forderung in der Corona-Krise: Lasst die Staaten selbst bestimmen, wie viel Geld sie ausgeben! Das bedeutet: Die EZB soll wieder sämtliche Anleihen der Eurostaaten einlösen. Damit müssen die anderen Staaten keine Schulden für die ärmeren bezahlen, jeder Staat agiert für sich und kann sich beliebig selbst finanzieren – zumindest bis die gröbsten Auswirkungen der Corona-Krise überwunden sind. Anders ausgedrückt: Damit hätte jeder Euro-Staat seine Notenbank zurück: Die EZB, die das nötige Geld schafft, damit Staatspleiten vermieden werden und Krisen-Finanzspekulanten leer ausgehen. Die sofortige Wirkung einer solchen Politik hat sich in der Griechenland-Krise mit Draghis „whatever it takes" eindrucksvoll gezeigt. Mit Sicherheit dürfte eine solche Maßnahme auch vertrauensbildend in der gesamten EU wirken, die EU gestärkt aus dieser Krise hervorgehen lassen und gemeinsame Wege aufzeigen für die allergrößte Krise – viel größer als Corona – die Klimakrise nämlich, die uns noch viel mehr Solidarität abverlangen wird, wenn wir auch nur den Hauch einer Chance haben wollen, sie zu meistern. Vielleicht kann eine solche Maßnahme der Anfang – ein neuer Anfang für eine gemeinsame Politik für die Menschen in der EU werden, auf dessen Weg dann auch eine „Verfassungsreform" hin zu einer demokratischen EU liegen kann und in deren Folge eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft als neue europäische Wirtschaftsform als die geeignete für eine enkeltaugliche Zukunft erkannt werden kann. Ein schöner Traum!? - ja, aber vielleicht auch die einzige Chance, unsere Ziele tatsächlich umsetzen zu können, denn ob uns ein nationaler Alleingang besser gelänge und wir damit dem Weltklima einen größeren Gefallen erweisen könnten, das steht wohl ebenso in den Sternen! Und gemeinsam sind wir allemal stärker und haben dann auch weltweit eine größere Überzeugungskraft, als alleine. Wir sollten es zumindest probieren, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen!

3.4.4.1.2 Die Nationalökonomie

„What about the BIP?“: Die magische Kennzahl unserer Wirtschaft – und natürlich aller Wirtschaften dieser Welt im Vergleich: Wer ist der Größte, der Schönste auf diesem blauen Planeten? - Das ist, was zählt – und nur das! - Und weil nur das zählt, müssen wir ständig wachsen – die Konkurrenz schläft nicht! Und wir Deutschen scheinen hierfür ganz besonders anfällig zu sein: Exportweltmeister! Als relativ kleines Land eines der wirtschaftlich stärksten der Welt! Alles muss diesem Mantra (Sommer) untergeordnet sein und deswegen lassen wir uns aufgrund dieser Zahl auch gerne ordentlich manipulieren: Arbeitsplätze schaffen! Der Industrie muss es so gut wie möglich gehen – darauf wird alle Rücksicht genommen; alles muss wirtschaftsverträglich sein!

Dabei: Was ist das BIP? - Irmi Seidl: „Das BIP ist eigentlich nur Buchhaltung, aber wir leiten daraus unendlich viele Dinge ab; das ist das Problematische dran!“ - Es ist reine Statistik – eine Kennziffer für das, was z.B. in Deutschland in einem Jahr produziert wurde – sonst nichts! Und sie ist noch nicht einmal eine besonders aussagekräftige Kennzahl, denn sie ist z.T. mit problematischen Situationen und Entwicklungen korreliert: Wichtige positive Wachstumsfaktoren sind z.B. Säuglingssterblichkeiten oder Katastrophen, weil diese für erhöhten Aufwand – Dienstleistungen und für neue Produkte – sorgen, z.B. die Wiederherstellung von dabei kaputt gegangenen Autos, Brücken, Häusern. Damit hat sie also als Indikator für Wohlstand wohl kaum eine Berechtigung, wird aber genau für diese Messung hergenommen! - Schlimmer noch: Als statistische Zahl ist sie ein Durchschnittswert: Wer tatsächlich von der gesteigerten Wirtschaftsleistung profitiert, ist damit nicht im Ansatz ausgesagt: Bei der gegenwärtigen Umverteilung von unten nach oben kann man nur mutmaßen, dass wahrscheinlich wieder nur die Großen und Reichen etwas davon abbekommen haben und die Kleinen und Armen wieder mal leer ausgehen. Für mich als Einzelbürger und meinen Wohlstand sagt das also gar nichts aus! - Auch nicht für den durchschnittlichen Wohlstand der Mehrheit des Volks, denn es kann sein, dass nur ganz wenige alles absahnen und die Mehrheit nichts davon erhält oder unterm Strich sogar verliert: Es ist ähnlich wie beim durchschnittlichen Einkommen einer deutschen Stadt: In Neckarsulm z.B. verdient jeder im Schnitt 4.800.-- €. Leider haben die Meisten nicht viel davon, weil sie eben nicht viel verdienen – das tun nur wenige Reiche, die dann aber umso mehr, so dass unterm Strich tatsächlich 4.800.-- € pro Kopf herauskommen!

Ein anderer Irrtum: Wegen des BIP müssen Unternehmen eine geldmäßige Leistungsbilanz erstellen! - BIP und die Bilanz eines Unternehmens haben wenig bis gar nichts miteinander zu tun! Die Unternehmensbilanz ist das, was eine Aussage über den finanziellen Zustand eines Unternehmens macht und dafür werden finanzielle Bilanzen auch weiterhin gebraucht – egal, ob wir ein BIP ausrechnen oder nicht; und auch egal, ob wir für unsere Wohlstandsmessung andere Kriterien anlegen wollen, als das BIP! Ein Unternehmen kann z.B. aus Gemeinwohlsicht so erfolgreich sein, wie es mag, wenn es pleite ist, ist das Unternehmen erledigt. Hier wird der Unterschied zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht besonders deutlich! Allgemein können Maßnahmen, die aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll und gut sind, aus betriebswirtschaftlicher Sicht – d.h. hier insbesondere für einzelne Unternehmen – schädlich sein!

BIP hin oder her, fest steht, dass – im Unterschied zum staatlichen Sektor und dem Bankensektor, die beide für die Schöpfung von Geld zuständig sind – der Unternehmenssektor vor allem für die Schaffung der realen Werte zuständig ist. Dabei sind reale Werte sowohl materielle, als auch immaterielle, v.a. Dienstleistungen – auch damit werden Werte geschaffen. Alle diese Werte sind eben im BIP abgebildet und darin hat diese Kennziffer ihren Sinn. Im Grunde kann man sagen: Wer die Schaffung materieller Werte mit Wohlstand einer Gesellschaft oder Volksgemeinschaft gleichsetzt – oder besser: verwechselt, der ist letztlich selber schuld! Das BIP sagt uns lediglich, was wir geleistet haben und was wir uns deswegen dafür leisten könnten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und damit haben wir einen

wichtigen Indikator auch für das, was sich der Staat leisten kann! Denn die Wirtschaftskraft einer Nationalökonomie ist auch die Grundlage dessen, was der Staat von der Wirtschaft als Abgaben einheben – abschöpfen – kann. Für Staaten ohne eigene Währung und ohne eigene Zentralbank – und dazu zählen sämtliche €-Länder, also auch wir – gilt darüber hinaus: Das ist auch die Grundlage dessen, womit der Staat seine Investitionen, aber v.a. auch seine ständigen Ausgaben – da v.a. Löhne und Gehälter – bestreiten kann, weil dieser bei Wirtschaft und Finanzen eben nicht mehr souverän reagieren kann. Japan oder die USA dagegen können hier als fiskalpolitisch souveräne Staaten ganz anders agieren. Hier benötigt der Staat für seine Ausgaben keineswegs unbedingt Steuereinnahmen. „Steuern dienen in souveränen Staaten zur Steuerung der Wirtschaft und zur Vermeidung von zu großen Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen in einer Gesellschaft. Diese Tatsache der Staatsfinanzierung souveräner Staaten durch die Notenbank haben auch Spitzenleute der "westlichen Welt", z. B. der ehemalige Chef der US-Notenbank FED, Alan Greenspan bestätigt. Greenspan hat bei einer Sitzung im Repräsentantenhaus zu Staatsausgaben die absolut korrekte Auskunft an die Abgeordneten verkündet: "Ich will nicht sagen, dass es etwas gibt, was den Staat davon abhält, beliebig viel Geld zu schöpfen und es an jemanden auszuzahlen. Die relevante Frage ist: wie konstruieren wir ein Wirtschaftssystem, das die Produktion der benötigten realen Güter, die mittels Einkommen gekauft werden, sicherstellt." „ (Günter Grzega). Etwas überspitzt könnte man damit – gemäß der MMT – auch formulieren: Während der souveräne Staat mit eigener Notenbank und eigener Währung für die Produktion des Geldes zuständig ist, ist der Unternehmenssektor für die Schaffung der realen Werte zuständig. Die Kunst ist nun, beide so miteinander in Einklang zu bringen, dass das Wirtschaftssystem und in dessen unmittelbarer Folge die allgemeine Daseinsvorsorge, d.h. die nationale Wohlfahrt – das Gemeinwohl im Volk – optimal funktioniert. Für unsere Zwecke kommt eine dritte Komponente als Zielkriterium hinzu: Die Ökologie! Dieses Gesellschaftliche Gesamtsystem kann und darf in Zukunft nur in dem von der Ökologie, d.h. Umwelt- und Klimaschutz bei Schonung der natürlichen Ressourcen, vorgegebenen Rahmen agieren. Es muss letzten Endes in eine Kreislaufwirtschaft mit sich selbst erneuernden Ressourcen überführt werden und mit den darin vorhandenen Möglichkeiten auskommen! Das ist die Zielformulierung!

Aus der Aufgabe der Souveränität bei der Staatsfinanzierung und der vertraglichen sowie in Deutschland gesetzlichen „Schuldenbremse“ haben wir dadurch allerdings erschwerte Bedingungen: Es gibt damit einen wesentlichen Unterschied zwischen z.B. Dienstleistungen der Wirtschaft und Dienstleistungen des Staates: Während die Wirtschaft aus ihrer eigenen Finanzkraft, z.B. auch durch Bankkredite, diese Dienstleistungen gegen Entgelt bereitstellt, sind die Dienstleistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge zu einem gewissen Teil unentgeltlich, z.B. freie Nutzung der Autobahn oder öffentlicher Einrichtungen, oder es wird eine Gebühr erhoben, die aber – zumeist aus sozialen Gründen – nicht die Kosten deckt. Die Finanzierung erfolgt also nicht gegen Entgelt, sondern durch Umlage auf die Allgemeinheit. Damit aber beschränkt sich unsere Staatsfinanzierung auf besagte Abgaben aus der realen Wirtschaftskraft. Und auf die Dauer kann der Staat auch nur das wieder ausgeben. Das begrenzt z.B. auch die Personalausgaben. Ein Staat mit eigener Währungshoheit kann jederzeit neues Geld ausgeben (s.o.) und damit Leistungen bezahlen. Damit kann er eine Wirtschaftsförderungspolitik betreiben oder auch wie jetzt Krisen überbrücken. Problematisch wird es aber in jedem Fall, wenn ständig laufende Ausgaben des Staates (z.B. Lehrer oder Beamtengehälter) nur mit der Gelddruckmaschine bezahlt werden, da dann mit der Zeit derart viel Geld im Umlauf ist, dass es durch reale Werte nicht mehr abgedeckt ist. Es gibt dann drei Möglichkeiten: Entweder, es wird gespart und damit dem Wirtschaftskreislauf temporär Geld entzogen, oder die Wirtschaft muss wachsen, um die entsprechenden realen (Gegen-)Werte zu schaffen oder die realen Werte, sprich: Produkte werden teurer – der Geldwert wird herabgesetzt; man hat zwar nominal mehr Geld in der Tasche, kann sich dafür aber nicht mehr leisten, als zuvor: Inflation! – Es ist also durchaus sinnvoll, dass auch ein finanzsouveräner Staat nicht einfach alles über die Gelddruckmaschine finanziert. Hier ist ein angemessener Mix aus Finanzierung über die Notenbank und

über Steuereinnahmen zielführend. Für diese Steuerung ist unser BIP als Indikator durchaus ein Hinweis darauf, wie ein Staatswesen seine Wirtschaft steuern kann, um seinen Staatsaufgaben nachzukommen.

Interessant ist nun aber in genau diesem Zusammenhang unsere aktuelle Corona-Krise, die gerade eben das Zeug hat, zur ganz großen Wirtschaftskrise und durch die Corona-Rettungspakete schließlich auch zur Staastsfinanzierungskrise zu werden. Dirk Müller hat in etlichen U-Tube-Videos vorhergesagt, dass hier zunächst beim Shutdown die „Börsenwerte in den Keller“ gingen, was aber angesichts der enorm angeschwollenen Spekulationsblase auf den internationalen Finanzmärkten eine willkommene Gelegenheit sei, die Luft aus dieser Blase rauszulassen, zumal dieses Mal kein Mensch dafür verantwortlich gemacht werden kann, sondern ein winzig kleines Virus schuld an allem ist: „Besser kann’s gar nicht laufen!“ Die Folgen der Börsentalfahrt und v.a. des Shutdown für die „Kleinen“, also die klein- und mittelständische Wirtschaft seien allerdings möglicherweise verheerend, da viele eine Unterbrechung ihrer Geschäfte bei gleichzeitigem Weiterlaufen der Fixkosten nicht überleben würden. Diese Entwicklung führe zunächst einmal zu einer Deflation, da jetzt jeder flüssig bleiben müsse, also um fast jeden Preis verkaufe, auf der andern Seite aber durch den Shutdown eben keine Nachfrage vorhanden sei. Am Ende der Krise, wenn alles wieder hochgefahren würde, sei plötzlich ein Überhang an Nachfrage, wegen des Produktionsstopps aber nicht genügend Angebot vorhanden. Je nachdem, wie lange dieser Shutdown anhalten würde und wie groß die Ausfälle durch den Produktionsstopp seien – und danach eine panische Nachfragesituation entstünde – könnte es dadurch auch zu einer Hyperinflation kommen. – Partiell ist durchaus so etwas wie eine Deflation zu verzeichnen gewesen, bestimmte Güter konnten wegen geschlossener Geschäfte nicht gekauft werden; andererseits wurden trotzdem noch Waren gekauft – v.a. für den täglichen Bedarf – und durften auch weiterhin produziert werden, so dass eine Deflation keineswegs flächendeckend möglich war; im Gegenteil: Bei Nahrungsmitteln sind die Preise ganz ordentlich gestiegen. Ähnlich dürfte es sich am Ende des Shutdowns entwickeln, da die Produktion eben nicht flächendeckend heruntergefahren wurde, also durchaus noch genügend Waren zur Befriedigung der Nachfrage vorhanden sind, andererseits die Nachfrage nun erst allmählich wieder in Gang kommt. Insgesamt dürfte der Gesamteffekt ein – nennen wir ihn einmal – „Feiertagseffekt“ sein, denn partiell wurden durch die Schließungen sowohl die Nachfrage, als auch das Angebot vorübergehend eingefroren, so dass weitgehend ein auf den jeweiligen Teilmärkten symmetrischer Angebots- und Nachfragelevel stabil vorhanden war und ist und bislang nur relativ kleine Ausschläge in die eine oder andere Richtung zu verzeichnen waren; eine ähnliche Situation also wie bei einem Feiertag, an dem eben alles stillsteht.
Ganz anders stellt sich die Entwicklung allerdings dar, wenn nun bedingt durch den Shutdown sehr viele Unternehmen zeitgleich in Konkurs gingen: Zum einen wäre dann durch die zumindest vorübergehend stillgelegte Produktion tatsächlich ein Angebotsausfall möglich, zum anderen durch die dann vermehrte Arbeitslosigkeit ein deutlicher Verlust an Kaufkraft und in der Folge ein Ausfall an Steuereinnahmen, was insgesamt zu einer ordentlichen Schrumpfung der Wirtschaft führen könnte. Um das zu verhindern, hat die Bundesregierung nun etliche Corona-Rettungspakete geschnürt, um Unternehmen am Leben zu erhalten, notleidenden Menschen – v. a. Familien – zu helfen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die Sinnhaftigkeit der Einzelmaßnahmen und deren Durchführung lässt sich durchaus kritisch hinterfragen, das Prinzip aber ist in jedem Fall richtig. Über die schwindelerregenden Höhen der Förderungen, Soforthilfen, Rettungspakete kann sich der Normalbürger inzwischen nur noch wundern, wo auf einmal so viel Geld herkommen soll, das doch bisher v.a. für soziale Maßnahmen angeblich nicht vorhanden war – abgesehen von der schon verblüffenden Asymmetrie zwischen Maßnahmen für die Wirtschaft – alle im Milliarden-Bereich – und denen für Sozialmaßnahmen – fast ausschließlich im Millionenbereich auch jetzt noch! (Zur „Information“: 1 Milliarde ist das tausendfache einer Million! Wir nehmen die Unterschiede offensichtlich gar nicht mehr richtig wahr!). Allerdings: Wo soll nun das Geld herkommen, das unser Staat so großzügig hergibt? – zukünftige Steuererhöhungen, die nur gegenwärtig noch nicht zugegeben werden? – Ein langsames Abzahlen in der Zukunft, d.h. also ein Aufbürden der Schuldenlast

auf die Schultern der zukünftigen Generationen – da sind wir ja ökologisch schon gut geübt drin!? Die MMT besagt genau für diesen Fall – und das darf getrost als Lackmus-Test für die Gültigkeit dieser Theorie genommen werden: Ein souveräner Staat mit eigener Währung und eigener Notenbank kann nicht pleite gehen, egal wie viel Geld er ausgibt, weil er es selber drucken kann! Zwar haben wir keine eigene Währung mehr, aber die Entscheidung von Christine Lagarde, Chefin der EZB, Staatsanleihen der €-Staaten in unbegrenzter Höhe aufzukaufen, hätte den gleichen Effekt, da sich dann unser Staat unbegrenzt refinanzieren könnte – wäre da nicht das unselige Urteil des BVG, das genau dieses Verhalten der EZB als unzulässige Einmischung in die Finanzpolitik der €-Staaten – mithin also der Bundesrepublik Deutschland – verbietet. Und genau an dieser Stelle tritt ein großer Fehler bei der Konstruktion des Europäischen Währungssystems (EWS) offen zu Tage: Art. 123 AEUV, der die Haushaltsfinanzierung durch die EZB verbietet – wohl in der Angst, dass er von den ärmeren Euro-Ländern hemmungslos ausgenutzt werden könnte. Damit entfällt aber für die Euro-Staaten eines der wichtigsten haushaltspolitischen Steuerungsinstrumente und nimmt ihnen genau das, was dieser EU-Vertrag angeblich garantiert: Die haushaltspolitische Souveränität! Mit dem BVG-Urteil wird der Deutschen Bundesbank explizit verboten, sich an der Rettungsmaßnahme der EZB zu beteiligen. Die Frage ist nun: Wie verhält sich angesichts der gegenwärtigen Situation die Politik – und wie die Bundesbank? – Eigentlich bräuchte es auf unserer Seite lediglich ein Krisensondergesetz, das derartige Maßnahmen in derartigen Situationen erlaubt und uns damit an genau dieser Not-wendigen Stelle ein Stück unserer Währungssouveränität zurückgibt.

Das Urteil des BVG bezieht sich bekanntlich auf die Vergangenheit, als Mario Draghi mit seinem „whatever it takes“ in der Finanzkrise den griechischen Staat über Nacht vor dem sicheren Ruin durch die Plünderung durch Finanzheuschrecken bewahrte. Und damit auch auf das schnelle Wiedererstarken der bundesdeutschen Wirtschaft aus genau dieser Krise und dem voraufgehenden „Krankenbett“ (Deutschland als der Kranke Mann Europas)! Beides eigentlich bereits Beweis genug für die Gültigkeit der MMT! Der Hinweis in der Pressemitteilung des BVerfG zu diesem Urteil (vgl. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-032.html), dass das ja nur für die Vergangenheit gelte und nicht für die gegenwärtige Situation, muss als scheinheilig bezeichnet werden, da wir in einer durchaus vergleichbaren Situation die gleiche Maßnahme wieder haben – im Gegenteil: Damals war es zur Bankenrettung (PSPP – Public Sector Purchase Programme), jetzt wäre es zur Rettung der Staatsfinanzen (PEPP – Public Emergency Purchase Programme)! Der Verstoß gegen Art. 123 AEUV ist gegenwärtig noch eklatanter!

Allgemein wäre eine spürbare, d.h. nachhaltige Inflation tatsächlich nur dann möglich, wenn Vollbeschäftigung herrscht und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen durch die Massenkaufkraft höher ist, als diese Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Davon sind aber gerade sowohl Deutschland als auch die übrigen Euro-Länder sehr sehr weit entfernt. Wir könnten uns diese Finanzpolitik also ohne Gefahr leisten, wären sehr flexibel, kämen gestärkt wieder heraus und müssten keine Hypotheken auf die Zukunft unserer Kinder aufnehmen. Auch, was die internationale Verflechtung und die gestiegene €-Geldmenge angeht, kann Deutschland als Export-Weltmeister mit seiner Niedrig-Lohnstrategie und einem aktuell unterbewerteten Euro eigentlich nur lachen: Wir sind gegenwärtig meilenweit von einem Inflations- oder Euro-Abwertungsrisiko entfernt. Im Gegenteil – Deutschland gefährdet seit etlichen Jahren mit seiner ungebremsten Export-Strategie die Wirtschaft der Länder mit Import-Überschüssen. Die wären froh und dankbar, wenn wir durch eine derartige Politik – durch Rettungspakete die Inlands-Kaufkraft und damit –Nachfrage stärken und geringere Exportüberschüsse – eine besser ausgeglichene Import-Export-Bilanz erreichten! Was also hält uns von einer derartigen Strategie ab?

Zurück zum Ziel unserer Arbeit und dem Weg, wie wir dorthin kommen: Wir wollen weg vom Wachstum – zumindest weg vom Wachstumszwang – hin zu einer wachstumsfreien – stationären –

Postwachstums- – oder wie auch immer genannten Wirtschaft und Gesellschaft! Dabei haben wir gesehen: Wenn wir nicht unser gesamtes Wirtschaftssystem – und darauf folgend auch unser Staatswesen – komplett in den Ruin fahren wollen, brauchen wir eine funktionierende Form der Wirtschaft, weil wir uns ein Mindestmaß an Finanzkraft und dem gegenüberstehenden realen Werten erhalten müssen, um nicht handlungsunfähig und letztlich ohne jede soziale Absicherung dastehen zu wollen. Außerdem wollen wir ja auch noch „klimamäßig“ die Welt retten! Und das geht nicht ohne eine gewisse Handlungsfähigkeit – obwohl uns die Corona-Krise gerade eben eine andere Möglichkeit aufzeigt: Den möglichst totalen Shutdown, der dem Klima offensichtlich recht gut tut! Mit einer am Boden liegenden Wirtschaft, die nicht mehr arbeitet, könnte man also durchaus auch „die Welt retten“. Die Frage dabei ist allerdings: Wie lange wären wir bereit, so weiter zu machen und – und diese Folgen kommen erst noch auf uns zu und sind deswegen auch noch nicht abschätzbar – wären wir bereit, alle Folgen, die eine solche Lösung als Dauerlösung mit sich bringt, auf uns zu nehmen? Sichere Folgen sind dann: Zusammenbruch der kleineren und schwächeren Firmen, eine enorme Arbeitslosigkeit – die USA führen es uns gerade eben vor – und in der weiteren Folge den Zusammenbruch des sozialen Netzes, denn ein Staat ohne Einnahmen kann schließlich auch auf Dauer keine Ausgaben mehr tätigen. Und Geld ohne Produkte macht auch keinen Spaß mehr beim Einkaufen! - Ich bin überzeugt: Auf die Dauer wollen wir das nicht! Allerdings: Ein positiver Effekt dieser Krise könnte sein – und den könnten wir als Gesellschaft tatsächlich auch nach dieser Krise noch gut gebrauchen – die Erkenntnis, dass es sich auch mit deutlich weniger Konsum noch leben lässt und vielleicht andere Werte wie Familie, Zusammenhalt – Solidarität, um nicht zu sagen: „Nächstenliebe“ – andere Tätigkeiten als reine Berufsarbeit etc. einen anderen – möglicherweise lebenswerteren Wohlstand bringen könnten, der im Endeffekt dann auch eine zumindest weniger stark wachsende Wirtschaft nach sich zöge! - Die Fixierung auf den – wie wir oben gesehen haben – falschen Wohlstandswert BIP könnte dann auf andere Kriterien und Indikatoren für Wohlstand gelegt werden und Maßnahmen dafür getroffen werden, damit diese Indikatoren steigen. Diese Erkenntnis als Teil einer neuen Überzeugung könnte dann in der Tat den Grundstein legen für eine Gemeinwohlökonomie, eine Postwachstumsökonomie … die Frage muss aber auch sein: Wie viel Zeit bleibt uns zum Umsteuern? - Können wir warten, bis sich das in der Gesellschaft so umgesetzt hat, dass auch die Politik und die Wirtschaft sich in ihrem Handeln danach ausrichtet? - Diese Krisenerkenntnis kann ein Katalysator sein, der zur allgemeinen Einsicht verhilft! Sehr wahrscheinlich brauchen wir aber erheblich schneller durchgreifende Maßnahmen!

Herbert Einsiedler macht auf eine wichtige Unterscheidung aufmerksam: Die zwischen Wachstumsursache und Wachstumswirkung: „Wir haben ein System, das zwangsweise wächst; das bricht sich seinen Weg wie eine Flut: Wenn da eine Mauer im Weg ist, dann ist die Mauer weg, aber die Flut schießt weiter. Der Wachstumszwang haut Teile vom System weg – zwangsläufig – sonst müsste man den Wachstumszwang wegnehmen können.“ – Das BIP und die Folgerungen und daran anschließenden Handlungen sind eher Folgen als Ursachen! Ein Blick in die Geschichte der letzten 2000 Jahre: Bis 1750 gab es praktisch kaum Wachstum: Pro Kopf 0,006%; das ist auf eine reine Subsistenzwirtschaft zurückzuführen: Man produzierte das, was man brauchte – nicht mehr, den größten Teil in Eigenproduktion. Unvorhersehbare Ereignisse konnten sich schnell katastrophal auswirken. Ab 1750 gab es mehr Menschen und das Wachstum ist auch pro Kopf gestiegen, Manufakturen, medizinische Fortschritte, leider auch beginnender Kolonialismus (Wachsen auf Kosten anderer!) ermöglichten das. Ab 1820 kam dann durch die Industrialisierung – Arbeitsteilung, Massenproduktion – überproportionales Wachstum: Es klingt etwas ironisch in Zeiten einer Pandemie, aber die Verhältnisse sind tatsächlich recht ähnlich der Viren-Reproduktionsrate: Solange der Wachstumsfaktor unter 1,0 liegt, ist das Wachstum vernachlässigbar. Über 1,0 steigt die Kurve plötzlich steil an, d.h. damit

werden unsere Ressourcen überproportional verbraucht; „ab 2,5% Wachstum geht die Post ab: Pro Generation packe ich 110% drauf; 2,1-faches Wirtschaftswachstum bedeutet auch 2,1-facher Ressourcenverbrauch: Das kann nicht lange durchgehalten werden, weil der explodiert“ (Einsiedler). Damit wird v.a. eines deutlich: Wachstumsraten von 2, 5, 8, 10, 12% oder gar, wie damals von Herrn Ackermann als Chef der Deutschen Bank AG gefordert: 25% mögen bei bestimmten Einzelunternehmen – v.a. Großkonzernen – mit diesen Werten entsprechenden Dividenden vorkommen; als Wirtschaftsziele ganzer Volkswirtschaften oder gar einer Weltwirtschaft zeigen sie nur eines: Wie schnell wir mit unserem Planeten in den Abgrund fahren! Außerdem: bei genau diesen Unternehmen sind diese Margen ein sicherer Indikator – die Deutsche Bank hat‘s eindrucksvoll in den letzten Jahren bewiesen – wie groß der Raubbau dieses Unternehmens – darf man sagen: der Betrugsfaktor – gegenüber den Lieferanten, Kunden, der Mitarbeiterschaft etc. – insgesamt: Ihrer Umwelt, ist. Solche Praktiken und noch mehr: Dieser Wachstumswahn muss schnellstmöglich aufhören! Herbert Einsiedler sagt‘s sehr deutlich: „Unsere Situation ist doch: Wir haben jetzt kein Wahlrecht mehr: Es geht nicht mehr darum: Wir wollen eine wachstumsfreie Ökonomie oder nicht, sondern wir haben das Wahlrecht: Knallen wir gegen die Wand oder bremsen wir?“ – Was sind die Ursachen und welche Mittel haben wir?

Mathias Binswanger stellt dazu fest: „Nach einem ökonomischen Schrumpfungsprozess sieht es weltwirtschaftlich derzeit überhaupt nicht aus. Das muss global betrachtet werden: Wesentlicher Treiber sind die AGs, die an der Börse agieren!“ Es geht nicht nur um gegenwärtige, sondern auch um zukünftige Gewinne: Der Shareholder value ist immer ein entsprechendes Kriterium. Davon müssen wir weg! - Jörg Sommer kritisiert die „Neue Religion des ewigen Wachstumsmantras“: „Blackrock sammelt jeden Tag 1 Milliarde € ein – was brauchen wir noch an Wachstum? – 2 Milliarden?“ - Die Frage nach dem Wachstum ist vor allem eine Verteilungsfrage und zwar auch weltweit: Dazu Irmi Seidl: „Es ist nicht nur die Wachstumsfrage an sich (s. Blackrock), sondern auch: In der Ungleichverteilung liegt selbst eine Wachstumsdynamik, weil diejenigen, die weniger haben, möchten es gerne denen, die mehr haben, gleich tun und das löst auch einen Wachstumseffekt aus!“ - Daraus ergeben sich weitere Effekte: In den USA sind genau dort, wo die Ungleichverteilung besonders groß ist, auch die Verschuldungen besonders hoch – diese Dynamik muss ebenfalls herausgenommen werden! Das ist auch, was Binswanger analysiert: „Wir leben nicht mehr in einer Bedürfnisdeckungswirtschaft, sondern in der Bedürfnisweckungswirtschaft!“ - In Deutschland war es das Jahr 1966, das aus einem Nachfragemarkt einen Angebotsmarkt gemacht hat: Eine Marktsättigung ist eingetreten. In den USA hat man sich bereits in den 50er-Jahren Gedanken gemacht, wie man trotzdem neue Produkte vermarkten kann. Das Ergebnis: Jedes Jahr ein neues Modell mit neuen Features; geplante Obsoleszenz; psychologische Schrottreife; Statussymbole schaffen – durchaus also keine neuen Erkenntnisse, aber brandaktuell! - Christian Kreiß: „Der Kulminationspunkt des sinnvollen Wachstums durch neue, hilfreiche Produkte ist längst überschritten. Weitere Produkte werden nur durch Werbung noch abgenommen, sie haben aber keinen wirklichen Verbesserungswert mehr: mehr und mehr bringt nichts, aber Umweltschäden!“ - Sein Rat: „Werbung ist eine Pest, die uns alles mögliche aufdrängt. Pigou hat das seit langem gefordert: Werbung muss verteuert werden!“ - Nicht mehr also steuerbefreit, sondern im Gegenteil: hochversteuert! Und es braucht dringend weitere Werbungseinschränkungen, damit uns nicht weiter schädliche Produkte als der Himmel auf Erden angepriesen werden.

Auch ein „Grünes Wachstum“ verharmlost im Grunde das Problem: Oliver Richters: „Grünes Wachstum ist nicht möglich!“ Einfach alles umstellen auf „Grüne Technik“, bestimmte Dinge verteuern, dann fällt der Wachstumszwang weg! – Das greift zu kurz. Wir müssen insgesamt vom Wachstum wegkommen – den Widerspruch erkennen: Auf der einen Seite Wohlstandswachstum und auf der anderen Seite eine

intakte Umwelt – das bekommen wir nicht zusammen! „Die Frage muss sein: Was brauche ich wirklich, was will ich denn wirklich?“ (Kreiß) – Der Verzicht auf nicht wirklich Notwendiges scheint unausweichlich! - Herbert Einsiedler wendet allerdings ein: „Wenn wir eine Postwachstumsökonomie wollen, dann schauen wir uns doch erst mal die „Pre-Wachstumsökonomie“ an, ob wir vielleicht davon etwas lernen können“:

„Bis Mitte der 70er Jahre hatten wir einen Ordoliberalismus, der hat aber das Wirtschaftswachstum limitiert. Die Folge war, dass die Vertreter des Neoliberalismus dafür gesorgt haben, dass die Grenzen aufgehoben wurden.“ – Allerdings fragt sich Einsiedler, ob wir überhaupt einen Neoliberalismus haben. Für ihn ist es eher eine Wirtschafts-Oligarchie, „die alles beherrscht, und die schert sich, wenn‘s um die Dritte Welt geht oder die kleinen Unternehmen, einen Dreck um Neoliberalismus, sondern dann zählt nur die Macht! … Wenn wir ja nur Neoliberalismus hätten, dann hätten wir ja einen freien Markt. Aber den haben wir ja nicht!“ - Ein deutlicher Hinweis auf das Demokratiedefizit, das zur gegenwärtigen Situation geführt hat. „Mit dem alten Banksystem und den Handelsgrenzen wäre ein solches Wachstum gar nicht möglich gewesen.“ - Was für die neoliberalen Kräfte ein Hemmschuh war und heute wohl eine Bedrohung der freien wirtschaftlichen Entwicklung darstellt – ein limitiertes Wirtschaftswachstum – stellt für uns einen regelrechten Lockruf dar: Dieses System hat tatsächlich Wachstum begrenzt! - Was hindert uns – außer natürlich die neoliberalen Wirtschaftskräfte – daran, genau die Instrumente wieder auszugraben und wieder einzuführen, die das damals ermöglichten!? - Zumal wir am Anfang dieser Ausführungen ja bereits das von Ludwig Erhard in Gang gebrachte System der Sozialen Marktwirtschaft als Modell zitiert hatten! - Die Instrumente sind bekannt und klar: Für die Finanzwirtschaft: Wiedereinführung eines strikten Trennbankensystems; die Börsen auf den ursprünglichen Zweck der Bereitstellung von Geldmitteln für die Unternehmen festlegen und limitieren; ein Verbot hochspekulativer – v.a. außerbörslicher – Finanzprodukte, die eine nur schwer kontrollierbare Vergrößerung der Geldmenge zur Folge haben usw. Für Industrie und Handel: klare und hohe Standardsetzung, wie in den übrigen Kapiteln beschrieben, einschließlich eines entsprechenden Mindestlohns, der auch die Bildung einer auskömmlichen Altersrente gewährleistet. Handelsverträge, die nicht mehr in die Souveränität des demokratisch verfassten Staates eingreifen und die heimische Wirtschaft und v.a. Landwirtschaft schützen – kein Protektionismus, sondern Offenheit, aber klarer Schutz (to protect!), der dementsprechend auch den Wirtschaftspartnern zugestanden wird – d.h. faire Verträge, die die Stärken und Schwächen einzelner Sektoren – sowohl der eigenen wie auch der der Partner berücksichtigt und nicht ausbeutend, sondern tatsächlich partnerschaftlich miteinander umgeht; eine klare Priorisierung des Umwelt-, Klimaschutzes und des Schutzes der Artenvielfalt, d.h. auch Schonung der Ressourcen, schnelle Umstellung auf EE; bei alledem Förderung der Klein- und Mittelständischen Wirtschaft, dem Rückgrat unserer Wirtschaft. Für den Staatssektor und die Allgemeine Daseinsvorsorge: Aus der Wirtschaftskraft heraus eine gute finanzielle Ausstattung, die alle Ebenen – kommunal, auf Länder- und auf Bundesebene – in die Lage versetzt, unabhängig von der Wirtschaft ihre Aufgaben zu erfüllen; alles, was zur allgemeinen Daseinsvorsorge gehört – inklusive Gesundheitssystem; ÖPNV und überhaupt: Öffentlicher Transport und Infrastruktur – zu erwägen, es komplett wieder zu verstaatlichen; zumindest gesetzlich verpflichtend von der Profitorientierung zu befreien. Das bedeutet: Gemeinnützige Genossenschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts; in diesem Zusammenhang: Ein komplettes und

ausnahmsloses Verbot von ÖPP unter völliger Zurücknahme der Änderung von Art. 90 GG. Und schließlich insgesamt: Eine mindestens deutschlandweite Durchsetzung von Art 151 (1) BV: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ - Das schließt die zahlreichen sozialen Forderungen im ÖDP-Programm insbesondere zum Schutz der Familien und zur Altersvorsorge explizit mit ein. Und das bedeutet gleichzeitig die Begrenzung der Macht von Unternehmen unter die Macht des Staates – besser noch: Des Volkes (Art. 20 GG), klare und eindeutig wirksamere Maßnahmen der Kartellbehörden, die auch die Zerschlagung und Enteignung als letzte Mittel beinhalten; Beendigung der Einflussnahmemöglichkeiten, d.h. die Unabhängigkeit von Politik und Parteien: Die Wirtschaft hat dienende Funktion – das ist ihr Platz!

Weitere Einwürfe unserer Referenten: Oliver Richters: Keine Leistungslosen Einkommen: Wer den Nutzen hat, muss auch die Kosten dafür tragen: Bodenspekulanten, Erbschaften, Kapitaleinkünfte etc.

Irmi Seidl: „Uns wird weis gemacht, dass es nur technischen Fortschritt gibt, wenn es Wachstum gibt: Eine der größten ideologischen Fehlinformationen!“

Mathias Binswanger: Wir müssen vom Shareholder Value der AGs als entscheidendes Kriterium weg: „Es könnte in Richtung auf Genossenschaft gehen!“

3.4.4.2 Betriebswirtschaftliche Perspektive

Brauchen wir wirklich die Großen? - Anders gefragt: Was würde passieren, wenn wir tatsächlich ernst machen würden und sowohl finanzpolitisch, als auch steuerpolitisch ganz umsteuern würden auf ökologische und soziale Wirtschaftskriterien? - Würden die großen Konzerne dann wirklich gehen? - Und, wenn ja, was würde das mit uns und unserer Wirtschaft machen? - Wenn wir tatsächlich eine entschiedene dezentrale Energiewende vollziehen würden, mit Bürgerwindrädern, Genossenschafts-PV-Anlagen, hergestellt von Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU), unsere Lebensmittelproduktion umstellen auf regionale – möglichst biologische – Erzeugung, ebenfalls unsere Bekleidung wenigstens z.T. aus eigener Erzeugung und wenn schon importiert, dann dementsprechend zertifiziert – fair und biologisch, auch unsere technischen Produkte so weitgehend wie möglich von KMU beziehen, dabei entsprechende Mindeststandards auf Herstellung, Qualität, Haltbarkeit, Reparierbarkeit etc. auch für Importware setzen, dann werden wir auf einen großen Teil der Großkonzerne verzichten können. Die daraus entstehende Lücke würde mit Sicherheit sehr schnell und bereitwillig aufgefüllt – siehe die schnelle Produktionsumstellung völlig branchenfremder Betriebe auf die Herstellung von Atemschutzmasken in der Corona-Krise: KMU sind sehr flexibel! Nur relativ wenige Produkte können ausschließlich in Großunternehmen hergestellt werden, wie z.B. Autos, für die ein entsprechend aufwändiger Maschinenpark notwendig ist. À propos: „Großer Teil der Großkonzerne“: Der Anteil Klein- und Mittelständischer Unternehmen in Deutschland liegt bei guten 99% - da kann auch „ein großer Teil der Großkonzerne“ gesamtwirtschaftlich gesehen nicht so sehr viel sein! Die Frage könnte also durchaus auch umgekehrt gestellt werden: Könnte es sein, dass diese Großunternehmen vielleicht nicht auf uns mit unserem technischen Know How, Ausbildungsgrad, unserer Infrastruktur unseren Zulieferbetrieben und schließlich auch unserer Kaufkraft verzichten wollen und dann – entgegen ihren Drohungen und Ankündigungen – doch da bleiben? Möglicherweise, weil die Perspektiven bei uns auf die lange Sicht gesehen viel besser sind, als anderswo, wo die – dann hoffentlich durch Klimawandel bedingt wesentlich

teureren Transportwege – dementsprechend zu Buche schlagen!? - Man bedenke dabei, dass in diesen 99% aus Klein- und Mittelständischen Betrieben gut 75% aller Arbeitsplätze liegen! - Auch, wenn wir nicht einfach auf 25% der Arbeitsplätze verzichten können: Ich glaube eher, dass „die Großen“ nicht auf uns verzichten wollen! - Probieren wir‘s aus!?

Eine freche Überlegung dazu: VW – der Größte – will gehen! - Geht nicht, sagt Vater Staat, du gehörst zu einem guten Teil mir! - Hier wird geblieben! - und das ist das Modell: Sagen wir mal: Siemens will gehen! Der Großkonzern hatte das vor etlichen Jahren schon einmal großmäulig angekündigt, dass er sich mittelfristig aus Deutschland zurückziehen möchte. Damals natürlich nur eine Drohung, aber sie hatte in der Politik Wirkung gezeigt: Schon hatte man Kompromisse bereit. In der letzten Finanzkrise dann hat sich Siemens beeilt, zu versichern, dass er ja „ein guter deutscher“ Großkonzern sei und bleibe! – Natürlich: Wo, wenn nicht in Deutschland war ein absehbar guter Unternehmensstandort zum Überleben – und Gewinnen – in der Krise und aus der Krise! - Aber eben mal angenommen, Siemens macht diesmal ernst und geht wirklich. Den Standort, d.h. die Grundstücke, Gebäude, Anlagen, Infrastruktur etc. kann der Konzern nicht oder zumindest nur in geringem Maß mitnehmen! Er muss im Ausland neu aufbauen. Was er mitnehmen kann, ist der Firmenname, die Kapitalanteile, der Sitz des Unternehmens. Letzteres tut uns tatsächlich weh, denn wo der Sitz ist, da wird zumindest derzeit noch bilanziert und da werden auch die Steuern abgeführt (auch Siemens weiß aber, wie man durch Unternehmensteilung die lukrativen und damit steuerintensiven Bereiche woanders hinsetzt, so dass man damit ordentlich Steuern spart – das ist nicht Zukunft, sondern längst Gegenwart und Siemenspraxis!). Mit anderen Worten: Es ist noch nicht raus, wie viel uns am Ende an Finanzen fehlen wird! - Jedenfalls: Nehmen wir weiter an, dass die Gesamtbelegschaft sich in einem mutigen Schritt dazu entschließt, dem Konzern die gesamte hier vorhandene Anlagen-Masse zu einem günstigen Preis abkauft, eine eigene Genossenschaft gründet, damit den Betrieb in den Betrieben aufrechterhält und weiter produziert und die Bundesregierung diesem „too-big-to-fail-Unternehmen“ mit einer Bürgschaft, gegebenenfalls Teilübernahme – vergleiche VW – finanziell unter die Arme greift und dem Verkauf und den gesetzlichen Begleitumständen mit einer speziellen „Lex Siemens“ (möglicherweise im Sinne von: „Ihr könnt gehen, aber das Material bleibt da!“) einmal andersherum hilft, nämlich im Sinne der Arbeitnehmerschaft und zukünftigen Genossenschaft … würde das gehen!? - Und was einmal geht, funktioniert sicher auch öfters! Natürlich wären das erst einmal Staatskosten – aber es sind gleichzeitig Investitionen! Und bevor man diese Staatsgelder – immerhin unsere Steuergelder – wieder nur einem gierigen Giganten in den Rachen schmeißt, könnte man es auf diese Weise auch gleich selbst behalten und für einen arbeiten lassen! - Sicher nur eine freche Annahme, aber ein Gedankenexperiment, das in der Praxis bei verschiedenen kleineren Unternehmen bereits funktioniert hat, wenn denn die Belegschaft ambitioniert und mutig genug gewesen ist. Und vielleicht genügt es auch, ein solches Gedankenexperiment rechtzeitig publik zu machen, denn es könnte auch für ein solches Weltunternehmen wie Siemens durchaus interessant sein, dadurch nicht einen Konkurrenten zu schaffen, sondern zu bleiben und – einer alten Unternehmertugend folgend – aus der „Not“ eine Tugend zu machen und den notwendigen Umbau zu einer klimafreundlichen und deswegen wachstumskritischen Wirtschaftsweise zu gestalten und mit eigenen Ideen mutig voranzugehen. – Vorstellbar?

Die Grundannahme der BWL: „Alle Güter sind knapp!“ - Einsiedler: „Die BWL verwaltet Knappheit! Sie muss auf den Engpass schauen: Wie gehe ich damit um? Sauberes Klima ist knapp – saubere Luft ist knapp damit muss ich umgehen. Geld ist nicht überall knapp – in der VWL nicht, in der BWL schon!“ - Die BWL managt Knappheit – darin ist sie vergleichbar mit der Ökologie! Von daher ist die Begrenzung – auch die zukünftig notwendige im Angesicht der Klimakrise und der Notwendigkeit von Umweltschutzmaßnahmen und einer entschlossenen Umsetzung der Energiewende kein Problem für die BWL! - Es ist die standardmäßige Aufgabe

der Betriebswirtschaft, damit zurechtzukommen. Es geht im Unterschied zur volkswirtschaftlichen Betrachtung um die Beschäftigung mit einzelwirtschaftlichen Unternehmen. Wäre die Welt ein Unternehmen, dann wäre die Bewältigung einer Klimakrise eine zwar ungewöhnliche, aber durchaus mit betriebswirtschaftlichen Mitteln zu lösende Herausforderung: Die Feststellung des Ist-Zustands, die Beschreibung des gewünschten Zielzustands sind eine relativ einfache Aufgabe; es bleibt das Problem: Wie komme ich zum Ziel? - Dafür würden mehrere Lösungsszenarien erstellt und die für das Unternehmen günstigste Variante ausgewählt – unter Berücksichtigung der einzusetzenden Kosten und des kalkulierten Ertrags. Kommt „unterm Strich“ ein positives Ergebnis heraus, wird der Auftrag angenommen. Ist der Auftrag für das Unternehmen gar existenziell, geht an der Annahme des Auftrags sowieso kein Weg daran vorbei; man fängt an und versucht während des Prozesses zu optimieren, um am Ende möglichst gut herauszukommen. Das ist BWL – das macht einen engagierten Unternehmer aus – man geht dabei am besten von einem persönlich haftenden Unternehmer eines mittelständischen Unternehmens aus – dann wird dieser sich auch noch an guten Kaufmannsbrauch des ehrbaren Kaufmanns erinnern und dementsprechend handeln (vgl. „Die zehn Grundsätze des ehrbaren Kaufmanns“ BVMW). Die Welt wäre am Ende gerettet! - Leider ist die Welt in diesem Fall kein – mittelständisches – Unternehmen, sondern immer mehr „Spiel-Ball“ - welcher Sarkasmus! - von Großmächten und sehr mächtigen „Global Players“ (wer ist der tatsächliche Herr in diesem grausamen Spiel: Noch die sog. Supermächte oder schon die Großkonzerne?) und zerrissen von unendlich vielen einander widerstreitenden Interessen, die nur allzu oft genau das Gegenteil einer Rettung des Klimas und damit dieser Welt im Sinne haben und ausschließlich den eigenen kurzsichtigen Vorteil sehen bis hin zu – im wörtlichen Sinne – wahnsinnigen Vorstellungen einer Weltherrschaft einer kleinen Elite. So gesehen müssen wir wohl eher auf ein Wunder, als auf einen planvollen Ablauf im Kampf gegen den Klimawandel hoffen!

Bei allem Pessimismus: Die oben beschriebene Szene des engagierten Unternehmers, der die Welt rettet, ist nicht einfach Imagination – vorgestellt – vielleicht nicht einmal gestellt, sondern sie hat sich tatsächlich so abgespielt und spielt sich in unzählig vielen Situationen auch heute noch ab: Nicht im Großen, sondern dort, wo der Unternehmer seinen Sitz hat und mit dem, was seinen Unternehmenszweck darstellt. So geschehen in den Anfangsjahren der Energiewende, wo Unternehmer und auch Neuunternehmer – neudeutsch: Start Ups – nicht lange gefragt haben, den Sinn erkannt, die Förderung klar einkalkuliert und die Chancen wahrgenommen haben und in kürzester Zeit die Energiewende zum Erfolgsmodell gemacht haben. So sehr, dass sie offensichtlich alle Erwartungen übertroffen hatten – und dann leider die reaktionären Kräfte der Großindustrie – allen voran der Energieriesen – auf den Plan gerufen haben, die mit ihrem Lobbyismus in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Bundesregierung dafür gesorgt haben, dass dieses fröhliche Treiben in die richtige Richtung ein jähes vorläufiges Ende gefunden hat. Das hat in den ersten zwei Jahren ab 2014 zu einer Unzahl von Firmenpleiten geführt, die leider auch niemanden – v.a. die Medien nicht – interessiert haben und erst einmal 40.000 Arbeitskräfte ihren Job gekostet hat – danach kamen noch einmal so viele in diesem Zusammenhang unter die Räder. Auch das haben die Medien nicht berichtet. Dagegen, wenn ein Großkonzern sich wieder einmal laut überlegt, ein paar tausend „Mitarbeiter freizusetzen“, sind Medien und auch die Gewerkschaft präsent – damit das Unternehmen seine Forderungen – eben medienwirksam – unters Volk bringt. Dabei ist die Mittelständische Wirtschaft das

Rückgrat der deutschen Wirtschaft und die klein- und mittelständischen Unternehmer beweisen immer wieder genügend Rückgrat, ihre Rolle auch gegen die Politik der Großen und für die Großen durchzuhalten. Ein klarer Grund, auch bei der Energiewende und dem Kampf für‘s Klima auf die KMU zu setzen!

Wie oben aufgezeigt, geht es in der BWL um realistische und sehr praktische Dinge, wie Rahmenbedingungen, unter denen das ganze Unternehmen laufen soll. Von daher ist die Grundfrage eines Betriebswirtschaftlers nach der Zielgruppe auch völlig logisch und praktisch: „Welche Art von Menschen habe ich? - Mit denen muss ich umgehen und denen muss ich das verkaufen.“ (Einsiedler) – Auch das Unternehmen „Umwelt- und Klimarettung“ muss danach fragen, also nach der praktischen Durchführbarkeit, damit das Ganze nachher auch „von den Kunden gekauft“ - von der Bevölkerung mitgetragen wird. Ein Grundsatz, den wir von der BWL dringend übernehmen sollten: Der Weg ist nicht das Ziel, aber er muss gut überlegt und gewählt sein, damit er nachher auch gegangen wird. Das neue Wirtschaftskonzept muss auch praktisch durchführbar sein, sonst brauchen wir‘s gar nicht erst entwickeln!

Weitere Voraussetzungen: Herbert Einsiedler fragt: „Warum müssen Unternehmen wachsen? - Volkswirte sagen: Wegen der Share Holder! - Betriebswirte sagen: Economy of scales! - Wenn ich groß bin, kann ich billiger einkaufen, wenn ich meine Kosten nicht mehr kriege, bin ich aus dem Markt!“ - „Kostenvorteile kommen über den Einkauf!“ - Eine alte Unternehmerweisheit! - Die Betriebsgröße ist also ein entscheidendes Kriterium:

Das Problem für KMU sind die gegenwärtigen Bedingungen: „Die Politik tut so, als könnte man ein 10-Mann-Unternehmen führen wie ein 1000-Mann-Unternehmen.“ – Die Rahmenbedingungen sind gleich – das klingt zunächst gerecht, führt aber zu einem nachhaltigen Nachteil für die Kleinen, denn ein kleines Unternehmen hat durch die gleichen Anforderungen im Verhältnis wesentlich mehr Kosten, weil sie die selben Rahmenbedingungen erfüllen müssen wie die Großen. Die ÖDP hat hier in den letzten Monaten gerade ein sprechendes Beispiel erfahren müssen: Die Durchführung der DSGVO hat dazu geführt, dass die ÖDP als kleine Partei mit derzeit noch weniger als zehn Angestellten trotzdem zunächst eine ganze Stelle für einen Datenschutzbeauftragten schaffen musste. Große Parteien brauchen auch nicht mehr, haben aber wesentlich mehr Angestellte; dadurch schlägt diese eine Stelle bei uns anteilmäßig wesentlich stärker zu Buche als bei den Großen. Das wiederholt sich in kleinen Unternehmen an vielen Stellen. Hinzu kommen Einkaufsvorteile für die Großen, die mit wesentlich größeren Mengen deutlich bessere Konditionen haben, als Kleine. Und das sind keine Peanuts, sondern ein durchaus beeindruckendes Phänomen: Es wurde empirisch nachgewiesen: Die Einsparung belief sich immer zwischen 20 und 30%: „Wenn ich die Menge meiner Produktion verdoppele, kommen Kosteneinsparungen in etwa dieser Höhe raus.“ - Die unausweichliche Folge: Wenn der andere (Konkurrent) nicht mitwächst, ist er bald raus, weil er auf Dauer nicht mithalten kann bei diesem Kosten-Unterschied – das hält kein Unternehmen auf Dauer aus! – Was bleibt den kleineren Unternehmen dann: Wenn der Kleine klug ist, verkauft er sein Geschäft, solange es noch läuft, damit er nicht auch noch sich selbst ruiniert. Der Rest erklärt sich von selbst: Marktkonzentration, die schließlich zur Oligopolbildung führt! Wachstum aus Unternehmersicht – schlicht und sehr ergreifend wahr! - Doch, es gibt Möglichkeiten, dieses Schicksal zu verhindern: Der Kleine findet eine Nische, in der er aus dem Preiskampf raus ist – besondere Produkte, eine besondere Vermarktungsstrategie – hier sind

Betriebswirtschaft und Landwirtschaft tatsächlich gleich. Allerdings, und auch das lehrt die Erfahrung: Eine Nische ist und bleibt eben nur: eine Nische! Die kann nie marktbestimmend werden! Das verhindern die Regeln! - Das einzige, was man dagegen also tun kann, ist: Verhindern, dass Kostenvorteile aus der größeren Menge erwachsen. Für den Einkauf gab es da früher mal ein Rabatt-Gesetz, das größere Preisnachlässe verhinderte. Es wurde als absolut rückständig und marktbehindernd schnell abgeschafft. Vielleicht sollten wir es uns wieder anschaffen!

Weitere Wettbewerbsverzerrungen bietet auch die Ausnahmeregelung im EEG: Energieintensive Großbetriebe zahlen viel weniger für Strom, als alle anderen. Die besondere Ungerechtigkeit daran: Die Allgemeinheit zahlt diesen Preisnachlass und bezahlt diese Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der KMU! Gleiches gilt übrigens auch für Wasser: Die großen Mengen werden auf Kosten der Allgemeinheit im Preis erheblich reduziert. Und hier ist es besonders einfach zu reagieren: Es sind einfache Regelsetzungen, die könnte man genauso einfach wieder ändern! – Wer hat das verbockt? – Man braucht wohl nicht lange zu fragen. Jedenfalls ist klar: Die sollen‘s auch wieder richten! – Politik ist hier gefragt durch entsprechende Lenkungsinstrumente: die Wettbewerbsvorteile – geringere Gestehungskosten beim Einkauf etc. – der Großen gegenüber den Kleinen ausgleichen; zumindest in dem Maße, dass kleine Unternehmen damit nicht in die Enge getrieben werden und in Existenznot geraten. Das Gesetz dazu wurde bereits erwähnt. Auch die Ungleichbehandlung durch die Gleichbehandlung unabhängig von der Betriebsgröße könnte durch eine angemessene Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen Situationen und entsprechender – weit differenzierterer – Regelungen relativ einfach beseitigt werden. Hier spricht die Durchführung der DSGVO Bände: Eine von der Idee her wichtige und sinnvolle Regelung, die v.a. dazu gedacht war, die ganz Großen (facebook, Google & Co) datenschutzrechtlich an die Kandare zu nehmen, ist schrecklich dadurch pervertiert worden, dass nun die zahllosen kleinen Unternehmen, Institutionen, Vereinigungen, Vereine usw. mit diesem Instrument regelrecht gefesselt und geknebelt wurden, während genau die Großen, für die das eigentlich gedacht war, nun durch die Ausgestaltung ihrer datenschutzrechtlichen Bestimmungen durch zahlreiche und für den Verbraucher umständliche und undurchsichtige Regelungen und den Zwang zu ständig neuen Entscheidungen und schließlich durch die einzig mögliche Erleichterung für den Verbraucher, einfach allem zuzustimmen, sich damit nur noch weiterreichende Rechte erschleicht und herausnimmt – unter dem offensichtlich sehr geduldigen Auge des deutschen Gesetzes für Datenschutz. Leider sind das keine Einzelfälle, sondern die mittlerweile durchgängige Praxis in Deutschland und der EU, wie man mit erfolgreich eingeklagten Rechten so umgeht, dass die Einkläger das Nachsehen und die Lobbyisten nur weitere Vorteile daraus ziehen können. Und diese Praxis muss eigentlich nur umgedreht werden! Eine einfache Möglichkeit dazu wären branchen- und betriebsgrößenabhängige gesetzliche Regelungen, die gezielt auf die einzuschränkende Gruppe von Unternehmen zugeschnitten sind.

Und damit wird einer Bedingung Rechnung getragen, die der Mittelstand als eine der wenigen fordert, um mit allen möglichen Situationen des Unternehmertums zurecht zu kommen: Es braucht gleiche bzw. vergleichbare Bedingungen im Wettbewerb! Es muss gerecht zugehen – darf keine Benachteiligungen geben – den Rest schaffen wir schon! – ein genügsames Zugpferd der deutschen Wirtschaft!

Damit können Unternehmen – auch die kleineren – leben. Wir wollen allerdings mehr: Wir wollen, dass sie frei vom Wachstumszwang existieren können, denn wir müssen davon loskommen. Aber auch das haben wir bereits oben angesprochen:

Ein Unternehmen, das einen angemessenen Preis für sein Produkt bezahlt bekommt, mit dem es sämtliche Kosten decken kann und auch für zukünftige Investitionen etwas zurücklegen kann, um weiter zu existieren, muss nicht wachsen, sondern kann auf ein und demselben Niveau stabil existieren! - Eine stationäre Wirtschaft – ohne Wachstumszwang – wäre damit – aus Unternehmersicht – also möglich! Die KMU könnten wir durchaus für unsere Ideen gewinnen. Was wir ihnen allerdings sagen müssen, ist, wie wir solche kostendeckende, stabile Preise hinbekommen. Die eine Seite – die Kostenseite – hätten wir über die oben beschriebenen Maßnahmen ziemlich im Griff – schließlich hat es ja auch zu Erhards Zeiten schon mal funktioniert. Die andere Seite – die Preisseite – könnten wir durch eine Neuauflage eines den gegenwärtigen Verhältnisse angepassten Rabattgesetzes auch zumindest einbremsen: Dumpingpreise wären verboten, könnten notfalls über die Kostenrechnung zurückverfolgt und geahndet werden. Über klar festgelegte Standards – technische Standards sowohl bei den Rohstoffen, der Verarbeitung, auch soziale Standards (s.o.: Ressourcen) – könnten weitere Stabilisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Diese Standards müssten dann ausländische Produkte ebenfalls erfüllen. Dazu müssten wir allerdings die vorhandenen Freihandelsabkommen entweder kündigen oder zurückweisen und auch auf europäische Übernahme drängen. Eine recht einfache Alternative zu all diesen Maßnahmen wären feste Preise oder Mindestpreise, die auf standardisierten Kostenberechnungen beruhen würden. Eine solche Maßnahme verbietet sich allerdings, solange wir von einer Marktwirtschaft sprechen wollen; das wäre wohl auch nicht im Sinne eines mittelständischen Unternehmertums. Die Freiheit als Preis dafür wäre einem freien Unternehmer sicher zu hoch! - Ein gesunder Wettbewerb unter fairen Bedingungen kann nur das Mittel der Wahl sein!

Auch die Beendigung eines Wachstumszwangs ist für uns ja nur Mittel zum Zweck! Das eigentliche Ziel ist die Rettung des Klimas, der Artenvielfalt, Erhaltung einer lebenswerten – enkeltauglichen Welt. Das wollen wir mit Hilfe unseres Wirtschaftssystems der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft erreichen bzw. unterstützen. Auch hier zeigt sich das Verantwortungsbewusstsein, aber auch die Kreativität und Flexibilität der Klein- und Mittelständischen Wirtschaft: Es waren Unternehmerinnen und Unternehmer, die auf die Energiewende und die Herausforderungen einer notwendigen Klimawende und Umweltschutz nebst sozialen Forderungen reagiert haben und ein Wirtschaftsmodell entwickelt haben, das sofort von jedem Unternehmen übernommen werden kann und das buchstäblich aus der Praxis für die Praxis funktioniert, weil es zunächst nur die Feststellung eines Status fordert und dann das Unternehmen selbst Maßnahmen zur Veränderung finden und entwickeln lässt, die ihm am besten entsprechen: Die Gemeinwohlökonomie! - Entwickelt wohl auch aus dem Unbehagen, das BIP als Maßzahl für den Wohlstand eines Volkes zu nehmen, das nur einen einzigen Indikator dafür verwendet: Geld als Wertmesser für die hergestellten Produkte – das also bestenfalls für einen rein materiellen Wohlstand sprechen kann. Bereits Ende der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts war diese Diskussion in der Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft teilweise recht breit festzustellen, ohne, dass sich zumindest in Europa irgendetwas am Festhalten an der alten Zahl geändert hätte. Zwar stellt die Gemeinwohlbilanz derzeit lediglich

eine Alternative und einen Perspektivwechsel für die finanzielle Bilanz von Einzelunternehmen dar, sie könnte aber in der Zukunft durchaus – wenn nicht nur Wirtschaftsunternehmen, sondern alle Sektoren daran teilnähmen – tatsächlich als eine kumulierte Bilanz volkswirtschaftliche Aussagekraft zum Wohlstand eines Landes – und d.h. dann tatsächlich als Alternative zum BiP bekommen. Hier sieht man aber auch den Unterschied: Die Gemeinwohlökonomie ist ein Wirtschaftsmodell auf betriebswirtschaftlicher Basis und derzeit auch auf die einzelnen Akteure beschränkt. Sie stellt zwar auch Forderungen in Richtung auf eine volkswirtschaftliche Regelung auf – etliche davon haben wir in der bisherigen Abhandlung bereits ebenfalls dargestellt – sie decken sich in weiten Teilen mit unseren Überlegungen – sie stellt aber kein geschlossenes volkswirtschaftliches und politisches Gesamtkonzept dar. Man könnte sagen: Ebenso, wie unser Vorhaben das Konzept der Gemeinwohlökonomie zu einem gesamtwirtschaftlichen und politischen Konzept erweitert und ergänzt, kann die Gemeinwohlökonomie unsere Ergänzung auf betriebswirtschaftlicher, kommunaler, privater etc. Ebene darstellen.

Wie funktioniert die Gemeinwohlökonomie (GWÖ): Über eine Matrix mit den Kriterien Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung (x-Achse) sind die Berührungsgruppen Lieferant*innen, Eigentümer*innen und Finanzpartner*innen, Mitarbeitende, Kund*innen und Mitunternehmern, Gesellschaftliches Umfeld (y-Achse) miteinander verknüpft; in den daraus sich ergebenden Feldern werden nach zertifizierten Kriterien festgestellte Punktzahlen eingetragen und diese dann zum Status des Gemeinwohllabels errechnet. Jede Wirtschaftseinheit, jede gesellschaftliche Einheit kann also mit dieser Tabelle seinen Gemeinwohlstatus feststellen und in der weiteren Entwicklung verfolgen. Der unschlagbare Vorteil: GWÖ ist voraussetzungslos, jede und jeder kann sofort damit beginnen; es ist ein einfaches und praktikables System, bei dem jede und jeder sein eigenes Tempo bestimmen und nach seinen Bedürfnissen ausrichten kann. Der Nachteil: Es lässt sich nicht als neues Wirtschaftssystem politisch einführen – kann nur gefördert werden mit flankierenden Maßnahmen. Bis eine kritische Masse erreicht wird, die wirtschaftspolitisch und gesamtgesellschaftlich – v.a. im Hinblick auf eine Klimawende – wirksam ist, vergeht aller Wahrscheinlichkeit nach zu viel Zeit. Das kann nur ein gesamtwirtschaftliches Modell tun, das klare Forderungen zur Umsetzung erhebt und Maßnahmen gesetzlich anordnet.

Ähnliches wäre zum Konzept der Postwachstumsökonomie (PWÖ) von Niko Paech zu sagen: Da dieses auf die Einsicht und Einstellungsänderung der Bevölkerung und damit ebenfalls auf eine kritische Masse setzt, wirkt es zu langsam. Niko Paech selber geht mittlerweile von einer Blaupause für „nach dem Crash“ aus, hat also kaum Hoffnung, dass das Ruder so rechtzeitig herumgerissen werden kann, dass dieser Crash noch verhindert werden könnte. Trotzdem sind auf dem Symposium und in unserer Abhandlung etliche Elemente genannt worden. Im Endeffekt treten wir den Weg auf dasselbe Ziel an.

Maßnahmen:

- EU und internationale Beziehungen:

- Möglichkeiten der Einflussnahme auf die EU zur Umsetzung bestimmter Regelungen (z.B. Geld- und Finanzpolitik) im Sinne der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft eruieren, soweit diese nur auf EU-Ebene zu entscheiden und durchzusetzen sind. Diese Maßnahmen dann durchsetzen!

- Dementsprechend und im Umkehrschluss festzustellen: Wo sind Alleingänge notwendig und möglich, ohne die EU damit insgesamt zu gefährden.

- Kündigung bzw. Zurückweisung sämtlicher Freihandelsabkommen! - stattdessen faire Abkommen auf echter partnerschaftlicher Basis: Mit schwächeren Staaten asymmetrische Abkommen, die helfen, die Schwächen zu überwinden; mit gleichstarken Partnern symmetrische Abkommen. In jedem Fall: Gegenseitige Wahrung der Hoheitsrechte, insbesondere der Rechtsprechung – keine Paralleljustiz durch Schiedsgerichtsbarkeit, Investitionsschutz lediglich nach dem in den Partnerländern geltenden Recht! Wahrung der hohen Standards! Klares und robustes – strafbewehrtes – Umweltschutz- und Klimaschutzregime

- Die Demokratisierung der EU vorantreiben, d.h. demokratische Defizite erkennen und beheben.

- Begrenzung der Macht von Großkonzernen und Hochfinanz – Global Players – auf das der Wirtschaft zukommende Maß (vgl. BV Art. 151 (1)); Festlegung von Firmensitzen auf die jeweiligen Staaten, wo auch ein Großteil der Produktion bzw. Umsetzung des Firmenzwecks stattfindet. Rechnungslegung und in der Folge Abführung der staatlichen Abgaben zu den dort üblichen Konditionen im jeweiligen Land der Produktion der entsprechenden zu versteuernden Werte.

- Auf EU-Ebene: Suche nach den Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Partnerländern, d.h. Solidarität stärken. Corona-Krise dazu nutzen, ein neues gegenseitiges Vertrauensverhältnis zu schaffen, indem wirksame Hilfen für die am stärksten betroffenen Länder bereitgestellt werden, ohne sie sofort wieder in neue Abhängigkeiten und Auflagen zu stürzen. In diesem Zusammenhang:

- Rolle der EZB als „Notenbank“ der EU-Staaten zur direkten Finanzierung der Staatsausgaben zumindest, bis die gröbsten Auswirkungen der Corona-Krise überwunden sind – Akzeptanz aller EU-Staatsanleihen, damit sich die betroffenen Länder refinanzieren können und nicht an den Rand einer Staatspleite geführt werden (hilfreiche Überlegungen dazu: MMT).

- Diese vertrauensbildenden Maßnahmen dazu nutzen, gemeinsam an der größeren Aufgabe der Bewältigung der Klimakrise und des Schutzes der Artenvielfalt und der Umwelt zu arbeiten und möglichst das Konzept einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft – zumindest EU-weite Anteile davon – einzuführen.

- Volkswirtschaftliche Perspektive:

  - Generell: Die Wirtschaftskraft der Unternehmen muss gewährleistet bleiben, um auch die Gesellschaft als Ganzes funktions- und handlungsfähig zu erhalten!

  - Neben dem BIP müssen weitere – nichtmonetäre – Kriterien eingerichtet werden, um eine Aussage über den Zustand einer Volkswirtschaft und Gesellschaft zum Wohlstand derselben treffen zu können (vgl. GWÖ).

  - Die Begrenzungen aus den Zeiten der sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen und ggf. dann auch wieder einführen:

  - Wiedereinführung eines strikten Trennbankensystems.

- Die Börse muss wieder auf den ursprünglich ihr zugedachten Zweck zurückgeführt werden, nämlich Kapital für die Wirtschaft bereitzustellen. Der „Casino-Kapitalismus“ muss sofort beendet werden:
- Verbot der außerbörslichen Hochrisikogeschäfte, insbesondere Derivate und Leerverkäufe
- Wiedereinführung einer Finanztransaktionssteuer bzw. Vermögensbildungsabgabe, entweder ausschließlich oder besonders für die außerbörslichen Erträge. Die jetzige (Neu-)Regelung läuft dem Gedanken zuwider und ist sofort auszusetzen!
- Industrie und Handel: klare und hohe Standardsetzung, wie in den übrigen Kapiteln beschrieben, einschließlich eines entsprechenden Mindestlohns, der auch die Bildung einer auskömmlichen Altersrente gewährleistet.
- Handelsverträge, die nicht mehr in die Souveränität des demokratisch verfassten Staates eingreifen und die heimische Wirtschaft und v.a. Landwirtschaft schützen – kein Protektionismus, sondern Offenheit, aber klarer Schutz (to protect!), der dementsprechend auch den Wirtschaftspartnern zugestanden wird – d.h. faire Verträge, die die Stärken und Schwächen einzelner Sektoren – sowohl der eigenen wie auch der der Partner berücksichtigt und nicht ausbeutend, sondern tatsächlich partnerschaftlich miteinander umgeht;
- Klare Priorisierung des Umwelt-, Klimaschutzes und des Schutzes der Artenvielfalt, d.h. auch Schonung der Ressourcen, schnelle Umstellung auf EE;
- Förderung der Klein- und Mittelständischen Wirtschaft, dem Rückgrat unserer Wirtschaft sowie Genossenschaften u.Ä.
- Staatssektor und Allgemeine Daseinsvorsorge: Aus der Wirtschaftskraft heraus eine gute finanzielle Ausstattung, die alle Ebenen – kommunal, auf Länder- und auf Bundesebene – in die Lage versetzt, unabhängig von der Wirtschaft ihre Aufgaben zu erfüllen;
- Alles, was zur allgemeinen Daseinsvorsorge gehört – inklusive Gesundheitssystem, ÖPNV und überhaupt: Öffentlicher Transport und Infrastruktur zu erwägen – komplett wieder zu verstaatlichen; zumindest gesetzlich verpflichtend von der Profitorientierung zu befreien, d.h. gemeinnützige Genossenschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts; in diesem Zusammenhang: Ein komplettes und ausnahmsloses Verbot von ÖPP unter völliger Zurücknahme der Änderung von Art. 90 GG.
- Klare und eindeutig wirksamere Maßnahmen der Kartellbehörden, die auch die Zerschlagung und Enteignung als letzte Mittel beinhalten; Beendigung der Einflussnahmemöglichkeiten durch Lobbyisten, d.h. Unabhängigkeit von Politik und Parteien: Die Wirtschaft hat dienende Funktion – das ist ihr Platz!
- ==> Trennung von Staat und Wirtschaft!

▪ Betriebswirtschaftliche Perspektive

- Einführung, ggf. Haltung hoher Standards – technischer (lange Haltbarkeit, Reparaturfreundlichkeit, Recyclingfähigkeit etc.), sozialer und ökologischer Art (vgl. Ressourcen)

- Branchenspezifische und betriebsgrößenabhängige, gerechte Regelungen, um Ungerechtigkeiten auszugleichen. Das beinhaltet sowohl verwaltungstechnisch-bürokratische Regelungen, die kleineren Unternehmen – in mehrere Gruppen gestaffelt – Erleichterungen – geringere bzw. an die Kapazitäten angepasste Auflagen – gegenüber Großunternehmen zugestehen; als auch Begrenzungen bezüglich der Vorteile beim Rohstoff- und Wareneinkauf, wie z.B. ein aktualisiertes Rabattgesetz.

- Insbesondere müssen per sofort die Nachlässe und Sonderpreise beim Stromeinkauf energieintensiver Großbetriebe nach dem EEG wegfallen und die wahren Preise, d.h. erhöhte Strompreise beim Bezug von „schmutzigem“ Strom angesetzt werden. Das würde auch die EEG-Umlage der Privathaushalte spürbar entlasten.
  Das gleiche gilt für Wasserpreise!

- Einführung von GWÖ auf unternehmerischer Ebene als neue Orientierung der Wirtschaft. Überlegungen, neben der pekuniären Bilanz auch eine GWÖ-Bilanz allgemein einzuführen.

▪

Anfrage: Bisher im Endeffekt immer über das Geld geredet. Wie kann man Gemeinwohlkriterien in die betriebswirtschaftliche Rechnung einführen? → Aufgabe

3.4.5 Landwirtschaft

„We feed the world!“ - in diesem Spruch steckt die ganze Arroganz der modernen Agro-Industrie! Getoppt werden konnte er nur kürzlich durch ein großes Schild am Rande einer Palmölplantage im ehemaligen tropischen Dschungelgebiet von Malaysia/Thailand(?): „We green the World!“ - Man kann wirklich nur noch fragen: Sind sie tatsächlich schon so verblendet, dass sie von ihrer eigenen Lüge so überzeugt sind, dass sie völlig vergessen bzw. ausgeblendet haben, dass sie genau in diesen Ländern die sie „füttern“ wollen – anders möchte ich das nicht ausdrücken – eine bis zu ihrem Auftreten intakte landwirtschaftliche Infrastruktur auf Subsistenzbasis zerstört haben und jetzt auch noch die Not der Bauern ausbeuten, indem sie ihnen Hybridsamen mitsamt der zugehörigen Pestizidpest verkaufen, die diese armen Bauern nur weiter in die Abhängigkeit treiben? – Oder ist es einfach nur die freche Lüge ins Angesicht der Verbraucher und eben diese Arroganz, „dass die das schon nicht merken“? – Und leider: Mit einem gewissen Recht auf Wahrscheinlichkeit dürfen sie das auch annehmen. Die Verbindung zwischen landwirtschaftlicher Produktion und Verbrauchern ist verlorengegangen (Isabella Hirsch) – und mit ihr die Wertschätzung sowohl für die Arbeit der Landwirtschaft, als auch für die „Lebens-Mittel“ selber. Die Wertschätzung ist Gier und Geiz gewichen: Das darf alles nichts kosten, es ist ja nur das Essen. Für die wirklich wichtigen Dinge im Leben – Smartphones, Fernseher, Spielekonsolen und Reisen – muss noch genug Geld übrig bleiben! - Das sind die zwei Backen des Schraubstocks, in den die Landwirtschaft heute eingespannt ist! - Isabella Hirsch: „Markt ist schön, aber der kennt keine landwirtschaftlichen Probleme – schlechtes Wetter, kranke Tiere etc. Markt funktioniert nicht wirklich gut in der Landwirtschaft.“ Der größte Verrat an der Landwirtschaft ist damit also bereits vor dreißig Jahren geschehen mit den Worten: „Die Landwirtschaft muss fit gemacht werden für den Weltmarkt!“ – Das war der Beginn der Industrialisierung! Wohlgemerkt: Industrialisierung ist nicht die absolute Betriebsgröße, sondern die Reduzierung des landwirtschaftlichen Betriebs mit Böden, Tieren, Pflanzen und Menschen auf die Eigenschaft von Produktionsfaktoren, die beliebig optimiert werden können – Industrie halt! – Der Versuch von Technokraten, die Landwirtschaft auf Fließbandniveau zu reduzieren. Die Folge daraus ist ein enormer ökologischer Schaden, weil das Leben, die Umwelt darin keinen Wert darstellt und buchstäblich unter die Räder immer größer werdender Maschinen kommt!

Politisch wurde dieser Prozess über viele Jahre begleitet: Mit Geld! - Subventionen – anfangs nur gedacht für eine Übergangszeit, bis sie ihre Produktion an den Weltmarkt und die viel tieferen Weltmarktpreise angepasst hätten. Mittlerweile sind die Subventionen das einzige, was Landwirte „am Leben erhält“. Den Landwirten wurde klar gemacht: Sie müssen mehr produzieren! - „Nun produzieren wir immer mehr und exportieren und machen im Ausland Märkte und Landwirtschaft kaputt. Dafür importieren wir dann unendlich Futtermittel, um unsere Fleischproduktion anzukurbeln: Das Schweinefleisch verkaufen wir dann an China – ein Irrsinn!“ (Pax). Auch unsere Böden müssen darunter leiden: Mit den importierten Futtermitteln wird sozusagen auch der Boden, auf dem das gewachsen ist, mit importiert. Das merken wir dann an der enormen Güllemenge, die daraus resultiert; die bräuchte genau diese Fläche wieder, auf die sie ausgebracht werden kann – die haben wir aber nicht! Eigentlich müssten wir die Gülle mit dem gleichen Schiff wieder zurückschicken; das tun wir aber nicht, sondern wir verschiffen stattdessen damit Pestizide und Mineraldünger; die Gülle bringen wir hier aus – auf unseren bereits gesättigten Böden – viel zu viel – v.a. in Norddeutschland, wo „Heuschrecken“ sich auf die Landwirtschaft stürzen: immer mehr Investoren, die landwirtschaftliche Flächen im ganz großen Stil einkaufen – Branchenfremd: Geld sucht einen Platz, wo es hin kann. Darunter sind auch etliche Niederländer, die die Flächen aufkaufen, um dort die viele überschüssige Gülle aus der Viehzucht in den Niederlanden auszubringen. Die Folgen: überdüngte Felder, verunreinigtes Grundwasser, das mit immer mehr Aufwand zu Trinkwasser aufbereitet werden muss; Investoren, die landwirtschaftliche Flächen zu Spekulationszwecken missbrauchen und die Preise in z.T. abenteuerliche Höhen treiben, die sich kleinere Landwirte nicht mehr leisten können. Isabella Hirsch macht zwar auf das Bodenverkehrsgesetz aufmerksam: Ein landwirtschaftliches Bodenvorkaufsrecht für Landwirte. Das wird aber umgangen und dazu auch noch die eigentlich fälligen Steuerabgaben. Das könnte geändert werden und wird nicht geändert! Art. 163 – 165 der BV besagt: „Grund und Boden dienen vorrangig dem Landwirt zur Lebensmittelproduktion.“ (Isabella Hirsch: Zusammenfassung der drei Artikel). Gesetzliche Grundlagen wären da, aber der politische Wille zur Veränderung ist nicht vorhanden. Hinzu kommt, dass Ausgleichsflächen von Städten im großen Stil aufgekauft werden, was die Böden weiter verknappt. – Alles industrialisiert; nur noch Produktionsfaktoren, sonst ohne Wert! Und das macht auch vor den Menschen nicht Halt: „Wir Bauern sind der Durchlauferhitzer; Wir sollen nur so viel bekommen, dass es gerade so funktioniert, Wichtig ist, dass die Wirtschaft brummt, dass die Treckerfirmen, Agrochemie etc. gut verdient!“ (Workshop Dietrich Pax: von Isabella Hirsch aufgenommenes und erweitertes Zitat). Aus Frustration geben viele v.a. kleinere Bauern auf. Den Hof an die nächste Generation zu übergeben, ist grob fahrlässig und eine Zumutung für die Kinder. Eine echte Perspektive bietet Landwirtschaft so nicht. Nur große Betriebe haben auf Dauer eine Chance, zu überleben; und dafür müssen sie immer weiter wachsen. Das ist – wen wundert‘s? – ganz ähnlich wie bei den Unternehmen – eben Industrie im Wachstumszwang. Die Alternative ist jedem Landwirt klar: „Wachsen oder weichen!“ – und ganz allmählich wird immer mehr – auch großen – Landwirten klar: Auch bei ihnen wechselt allmählich das Motto zu: „Erst wachsen und dann weichen!“

Was läuft schief, d.h. insbesondere: Warum kann Landwirtschaft nicht wirklich industrialisiert arbeiten? - Ein Grund wurde schon mehrfach genannt und dürfte schnell klar machen, woran es liegt: Der Produktionsfaktor Boden ist nicht vervielfältigbar! Wachstum endet definitiv an der „Grundstücksgrenze“: Größer wird‘s nicht und mehr geht auch nicht drauf! Das Wachstum pro

Hektar Land ist begrenzt. Irgendwann können auch keine weiteren Kosten eingespart werden und dann geht‘s dahin! In der Zwischenzeit ist der Boden kaputtgemacht worden, Tiere durch Massentierhaltung und Überzüchtung kaputtgequält, Menschen ausgebeutet. Die Optimierung ist zum Totengräber der Landwirtschaft geworden. - Wo liegt das Problem? - Dietrich Pax beschreibt es in einer Grafik mit drei Feldern mit Schnittmengen: Wirtschaft – Natur – Mensch. Sie sind die Grundlage unseres Erlebens: Getrenntheit mit kleinen Überschneidungen. Im jeweiligen Sektor kann ich tun und lassen, was ich will. Dieses Bild ist falsch! - Die Grafik muss anders aussehen: Natur umfasst alles, darin sind wir Menschen, darin ist die Wirtschaft eingebettet. Weil alles vor dem Hintergrund der Natur stattfindet, ist alles, was wir tun, in Beziehung zur Natur, sind wir selbst Teil dieser Natur. Frage: Wer ist hier Dienstleister? - Wirtschaft ist für die Menschen und letztlich auch für die Natur da! Deswegen müssen wir diese Rücksichtnahme auf Mensch und Natur haben, sonst funktioniert‘s nicht: Als Menschen haben wir Verantwortung für die Gestaltung in beide Richtungen: Natur und Wirtschaft: Diese Verantwortung haben wir nicht übernommen: Derzeit dominiert unsere Wirtschaft den Menschen und die Natur. Das wollen wir ändern. Die Frage ist nur: Wie?

Der Markt ist menschengemacht, gezielt so gestaltet: Alles auf Menge und Größe getrimmt. Deswegen sind hier auch Korrekturen möglich: Zuallererst und per sofort könnte man Förderungen an die richtigen Kriterien knüpfen. – Das ist längst bekannt und auch nicht sehr originell, aber diese Forderungen verhallen seit Jahren in der EU nahezu ungehört. Die abl hat einen ganzen Forderungskatalog erstellt. Martin Quaas fordert, statt Flächenprämien ökologische Leistungen zu entlohnen: Das sind zwei Änderungen in einer Forderung: Erstens weg vom Gießkannenprinzip der Fläche hin zu konkreten Leistungen und zweitens weg vom Förderprinzip zum Leistungsprinzip: Ökologische Leistung ist etwas wert und wird bezahlt! Kein Almosen mehr an die abhängige Landwirtschaft, sondern Bezahlung für Leistung. Dietrich Pax schlägt hier die Entwicklung der Landwirtschaft als gesellschaftlichen Prozess vor: „Was hätten wir gerne?“ - Und dann sollten wir darüber nachdenken, wie die Gelder dafür verteilt werden sollen – derzeit sind es ca. 60 Mrd. €, die verteilt werden. Dabei herrscht eine brutale Ungerechtigkeit: 20% der Betriebe in Deutschland erhalten 80% der Subventionen; in der EU sind es ca. 30% (Irmi Seidl). Bei seinem Gartenbaubetrieb bekommt Pax für die Grundfläche 200.-- €/ha und noch eine Bioprämie dazu; bei seinem Umsatz in der Gemüseproduktion ein zu vernachlässigender Betrag. Bei Ackerbau und Viehhaltung ist das eine ganz andere Nummer: die sind darauf angewiesen. Aber Pax ist davon überzeugt, dass die Betriebe, die an solchen Programmen teilnehmen, auch die Leistung dafür erbringen, die die Gesellschaft von ihnen will. Es wäre eine Möglichkeit, diese Betriebe dauerhaft mit diesem Geld zu versehen, weil es bei der Situation auf dem Weltmarkt derzeit unglaublich schwierig ist, einen Preis durchzusetzen, der das abdeckt, was ein Landwirt tatsächlich dafür braucht, um sinnvoll produzieren zu können. Als Pax begonnen hatte, hat er pro Kilo Lammfleisch um die 5.-- DM bekommen, jetzt bekommt er um die 1,80 € dafür. Hier lohnt sich nichts mehr! Das ist ein „Negativpolitischer Preis“, der nur deswegen notwendig ist, damit wir auf dem Markt recht gut verkaufen können – und das ist der einzige Grund! Seine Schafwirtschaft dient jetzt nur noch zur Landschaftspflege und zur Düngerproduktion für den eigenen Gemüseanbau; Wolle lässt sich noch im Hofladen vermarkten: „Wir verkaufen keine Schafe mehr; wir produzieren Landschaft und die Nährstoffe für den Gemüseanbau: Eigentlich völlig dämlich gedacht, aber unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten der einzig richtige Weg! - Die Gesellschaft will es so.“ Die Schafe – weil sie

fressen und Kot und Wolle produzieren – bleiben so lange am Leben, bis sie eines natürlichen Todes sterben. Letzter Schrei: Die toten Tiere werden getrocknet, gemahlen und dann als Brennmaterial für die Ziegelei verwendet. Das bleibt bei einer industrialisierten Landwirtschaft, deren einziges Kriterium der internationale Marktpreis ist. Und wer da keine kreative Lösung für sich findet, verschwindet.

„Wir glauben vielleicht, wir würden über den Preis eines Produktes die volle Wahrheit bezahlen. Das stimmt aber nicht, sonst müssten bestimmte Produkte erheblich teurer sein: Wir wollen für ein bestimmtes Produkt einen bestimmten Preis bezahlen. Die Kosten wollen wir uns nicht anschauen.“ Deshalb können wir mit den derzeitigen Preisen nur einen ganz geringen Anteil der gesamten Leistung vergüten. Die Frage müsste zwar lauten: Was haben wir für einen Nutzen? – Wir sind aber nicht bereit, das über den Preis zu bezahlen. Z.B. im Dürrejahr haben Landwirte ganz erheblich mehr an Arbeit und Mitteleinsatz geleistet, aber nur einen Minderertrag bekommen: Die Mehrarbeit wurde nicht bezahlt. Produktwahrheit? Das stimmt nicht! „Wir müssen hier Landwirtschaft neu denken: Was produziert Landwirtschaft? - Landwirtschaft produziert Landschaft und Essen. Landwirtschaft kann auch verhindern, dass Wasser weiter verschmutzt wird, sie kann qualitativ besseres Essen produzieren, Artenvielfalt unterstützen. Wenn wir das bepreisen, kommt sofort die Diskussion: Wer kann sich das dann noch leisten?“ - Dieses Problem müssen wir gesellschaftlich angehen. „Was verursachen wir hier, wenn wir Landwirtschaft betreiben? - Sowohl positiv wie negativ: Eine Marktwirtschaft bedarf eines gerechten Preises, d.h. sie muss, damit es gerecht zugeht, alle Kosten mit hinein rechnen. Davon sind wir unglaublich weit entfernt: Und das werden wir im Augenblick nicht schaffen, es in der Landwirtschaft durchzusetzen, dass wir alle Kosten da hinein rechnen und diesen Preis dann auch bekommen.“ (Pax) Es erscheint auch nicht sinnvoll, weil die Möglichkeit, das durchzusetzen nicht gegeben ist, „außerdem kann ich nicht garantieren, dass ich bei vollem Einsatz auch den vollen Erfolg habe“ (Dürre, Überschwemmungen, Wetter etc.). Deswegen setzt der konventionelle Landwirt auch entsprechende Mittel ein, um den Erfolg besser zu garantieren. Aber auch das funktioniert nicht mehr so ohne Weiteres: In Unterfranken haben einige Landwirte auf bio umgestellt, nicht deswegen, weil sie bio besser finden, sondern weil sie mittlerweile die Kosten für den Einsatz von Dünge- und Spritzmittel nicht mehr sicher hereinbekommen. Das Argument: Wir müssen die Welt ernähren – zieht nicht mehr! Das Hauptproblem in der gesamten, hauptsächlich aber konventionellen Landwirtschaft: Die Leistung der Landwirte wird nicht im Preis abgebildet. Die Gemeinschaft könnte diese Leistung richtig abbilden und dementsprechend entlohnen, aber die Landwirtschaft ist völlig anders aufgestellt. Mit KULAP (Kultur-Landschaftsprogramm) hat man angefangen, den Landwirt auch als Dienstleister für die Kulturlandschaft zu sehen und diese Leistung entlohnt: Dafür stellt der Staat auch Geld bereit. Trotzdem: Wir sind an einem Ende der industriellen Landwirtschaft angekommen. Das hat mittlerweile sogar der Bauernverband erkennen müssen: Die Demonstrationszüge von „Land.Schaft.Verbindung“ auf der einen Seite und die von „Wir haben es satt!“ auf der anderen Seite machen das überdeutlich: So geht‘s nicht weiter! - Es wird noch nicht laut zugegeben, aber die Einsicht reift: Die Vorstellung, mit technischen Mitteln alles machen zu können, die Natur in den Griff zu bekommen und alles zum Spottpreis industriemäßig produzieren zu können, ist falsch! Technische Fortschritte alleine sind dabei nicht unbedingt das Hauptproblem – da gibt es auch gute innovative Lösungen. Aber der Gedanke der Machbarkeit über alle – auch naturgegebene – Grenzen hinweg führt in den

Abgrund! Die Struktur der deutschen Landwirtschaft mit kleinen und mittleren Familienbetrieben ist kurz vor der völligen Zerstörung – viele Bauern, die immer noch durchhalten, sind völlig am Ende, und: Durch die Intensivierung haben wir die Landschaft in enormem Maße verändert, Landschaften geschaffen, die für ganz viele Organismen – auch uns Menschen – sehr abträglich ist: Artenvielfalt nachhaltig geschädigt, Kulturlandschaften zerstört.

Wir müssen raus aus dem Gedanken, alles machen zu können, weg von der Hybris, die ganze Welt ernähren zu wollen! Wir brauchen eine möglichst autarke Landwirtschaft und wir brauchen wieder so etwas wie Ernährungssouveränität! Das gilt in mehrfacher Hinsicht: Andere Länder machen derzeit für uns ihre Ressourcen an Böden, Wäldern etc. kaputt; das darf nicht mehr sein! Wir haben unsere Böden und Landschaften zerstört und machen mit unseren Exporten wieder andere Landwirtschaften in anderen Ländern kaputt: Das muss sofort aufhören. Wir brauchen unsere Ernährungssouveränität, damit wir aus eigener Kraft uns selbst ernähren können. Die große Frage dazu: Ist es möglich, auf unseren landwirtschaftlichen Flächen genügend Lebensmittel herzustellen, um uns selbst zu ernähren? – Das wird von der konventionellen und vor allen Dingen von der Agroindustrie vehement angezweifelt: Wenn überhaupt, dann nur flächendeckend mit den industriellen Mitteln! Für biologische Landwirtschaft mit ihren Mindererträgen oder gar der Reservierung von Flächen für die Erhaltung von Artenvielfalt niemals! - Und dann wird sofort nachgeschoben: Wir führen ja jetzt schon Nahrungsmittel in großen Mengen ein! - Damit sind aber v.a. Futtermittel für die Tierzucht gemeint. Bleibt also tatsächlich nur die Alternative: „Wir oder die Natur?“ - Dietrich Pax: „Heute sind wir wesentlich mehr Menschen auf der gleichen Fläche, d.h. mit Weidewirtschaft können wir nie so viele Menschen ernähren. Aber: mit Gemüseanbau kann auf der gleichen Fläche ein Vielfaches an Nahrungsmitteln erzeugt werden.“ – Eine Antwort liegt also in der Art, wie wir uns ernähren: Wir müssen unseren Fleischkonsum erheblich reduzieren, dann haben wir wieder Flächen frei. Die weitergehende Frage – und das muss unsere Frage sein und bleiben – bindet auch die Erhaltung der Artenvielfalt mit ein: Sind wir in der Lage, aus nachhaltiger Landwirtschaft – Ökolandwirtschaft – uns selbst zu versorgen? - Pax: „Ja, das geht! Wir müssen uns allerdings abgewöhnen, die Hälfte unserer Erträge wegzuschmeißen, dann langt das auch aus der Ökoproduktion alleine!“ - Angesichts der gegenwärtigen Situation, in der tatsächlich 30 – 40% aller landwirtschaftlichen Produkte weggeschmissen werden, ist das dann auch wieder vorstellbar! Der Weg dorthin dürfte sich allerdings schwierig gestalten – der ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn er beinhaltet zumindest zwei grundlegende Verhaltensänderungen der gesamten Bevölkerung – und das mit der Umstellung der eigenen Essgewohnheiten: Weg vom hohen Fleischkonsum und – fast noch schwieriger: Weg von allen Billigprodukten! – Natürlich müssen wir hier gesellschaftliche Aufklärung im großen Maßstab betreiben: In allen Lehrplänen muss eine verbindliche Aufnahme von Artenschutz, Klimaschutz, verantwortungsvoller Ernährung etc. gewährleistet werden. Auch werden wir die dringend benötigten Qualitätslabel schnell durchsetzen müssen, in denen die genaue Herkunft, z.B. Aufzucht, Haltung, Schlachtung, Transport übersichtlich dargestellt ist. Alles das ist gut und richtig und wichtig, wird aber nicht reichen, um eine derart grundlegende Verhaltensänderung zu erreichen. Hier werden teils massive Eingriffe von Staats wegen notwendig sein und man bedenke: Es gab schon ganz andere Reiche, die wegen der Nahrungsmittelpreise (Brotpreise) ins Unglück gestürzt wurden! - Und es braucht noch mehr, um auch das Klima mit zu retten: Frische Erdbeeren mitten im Winter aus Neuseeland, China oder Malaysia darf es dann auch

nicht mehr geben! - Und viele andere Produkte, die wir uns einfach so geleistet haben – einfach, weil wir‘s können! Ziel der Ernährungssouveränität muss ja sein, dass wir nicht mehr auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, sondern von dem leben, was wir auf unseren Böden selbst hervorbringen. Faktisch müssen wir dafür auf die Dauer unsere Auslandsbeziehungen an zwei Stellen nahezu kappen: Bei den Einfuhren: zumindest keine Lebensmittel mehr importieren, die wir selbst produzieren können und bei den Ausfuhren: erst einmal für unseren eigenen Bedarf produzieren und nur den Überschuss exportieren. Dabei ist es wichtig, dass wir auch die Ernährungssouveränität anderer Staaten respektieren und im Zweifelsfall auch nur das dorthin exportieren, was dort nicht selbst produziert werden kann. Ein plattes Ein- und Ausfuhrverbot wird uns hier wohl sehr übel genommen werden. Wir werden eher mit Steuerungsinstrumenten wie im Kapitel „Wirtschaft“ bereits beschrieben vorgehen müssen: Hohe Standards für sämtliche bei uns in Verkehr gebrachte Produkte wie z.B. Gentechnikfreiheit, Schadstofffreiheit (Pestizide), hohes Maß an Tierwohl – hier besonders die Lebend-Transporte – soziale und ökologische Anforderungen. Der Anspruch dabei muss sich in der Tat an der Kostenwahrheit orientieren und die muss auch soziale und ökologische Faktoren beinhalten (Transporte zu Kosten des ökologischen Fußabdrucks). Damit müssen automatisch z.B. Futtermittel aus Regenwaldgebieten, Fleisch aus denselben Regionen aus der Liste der importierbaren Güter herausfallen, da ihr ökologischer Fußabdruck katastrophal ist. Ganz nebenbei: Mercosur muss an dieser Stelle gestoppt werden!

Auf EU-Ebene muss erreicht werden, dass die Agrarsubventionen von in der Hauptsache als Flächensubventionen ausgezahlte Gelder umgestellt werden auf Entgeltleistungen für ökologische Leistungen der Landwirtschaft. Irmi Seidl erkennt, dass ökologische Landwirtschaft mehr Arbeit braucht als konventionelle und schlägt vor, „Öffentliche Zahlungen an Landwirtschaft an Arbeitskräfte zu binden und viel mehr Leute mit Landwirtschaft in Verbindung zu bringen, so z.B. solidarische Landwirtschaft: Wie viele Menschen schaffen in diesem Betrieb?“

Auch auf nationaler Ebene muss der Transport zunehmend eine Rolle spielen: Wie auf der internationalen Ebene muss der Unsinn aufhören, Dinge durch die Gegend zu karren, d.h. über lange Strecken zu transportieren, wenn ich die gleichen Produkte auch regional bekomme. Der häufigste Grund für weiten Transport ist ironischer Weise der Preis: Waren können nicht durch Transport billiger werden; allenfalls liegt das daran, dass der Transport offensichtlich zu billig ist! - Allerdings kann man nun nicht verlangen, den Transport von landwirtschaftlichen Produkten künstlich zu verteuern; er muss insgesamt teurer werden, darin, dass der wahre Preis, also auch der ökologische, angesetzt wird, so dass Transporte insgesamt verringert werden und mehr auf regionale Wertschöpfungs- und Lieferketten zurückgegriffen wird. Unkonventionelle Lösungswege versuchen Transition-Towns – Orte und Regionen im Übergang, die nicht lange fragen oder warten, sondern für sich selber loslegen und sowohl von der landwirtschaftlichen Produktion, als auch energetisch und weitere wirtschaftliche Leistungen Autarkie anstreben; gelegentlich auch mit einer eigenen Währung, die die finanziellen Werte in ihrem Kreis halten will. Bis jetzt sind das allerdings Exoten; deshalb können wir nicht so lange warten, bis sich dieses Denken und Handeln allgemein durchgesetzt hat. Trotzdem müssen wir die regionalen Kreisläufe stärken – hier: regionale Landwirtschaft – regional produziert und regional verbraucht. Hier ist politische Kreativität gefragt, v.a. kommunalpolitische: Z.B. bei der Direktvermarktung auf dem lokalen Markt, indem man den Bauern aus der eigenen Umgebung Standgebühren erlässt, gemeinsame Vermarktungsstrategien entwickelt, Einzelhandelsketten Vorteile einräumt, wenn sie in ihren Geschäften die Produkte aus heimischem Anbau anbieten. Natürlich sind das alles Maßnahmen mit begrenzter Wirkung, die wohl eher flankierend wirken, als dass sie den entscheidenden Durchbruch

erzielen. Am Ende sind dann doch gesetzliche Maßnahmen gefordert, die schnelle Wirkung zeigen: Möglich wären: Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte, die den wahren Preis abbilden, zumindest finanziell das abdecken, was Landwirte brauchen, um hochwertige und wirklich nachhaltige Produkte – Bioprodukte – erzeugen zu können und davon auch leben zu können. Es gilt hier eine Zukunftsperspektive für die bäuerliche Landwirtschaft zu schaffen, und die kann nur entstehen, wenn Familien wieder von ihrer Hände landwirtschaftlicher Arbeit auskömmlich leben können. Der Druck, nur weiter existieren zu können, wenn sie beständig wachsen, muss von ihnen genommen werden. Dann wird sich auch wieder die Sorgfalt und Pflege von Boden, Tieren und Pflanzen und der Raum für die Erhaltung der Artenvielfalt einstellen!

Das Volksbegehren für Artenvielfalt hat die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erhaltung bzw. den Wiederaufbau der Artenvielfalt geschaffen. Diese Regelungen sind deutschlandweit umzusetzen, weil sie gut und richtig sind! Das kann aber nur sinnvoll mit den Bauern geschehen und das wiederum geht nur, wenn die Bauern wieder eine ordentliche Perspektive haben und ihre Arbeit wieder wert geschätzt wird – über den Preis und auch die gesellschaftliche Anerkennung. Das wiederum wird sich nur einstellen, wenn die Verbindung von den gekauften und konsumierten Lebensmitteln zu den Erzeugern wiederhergestellt wird, d.h. die Ernährungssouveränität wieder erlebt wird: Die Bauern sind diejenigen, die das produzieren, was wir für unser täglich Brot brauchen!

Maßnahmen:

- EU und internationale Beziehungen:
  - Freihandelsabkommen kündigen bzw. nicht zulassen! Sie unterhöhlen die jeweilige nationale Landwirtschaft und/oder Natur! Insbesondere MERCOSUR ist eine Katastrophe für die Menschheit! Auch die Deals von EU-Seite aus – insbesondere von Deutschland – (Auto-)Industrie gegen Landwirtschaft hinterlässt ein allzu billiges „Bauernopfer“ und macht unserer Landwirtschaft auf lange Sicht den Garaus!
  - Landwirtschaft muss sofort aus all den Verhandlungen herausgenommen werden, denn Landwirtschaft – unsere Ernährung – ist nicht verhandelbar und muss geschützt werden (sic! „to protect“)!
  - EU-Subventionen müssen schnellstmöglich umgestellt werden von einer Flächenförderung auf die Entlohnung für ökologische (Dienst-)Leistungen der Landwirtschaft: Biologischer Anbau, ökologische Maßnahmen wie Streuobstwiesen, Blühflächen, auch Gewässerrandstreifen, Feldraine mit Hecken sind aufzunehmen etc.
  - Fördermöglichkeiten für Forstwirtschaft für Aufforstungsmaßnahmen mit klimaresistenten Sorten überarbeiten.
- National:
  - Ernährungssouveränität wieder herstellen: Unser Land muss wieder für uns selbst sorgen können!
  - Einfuhrverbote von (gentechnisch veränderten) Futtermitteln aus ehemaligen Regenwaldzonen – großzügig im Sinne der Regenwaldzonen auslegen!
  - Einfuhrverbot von (Billig-)Rindfleisch aus ebensolchen Zonen
  - Soweit möglich: Keine Importe landwirtschaftlicher Güter, die wir selber herstellen können!

- Tierhaltung – insbesondere Tiermast – an eigene Flächen binden und begrenzen. Dabei hohe Standards an Tierwohl und Qualität der Produkte gesetzlich festlegen und gleichzeitig Mindestpreise festsetzen; das bedeutet: Flächen für Futtermittel begrenzen, darüber die Tierhaltung – Wiedereinführung von Milchkontingenten – bei gleichzeitiger Garantie von Mindestpreisen, die wiederum das sichere Auskommen der Landwirte gewährleisten. Begründung für diese restriktiven Maßnahmen: Landwirtschaft bei Ernährungssouveränität ist systemrelevant und Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge und darf nicht Profitinteressen v.a. branchenfremder Akteure geopfert werden!
- Bei Mehrzwecknutztieren – Kühe, Hühner etc. - Förderung der – großenteils alten – Rassen, die sowohl Fleisch ansetzen, als auch Milch geben bzw. Eier legen (Bei Hühnern z.B. „Les Bleues“)
- Einführung von aussagekräftigen Labels für Nahrungsmittel, die über genaue Herkunft, Haltung bzw. Art und Weise der Produktion und Verarbeitung Auskunft geben. Überlegenswert: Gesamturteil über „Ampel“ signalisieren.
- Regionale Strukturen schaffen bzw. stärken: Regionale Wertschöpfungsketten schaffen, z.B. Rabatte an Händler für die regionale Vermarktung, kurze Transportwege fördern, lange verteuern, … Überlegungen auch: Was macht in welcher Region Sinn und wie erreichen wir regionale Ernährungssouveränität?
- Keine Verschwendung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen: Verbot des Aussortierens nicht „normgerechter“, aber genussfähiger Produkte, z.B. Äpfel mit Flecken, Gurken mit nicht normgerechtem Krümmungsradius (welcher Blödsinn!), kleine, krumme Möhren … könnte z.B. als B-Ware etwas billiger angeboten werden

- Durchführung des Volksbegehrens für die Artenvielfalt mindestens deutschlandweit
  - In sämtlichen Öffentlichen Einrichtungen dürfen nur noch – soweit dort produzierbar – regionale Bioprodukte verarbeitet und angeboten werdender
  - Ernährung sichern bei Erhaltung der Artenvielfalt: Landesentwicklungspläne unter Priorisierung und strikter Einhaltung dieses Prinzips! D.h. auch: Flächen für Nahrungsmittelanbau sichern!
  - Umstellung auf biologische Landwirtschaft weiter fördern: Ziel: Zahl für das Volksbegehren: nicht 10%, sondern 30% bis 2030! **Wir brauchen im Endeffekt nicht 10, 20, 30%, sondern wir müssen 100% erreichen!**
  - Auch die Biolandwirtschaft kann nicht alles an Artenvielfalt leisten; auch der Biolandwirt muss die Kosten rechnen. Trotzdem muss auch hier in Richtung Artenvielfalt weiter vorangeschritten werden!
  - Bildung: Ökologisch-landwirtschaftlich: Nicht nur, aber speziell für junge Landwirte; Unsere Landwirte müssen in Ökologie ausgebildet werden; das muss allgemein in alle Lehrpläne!
  - Ebenfalls in allen Schularten: Bildung in Ökologie und biologischer Landwirtschaft in sämtliche Lehrpläne als festen Bestandteil aufnehmen!
  - …
- Allgemeine Überlegungen:

- Für allgemeine Bewusstseinsbildung, praktisches Arbeiten und Mitfinanzierung: Solidarische Landwirtschaft: Alle tragen dann auch das Risiko mit.
- Kontroverse Diskussionen: PV auf Äckern gut oder schlecht? - Agro-PV sollte in größerem Maß durchgeführt werden, da es eine Mehrfachnutzung – Vervielfältigung der Fläche geht so doch! - ermöglicht und nur relativ geringe Einbußen in der landwirtschaftlichen Produktion hat – maximal 30% – aber auf der anderen Seite Sonnenstrom produziert und dem Landwirt bei seiner Kostendeckung hilft. Zukunftsvision: In naher Zukunft werden wir uns eher um Abschattung der landwirtschaftlichen Nutzflächen zur Verlangsamung von Austrocknung des Bodens oder gar Verbrennen der Frucht bemühen müssen. Da könnte sich die Aufständerung auf bis zu 5 m, so dass auch ein Mähdrescher darunter durchfahren könnte, durchaus auch für einen besseren zukünftigen Ertrag lohnen.
- Biogasanlagen zum Selbstzweck müssen abgeschafft werden (höchstens Bestandsgarantien, aber keine Neuanlage oder Erneuerung), dürfen nur noch in Verbindung mit Höfen (mit Milchviehhaltung bzw. Tiermast) bzw. im Zusammenhang mit Abfallverwertung (Baumschnitt, Bioreste) errichtet werden. KWK muss dort gewährleistet sein. Möglich wäre auch reine Gasproduktion, die ins Gasnetz eingespeist wird.

- Fragen zur weiteren Überlegung:
  - Wie schaffen wir es, die globalen Ströme in sinnvolle Bahnen zu lenken? (Ökobilanz/soziale Bilanz): Hier wäre der Platz für Gemeinwohlökonomie in Agrarbetrieben!
  - Wem gehört der Boden? Wem gehören die Ressourcen? Frage nach den Commons – Gemeingütern. Zu überlegen wäre gerade in der Landwirtschaft eine Allmenderegelung!

3.4.6 Privater Sektor – Arbeit und Soziales

Der private Sektor beinhaltet alles, was die Menschen innerhalb einer Volkswirtschaft ausmacht: Sämtliche Bereiche und auch die unterschiedlichen Rollen, die diese Menschen darin ausfüllen: Arbeitnehmer/Arbeitgeber, Familien, d.h. Kinder, Schüler, Auszubildende, auch Arbeitslose, Menschen am unteren Rand unseres Sozialstaats, Rentner/Pensionäre, in Altersversorgung und Pflege. Dabei wird wohl jeder und jedem schnell klar, dass wir im Rahmen dieser Ausarbeitung unmöglich auf alle diese Bereiche und Rollen intensiv eingehen können – das sprengt jeden Rahmen! Wir müssen uns – z.T. auch beispielhaft – auf einige wenige – hoffentlich die wichtigsten – beschränken. Bei vielen Punkten müssen wir auf die Programmlage der ÖDP mit ihren Forderungen verweisen: Schließlich fangen wir ja hier – wie bereits in vielen anderen Punkten dieser Arbeit auch – nicht gerade bei Null an, sondern können auf z.T. jahrzehntelange Programmarbeit zurückgreifen. Das Rad muss also hier nicht noch einmal erfunden werden!

Volkswirtschaftlich gesehen tritt der private Sektor vor allem mit zwei Sektoren in Verbindung: Dem Unternehmenssektor: Als Empfänger von pekuniären Leistungen – Gehalt, Vermögenswerte – und als Konsument; und dem Staatssektor: Als Empfänger von Transferleistungen und der Zahlung von Abgaben. Die Verbindung mit dem Bankensektor bleibt für unsere Betrachtungen eher außen vor.

3.4.6.1 Arbeit

Wozu müssen wir arbeiten? – Natürlich, um Geld zu verdienen und uns etwas leisten zu können! Ohne Arbeit kein Geld! – Das scheint als Prinzip völlig außer Frage zu stehen. Und das empfindet man bei uns auch als gerecht! – „Guter Lohn für gute Arbeit!“ Fordert die Gewerkschaft. „Leistung muss sich wieder lohnen!“ Fordert die FDP – Und niemand hat etwas dagegen. Dabei dürften ja schon bei der Frage danach – „was ist guter/gerechter Lohn?“ – die Meinungen auseinandergehen. Was ist gerecht? Dahinter steht die Frage nach einer gerechten Wirtschaftsordnung. Oliver Richters hat – gemäß einer DIW-Studie vom November 2019 zum Gerechtigkeitsprinzip „Vier Prinzipien von (Verteilungs-)Gerechtigkeit“ ausgemacht: Gleichheit – Bedarf – Verdienst – Anrecht. Sämtliche Prinzipien sind in unserer Gesellschaft vorhanden, aber nicht alle werden auch von allen zu jeder Zeit als gerecht empfunden. „Jeder bekommt das Gleiche“, wird zunächst als die gerechteste Verteilung angesehen, schließlich sind ja auch alle Menschen gleich – zumindest vor dem Gesetz, von ihrem Wert her. Aber schon in der Bibel hat Jesus mit einem Gleichnis, bei dem alle den gleichen Lohn bekommen, die Gemüter ordentlich erhitzt, weil die einen nämlich bereits früh um 6 Uhr angefangen hatten zu arbeiten, andere erst später und schließlich die Letzten erst eine Stunde vor Feierabend. Das empfanden die Ersten als ziemlich ungerecht! – Hinter dem Gedanken des gleichen Tagelohns für alle stand und steht ein anderes Prinzip von Gerechtigkeit: Während alle das Leistungsprinzip im Kopf hatten – also Bezahlung nach Verdienst – ging Jesus nach dem Versorgungsprinzip vor: Gleicher Lohn für alle, weil alle den gleichen Bedarf hatten, um ihre Familien zu ernähren. – Ein himmlisches Prinzip? – Ziemlich irdisch, denn es ist seit Jahr und Tag in den Beamtengehältern und der beamtischen Versorgung verwirklicht: Ein Beamter wird gut versorgt, damit er sorgenfrei leben und sich von daher loyal auf seine Arbeit für den Staat konzentrieren kann. Er wird also nicht für seine Arbeit bezahlt, sondern sorgenfrei gestellt, damit er gut arbeiten kann. Offensichtlich ein begehrtes Prinzip, denn etliche neiden es den Beamten!

Das Bedarfsprinzip gehört auf den ersten Blick eher ins Kapitel „Soziales“ – dort wird es auch noch breiteren Raum einnehmen. Es hat aber längst auch im Arbeitsrecht seinen Niederschlag gefunden, z.B. bei den Mindestlöhnen, die verhindern sollen, dass Menschen unter die Bedarfsdeckungsgrenze abrutschen in die Armut, aber auch beim Thema Arbeitslosigkeit und Altersversorgung geht es um den Bedarf. Außerdem spielt er noch in den neuen Vorstellungen von Arbeit eine gewichtige Rolle: Wie viel braucht man zum Leben, damit man gut und gerne arbeitet – auch „für-ohne-Geld“?

Natürlich nimmt das Leistungsprinzip den größten Raum zum Thema „Arbeit“ ein: Die auch heute noch typische Frage an Frauen mit Familie: „Arbeiten Sie oder sind Sie Zuhause?“, verrät die allgemeine Auffassung von Arbeit: Natürlich Erwerbsarbeit! Gerne auch mal nachgeschoben: „Wer ist schon so blöd und arbeitet für umsonst!?“ - Dabei ist ein nicht unerheblicher Anteil der in Deutschland geleisteten Gesamtarbeit unentgeltlich – ein Teil davon „ehrenamtlich“, das Meiste eben einfach so: Erziehungsleistung, Pflegeleistung in der Familie. Was in einer Gesellschaft als Leistung anerkannt ist, kann extrem differieren, z.B. Pflege von alten Angehörigen, Erziehung von Kindern, landwirtschaftliche Produkte …

Die Frage nach der leistungsgerechten Entlohnung ist zunächst also die Frage: Was ist Leistung? Denn die Frage der Anerkennung von Leistung hängt davon ab, ob die Einschätzung des Leistungserbringers sich mit der des Leistungsabnehmers deckt. Menschen entscheiden darüber dezentral und auch als Gesamtgesellschaft über die Anerkennung von Leistung. Das Maß für die Anerkennung: Geld: - Und dieses Maß ist nicht nur ein „Ein-heitsmaß“, sondern es wird gegenwärtig auch sehr einlinig betrachtet: Geld für Erwerbsarbeit – leistungsgerecht – nach Möglichkeit! - Es ist sehr ein-heitlich, d.h. es könnte genauso gut auch vielfältiger sein: z.B. Rechte (nicht zu verwechseln mit „Anrecht!) oder Naturalien, für die jemand arbeitet bzw. eine Leistung erbringt. – Natürlich ist alles mit Geld am leichtesten zu bewerten, da es damit auch am leichtesten vergleichbar ist, aber zwei (Arbeits-)Vertragspartner können

sich ja auch über eine andere Gegenleistung einigen – und die muss nicht einmal in Geld umgerechnet werden, wenn beide der Meinung sind, dass das „recht und billig“ ist. Dazu braucht man nicht unbedingt eine ganze Gesellschaft, die das auch so sieht; wenn beide zufrieden sind, ist es gut! - und es ist die Frage, ob es immer nur die Erwerbsarbeit sein muss. Es könnten ja auch ganz andere Dinge wichtig sein, die man entsprechend „be-lohnt“, z.B. ohne einen Arbeitsvertrag zu haben oder konkrete Leistungen vereinbart zu haben. Dinge, die man einfach tut, aus eigenem Antrieb – ehrenamtliche Arbeit, Nachbarschaftshilfe, Pflegearbeit, Arbeiten im Umweltschutz usw. – das könnte auch alles mit einem gewissen „Ent-gelt“ „ver-golten“ werden – als Anerkennung, oder weil derjenige, der das tut, schließlich auch von etwas leben muss. Erwerbsarbeit als Definition von Arbeit ist also sehr einlinig gedacht. Dabei passiert ganz viel Arbeit ohne Bezahlung! Irmi Seidl: „Ehrenamtliche Tätigkeit ist Arbeit! - erzieherische und pflegerische Tätigkeit ist Arbeit! - Subsistenzwirtschaft (z.B. Selbstversorgung aus dem eigenen Garten) ist Arbeit! - Und das ist oft weit gewinnbringender für uns selbst, unsere Familien und für diese Gesellschaft!“ Nächstenliebe und -hilfe wären wieder Begriffe von hohem Wert und nicht Anzeichen von Dummheit! – Geld verdienen ist also nicht alles! Seidls Forderung: Wir bräuchten neue Faktoren der Wohlstandsmessung, nicht nur BIP, sondern ganz andere, die die gesamte Lebensqualität besser abbilden; wir bräuchten die Förderung des Ehrenamts! Wir müssen den Monetären Generationenvertrag ergänzen durch einen sozialen und einen materiellen Generationenvertrag, der die gegenseitige Fürsorge – Erziehung und Pflege – und auch im Endeffekt die Übergabe dieser Welt an die nächste Generation beinhaltet und den Zustand unseres Planeten mitberücksichtigt – und zwar im Kleinen wie im Großen. Und wir brauchen ein Maß für befriedigende Tätigkeiten: Auch für Nicht-Geld arbeiten kann und soll sich lohnen, weil es Anerkennung und Freude bringt. Die Frage an ein neues Konzept muss auch so gestellt werden: Was muss ich ändern, um den Begriff zu ändern? – Tätig sein besteht aus allen möglichen Formen von Arbeit, die dem Menschen als sinnvoll erscheint.

Auf alle Fälle braucht man dafür Zeit neben der Erwerbsarbeit! Und das führt uns zu einer Überlegung, die Christian Kreiß mit seinem Workshop eingebracht hat: Keynes hatte bereits in den 30er-Jahren gesagt: Maschinen werden immer effizienter und deswegen werden wir immer weniger arbeiten müssen. Zunehmende Produktivitätsfortschritte sollten wir ummünzen in „mehr Sein“ statt in „mehr haben“. Seine Frage: „Warum arbeiten wir heute immer noch 40 Stunden pro Woche, obwohl die Maschinen heute so produktiv sind, dass wir alles auf ein Fünftel reduzieren könnten? Woher kommt das? – Wir haben uns darauf verständigt: ‚Mehr haben statt Sein!‘“ – Keynes hat Recht gehabt mit der Effizienz, aber komischerweise nicht mit der Arbeit (Kreiß). - Die Gewerkschaften hatten einmal die 35-Stunden-Woche fest im Blick – bei der nächsten Wirtschaftsflaute wurde das kassiert. Eigentlich sind doch alle – oder wenigstens der überwiegende Teil aller Arbeitnehmer daran interessiert, weniger arbeiten zu müssen; und sie arbeiten heute eher mehr! – Es ist grotesk! Wir nutzen nicht die grandiosen Möglichkeiten, um unsere Arbeit zu reduzieren, nur weil wir immer mehr haben wollen.
Wie viel Potenzial hätten wir eigentlich? Die Stundenproduktivität in Deutschland zwischen 1980 und 2005 ist um 66% gestiegen! Das könnten wir fast komplett nutzen zur Arbeitseinsparung ohne Einkommensverlust! Stattdessen machen wir einfach so weiter. Wo ist das Geld hin? – Ein böser Hinweis: Der Zinseszins ist exponentiell – die Vermögensverteilung ebenfalls! Aber eben nur dorthin, wo auch der Zinseszins hinfließt! - Es ist unglaublich, „wir haben sensationelle Möglichkeiten, aber wir verwenden sie nur zur Profitmaximierung und lutschen damit die Verbraucher aus!“ (Kreiß) Und wer diesen maximierten Profit bekommt, dürfte auch klar sein! Jedenfalls sind es nicht die Arbeitnehmer! - Es ist wieder ein Akt der Umverteilung von unten nach oben. Seidl/Sommer: Wir sind in einer absurden Situation: Die Forderung nach mehr Produktivität bringt technischen und Wachstumsfortschritt und gleichzeitig ersetzt es Arbeit; dann brauchen wir wieder Wirtschaftswachstum, um neue Arbeit zu generieren. Zum Beispiel die Digitalisierung: Der Produktivitätsfortschritt nimmt zunehmend ab; das aber motiviert die Politik, noch mehr anzuschieben. Dass die Großindustrie – v.a. ihre Geldgeber – trotz der offensichtlichen Unsinnigkeit weiter machen, ist verständlich, wo sie doch die Profiteure sind.

Warum aber spielt der Staat da so gerne mit? - Die Antwort macht das schnell klar: Unser Sozialsystem in Deutschland wird finanziert zu 2/3 aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Beiträgen und zu 1/3 aus Steuermitteln und belastet so relativ stark das Einkommen: 65% des Staatshaushalts ist also abhängig vom Erwerbseinkommen (Irmi Seidl). Mit anderen Worten: ohne Wachstum gerät unser Sozialsystem in Gefahr! Eine Lösung vom Wachstumszwang an dieser Stelle kann also nur dann gefunden werden, wenn die Staatseinnahmen weniger auf Erwerbsarbeit beruhen.

Und warum machen wir bereitwillig mit und wehren uns sogar innerlich gegen den Gedanken, in Zukunft weniger in Erwerbsarbeit zu arbeiten? Auch das wurde im Workshop von Irmi Seidl und Jörg Sommer geklärt: „Erwerbsarbeit hat verschiedene Funktionen und ist für Menschen wichtig; kann also nicht einfach ersetzt werden.“ Nach Senghaas wird mit dem individuellen Einkommen die eigene Autonomie sichergestellt, ferner soziale Anerkennung, es stärkt die psychische Gesundheit; ermöglicht bürgerschaftliche Integration und Zugang zum Sozialsicherungssystem und verschafft eine horizontale Zeitstruktur. Hier kam allerdings der Einwand, inwieweit durch Erwerbsarbeit überhaupt noch die psychische Gesundheit gefördert wird? Bei der Produktivitätssteigerung wird eher der psychische Druck so gesteigert, dass die psychische Gesundheit auf der Strecke bleibt. - So nachvollziehbar die Gründe für die Hochschätzung der Erwerbsarbeit auch sein mögen, es gibt für jedes dieser Argumente Alternativen: Die Sicherstellung der Autonomie könnte auch durch eine andere Form der Bezahlung – z.B. nach dem Versorgungsprinzip – erfolgen; die soziale Anerkennung sollte doch durch ehrenamtliche Arbeit eigentlich viel größer sein, als wenn einer das bezahlt bekommt, was er geleistet hat und bürgerliche Integration wäre mit sozialen Diensten und ebensolcher ehrenamtlichen Tätigkeit mindestens so gut möglich – es sei denn, man stellt hier auf Statussymbole ab, die man sich „mühsam“ erarbeitet hat und nun auch vorzeigen will. Auch das Sozialsicherungssystem könnte auf andere Basis gestellt werden. Und schließlich ist wohl ein Weniger an Erwerbstätigkeit mit weniger Stress der psychischen Gesundheit sicher nicht abträglich. Dagegen ist es unlogisch, obwohl wir eigentlich alle lieber etwas weniger arbeiten wollten, doch mehr zu arbeiten; und wenn wir gegen eine Umverteilung von unten nach oben sind, genau dieses mit der Fortsetzung unserer vielen Arbeit auch noch zu unterstützen. - Was also hält uns da fest? - Ist es die Angst, dass Erwerbstätige dann mit weniger Geld auskommen müssten und stattdessen mehr Subsistenzwirtschaft zur individuellen Existenzsicherung treiben müssten? - Natürlich, als Mieter in einem städtischen Wohnblock ist das ein Problem; und meistens haben gerade diese Menschen sowieso schon kaum genug, um sich über Wasser halten zu können: „Weniger ist Mehr“ wird da schnell zur beißenden Ironie; eher würde dort der Spruch lauten: „Weniger ist Nichts!“ - Da werden wir schon mit unseren Sprüchen und Forderungen nach hohen Standards, besseren Produkten – natürlich dann zu den angemessenen höheren Preisen – v.a. Nahrungsmitteln – ganz schön auflaufen. Wenn wir nun auch noch damit ankommen, dass wir mit weniger Arbeit auch weniger Lohn verbinden, werden wir wohl auf Granit beißen. Deren Argument: „Wir müssen jetzt schon zu zweit arbeiten – das war früher mal anders – manche machen auch gleich mehr als nur einen Job – wenn wir dann auch noch weniger bekommen – wovon sollen wir dann noch leben!?“ - und dass weniger Arbeit mehr Freizeit ist, lässt in einem Arbeitslosen nicht gerade die Freudentränen fließen. - Wenn wir also hier etwas ausrichten und ändern wollen, dann müssen wir schon versprechen, dass hinterher nicht weniger Geld „in der Lohntüte“ ist! - Die Frage ist: Wäre das machbar? - Wenn ja, wie?

Ein Gedanke, der auf dem Symposium mehrfach geäußert wurde, wäre die Möglichkeit zur Subsistenzwirtschaft auch für die städtischen Wohnblock-Bewohner: Solidarische Landwirtschaft – SoLaWi: Bürger tun sich mit Landwirten zusammen, indem sie als Arbeiter in der Landwirtschaft mitarbeiten – möglicherweise eine kleine Unterstützungsgenossenschaft dazu gründen und dann gemeinsam an der Ernte des landwirtschaftlichen Betriebs teilhaben. Das sichert den Landwirt besser ab, erhöht die Wertschätzung bäuerlicher Arbeit und der Lebensmittel – natürlich auch, Qualität zu

schätzen – und versorgt gerade die Armen mit guten Lebensmitteln, wo sie dann auch wirklich wissen, wo die herkommen: Die Verbindung zur Landwirtschaft ist wieder hergestellt.

Aber es gibt noch mehr Lösungen: Christian Kreiß fordert: Wir müssten nur alle unnötige Arbeit abschaffen! „Unnötige Arbeit“ – „der Begriff existiert in der Wirtschaft überhaupt nicht; das ist ein Skandal!“ - Geplante Obsoleszenz, unsinnige „Bedürfnisse“ – geweckt von unsinniger Werbung – und Bullshit-Jobs abschaffen, und wir haben viel mehr Freizeit, die wir mit weit sinnvollerer Tätigkeit bei einem veränderten Arbeitsbegriff füllen können. Und damit wäre auch ein großer Teil des Wachstums abgeschafft, ohne dass wir dabei an Lebensqualität einbüßen würden. Wir müssten uns nur überlegen: Was brauchen wir wirklich? - Und das dann tun!

Das Wirtschaftswachstum besteht in puncto Arbeit aus zwei Aspekten: Dem Wachstum von Arbeitsproduktivität und dem Wachstum von Arbeit: Die Produktivität errechnet sich daraus, wie viele Menschen wie viele Stunden arbeiten und wie viel BiP sie damit produzieren. Der Fokus liegt zu stark auf der Arbeitsproduktivität, die ständig steigen muss, da Arbeit ziemlich teuer ist; damit besteht aber auch ein Anreiz, Arbeit ganz zu ersetzen, d.h. die Arbeiter „freizusetzen“. Und das geht in die falsche Richtung! Wir müssten Ökosteuern einführen bzw. kräftig erhöhen – das müsste dann gleich ein viel größerer Umbau sein – dagegen die Abgaben auf Arbeit reduzieren, dann würde Arbeit dadurch erheblich billiger werden (bis zu 40%!), mehr Menschen in anständigen Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt werden und die Arbeitnehmer könnten – netto – besser entlohnt werden. – In der Vergangenheit aber wurde Arbeit immer stärker belastet, Kapital steuerlich immer weiter reduziert und Rohstoffe ungefähr gleich auf niedrigem Niveau belastet. Das Verhältnis muss dringend umgekehrt werden! (Kreiß)

Ein ganz anderer Aspekt ist die Frage nach sozialer Arbeit: Sie gehört auf jeden Fall zu den lohnenden und wichtigen Arbeitsfeldern in unserer Gesellschaft. Nur seltsam: Im Gegensatz zur Industriearbeit scheint diese Arbeit immer schlechter entlohnt zu werden. Es scheint ein regelrechtes Gesetz zu sein! – Der US-amerikanische Ökonom Baumol hat dazu eine Theorie entwickelt: Die Baumol‘sche Kostenkrankheit: Die Industriearbeit kann man mit technischem Fortschritt effizienter machen; der Produktivitäts-Gewinn wird z.T. auf die Löhne der Arbeiter aufgeschlagen (vgl. „Goldene Lohnregel“). In den Sozialberufen gibt es wegen schlechter Messbarkeit und Rationalisierbarkeit wenig bis keine Effektivitätssteigerungen (vgl. wieder: „Goldene Lohnregel“ – eine beißende Ironie!). Ein weiterer Umstand kommt bei uns in Deutschland hinzu: Dadurch, dass der Großteil der Sozialberufe in staatlichen, kommunalen oder caritativen Einrichtungen angesiedelt ist und zur allgemeinen Daseinsvorsorge zählen, kommt das Geld nicht aus der direkten Bezahlung der „Kunden“ für die erbrachte Leistung, sondern aus Abgaben – Sozialabgaben und Steuern – die die Betriebe an den Staat abführen. Durch den Abbau des Sozialsystems in den letzten Jahrzehnten konnten in diesem Bereich Löhne und Gehälter nicht annähernd in dem Maße mitwachsen, wie in der Industrie. Als dann von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen etc. verlangt wurde, dass sie kostendeckend bzw. profitorientiert arbeiten sollten, rollte eine Rationalisierungswelle und in der Folge eine Privatisierungswelle über all diese Einrichtungen hinweg, die – s.o. – wegen mangelnder Rationalisierbarkeit auf das Personal hinauslief. Der Effekt ist, dass diese Berufe von der Lohnentwicklung abgehängt wurden. Dasselbe gilt übrigens auch für die Landwirtschaft, wo es mit jeder neuen Rationalisierungswelle – etwas anderes ist der Zwang zum Wachsen ja nicht – immer enger für den Bauern und seine Familie wurde. Arbeitsaufwand und Lohn stehen in keinem Verhältnis mehr! An genau dieser Stelle wird aber auch der Fehler im System besonders deutlich: Profitmaximierung führt keineswegs zu mehr Wohlstand der Gesellschaft, sondern zu deren Ausbeutung! Weder haben wir in den vergangenen Jahrzehnten an der gesteigerten Produktivität der Technik Anteil bekommen und müssen heute weniger arbeiten, noch hat das ständige Wachstum den Arbeitnehmern mehr Lohn gebracht; es wurde vielmehr über den Zwang immer noch mehr zu rationalisieren am Arbeitnehmer gespart. Profitiert haben nur die Geldgeber:

Spekulanten, Investoren, Share Holder! - Wenn Albert Einstein Recht hat, dass das System, das die Probleme geschaffen hat, niemals zur Lösung dieser Probleme beitragen kann, dann ist es höchste Zeit für ein neues System, das den „Problememacher“ Wachstumszwang eliminiert und darauf achtet, dass die durch den Begriff „Produktionsfaktoren“ entwerteten Ressourcen – Rohstoffe, Natur, Boden – und der Mensch wieder die Wertschätzung zukommt, die sie alle verdient haben: Für dieses Kapitel: Anständige Bezahlung für anständige Arbeit, d.h. einen angemessenen Anteil an den erwirtschafteten Werten – und nicht mehr nur ein Almosen!

3.4.6.1.1 Exkurs: Die Wirtschaft/Der Staat/Das Geld und die Armen

Von der MMT wissen wir, dass kein Staat mit einer eigenen Notenbank und einer eigenen Währung jemals pleite gehen kann – jedenfalls, solange er sich nicht im Ausland überschuldet. Also könnte er doch unbegrenzt die Notenpresse anwerfen und Geld ohne Ende drucken und unters Volk bringen, z.B. in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens! Leider hat die Sache einen Haken – und zwar einen großen: Es ist zwar richtig, dass der Staat wirtschaftliches Wachstum und Arbeit ankurbeln kann, indem er entsprechende Aufträge vergibt, d.h. Realwerte schafft, und das dazu notwendige „Kleingeld“ einfach druckt und damit die ausführenden Firmen bezahlt. Das schafft Arbeitsplätze, das schafft auch wirtschaftliches Wachstum, denn mit der dadurch gestiegenen Kaufkraft können sich die Arbeitnehmer – dann also die Konsumenten – ordentlich was leisten und kaufen wieder andere Produkte ein! – soweit so gut! Laufende Ausgaben – hier v.a. Gehälter – und da v.a. Beamtengehälter etc. – sollten aber tunlichst nicht auf diese Weise bezahlt werden! Denn im Unterschied zur Auftragsvergabe und dem damit verbundenen Geldwachstum – dem steht auch ein Realwertwachstum durch die Schaffung der beauftragten Sache gegenüber – entsteht durch die Ausbezahlung der Gehälter kein Realwert – zumindest zunächst nicht. Zwar können sich dann alle mehr leisten, usw. (s.o.); das Problem daran: Die Dinge sind erst mal noch gar nicht da, lediglich die Nachfrage steigt und damit der Preis! Wir haben das gerade eben eindrücklichst mit Atemschutzmasken erlebt: Durch den leergefegten Markt sind die Preise dafür um bis zu einem 3000-fachen gestiegen – Gott sei Dank lediglich für ein einziges Produkt! Auf einen ganzen Gesamtmarkt übertragen wäre das absolut fatal: Eine Hyperinflation mit der sehr schnellen Folge einer Währungsreform – wenn der Staat dann noch funktioniert – wäre unausweichlich. Anders ausgedrückt: Jedem staatlichen Gehalt oder „wie-auch-immer-Grundeinkommen“ o.Ä., dem kein damit geschaffener Realwert gegenübersteht, steht gesamtwirtschaftlich gesehen die Gefahr einer Inflation, also eines Geldwertverlustes gegenüber, die den scheinbar gewonnenen Effekt schnell wieder zunichte macht. Zwar gilt diese Aussage nur, wenn bereits Vollbeschäftigung herrscht und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen durch hohe Massenkaufkraft überproportional ansteigt. Und in Deutschland haben wir weder Vollbeschäftigung noch ist die Inlandsnachfrage auch nur annähernd so hoch, um die in unserem Land geschaffenen Güter und Dienstleistungen knapp werden zu lassen. Im Gegenteil: derzeit besteht wegen der weltweiten Corona-Krise eher die Gefahr, dass unser BIP gewaltig einbrechen könnte, wenn wir die durch uns geschaffenen Güter nicht mehr ins Ausland verkaufen könnten (Export-Weltmeister!). Deutschland lebt aktuell weit unter seinen Verhältnissen (Günter Grzega). Allerdings haben wir ja wie bereits erwähnt gar keine eigene Währungssouveränität, d.h. wir können gar nicht selber Geld drucken! Wir müssen es quasi drucken lassen durch die EZB. Die hat zwar verkündet, dass sie wieder wie in der letzten Krise Staatsanleihen unbeschränkt aufkauft, was dem nationalen Gelddruckeffekt gleich kommt. Allerdings hat das BVG gerade erst diese Praxis als illegalen Eingriff in die Politik verboten. Also kann sich die Bundesbank und mit ihr die Politik entweder darüber hinwegsetzen – schließlich sieht das der Europäische Gerichtshof anders – oder es wird nichts mit dem Geld drucken! Wir müssen von der Substanz bzw. von den Steuereinnahmen leben bzw. dann eben selber Schulden machen. Auch die Haushaltsverwaltungslogik der Gegenrechnung, dass man doch

dadurch in Zukunft kein Hartz IV, keine anderen Sozialleistungen mehr benötigen würde, führt hier nicht weiter, und die Rechnung geht nicht auf: Erstens werden sehr wohl auch weiterhin besondere Bedürfnisse – etwa bei Behinderungen – entsprechenden Sonderbedarf auslösen, zweitens wird dadurch das Grundproblem nicht gelöst, sondern: wenn das eine durch das andere ausgeglichen wird, dann macht das am Ende in der Hand des Verbrauchers auch nichts aus – es wird nur anders tituliert, was nahe am Etikettenschwindel vorbeischrammt – wenn es daran vorbeischrammt! - außerdem geht man dann her und nimmt eine wohldosierte Maßnahme weg, um sie in die Gießkanne zu schütten und einfach mal über alle auszugießen – ob das dann wirklich gerecht ist!? – Wenn wir hier wirklich etwas ausrichten wollen, dann müssen wir in der Tat erheblich mehr Geld in die Hand nehmen, u.d.h.: Wir müssen uns dessen bewusst werden, dass wir hier Geldströme umlenken und das sollten wir keinesfalls über eine interne „Geldumlenkung“ innerhalb des Staatssektors tun, nach dem Motto: „Wir nehmen hier was weg und stücken es dort an!“, sondern dann müssen wir ehrlicherweise Ross und Reiter benennen und das muss dann im Zweifelsfall heißen: „Wir nehmen es den Reichen weg und geben es den Armen!“ - Alles andere ist entweder Augenwischerei – wie im Falle der internen Umschichtung – oder Gelddruckerei – mit der – wenn auch aktuell geringen – Gefahr, eine Inflation auszulösen, die die gerade erst ausgegebenen Geldwerte mangels Realwert gleich wieder zunichtemacht – oder aber Falschmünzerei – nämlich ein Versprechen, das man nicht wirklich einlösen kann und wo man nur darauf hoffen kann, möglichst nie in die Regierungsverantwortung zu kommen, um das dann einlösen zu müssen! - Und hier müssen wir systemisch weiterdenken – und auch ein bisschen moralisch: Wir kritisieren auf der einen Seite den Casinokapitalismus, der aus Nichts nahezu unbegrenzt Geld schafft – an der Börse, v.a. aber außerbörslich – und dann versucht, damit in die Realwirtschaft zu gehen und damit Realwerte zu kaufen – natürlich mit der Folge, dass eine Spekulationsblase entsteht mit der Gefahr der Wirtschaftskrise – und dann gehen wir her und kopieren das Ganze, indem wir die Notenpresse anwerfen, um den Armen – die das verständlicherweise notwendiger brauchen, als die Handvoll Superreichen – dann Geld in die Hand zu drücken, das genauso keinen realen Gegenwert besitzt und deshalb Gefahr läuft, einer Inflation zum Opfer zu fallen. Beide Weisen der Geldvermehrung haben das gleiche Prinzip und damit prinzipiell das Potential, auf die Dauer eine Krise auszulösen – und wir müssen hier auf die Langzeitwirkung rechnen, denn es sollen ja Dauerlösungen sein. Wenn wir also eine Dauerlösung suchen, müssen wir – ob uns das nun gefällt oder nicht – auf die Balance der realen Wirtschaft achten, mithin also auf die tatsächliche Wirtschaftskraft! Und wenn wir nun wachstumskritisch daherkommen und einerseits den Banken – v.a. den Investmentbanken – und den Spekulanten verbieten wollen, unbegrenzt Geld zu schaffen, das dann unbegrenztes Wachstum fordert und auch provoziert und überhaupt Wachstum aus Klima-, Umwelt-, Ressourcen-Schutzgründen begrenzen oder gar abschaffen wollen, dann dürfen wir auf der anderen Seite nicht einfach unbegrenzt – d.h. auf die lange Frist – die Gelddruckmaschine anschmeißen und Geld ausgeben, das nicht durch Realwerte gedeckt ist und damit eben doch wieder Realwirtschaftswachstum provoziert! Wir brauchen andere Lösungen als diese!

In einer begrenzten Welt mit einem begrenzten Wachstum und damit begrenzten Möglichkeiten tut uns die Beherzigung des betriebswirtschaftlichen Grundsatzes gut: „Alle Güter sind knapp!“ - und ein Satz Otmar Issings – damals, 1976 in einer Vorlesung an der Uni Würzburg gesagt – seines Zeichens Professor der Volkswirtschaftslehre ehemaliger Bundesbankchef und überzeugter Keynesianer, weist uns den Weg: „Inwieweit unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft überleben kann, hängt davon ab, wie intelligent wir die dann verbliebene Arbeit und das damit geschaffene Kapital – also die realen Werte – auf die Gesamtheit der Bevölkerung verteilen können.“ – Ob uns das gefällt oder nicht: Es geht um die gerechte Umverteilung dessen, was tatsächlich an Werten in dieser Welt vorhanden ist; und angesichts der aktuellen Situation kann das nur zweierlei heißen: „Wir nehmen es den Reichen

weg und geben es den Armen!“ Und: „Die reichere Hälfte dieser Welt (Industrienationen) muss entsprechend der ärmeren Hälfte (Entwicklungsländer) etwas – nämlich Einiges! - abgeben!“ – Anders werden wir diese Krise nicht bewältigen – nicht zu unseren Werten! - und das gilt klimatisch von unserem ökologischen Fußabdruck her, das gilt genauso von unserem Wohlstand her – was immer wir darunter verstehen mögen und daran schätzen! - Und wenn wir das tun, dann müssen wir sehr darauf achten, dass innerhalb unserer (deutschen/europäischen) Gesellschaft nicht wieder das Gleiche geschieht, wie bisher immer: Dass nämlich bei unseren Rettungsversuchen unsere Armen wieder und wieder auf der Strecke bleiben und obendrein vielleicht auch noch die Zeche zahlen müssen – wie z.B. beim derzeitigen EEG!

Wie also können wir hier Abhilfe schaffen – den Armen – der finanziell unteren Bevölkerungsschicht – so viel an Geld – Kaufkraft – zukommen lassen, dass es auch für sie reicht, nicht nur zu überleben, sondern auch aktiv an den notwendigen Veränderungen – Energiewende, Ressourceneinsparung, ökologischeren und damit hochwertigen Nahrungsmitteln etc. – teil zu haben? – Teilhabe bedeutet dabei nicht nur, am „Geldsegen“ teilzuhaben, sondern ganz bewusst auch die Eigenverantwortlichkeit zu stärken, selbstbestimmt zu entscheiden, wofür man wie viel Geld ausgibt. Damit diese Teilhabe an den Entscheidungen und den notwendigen Veränderungen in der Gesellschaft auch gelingt, braucht es eine gewissen Bewusstseinsbildung, d.h. Bildung und Aufklärung in gesellschaftlichen – v.a. auch ökologischen – Dingen und natürlich auch die entsprechenden Rahmenbedingungen – ökologisch ausgerichtete Steuergesetzgebung, ein entsprechendes Angebot an Bio-Lebensmitteln, ÖPNV, EE etc. – kurz: Ein innerer – ethischer – und äußerer Umbau unserer Gesellschaft muss damit Hand in Hand gehen, damit entsprechende positive Effekte auch tatsächlich damit befördert werden.
Ein gesamtwirtschaftlicher bzw.-gesellschaftlicher positiver Effekt aus dieser Teilhabe darf aber schon einmal von vorneherein festgestellt werden: Mehr Geld in der Hand dieser Bevölkerungsschicht landet garantiert nicht auf dem Sparkonto, sondern wird für Konsum ausgegeben und bleibt damit im Realwirtschaftskreislauf. Dabei muss man aber auch für diese Gruppe an eine gewisse Komponente zur Vermögensbildung für die Wechselfälle des Lebens und natürlich für die Altersversorgung denken und entsprechend mit einplanen.

3.4.6.1.2 Exkurs: Bedingungen für ein Bedingungsvolles Grundeinkommen

Derzeit am stärksten in der Diskussion um ein solches nachhaltiges System zur wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe ist ein wie immer ausgestaltetes Grundeinkommen – von den einen mit Vehemenz gefordert und als nahezu alternativlos dargestellt, von der Gegenseite im Extremfall auch mal als Lizenz zum auf der faulen Haut liegen, verdammt. Und natürlich geht der meiste Streit um die Finanzierbarkeit eines solchen Grundeinkommens. Das von den Gegnern oft und gerne ins Feld geführte Argument: „Es geht nicht, dass wir alle durchfüttern!“, ist gegenstandslos, weil wir das ja bereits seit Jahr und Tag tun: Alle, die sich – aus welchem Grund auch immer – nicht selbst versorgen können, werden versorgt. Vielmehr muss man so fragen: Wie viele sind bedürftig, d.h. bekommen Grundsicherung etc.? – Hier ist die Finanzierung klar, es muss lediglich umgeschichtet werden. Es bleibt also nur der Rest an Menschen und Geldern, die beim jeweiligen Grundeinkommensmodell mit dazuzählen; das muss vom Staat aufgezahlt werden, um den finanziellen Rahmen abzusichern.
Der oben bereits beschriebene positive Effekt der Steigerung der Inlandskaufkraft, da v.a. dort, wo wenig gespart werden kann, nahezu alles wieder in den Konsumkreislauf hineinfließt, gilt natürlich auch für ein Grundeinkommen. Allerdings gibt es da ein paar Rahmenbedingungen: Deutschland ist Exportweltmeister – zur Freude der deutschen Industrie – zum Ärger der ausländischen

Volkswirtschaften, denn sie stehen uns gegenüber mit Schulden da. Wir kassieren dafür ihren Reichtum ein. Deren Forderung lautet, wir sollten endlich unsere Inlandsnachfrage stärken! Tatsächlich ist unsere Inlandskaufkraft für 50% der Bevölkerung zu niedrig, d.h. sie liegt unter dem Wert des Jahres 2000. Die „Goldene Lohnregel“ besagt: Wenn Produktivität steigt, müssen die Löhne im gleichen Maß steigen plus einer angemessenen Zielinflationsrate, die notwendig ist, um Deflation zu vermeiden. Mit anderen Worten: unsere Löhne und Gehälter sind zu niedrig! Man kann das aber auch allgemeiner formulieren: Die unteren 50% bekommen zu wenig Geld, um entsprechend der Wirtschaftsleistung Deutschlands zu konsumieren. Natürlich meinen unsere Nachbarn nicht, dass wir nur inländische Waren kaufen sollen, sondern sie haben ihren eigenen Export nach Deutschland im Auge, um unseren enormen Außenhandelsüberschuss abzubauen. Das schmälert natürlich dann auch die Nachfrage nach inländischen Produkten. Aber egal, das Argument ist sicher richtig. Nur liegt unser Außenhandelsüberschuss u.U. gar nicht an der schwachen Inlandskaufkraft allein – wenn ich unseren Konsum in den letzten Jahren sehe, erscheint er mir trotzdem bedenklich hoch (unnütze Dinge, Wegwerfgesellschaft) – sondern sicher auch an der enormen Wirtschaftskraft, die viel zu viel produziert, so dass das im Inland – und zwar egal mit welcher Kaufkraft – gar nicht verbraucht werden kann. Unser Markt ist übersättigt und deswegen müssen wir dringend exportieren, damit die Waren überhaupt Abnehmer finden. Und das sollten wir bei einer Stärkung der Inlandsnachfrage – egal mit welchen Mitteln – unbedingt beherzigen! Und da beginnen die Schwierigkeiten, weil wir eigentlich zuerst einen Stopp dieser Überproduktion einfordern müssten, gleichzeitig aber durch bessere finanzielle Ausstattung der unteren Einkommensschichten die Nachfrage ankurbeln. Beides gleichzeitig kann also nur über einen gewissen Kompensationsprozess stattfinden und da dürfte schnell klar sein, dass die Exportwirtschaft nicht mitspielt, wo’s doch gerade so gut läuft in der Welt – und das trotz Corona!

Und noch eines muss klar sein: Egal, woraus man ein „wie auch immer-Grundeinkommen“ finanzieren will, d.h. welche Steuern worauf man erheben möchte, es gilt immer, die Wirtschaftskraft nicht zu überfordern! Man kann lenken, d.h. durch die Verlagerung der Steuererhebung von den Personalsteuern auf Produktions-, Maschinen-, Öko-, Ressourcen- etc. –Steuern kann man die Wirtschaft in ihrem Verhalten steuern, sie dazu bewegen, schneller eine Energiewende zu vollziehen, besser Ressourcen einzusparen, mehr Arbeitskräfte einzustellen statt immer stärkerer Automatisierung, bessere Qualitäten, bei besserer Einhaltung höherer Öko-Standards zu produzieren usw. Den Gesamt-Anteil an abzuführenden Steuern und Abgaben jedoch kann man nicht beliebig erhöhen, ohne der Gesamtwirtschaft zu schaden oder sie gar zu vernichten! An genau der Stelle, woraus ein Human-**ökologisches** Grundeinkommen (HöGe) zumindest einen Teil seines Namens her bezieht, sind die daraus erhebbaren Mittel begrenzt!
Eine ganz andere Nummer ist der Entzug von Kapital aus dem Realwirtschaftskreislauf durch große Unternehmen und Konzerne: Das geschieht zum Einen durch die Verlegung des Firmensitzes in eine Steueroase: Dort wird dann bilanziert und die meistens deutlich geringeren – bis gar keine – Steuern abgeführt – oder auch nicht! Dem Land der Produktion geht dieses Geld verloren. Dem kann auf relativ einfache Weise begegnet werden, indem man zukünftig die Bilanzierung und damit Abführung der Steuern im Land der Entstehung der Leistung vorschreibt. So verbleibt das Geld im Land, kann durch Steuern abgeführt und schließlich als Transferleistungen oder Investitionen wieder in den Realwirtschaftskreislauf eingespeist werden. Zum anderen geschieht das durch Gewinnausschüttung, wenn das ausgeschüttete Kapital nicht wieder zum Kauf von Waren und Dienstleistungen verwendet wird, sondern – wie im Regelfall bei Shareholdern im Finanzmarkt v.a. zu Spekulationszwecken verschwindet. Hier muss in Zukunft eine entsprechende (Gewinnausschüttungs-)Steuer her; ebenso eine Vermögenssteuer, Spekulationssteuer etc. – egal, wie man diese Steuerformen dann nennen möchte – sie sollten wenigstens einen Teil des ausgeschütteten Kapitals wieder zurückbringen! Zum Dritten ist es das Geld, das in Rücklagen eingestellt wird und dadurch ebenso dem Realwirtschaftskreislauf entzogen wird. Das ist letzten Endes stillgelegtes Geld. Sicher muss man dabei natürlich beachten, dass

Unternehmen sich refinanzieren und weiter investieren müssen, um überleben zu können. Das dafür notwendige Geld – in die Rücklagen eingestellt – darf ihnen also nicht entzogen werden, sonst richtet man die Unternehmen zu Grunde! Allerdings, in den 70ern und 80ern des letzten Jahrhunderts war es schlichtweg nicht denkbar, dass der Unternehmenssektor zu den Nettosparern gehört. In den 1970ern lag die Eigenkapitalstruktur – das, was die Unternehmen an Eigenkapital für ihren Betrieb eingesetzt hatten – bei 25 – 30%; der Rest war Fremdkapital – und zwar bei einer Verzinsung von um die 8%!. Normalerweise war nur der Privatsektor Nettosparer, der Staat und die Unternehmen waren Nettoschuldner. Dadurch stand das Geld dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung. Der Ansatz muss also jetzt lauten: Dieses von den Unternehmen gesparte Geld – sofern nicht zur Refinanzierung und für zukünftige Investitionen zurückgelegt – muss versteuert werden, um wieder dem Wirtschaftskreislauf zugeführt werden zu können! Es ist somit ein Unterschied, ob ich die Unternehmen mit ihrer eingesetzten Wirtschaftsleistung besteuere, oder mit dem, was sie ansparen, also dem Vermögen! Sicher ist damit aber, dass wir über ein bedingungsloses oder auch bedingungsvolles Grundeinkommen entsprechend einem Human-ökologischen Grundeinkommen, das an jede und jeden Bürger/in des Landes ausgezahlt wird, erst sprechen können, wenn die Finanzierungsvoraussetzungen dafür gegeben sind, d.h. die gesetzlichen und wirtschaftlichen Grundlagen dafür geschaffen bzw. wiederhergestellt sind, dass die Steuereinnahmen auf das im Unternehmenssektor dem Wirtschaftskreislauf entnommene Geld ausgeweitet sind.

Sicher ist allerdings auf der anderen Seite auch, dass, wenn wir ein wie in dieser Arbeit vorgeschlagenes Wirtschaftssystem durchführen und diesmal wirklich alle – auch die Ärmsten – mitnehmen wollen, wir auch eine dementsprechende Umverteilung von oben nach unten durchführen müssen! Das war eine immer wieder auf dem Symposium deutlich vernehmbare Forderung, der wir entsprechen müssen und wollen.

Unser Vorschlag: In einer ersten Phase soll zunächst eine Umstellung auf ein bedingungsvolles Grundeinkommen nur für die entsprechend Bedürftigen erfolgen, vorstellbar auch mit einer Staffelung zwischen Kindern und Erwachsenen. Dabei können auch bereits Erfahrungen im Umgang eines solchen Grundeinkommens v.a. im Hinblick auf den Umgang der so Begünstigten damit, gesammelt werden. In einer zweiten Phase – wenn entsprechende finanzielle, d.h. auch fiskalische Voraussetzungen dafür geschaffen werden – kann dann ein additives Einkommenssystem eingeführt werden, also ein Grundeinkommen in etwa der Höhe eines Hartz IV-Satzes plus Mietanteil, auf das dann ein Erwerbseinkommen aufgesattelt wird. Dementsprechend soll für Familien in der Erziehungszeit ein Erziehungseinkommen für den/die Erziehende/n für zehn Jahre, unabhängig von der Kinderzahl gezahlt werden; analog bei Pflegenden ein entsprechendes Pflegegehalt (Gisela Brendle-Behnisch). Im Unterschied zu anderen Versorgungsformen ist ein Grundeinkommen ein Anrecht, das weder versteuert noch mit irgendetwas verrechnet oder sonstwie geschmälert werden darf. Entsprechend kommt darauf dann von der ersten Arbeitsstunde und vom ersten Cent an ein entsprechendes additives Gehalt – das könnte dann auch etwas geringer beginnen, da ja das Grundeinkommen bereits vorhanden ist, zumal wir ein erneutes Wirtschaftswachstum damit nicht mehr provozieren wollen. Dieses Arbeits-Einkommen sollte auch zunächst bis zu einer bestimmten Höchstgrenze steuerfrei bleiben, bzw. sollte ein entsprechend hoher Freibetrag dieses Einkommen vor Versteuerung bewahren, dann aber mit progressiv wachsenden Steuersätzen versteuert werden, mit einem Spitzensteuersatz von deutlich über 50%.
Uns muss dabei bewusst sein, dass es sich bei einem derartigen Modell um eine gewaltige Umlenkung der Geldströme in unserer Volkswirtschaft handelt: Laut HöGe-Fibel des Bundesarbeitskreises HöGe um 910 Mrd € jährlich (vgl. HöGe-Fibel S. 16) – zum Vergleich: Der Bundeshaushaltsplan für 2020 beläuft sich auf die Gesamtsumme von 362 Mrd. €! Umschichtungen – und damit bereits im bisherigen Umlauf vorhanden – betreffen lediglich einen relativ geringen Teil (ca. 20%), die aber bereits in Bundes-, Länder- und Kommunalhaushalten einen beträchtlichen Teil ihrer jeweiligen Gesamtausgaben ausmachen. Da

z.B. bei einem HöGe davon ausgegangen wird, dass das ausgezahlte Grundeinkommen bei den wohlhabenderen Schichten über Steuereinnahmen wieder eingesammelt werden soll, müssen entsprechende Steueranteile enorm erhöht werden, um diese Mehrauszahlung zu neutralisieren. Ein Teil der dazu zu erhebenden Staatseinnahmen wird sicher zu Lasten von Lohn- und Gehaltszahlungen gehen müssen (geringeres Erwerbseinkommen), da Unternehmen wie oben bereits gesagt nicht beliebig „gemolken“ werden können. Man kann das dann auch so ausdrücken: In Zukunft wird ein Teil der erwirtschafteten Löhne und Gehälter nicht mehr von den Unternehmen an die Arbeitnehmer ausgezahlt, sondern vom Staat eingesammelt und als Transferleistungen auf die Gesamtbevölkerung verteilt. Wie hoch der darüber hinausgehende Anteil an abgeschöpftem Kapitalvermögen ist, hängt von der Wirtschaftslage, den neu zu formulierenden Gesetzen samt festgesetzten Sätzen und den Gesamtmöglichkeiten der Erhebung ab, ist also nahezu nicht taxierbar! Interessant bzw. überhaupt möglich ist ein derartig gewaltiger Aufwand für ein solches Grundeinkommen damit eigentlich nur bei einem kompletten Systemumbau mit völlig neuen (Denk-)Voraussetzungen. Im bestehenden System dürften die tatsächlichen Widerstände von ganz unterschiedlichen Seiten bei Offenlegung der Voraussetzungen für ein allgemeines Grundeinkommen so erheblich sein, dass es kaum durchführbar sein wird.

Eine (Teil-)Alternative bietet die MMT an mit einer staatlichen Jobgarantie: der Ausgangspunkt liegt wieder in der Tatsache, dass ein souveräner Staat mit eigener Währung und Notenbank nicht pleite gehen kann und deswegen neue Jobs für die unendlich vielen möglichen und sinnvollen Aufgaben für das öffentliche Wohl in beliebiger Anzahl und Höhe schaffen kann, so dass er jedem arbeitsfähigen Menschen einen zu ihm passenden Job mit angemessener Bezahlung anbieten kann. Da damit auch jeweils reale Werte geschaffen werden, ist auch realwirtschaftlich ein Gleichgewicht garantiert. Natürlich sind hier auch Kombinationen mit anderen Modellen – etwa auch einem Grundeinkommen möglich und denkbar. Allerdings muss man dabei auch damit rechnen, dass ein kleiner Prozentsatz an Menschen überhaupt nicht an einer Arbeitstätigkeit interessiert ist und sich lieber von der Gesellschaft vollversorgen lassen will. Mit diesem Problem muss allerdings auch ein Grundeinkommen und damit die Gesellschaft klar kommen.

Maßnahmen:

- Bei allen Forderungen müssen auch diese Überlegungen ein Rolle spielen: Wie groß ist unsere Wirtschaftskraft, d.h. was können/dürfen wir für die allgemeine Wohlfahrt, für die Umverteilung von oben nach unten abgreifen und was müssen wir dort stehen lassen, um unsere Wirtschaftskraft zu erhalten? Und in diesem Zusammenhang die zweite Überlegung: Was an weltweit oder auch national/eu-weit derzeit vorhandenem Kapital wird durch unsere Maßnahmen zukünftig nicht mehr vorhanden sein – worauf können wir dann also nicht mehr zurückgreifen? – Wenn wir die Finanzwirtschaft beschneiden und das ungebremste, ungeregelte Geldwachstum unterbinden, muss uns klar sein, dass wir davon zukünftig auch nichts mehr abschöpfen können! Wenn wir sämtliche „Bullshit-Jobs“, unnötige Arbeit, geplante Obsoleszenz abschaffen, eine längere Lebensdauer der Produkte fordern, die Recyclingfähigkeit und Reparaturfreundlichkeit, dann wird uns das zweifelsfrei unserem Ziel der Wachstumsfreiheit, der Ressourceneinsparung, dem Klimaschutz etc. näherbringen. Es muss uns aber auch klar sein, dass alles das – weil dann ja das Wachstum fehlt – auch an Wirtschaftskraft fehlt! Wenn Wirtschaft schrumpft, kann man nicht erwarten, dass sie dadurch stärker wird! Alle nachstehenden Forderungen stehen deshalb unter diesem Vorbehalt:
- Angemessener Lohn für gute Arbeit, d.h. ein gesichertes Erwerbseinkommen, das Arbeitnehmer wieder in den Stand versetzt, dass sie davon ihre Familien ernähren können.

- Angemessener Mindestlohn, mit dem man auch eine sichere und angemessene Rente erwirtschaften kann
-
- Abkehr von dem System der Arbeitsbesteuerung und Belastung mit Sozialabgaben, d.h. Übergang zur Steuerfinanzierung von Sozialleistungen

- Für allgemeine Bewusstseinsbildung, praktisches Arbeiten und Mitfinanzierung: Solidarische Landwirtschaft: Alle tragen dann auch das Risiko mit.

3.4.6.2 Soziales

Ging es im Kapitel „Arbeit“ v.a. um die Frage nach der Erwerbsarbeit, deren Alternativen – auch von der theoretischen Betrachtung her – und natürlich um den gerechten, d.h. angemessenen Lohn dafür, kurz gesagt: „um das Einkommen für das Auskommen“, kommen im Thema „Soziales“ eher die übrigen Bereiche des Lebens zur Sprache, d.h. Familie und Erziehung, Altersversorgung und besondere Lebenslagen. Das Ziel dabei ist immer dasselbe: Die auskömmliche Versorgung aller Menschen in jeder Situation ihres Lebens und die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins.

3.4.6.2.1 Noch einmal: Mittelherkunft

Eine erste Problemanzeige wurde immer wieder während des Symposiums gegeben: Wir brauchen eine Deckelung und andere Lösungswege zur Schrumpfung: Bisher versuchen wir mit unserem Wirtschaftswachstum, das soziale Problem zu lösen über die Schädigung der Umwelt – das sollten wir nicht mehr tun! Wir müssen das soziale Problem selbst lösen – ohne Wachstum, ohne Schädigung der Umwelt – in Zukunft in Einklang mit der Natur! Das bedeutet – wie im Exkurs beschrieben: Wir dürfen nur so viel entnehmen, wie jeweils nachwachsen kann, was also unser Gesamtsystem auch verträgt. Wir können also nur umverteilen, nicht mehr raus quetschen, sonst machen wir den gleichen Fehler im Sozialen, den wir bisher in der Wirtschaft gemacht haben!

Das bringt uns gleich zu Anfang dahin, auf die Mittelherkunft zu schauen: Wie bereits mehrfach gefordert, müssen wir davon wegkommen, die Arbeit zu besteuern und Abgaben darauf zu legen. Rein finanziell gesehen macht es keinen Unterschied, wie die Bemessungsgröße heißt, ob sie Steuer oder Abgabe genannt wird, an welchem Kriterium sie festgemacht wird; Solange unterm Strich derselbe Betrag rauskommt, ist Geld gleich Geld und belastet die Unternehmen bzw. denjenigen, der es zahlen muss, in ein und derselben Weise. Interessant wird das erst, wenn man die Auswirkungen betrachtet auf den Gegenstand, den man zum Kriterium macht oder eben nicht mehr: Für die Arbeit – Personalkosten also – die nun zumindest bis zu einer gewissen Höhe nicht mehr besteuert oder mit Abgaben belegt wird, bedeutet das eine entscheidende Verbilligung: Geld, das das Unternehmen nun anderweitig verwenden kann, z.B. für Lohnerhöhungen! Entsprechend könnten auch wieder mehr Arbeiten von Menschen erledigt werden, also neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Menschen fallen dem Sozialsystem nicht mehr zur Last! Dagegen für das neu belastete Kriterium, das dann entsprechend verteuert wird, z.B. Maschinen oder die eingesetzten Ressourcen, Energien, die Produktion an sich etc. Ein Unternehmen wird sich dann überlegen, ob es eine weitere teure Maschine kaufen und aufstellen will, die über entsprechende Abgaben auch noch dauerhaft weitere Kosten verursacht – so war das bisher mit Arbeitsplätzen! – und gegebenenfalls lieber Arbeitsplätze schaffen. Dass von den Maschinenkosten soziale Leistungen wie Arbeitslosengeld bezahlt werden, hat auch eine Begründung darin, dass diese Maschine schließlich Arbeitsplätze gekostet hat, die nun von der Gemeinschaft getragen werden müssen. Vor allem aber hat das Konsequenzen für das neu belastete Kriterium des durch den Arbeitsprozess geschaffenen Kapitals: den Gewinn, den ausgeschütteten Gewinn, übermäßig

hohe Gehälter bei zu großer Lohnspreizung, Boni usw., also überall dort, wo besonders viel Geld den Betrieb/das Unternehmen in Richtung Brieftasche oder privates Bankkonto verlässt, so dass Gewinn, zumindest der, der nicht im Betrieb, also in der Produktion verbleibt, keinen großen Spaß mehr macht und besser im Unternehmen verbleibt und/oder an die Arbeitnehmer als Lohn ausgezahlt wird! – Wenn wir wirklich etwas ändern wollen, die Umverteilung von oben nach unten, Begrenzung des Wachstums um der Ökologie willen, dann kommen wir um solche Instrumente nicht herum! Und es bleibt bei dem platten Satz: „Wir nehmen es von den Reichen und geben es den Armen!“ - eine Unterscheidung bleibt da aber wichtig: Wir müssen unterscheiden zwischen dem Betriebsvermögen, dem, womit der Betrieb, das Unternehmen, arbeiten kann und muss – das muss geschont werden – das hilft dann nämlich auch dem Mittelstand! – und dem Privatvermögen, d.h. hier der Entnahme aus dem Unternehmen in die Privatkasse; und hier muss man besonders auf Holdings aufmerksam werden, weil da die Gefahr der Verschleierung besonders groß ist: Eine Holding ist eine Finanzierungsgesellschaft für einen oder mehrere Konzerne, bei der der Übergang von Privat und Geschäftsvermögen von außen oft nur schwer unterscheidbar ist. Sondermodelle müssen also gesondert betrachtet werden! Ähnlich ist hier mit AG- und Börsenvermögen umzugehen: Der berühmte Share Holder Value. Wir werden auch hier spezielle Instrumente brauchen – Finanztransaktionssteuer oder andere speziellere Möglichkeiten, Geld möglichst in den Unternehmen zu halten bzw. an die Menschen zu verteilen, die die Werte mit geschaffen haben, bzw. über den Sozialstaat an die Menschen zu verteilen, die das Geld brauchen.

3.4.6.2.2 Mittelverwendung

Entsprechend der Mittelherkunft müssen wir auch bei der Mittelverwendung auf die richtige Verteilung achten: Haben wir Sozialabgaben bei der Mittelherkunft eingespart, stehen sie uns bei der Mittelverwendung auch nicht mehr zur Verfügung. Die dafür vorgesehenen Zwecke – Arbeitslosenhilfe – wie auch immer sie dann ausgestaltet und genannt wird – Rentenbeiträge, Kranken- und Pflegeversicherung, je nachdem, was davon noch bei der Gehaltsabrechnung abgezogen und an die entsprechenden Kassen abgeführt wird oder nicht und wofür der Arbeitgeber seinen Anteil bezahlt oder nicht – müssen dann dementsprechend vom Steueraufkommen übernommen werden. Es sind zunächst einfach Geldströme, die so oder so benannt und auch dementsprechend geleitet oder umgeleitet werden können. Auch hier ist dann zu entscheiden, nach welcher Bemessungsgrundlage diese Gelder schließlich zugeteilt werden: Als eine einheitliche pauschale Bürgerversicherung, in die jeder Bürger – egal, ob jung oder alt, arbeitslos oder in Arbeit, verbeamtet oder nicht, weiblich oder männlich, arm oder reich, pauschal einbezahlt und/oder pauschal versichert, pauschal ausbezahlt und behandelt wird. Oder ob entsprechende Unterschiede z.B. nach Einkommenshöhe, Familie oder nicht, Dauer der Betriebszugehörigkeit oder der Erwerbstätigkeit, vergleichbar den Beitragsjahren gemacht werden; auch hier sowohl von der Mittelherkunft her (einbezahlen), als auch der Verwendung. Vorstellbar sind beide Grundspielarten: – völlige Gleichstellung, da aus Steuermitteln, also feste Pauschalen; und wer mehr will, muss es aus der eigenen Tasche finanzieren: Zusatzleistungen, bessere Versorgung etc. – oder: Unterschiede nach Lebensstandard, erbrachten Leistungen – hier wären auch andere Größen, als reine Erwerbseinkommen als Berechnungsgrundlage möglich, z.B. Ehrenamtliches Engagement, Erziehungs-, Pflegeleistungen. Entscheidend ist, was in der Gesellschaft dann als gerecht empfunden wird.

Es ist sicher klar, dass einige bei dem Gedanken, dass sie plötzlich nur noch eine einheitliche Pauschale bekommen, beim Arbeitslosengeld, als einheitlicher Krankenkassenpatient, oder mit einer Einheitsrente, davor zurückschrecken könnten, sich für ein solches System zu entscheiden. Aber es wird ja wohl sicher eine Entwicklung geben, dass man durch Einzahlung in eine entsprechende private Versicherung auch aufstocken kann und sich damit zusätzliche Leistungen verschaffen kann. Der dahinterstehende Sozialgedanke – Gleichheits- und Bedarfsprinzip – geht ja davon aus, dass niemand in einer Notsituation – z.B. Arbeitslosigkeit – durch die Maschen des sozialen Netzes hindurch fällt und dafür eine solidarisch finanzierte Sozialbasis besteht. Verbesserungen sind dann individuell finanzierbar.

Außerdem ist die Frage – und hier müssen ebenfalls immer beide Seiten berücksichtigt werden – Mittelherkunft und Mittelverwendung: Ist das bisherige System wirklich das bessere? - Was tun wir uns an, um immer mehr zu haben: Wir zerstören die Umwelt, nehmen Stress und Hetze auf uns, obwohl wir viel weniger und das heißt auch stressfreier arbeiten könnten; könnten viel mehr Zeit für uns und unsere Familien, Freunde, Hobbies etc. haben; womöglich wären wir dann viel gesünder, ausgeglichener usw. Irmi Seidl: „Wir verzichten auf unheimlich viel: Lärmfreies Schlafen, auf Plätze, wo Kinder sich bewegen können, plastikfreie Lebensmittel etc. Wenn wir umstellen, werden wir auch sehr viel gewinnen!“

Fritz Reheis hat dazu aufgerufen, in einem neuen Wirtschaftssystem sich umzuorientieren – weg von der Kapitalorientierung hin zur Zeitorientierung: Die weltweit anerkannte Gleichung: „Zeit = Geld!“ ist falsch – zumindest für das Leben auf diesem Planeten: „Angetrieben durch den Wachstumszwang des Kapitals führt das Steigerungsprinzip statt zu zunehmender Rationalität zu rasch fortschreitenden Verrücktheiten und zu Zerklüftungen in dieser Welt. - Das hängt mit dem Geld zusammen: aus Geld mehr Geld machen: Wo kann ich aus irgendwas in dieser Welt noch mehr Geld rausschlagen.“ Dagegen: „Um Zusammenhänge zwischen zunächst isoliert erscheinenden Bereichen der Welt zu verstehen und letztlich zu gestalten, sollten wir uns mehr an der Zeit als Größe orientieren.“ Kapital lässt sich – zumindest in bestimmten Bereichen – beliebig vermehren, Zeit dagegen gibt es nur einmal und ist nicht vermehrbar. Sie ist damit viel wertvoller als Kapital (Karlmann Beyschlag; Theologieprofessor, Erlangen). Allerdings wehrt sich Reheis gegen allzu wohlfeile Sprüche z.B. auch aus der Esoterik: „Im Hinblick auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung taugt generelle Entschleunigung genauso wenig wie generelle Beschleunigung, vielmehr geht es um angemessene Geschwindigkeit – angemessener Umgang mit Zeit.“ - „Nachhaltig ist eine Entwicklung nur dann, wenn der Umgang mit der natürlichen Umwelt am Regenerationsprinzip, mit der sozialen Mitwelt am Reziprozitätsprinzip und mit der personalen Innenwelt am Reflexionsprinzip orientiert ist. Nachhaltigkeit heißt Wiederholbarkeit (Pax), dies gilt aber nicht nur für den Umgang mit der natürlichen Umwelt (Regenerativität), sondern eben auch für die soziale Mitwelt (Reziprozität) und die personale Innenwelt (Reflexivität). Das Kreislaufprinzip ist also ein universelles Prinzip: Zu ihr gehört eine hundertprozentig solare Energieversorgung und die Erhaltung ökologischer Kreisläufe (von den Früchten, nicht von der Substanz der Natur leben) genauso wie auf sozialer Ebene ein fairer Austausch von Leistung und Gegenleistung (die Wechselseitigkeit von Geben und Nehmen, Versorgen und Versorgtwerden, aber auch in der Kommunikation die Wechselseitigkeit von Perspektiven und Argumenten) und auf individueller Ebene der Kreislauf zwischen Eingreifen und Begreifen, (sich selbst hinterfragen und sein Handeln immer wieder korrigieren). .

Unser großes Problem: Wir sind mittlerweile so schnell mit dem Eingreifen in diese Welt, dass wir kaum mehr nachkommen mit dem Begreifen dessen, was wir da tun!“ - „Bausteine einer Resonanzstrategie sind ein zeitbewusster Lebensstil, eine zeitbewusste Politik und eine zeitbewusste Wirtschaft, jeweils bezogen auf Umwelt, Mitwelt und Innenwelt.“ - Dabei muss zeitbewusste Wirtschaft „das zum Fokus haben, was Wirtschaft eigentlich soll, egal, ob GWÖ oder Wirtschaftsdemokratie oder Genossenschaftsorientierte Wirtschaft oder Öffentliche Wirtschaft: was Wirtschaft soll: Den Bedarf der Menschen stillen, die Bedürfnisse befriedigen und dabei die Fähigkeiten der Menschen nutzen.“ - „Zeitbewusste Politik würde individuelle Grundsicherung, zuverlässigen Schutz der Reproduktionssphäre garantieren; Kontingentierung des Naturverbrauchs als Obergrenze für die jetzt lebende Generation: Die klassische Definition für Nachhaltigkeit stammt aus dem Bericht der Brundtland-Kommission für die UN von 1987: „Nachhaltigkeit heißt, dass jede Generation ihre Bedürfnisse befriedigen kann, ohne die Möglichkeit der darauffolgenden Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, einzuschränken.“ Dementsprechend ist es „eine falsche Möglichkeit, den Naturverbrauch nach den finanziellen Möglichkeiten auszurichten, sondern: Ein Mensch – ein Stück Natur, d.h. im Prinzip hat jeder Mensch denselben Anspruch auf die Natur – das muss man organisieren!“ - Alles das führt zu einem anderen Wohlstandsbegriff: „Maximierung wäre nicht mehr die Vermehrung der materiellen Güter, sondern der Zeit, d.h. einen möglichst großen Teil des Lebens für sich selber haben.“

Im Anschluss an Reheis wird klar, dass damit Gewichte zurechtgerückt werden müssen, auf eine veränderte Perspektive hin. Klar bleibt aber auch, dass es eine Grundversorgung für alle geben muss, die solidarisch auch von allen aufgebracht wird. Solidarisch heißt nicht: pauschal, sondern je nach Vermögen (vgl. GG Art. 14 (2). Grundversorgung muss auch nicht heißen: Bedingungsloses Grundeinkommen – eben für alle – insbesondere nicht in Verrechnung oder statt anderer Sozialleistungen, die nach den Bedürfnissen zugeschnitten und gewährt werden. Treffsicherer und damit auch – finanziell – ressourcenschonender wäre ein bedingungsvolles Grundeinkommen, das eben nach dem Bedarf gewährt wird. Der Unterschied zur gegenwärtigen Praxis einer gnädigen Gewährung (wer das bereits erlebt hat, weiß, wovon hier die Rede ist): Es ist ein Einkommen, also ein Anrecht!

Weitere besondere Bedürfnisse in besonderen Lebenslagen bzw. Härten müssten im einzelnen geklärt werden, aber auch Möglichkeiten für Hilfen geschaffen sein: Ein immer wiederkehrendes Beispiel: Der Haupternährer einer jungen Familie, die gerade erst gebaut hat und einen dementsprechend hohen Schuldendienst hat, wird arbeitslos; die Gefahr besteht, dass die Familie damit finanziell ins Nichts fällt. Hier braucht es Sonderregelungen, um diese Härten zu überbrücken.

Derzeit ein aktuelles Problem: Die Wohnungsnot v.a. in den großen Städten: Die Hauspreise – und damit auch die Mieten – steigen und steigen; bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware! - Hier wird einerseits auf die obigen Kapitel zu der Ressource Boden verwiesen. Gleichzeitig ist hier nicht einzusehen, dass bei Spekulationen auf dem Wohnungsmarkt der Staat und damit die Solidargemeinschaft eintreten soll und über die Bezahlung des höheren Mietpreises diese Spekulationen auch noch finanzieren hilft. Neben den höheren Steuern für Wohnungen in besserer Lage sind hier auch Mietpreisdeckelungen in Erwägung zu ziehen! Damit damit

(sozialer) Wohnungsbau nicht zum Erliegen kommt, könnte an anderer Stelle – eben z.B. bei der Finanzierung von sozialem Wohnungsbau – gezielt gefördert werden.

Für das Problem der Erziehungs- und Pflegearbeit im häuslichen, d.h. familiären Bereich hat die ÖDP ja bereits bewährte Instrumente, die sie seit Jahr und Tag einfordert: Ein angemessenes sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt als Einkommen für die Leistung für die Gesellschaft – Aufbau der Zukunft – und auch, um eine angemessene Altersversorgung aufbauen zu können (alles bezogen auf das gegenwärtige System; müsste in einem neuen Sozialsystem dementsprechend angepasst werden). Analog dazu auch ein Pflegegehalt für die Pflegeleistungen an den eigenen Eltern oder anderen pflegebedürftigen Familienangehörigen.

Natürlich auch für die Rente eine angemessene Grundrente, die deutlich über der Armutsgrenze liegt. Hier könnte alternativ auch ein bedingungsvolles Grundeinkommen Abhilfe schaffen.

3.4.6.2.3 Exkurs: Thema „Bildung“

Gleich mehrere Referenten haben das Thema „Bildung“ angesprochen: Christian Kreiß hat neben der Erziehung zur Verrohung im BWL-/VWL-Studium auch auf den Missstand aufmerksam gemacht, dass wir keine Bildung mehr hätten, sondern nur noch Ausbildung. Das ist ein bedeutsamer Unterschied und der sollte festgehalten werden: Ausbildung ist bekannt: Die dient zum Fitmachen für den kommenden Beruf, für die Arbeit im Betrieb – der Industrie. Es ist das „training on the job“! Die Frage danach ist klar definiert nach dem Ausbildungsziel: Worauf wird der Lernende ausgebildet? - Und damit ist das Kriterium klar festgelegt: Was braucht er dafür und was braucht er nicht?

Bei der Bildung ist das nicht so einfach: Sehr im Unterschied zur Ausbildung, muss – bei recht verstandener Bildung – genau diese Frage unterbleiben: Bildung ist eben nicht gerichtet auf einen späteren Beruf, nicht „zweckdienlich“: Bildung dient nicht dem Zweck, ist eben nicht zielgerichtet, nicht ausgerichtet auf eine bestimmte Verwertbarkeit, sondern: Bildung ist ausgerichtet auf den Menschen, seinen Geist und seinen Horizont. Deshalb darf die Frage nach dem Zweck hier gar nicht gestellt werden – wenigstens nicht in dem oben verwendeten Sinne. Bildung muss breit und zugleich tief ausgerichtet sein und also eben gerade nicht auf ein bestimmtes Ziel – abgesehen von dem einer möglichst breit angelegten und fundierten Bildung, denn Bildung ist das Fundament für die spätere Ausbildung; und zumeist entscheidet das Maß der Bildung, das ein Mensch in seiner Schulzeit erreicht hat, wie groß und breit und tiefgehend sein Horizont für sein Leben ist. Es geht hier um Lebensperspektive. Die Erfahrung zeigt, dass es nach Verlassen der Schule – gerade wegen Ausbildung und dann Beruf und Familie etc. - erheblich schwieriger wird, sich der eigenen Bildung zu widmen und es bedarf in der Regel hier einer ganz bewussten Entscheidung und der nötigen Ausdauer und dem Willen, weiter in seine persönliche Bildung „zu investieren“.

Und deswegen müssen wir hier sehr genau unterscheiden zwischen der – schulischen – Bildung und der Ausbildung. Allerdings heißt das noch lange nicht – und das ist – Gott sei Dank! – zumindest bei uns in Deutschland mit der Berufsschule auch immer noch gegeben – dass mit der Ausbildung die Bildung außen vor sein sollte! Das bedeutet lediglich, dass wir diesen Luxus Bildung während der Schulzeit mit allem, was wir zur Verfügung haben, verteidigen müssen! Im

Leben wird sich dann herausstellen, dass es – sowohl für den Einzelnen, als auch für das ganze Volk – die Gesellschaft – eine fundierte Bildung sehr wohl kein Luxus ist, sondern durchaus eine Überlebensfrage, eine Frage nach der Kultur und spätestens damit auch nach der Ethik und Moral eines Volkes.

Genau deshalb muss uns Bildung – eben gerade unsere Schulbildung – auch eben besonders viel wert sein!

Ein Zauberwort für Bildung heißt „Inklusion“! Und die Lehre, die da dahintersteckt, besagt, dass wir wegkommen müssen von den sozialen, finanziellen und körperlich-geistigen Unterschieden. Schule muss anders gedacht sein: Es sollen möglichst alle – ohne Unterschied im selben System gemeinsam in einer Klasse oder einem Gemeinschaftsverbund lernen – das dann angstfrei, interessengetrieben statt leistungsangetrieben, die eigene Neugier und Wiss- und Lernbegier geweckt und gefördert werden. Dabei werde ich den Verdacht nicht los, dass es zumindest bei Vielen lediglich zur Beruhigung des eigenen schlechten Bildungsgewissens dient oder eben, weil diese Ideen einfach gut klingen und wohlfeile Begriffe und Forderungen darstellen, gegen die man ja in der heutigen Zeit gar nicht mehr sein kann – ja sein darf!

Inklusion in diesem System verwirklicht stellt – das zeigt die Praxis – etwas ganz anderes dar, als das sozial- und bildungsromantische Konstrukt, das wir in den Diskussionen so sehr lieben: In der Praxis ist es – wohlgemerkt: in diesem System – die Lizenz für die Kultusministerien zum Geldsparen! Wir haben kein Geld übrig für Fördermaßnahmen; also sind wir sehr für Inklusion und stecken einfach alle zusammen! - Die schauen dann schon, wie sie miteinander zurechtkommen. Hinter diesen Vorstellungen steckt nämlich ein gewaltiger Denkfehler: Der entlarvt sich selber, wenn wir von unserem gegenwärtigen „dreigliedrigen Schulsystem“ sprechen. Dreigliedrig? - Also: Förderschule, Hauptschule, Realschule … und …??? - Da war noch was! - Natürlich: wir denken natürlich gerade andersherum: Gymnasium, Realschule, Hauptschule … - Förderschule: vergessen! Wir denken nur von oben nach unten: Bildung beginnt beim Abitur! - Es muss aber gerade umgekehrt sein: Bildung endet höchstens beim Abitur – nämlich immer da, wo Menschen anschließend nur noch auf den Job trainiert werden – leistungsgerecht – Bildung ist da nur lästig: Stell Dir vor, die kommen da dann mit Ethik und Moral und schlechtem Gewissen – genau wie Prof. Kreiß sagt! - Das Problem entlarvt sich da nämlich in folgender Weise: So lange wir Bildung nur aus der Leistungs- und Profitperspektive betrachten und messen, und nicht beim Menschen, seinen Bedürfnissen, seiner Kultur, Ethik, Moral anfangen zu denken, kann Inklusion nicht funktionieren! Nur andersherum wird ein Schuh daraus: Bildung beginnt ganz unten: Eigentlich in der häuslichen – nämlich familiären – Erziehung unserer Kinder, dann KiTa, Grundschule – und dann beginnt erst das **viergliedrige** Bildungssystem: Förderschule – Hauptschule (und eben nicht: Mittelschule!) – Realschule – Gymnasium. Der entscheidende Unterschied: Das Grundkonzept für eine wirkliche Schulreform ist bereits seit Jahrzehnten in unseren Förderschulen verwirklicht: Kleine Klassen – max. 15 Schüler, aufgelöste Klassenzimmer – nämlich in Lernlandschaften aufgelöst – und mindestens zwei Lehrkräfte darin. Mit anderen Worten: Wenn Inklusion verwirklicht werden soll, dann ist nur die Förderschule und ihr System geeignet, das so zu verwirklichen, damit wirklich alle – wirklich alle! – mitkommen können! Alles andere ist Krampf, Augenwischerei oder sogar eine handfeste Lüge! - Und solange wir hier unser Denken nicht „vom Kopf auf die Füße stellen“, ist Inklusion nur eine fromme Lüge!

Die Konsequenz daraus: Solange wir nicht bereit sind, wirklich ganz viel Geld für unsere Bildung, d.h. für die Zukunft unserer Kinder und Enkel, in die Hand zu nehmen, können wir Inklusion vergessen! Dann ist – unter den gegebenen Umständen, mit der gegebenen Ausstattung an Menschen und Material und mit dem gegebenen Denken – eine anständige „Exklusion“, d.h. eine professionelle Aufteilung nach Leistungsvermögen und dort einer entsprechenden „exklusiven“ Förderung ein viergliedriges – und nur das ist ehrlich! – Schulsystem wirklich hilfreich – Denn da haben wir wenigstens einen Gedanken, nämlich den der gezielten Förderung, verwirklicht – oder wenigstens eine anständige Chance dazu.

3.4.7 Staat – Öffentliche Hand

3.4.7.1 Vom Nachtwächter zum Regent

Vom volkswirtschaftlichen Vektor-Modell wird der Staat als Geber von Transferzahlungen, Staatsaufträgen an die Unternehmen und Nehmer von Steuern und Abgaben gesehen. Dass der Staat auch gestaltend auftritt und den Rahmen setzt, kommt im Modell kaum zum Tragen. In der Theorie wird diese Rolle recht unterschiedlich bewertet: Nach dem neoliberalen Modell hat der Staat sich aus den Wirtschaftsabläufen möglichst herauszuhalten. Die Gesetze des Marktes sollen‘s regeln, die Gesetze des Staates dagegen eliminiert – „dereguliert“ werden. Der Staat soll sich auf die Rolle des Nachtwächterstaates zurückziehen und lediglich für die reibungslose Funktion des Marktes sorgen. Ansonsten darf er als Reparaturbetrieb für die unter die Räder gekommenen Marktteilnehmer diesen wieder auf die Beine helfen. So die Theorie! - Die Praxis in Corona: Der Staat hat eine ganz wichtige Rolle: Er soll und muss jetzt dringend helfen und mit „seinen“ Milliarden die Unternehmen retten, die Wirtschaft wieder ankurbeln! - Seltsam: Mit einem Mal ist die ganze Theorie vergessen, der Staat steht als potentieller Retter im Mittelpunkt des Geschehens! Nach dem gottlosen – weil rücksichtslosen – Treiben – Abgasskandal, Bankenskandalen, Gammelfleischskandalen usw. – kennen sie plötzlich wieder einen Gott: Nämlich den Deus ex Machina, der sie jetzt aus allem retten soll! – Wenn Wirtschaft so funktioniert, dann funktioniert sie nicht wirklich! – von der Theorie her nicht – und noch weniger in der Praxis! Die neoliberale Wirtschaftstheorie hat auf das Gesamte gesehen nur Schaden angerichtet: Der Umwelt geschadet, das Klima ruiniert, ganze Staaten in den Ruin getrieben, den globalen Süden geplündert und die Zukunft unserer Kinder selber verfrühstückt. Diese Wirtschaft hat abgewirtschaftet und versagt! Sie muss dringend abgelöst werden durch ein langfristig funktionierendes System. Ein System, das Rücksicht nimmt auf die Tatsache einer begrenzten Welt mit begrenzten Ressourcen; ein System, das nicht mehr alles beherrschen will, sondern das den Menschen und der Natur dient. Diese Dienerschaft muss bestimmten Regeln gehorchen und beaufsichtigt werden. Es geht um den Menschen, es geht in einer Nationalökonomie um das Volk. Das setzt die Regeln und beaufsichtigt die Dienerschaft: Das Volk ist in einer Demokratie der Souverän und wird vertreten vom Staat, der den Willen und die Aufgaben für das Volk erfüllt. Damit ist die erste Aufgabe des Staates, gemäß dem Willen des Volkes – nicht etwa gemäß dem Willen der Wirtschaft – den regulativen Rahmen für die Wirtschaft zu setzen, damit diese sich in diesem Rahmen frei bewegen kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben, nämlich dem Volk – d.h. dem Gemeinwohl zu dienen (BV Art. 151). Da in den

vorhergehenden Kapiteln die einzelnen Maßnahmen und Forderungen bereits mehr oder weniger ausführlich beschrieben sind, sollen sie hier nur noch summarisch genannt werden:

Eine der wichtigsten Rahmensetzungen durch den Staat sind die Regelungen des Geldverkehrs und der Finanzwirtschaft. Die wichtigste Regelung darin betrifft die hoheitliche Aufgabe der Geldschöpfung: Wer darf Geld schaffen: die Regierung über ihre Notenbank – für unsere Fälle die EZB, weil wir unser eigenes Währungsprivileg zugunsten der EU und des Euroraumes aufgegeben haben. Ferner die Geschäftsbanken zur Kreditvergabe unter Einhaltung der vorgeschriebenen Regeln.

Alles, was darüber hinaus geht an Geldschöpfung durch Bank-Kredite für Finanz-Wettgeschäfte, ist „durch die Re-Regulierung der Banken und Finanzmärkte abzuschaffen. Ein Beispiel wäre hier das Verbot der Sicherung von Bankkrediten durch Finanzmarkt-Produkte. Damit wäre die Kreditvergabe für Finanzwetten und damit eine realwirtschaftlich schädliche Ausweitung der Geldschöpfung unmittelbar unterbunden. Eine baldige Re-Regulierung des gesamten Banken- und Finanzdienstleistungsbereichs ist eine wichtige staatliche Aufgabe.“ (Günter Grzega)(vgl. hierzu 3.4.1)

Das nächste Feld an dringend notwendigen Regeln ist das der Energiewende und Ressourcenschonung. Auch hier ist eine Vielzahl an Regeln und Gesetzen bereits in den entsprechenden Kapiteln diskutiert und enthalten, so dass der allgemeine Hinweis darauf genügt.

Auch die Regeln für die Wirtschaft sind genügend beschrieben und der Zweck naheliegend.

Besonders ist das Kapitel der Landwirtschaft, weil es hier noch einmal speziell um die nicht vermehrbare Ressource Boden geht und auf der anderen Seite die Schaffung unserer Lebensmittel, so dass sie damit eine besonders zu schützende Doppelrolle ausübt. Hier muss der Staat entsprechend eingreifen und sich – z.B. bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen – schützend vor seine Landwirtschaft stellen und darf sie nicht für eine gierige Autoindustrie ans Messer liefern!

Der soziale Bereich dreht sich um die Menschen selber. Neben der ökologischen Regelsetzung zum Klima-, Arten-, Umweltschutz, also dem eigentlichen Grund für unsere Wachstumskritik, der zweite regelsetzende Faktor für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft.

3.4.7.1.1 Steuern durch Steuern

Mit das wichtigste Steuerungselement eines Staates bzw. einer Volkswirtschaft sind Steuern! Sie stellen die Einnahmen des Staates zur Erfüllung seiner Aufgaben dar und können die einzelnen Teilnehmer einer Volkswirtschaft in ihrem Verhalten steuern. Das deutlichste Beispiel sind Lohn-/Einkommenssteuern: Sie werden bei den Arbeitnehmern als Steuerlast empfunden, obwohl heutzutage kaum mehr jemand seinen Bruttolohn je sieht – außer als Zahl bei der Abrechnung – sondern lediglich den Nettolohn, den er überwiesen bekommt und über den er verfügen kann. Aus der Darstellung auf der Lohnabrechnung sieht er nur die hohe Anfangszahl, dann eine Ansammlung von oft noch unübersichtlich dargestellten Abzugsbeträgen und schließlich das, was von alledem für ihn übrig bleibt. Da dieser Betrag bei Lohnerhöhungen in der Regel auch noch prozentual abnimmt – Steuerprogression – wird die Lohn-/Einkommenssteuer als ungerecht empfunden, weil man von dem Mehr, das man kriegt, nur weniger rausbekommt. Unternehmen dagegen beklagen die hohen Personalkosten, drängen auf

eine Verminderung der Steuer- und Abgabenlast, damit die Lohnnebenkosten und damit die Personalkosten weniger werden und setzen im Zweifelsfall Arbeitskräfte als Rationalisierungsmaßnahme frei. Betrachtet man aber die Personensteuern einfach nur als Bemessungsgrundlage, dann kann einem auch in den Sinn kommen, diese unsinnige Bemessungsgrundlage einfach zu ändern und andere Kriterien für die Abgabenlast der Unternehmen als Bemessungsgrundlage herzunehmen: Die Produktionskosten, Rohstoffeinsatz, d.h. Verbrauch von Ressourcen, Energieverbrauch – spezifischer: Energieverbrauch aus fossilen Energieträgern – Transportkosten usw. Lohn-/Einkommenssteuer dagegen erst ab einem bestimmten hohen Einkommen (hoher Freibetrag) und dann aber mit progressiv steigenden Abgaben, die deutlich höhere Obergrenzen als bisher haben. Die Unternehmen werden sich mit Sicherheit sehr schnell umorientieren und die – nur durch Wegfall der Steuerlast – wesentlich billiger gewordenen Arbeitskräfte vermehrt einstellen und sich den nun höher besteuerten und energieintensiveren Einsatz von Maschinen besser überlegen.

Wenn dann noch Irmi Seidl darauf aufmerksam macht, dass der Staat v.a. deswegen auf Wachstum setzt, weil 65% der Einnahmen auf Einkommenssteuern und Sozialabgaben beruhen und dem Staat bei Mindereinnahmen das Sozialsystem abschmieren könnte; ferner Christian Kreiß damit lockt, dass wir eigentlich bei Wegfall von Bullshit-Jobs, geplanter Obsoleszenz und durch Werbung geweckter unsinniger Bedürfnisse wesentlich mehr Freizeit haben könnten, wird klar, dass v.a. dieses Steuerungsinstrument ein Hauptinstrument zur Umsteuerung hin zu einem enkeltauglichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem darstellt.

Maßnahmen:

- Eine umfassende, ökologische und soziale Steuerreform, die sämtliche Maßnahmen an der ökologischen Wirksamkeit orientiert: Rohstoffverbrauch hoch besteuern, ebenso sämtliche auf nichterneuerbaren Energiequellen beruhenden Energieverbräuche, dagegen Ökostromproduktion und Speicherung steuerfrei stellen, Ökostromverbrauch niedriger versteuern – nicht ganz steuerfrei, denn er soll ja nicht zu Mehrverbrauch führen (Rebound-Effekt)
- Weg von Personalsteuern, hin zu Produktionssteuern für Waren und Dienstleistungen
- Einkommensteuer erst ab einem relativ hohen Freibetrag von deutlich über 1.500.-- € netto, dann aber in der Endstufe auch deutlich über 50% Spitzensteuersatz
- Hohe Besteuerung aller Vorgänge, die nicht im Einklang mit einem fossilfreien, ressourcen- und klimaschonenden Handeln stehen
- **Gesamtaufkommen an Steuern an einer guten Ausstattung der öffentlichen Hand zur Erfüllung ihrer Aufgaben orientieren und dementsprechend gemäß Bedarf festsetzen.**

3.4.7.2 Der Staat als Diener

Der Staat setzt zwar die Regeln und wacht über deren Durchführung, er ist aber auch selber Diener des Volks als Souverän: Er repräsentiert das Volk und führt dessen Geschäfte: Er nimmt Das Geld dafür ein – Steuern und Abgaben sind ja das eingesammelte Geld des Volkes – verwaltet es und gibt es für die gemeinschaftlichen Aufgaben wieder aus. Es klingt etwas sozialistisch, aber die Einrichtungen des Staates sind Volkseigentum! Deswegen ist es nicht unerheblich, wenn eine solche Einrichtung plötzlich privatisiert, also verkauft wird oder unter nichtstaatliche Verwaltung kommt. Ebenso ist es nicht egal, wenn eine solche Einrichtung zur allgemeinen Daseinsvorsorge – also mit dem Auftrag und der Priorität, die Bürger des Landes zu versorgen, plötzlich mit einer Profitorientierung eine andere Priorisierung erfährt. Ein

Krankenhaus in kommunaler Hand ist dafür da, dass es die Menschen in seiner Umgebung aufnimmt, wenn sie krank sind und sie wieder gesund macht. Wenn dieses Krankenhaus plötzlich Profit abwerfen soll, dann kommt das einer Zweckentfremdung zumindest sehr nahe! Eigentlich wären das Fälle, die der Staat als Ausführender und Verwalter nicht so ohne weiteres in Eigenregie tun dürfte, ohne den Souverän und Eigentümer zu fragen. Es ist aber in den letzten Jahrzehnten immer häufiger, immer schneller und auch immer dreister passiert. Und da waren Fälle dabei, die gegen bestehende Gesetze verstoßen haben, wie z.B. die Teilprivatisierung von Autobahnabschnitten in ÖPPs. Erst nachdem entsprechende Proteste aus Teilen der Bevölkerung gegen diese Missstände darauf aufmerksam gemacht hatten, wurde reagiert: Man hat die Gesetze geändert – auch, ohne das Volk zu fragen – und es war immerhin das Grundgesetz! (Art. 90) – durch einen Trick: Man nannte das Ganze ein „Privatisierungsverbot“ und schrieb dort hinein: „verboten zu privatisieren – in wesentlichen Teilen“ - damit durften alle „unwesentlichen“ Teile also privatisiert werden, die Definition dafür wurde gleich mal etwas erweitert: Waren die bisherigen – widerrechtlichen – Teile ca. 60 km, so wurden „unwesentliche Teile“ nun auf 100 km erweitert. Derartige Vorgänge waren in den vergangenen Jahrzehnten leider keine Einzelfälle! Machtmissbrauch des Staates! - Nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen einer neoliberalen Wirtschaft, die alles, was sie an Werten bekommen kann, ver-wertet. Es ist wirklich nur ein Beispiel, aber es macht die Entwicklung deutlich von dem, was ursprünglich einmal soziale Marktwirtschaft hieß und dem Staat die beschriebene Doppelrolle zugewiesen hatte, zum jetzigen Rollentausch des Staates, der sich vom Regent zum eifrigen Diener der Wirtschaft entwickelt hat und hilft, seinen bisherigen Herrn, den Souverän, auszunehmen. Damit wird eben auch deutlich, wo wir mittlerweile stehen und wo wir in Zukunft wieder hin müssen! Dazu müssen wir zuallererst unsere Demokratie wieder stärken, unsere Rechte als Souverän einfordern, den Vertretern des Staates klar machen, dass sie unsere Vertreter sind und nicht die der Wirtschaft. Korruption durch Lobbyismus und Politiker sowie Parteien muss durch entsprechende Gesetzgebung ausgemerzt werden – Verbot von Parteispenden und Sponsoring durch Firmen, Politiker dürfen keine zusätzlichen Aufgaben übernehmen, die im Konflikt zu ihren Aufgaben stehen könnten: Aufsichtsratsposten, Beraterverträge etc. Nach der Trennung von Staat und Kirche muss nun die Trennung von Staat und Wirtschaft zwingend erfolgen! Zudem müssen die grundgesetzlich festgelegten Rechte zur Ausübung von Macht durch den Souverän voll durchgesetzt werden, d.h. Volksabstimmungen in entscheidenden Fragen! - Weitere Forderungen sind bereits im Kapitel „Der Markt und die Demokratie“ genannt.

3.4.7.2.1 Die Aufgaben des Staates für das Volk – allgemeine Daseinsvorsorge

Auf den verschiedenen Ebenen des Staates sind die entsprechenden Aufgaben – je nach Reichweite und Zuständigkeit verteilt: Auf kommunaler Ebene: Gemeinde, Stadt, Landkreis, Bezirk, auf Landesebene im föderalen System sowie auf Bundesebene.

- Zur Infrastruktur zählen:
    - Verkehrswege: Straßenbau, Wasserstraßen, Luftfahrt, Bahn, ÖPNV, ÖPV:
      Diese sind Aufgaben des Staates, wobei er sich beim Bau und Instandhaltung in der Regel der Privatwirtschaft bedient. Hier sind bedeutsame Möglichkeiten gegeben, durch Großauftragsvergaben die Wirtschaft anzukurbeln und ein Real-Wachstum zu

initiieren. Allerdings sind die ÖPP sehr kritisch zu sehen, da sie Bundeseigentum pachten, kaufen, oder einfach instandsetzen und dafür dann auf Dauer einen festen und hohen Zinssatz auf mehrere Jahrzehnte kassieren (BAB: 8% Rendite). Insbesondere bei Luftfahrt, Bahnverkehr, ÖPNV und ÖPV sind Privatisierungen vorgenommen worden oder haben von Anfang an private Anbieter die Durchführung übernommen. Speziell bei der Bahn hat man durch den Verkauf an Privat kurzfristig das Staatssäckel für eine bessere Haushaltslage aufgefüllt und angenommen, dass der Betrieb durch Profitorientierung und privatwirtschaftliches Management floriert. – Passiert ist das Gegenteil: Die Befürchtungen der Kritiker sind wahr geworden! Der Service und die Instandhaltung wurden gravierend schlechter und haben zeitweise die Sicherheit gefährdet, die Preise gingen nach oben statt nach unten; der Profit hat das Ganze verteuert – unnötig, denn heute ist die Bahn ein teilprivatisiertes Staatsunternehmen als Zuschussbetrieb. Eigentlich ein Negativbeispiel und eine Warnung vor noch mehr Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, aber es wurde munter weiter privatisiert und das Tafelsilber des Bundes verhökert:

- Kommunikationswege: Post, Telekommunikation, Netzbetreiber, Digitalisierung, Breitbandausbau, Mobilfunk, insb. 5G: Die Deutsche Bundespost mit Brief- und Paketdienst, Telekommunikation und als Netzbetreiber wurde aufgeteilt und in diesen Teilen verkauft. Während sich der Paketdienst DHL/Schenker tatsächlich gut entwickelt hat und heute als Global Player zu den Großen der Branche zählt, darbt die ursprüngliche Hauptfirma Post als Universaldienstleister im Briefzustellerdienst, denn sie muss auch die unrentabelste Strecke bedienen. So lange DHL noch ausgleichen darf, wird sie über die Runden kommen, aber wenn einmal das Dienstleistungsfreihandelsabkommen TiSA in Kraft sein wird und Querfinanzierungen verboten werden, wird die Post als Unternehmen in die Knie gehen und ihren Dienst nicht mehr ausführen können – Universaldienstleister hin oder her! Ob es dann zu einer Wiederverstaatlichung kommt oder zu einer Serviceeinschränkung, wird ebenfalls von TiSA abhängen. Telekom hat sich nach einigen Turbulenzen wieder stabil entwickelt und hängt ebenfalls in einer halbstaatlichen Rolle, für den Staat als Verwalter für die Bundesnetzagentur tätig, einerseits die Frequenzen zu versteigern, andererseits steht sie selbst in der Pflicht – ähnlich wie die Bahn, Teile ihres Netzes für private Anbieter – also Konkurrenten – öffnen zu müssen. Die Bundesnetzagentur als Bundesbehörde sitzt ebenfalls in einer gewissen Zwitterrolle: zwar hat sie die Kontrolle über alle Netze – auch über das Stromnetz. Diese werden aber von Privatfirmen betrieben oder tatsächlich verwaltet, die dementsprechend dann auch den Profit daraus ziehen. Schlechtestes Beispiel: Tennet, das die großen Überlandleitungen betreibt bzw. baut – mit Staatsgeldern natürlich – an Gesetzen wie das EEG beteiligt ist und die Entgelte kassiert. Der Staat – das Volk – lässt sich hier einfach ausnehmen von privaten Investoren. Während der Breitbandausbau seit Jahren nur schleppend läuft, sind die Funknetze enorm schnell. Problematisch ist hier der schnelle und von der Industrie geforderte und auch dementsprechend schnell umgesetzte 5G-Ausbau, denn er ist nachweislich gesundheitsschädlich! Ein weiterer Grund, das Tun des Staates insbesondere im Zusammenhang mit Privatisierungen kritisch zu sehen: Der Staat hat eine Fürsorgepflicht und hat sich dabei an das Vorsorgeprinzip zu halten. Das tut er

hier allerdings nicht und der Grund dürfte in der Abhängigkeit durch die Verflechtung mit der Wirtschaft liegen.

- Versorgung: Wasser, Energie – Entsorgung: Abwasser, Abfallwirtschaft:
  Die Versorgung mit Trinkwasser durch den Staat ist seit dem Versuch der EU-Kommission, das Wasser zu privatisieren, ständig in Gefahr: einerseits werden durch die Freihandelsabkommen immer wieder neue Versuche gestartet, Wasser wenigstens durch die Hintertür zu privatisieren, andererseits bedient sich der Staat bereits seit vielen Jahren staatsähnlicher Institutionen, den Körperschaften des Öffentlichen Rechts, häufig Zweckverbände, die teilweise staatliche Funktionen und Eigenschaften haben, dann aber wieder wie privatwirtschaftliche Betriebe agieren; der Rechtsstatus – staatlich oder privat – ist international nicht eindeutig und wird als mögliches Einfallstor zur Privatisierung angesehen. Energie – Strom, Gas – ist mittlerweile zum größten Teil privatisiert, sehr zum Leidwesen der Energiewende, wo die Lobbyisten es geschafft haben, dieselbe nahezu zum Stillstand zu bringen und ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Um hier gründliche Veränderungen zu ermöglichen, ist einer verstärkten staatlichen Lenkung bei dezentralen Strukturen, größtmöglicher Förderung von privaten Kleinunternehmern bzw. Bürgerschaftsanlagen und Genossenschaften der Vorzug gegenüber einer Wiederverstaatlichung zu geben. Abwasser ist zumeist in kommunaler Hand und damit unproblematisch, wogegen die Abfallwirtschaft nahezu ausschließlich in privater Unternehmerhand ist und recht ambivalente Ergebnisse zeitigt.

- Kommunale Infrastruktur: Stadtplanung, Spielplätze Sporteinrichtungen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Kultureinrichtungen:
  Diese Einrichtungen sind reine Zuschussbetriebe und deshalb nahezu ausschließlich in kommunaler Hand. Sie bringen keinen Profit und werden höchstens, wenn die Kommune außerstande ist, die Einrichtung weiter zu betreiben, von Bürgerinitiativen übernommen. Ein typisches Beispiel von: „Kosten werden sozialisiert“!

In der Zusammenfassung ergibt sich ein überwiegend negatives Bild bezüglich der Privatisierung von staatlichen Aufgaben zur allgemeinen Daseinsvorsorge. Eigentlich hätte nach den ersten Versuchen längst klar sein können, dass Privatwirtschaft auch nicht zaubern kann und dass insbesondere der Umstand, dass zu den notwendigen Kosten auch noch die Rendite obendrauf kommt und das Ganze dadurch nicht billiger oder gar leistungsfähiger macht. In vielen Fällen wurden die ehemaligen Staatsgebilde zur Ausbeutung missbraucht; es bestand also gar kein Interesse, den ursprünglichen Nutzungszweck prioritär weiter zu verfolgen, sondern es herrschte das klassische Schema von der Profitmaximierung, was zu einer Verschlechterung der Leistung führte. In vielen Fällen ist zu überlegen, ob nicht eine Wiederverstaatlichung der Aufgabe und der zugehörigen Betriebe zielführender oder gar notwendig ist. In jedem Fall sind jedoch Regelungen zu treffen, die den Staat auf Dauer handlungsfähig macht, Eingriffe schnell ermöglicht, damit der Staat Herr des Verfahrens bleibt oder wieder wird. Sämtliche private Aufgabenübertragung der allgemeinen Daseinsvorsorge haben im Sinne eines Erfüllungsgehilfen des Staates zu erfolgen: Der Staat bleibt verantwortlich und hat volle Gestaltungs- und Eingriffsmöglichkeit!

- Zur Bildung zählen:
  - KiTa, KiGa:
    Diese sind zumeist in kommunaler, karitativer oder kirchlicher Hand, da sie nicht profitabel geführt werden können. Kinder- und Jugendarbeit sind immer Zuschussbetriebe!
  - Schulen:
    Zumeist in staatlicher bzw. kommunaler Hand, teilweise in kirchlicher oder karitativer Hand; eine Besonderheit sind schul- und bildungsreformerische Gesellschaften, die nach eigenen Lehrplänen bzw. Umsetzung der staatlichen Lehrpläne nach eigenen pädagogischen Konzepten arbeiten. Auch diese Einrichtungen sind in der Regel nicht profitorientiert, sondern verfolgen idealistische Ziele. Interessant sind Schulen allerdings in den letzten Jahren für ÖPPs geworden, die für ihre Investoren für aufwändige Schulsanierungen feste Renditen vom Staat kassieren wollen. Hier zahlt der Staat immer drauf! Diese sollten verboten sein und bleiben – eine andere Auslegung aus den Art. 90 GG begleitenden Gesetzen ist derzeit unklar. Hier wird man aufpassen müssen! Im Zusammenhang mit einem anderen Umstand der versuchten Einflussnahme durch Lobbyisten auf den Schulunterricht, indem Firmen fertige Unterrichtsentwürfe Lehrern in die Hände drücken, in denen dann versteckte Werbung für die Interessen dieser Lobbyisten enthalten ist. Im Zusammenhang mit ÖPP könnte es da zukünftig zu einer massiven Einflussnahme auf Schüler kommen. Hier ist besonders wichtig, dass Schule von wirtschaftlicher Einflussnahme frei bleibt. Die Bildungsaufgabe des Staates ist hier besonders gefährdet und darf nur vom Staat bzw. entsprechend vertrauenswürdigen Einrichtungen unter staatlicher Kontrolle ausgeführt werden!
  - Berufsbildungseinrichtungen:
    Hier teilen sich staatliche und private Institutionen, z.B. berufsverbandliche Einrichtungen die Aufgabe, da sie einen Übergang von staatlichen zu privatwirtschaftlichen Aufgaben bildet.
  - Hochschulen, Forschungseinrichtungen:
    Da Hochschulen forschen, sind sie für bestimmte privatwirtschaftliche Bereiche von höchstem Interesse: Einerseits können Forschungsergebnisse dort billig eingekauft werden, Studien günstig durchgeführt werden, auch zukünftige Mitarbeiter rekrutiert werden. Andererseits sind die stets finanzklammen wissenschaftlichen Institute meist dankbar für finanzierte Forschungsarbeiten, was die Forschung in Versuchung bringen kann, Versuchsergebnisse in Richtung auf die Wunschergebnisse der finanzierenden Firma zu „interpretieren“. Von daher gilt hier besonders das Gebot der Unabhängigkeit der Wissenschaft auch mit entsprechender Ausstattung zu flankieren. Die Verantwortung des Staates ist hier besonders groß und die Versuchung Wissenschaft zu manipulieren besonders stark! Die Unabhängigkeit der Wissenschaft, Forschung und Lehre kann nur von einem ebenfalls unabhängigen Staat gewährleistet werden.

Gute Bildung braucht gutes Geld – eine gute finanzielle und materielle Ausstattung macht unabhängig und ermöglicht eine gute Bildung nach modernen Maßstäben. Eine gute

Gelegenheit, die Behauptung in harte Münze umzusetzen: „Bildung ist unsere größte Ressource!“ - Übrigens: Die einzige Ressource, die sich vermehrt, wenn man sie mehr fordert und fördert!

- Soziale Leistungen: Arbeitslosenversicherung, Grundsicherung, Altersversorgung
  Sie sind teilweise vereinheitlicht unter dem Oberbegriff Hartz IV, teilweise ausgegliedert, aber allemal Vorsorge- bzw. Fürsorgeaufgaben des Staates. Über die Vereinheitlichung kann man streiten. Gut ist, dass es dadurch auf ein einheitliches Maß und Vorgehen für Menschen, die in Not geraten sind, gekommen ist – auch, um Missbrauch durch ein doppeltes Abgreifen von Leistungen bei verschiedenen Ämtern vorzubeugen. Das dürfte es dann aber auch schon mit „gut“ gewesen sein! Die Art und Weise, wie mit derart in Not geratenen Menschen umgegangen wird und sie zu „Almosenempfängern“ degradiert werden, hat oft nichts mehr mit menschenwürdiger Versorgung zu tun! – Dass daneben auch Missbrauch durch Bürger getrieben wird, darf nichts an der menschenwürdigen Behandlung aller ändern! Besonders im Bereich des Arbeitslosengeldes I oder auch des Kurzarbeitergeldes als Versicherungsleistungen und der Grundsicherung für Erwerbsfähige (im Volksmund „Hartz IV“ genannt) sowie bei der stark zunehmenden Zahl an sogenannten Aufstockern, die nicht vom erwirtschafteten Verdienst und/oder dem Arbeitslosengeld leben können, gibt es Probleme, da an dieser Stelle auch eigentlich gut situierte Arbeitnehmer unvermittelt hineingeraten können und ihren Verpflichtungen – siehe Beispiel der jungen Familie mit nicht abbezahltem Haus – plötzlich nicht mehr nachkommen können. Eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes entsprechend der früheren Fristen wäre zumindest eine Hilfe zur Überbrückung zeitlich begrenzter Notlagen. Bei Langzeitarbeitslosigkeit und dauerhaften sozialen Notlagen braucht es dagegen andere Lösungen: Hier wäre ein bedingungsvolles Grundeinkommen eine angemessene Lösung, da es ein Recht auf ein Einkommen begründet und der Menschenwürde entspricht. Auch bei dieser Maßnahme ist eine Einheitsregelung analog zum Kindergeld – deshalb ja Grundeinkommen – sicher sinnvoll. Dieses Grundeinkommen darf nicht verrechnet werden und ist als steuerlicher Freibetrag für Einkommenserzielende zu werten! Entsprechend besonderen berechtigten Bedürfnissen könnten dann additiv weitere Hilfen auf Antrag und Nachweis gegeben werden. Durch das Grundeinkommen könnten diese Hilfen dann auch durchaus im angemessenen Umfang bescheidener, weil eben additiv, ausfallen.
  Ein anderer Fall ist die Altersversorgung – derzeit aus der Rentenkasse, bei der man durch Einzahlung die Anrechte auf die dementsprechende zukünftige Rentenhöhe erwirbt – leider nur prozentual und das auch verschiebbar – und aus der im Umlageverfahren dann die aktuellen Renten ausbezahlt werden. „Eins ist sicher: Die Rente!“ – Sie kann nur sicher sein, wenn genügend Geld in der Kasse ist; sonst ist der Spruch Norbert Blüms Etikettenschwindel! In einem neuen System muss man sich überlegen, ob man sie weiter durch Abgaben der Arbeitnehmer finanziert, oder einfach aufgrund des durch das Einkommen erworbenen Rechts die Rente steuerfinanziert in der erworbenen Höhe – prozentual nach Staatsvermögen (Finanzkraft) oder absoluten Zahlen – ausbezahlt. Beides birgt Unsicherheiten für eine auskömmliche Rente in einer Zukunft von einigen Jahrzehnten Abstand bis zur Fälligkeit! Zu beachten ist in jedem Fall, dass das erworbene Recht und die tatsächliche aktuelle Finanzierung zwei völlig unterschiedliche Vorgänge sind – alleine schon aus der zeitlichen Verschiebung der einen vom anderen! Deshalb sind

beide Vorgänge auch völlig unterschiedlich und voneinander unabhängig gestaltbar. Wichtig ist am Ende, dass für jede und jeden eine auskömmliche Altersversorgung herauskommt. Auch hier wäre ein Grundeinkommen denkbar, auf dem gegebenenfalls durch Eigenleistung erbracht eine höhere Summe aufgestockt werden könnte. Wichtig ist aber auch, dass derjenige, der 40-50 Jahre gearbeitet hat, mehr erhält, als der der nur Grundsicherungsrente oder Grundeinkommen im Alter erhält. Diese Versicherungsrente kann dann ggf. durchaus als Einkommen besteuert werden, falls es eine Grundrente bzw. ein Grundeinkommen im Alter gibt, analog zu den Erwerbseinkommen von noch Berufstätigen. Zur Finanzierung wäre, neben einer konsequenten ökologischen Besteuerung von Ressourcenverbrauchen, Produktionen, Dienstleistungen und Transporten eine Bürgerversicherung in Erwägung zu ziehen, wobei man dann aber auch beachten muss, dass dann ebenso jeder Bürger, jede Bürgerin ein entsprechendes Anrecht auf die Ausbezahlung der erworbenen Rente hat. Auch in diesem Fall käme wohl ein additives System in Frage. Das gegenwärtige und von neoliberalen Kräften vehement geforderte System der zwei, drei oder gar zukünftig vier Säulen, ist in jedem Fall abzulehnen, da es gezielt dafür sorgt, dass die Armen auf der Strecke bleiben, weil gerade diejenigen, die wegen zu geringem Gehalt eine tragfähige staatliche Rente nicht aufbauen können, erst recht nicht das Geld für eine private Altersversorgung aufbringen können und so doppelt verlieren.
Bei allen Hilfeleistungen durch den Staat wäre in einem neuen System zu überlegen, inwieweit – bei veränderter Betrachtung des Arbeitsbegriffs und Erweiterung der Tätigkeiten an unentgeltlichen Leistungen für die Familie, die Gemeinschaft im eigenen Umkreis oder für die gesamte Gesellschaft – hier auch Kompensationen von den begünstigten Personen erwartet werden könnten, da hier ja auch die Gemeinschaft für ihre Bedürfnisse eintritt.

- Gesundheitssystem:
  Ebenfalls eine Aufgabe des Staates, weil zur allgemeinen Daseinsvorsorge dazugehörig, aber besonders konstruiert: Die Mittelherkunft als Versicherungsleistung mit den entsprechenden Beitragsleistungen. Das Ganze ausgelagert in Versicherungsgesellschaften, die als Körperschaften des Öffentlichen Rechts einerseits nichtstaatlich sind, aber andererseits staatliche Aufgaben übernehmen. Als Gesetzliche Krankenkassen dürfen sie einerseits nicht profitorientiert arbeiten, aber andererseits wie Versicherungen entsprechende Überschüsse erwirtschaften, die natürlich auch der Finanzierung der Krankenkasse dienen. Bei den privaten Krankenversicherungen ist auch eine Profitorientierung möglich, sie haben ganz den Charakter einer Versicherungsgesellschaft. Für unsere Betrachtung fällt das aber nicht ins Gewicht, sie bleibt außen vor. Da die gesetzlichen Krankenkassen – und damit das Krankenversicherungswesen und das gesamte Gesundheitssystem – umlagefinanziert wird und weil durch die medizinische Entwicklung mit der Zeit immer mehr kostspielige Behandlungen zu finanzieren waren, sind zwangsweise die Beiträge immer weiter angestiegen. Um diese Entwicklung zu stoppen – auch bezüglich der Auswirkungen auf die Personalkosten – wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, z.B. zur Schonung der Arbeitgeber diese nicht an den Steigerungen weiter beteiligt, sondern durch sog. „Solidarbeiträge“ nur noch von Arbeitnehmerseite übernommen, bestimmte Leistungen

zuzahlungspflichtig oder gleich ganz aus dem Versicherungskatalog ausgeschlossen – Akte der Entsolidarisierung! Auf der Ausgabenseite – der Mittelverwendung – wurden Einsparungen und mit der Einführung des Fallpauschalensystems durchaus heftige Einschnitte vorgenommen, die vor allem Krankenhäuser und Allgemeinärzte in Bedrängnis gebracht hatten. Mittlerweile haben wir hier einen Zustand erreicht, wo die Einsparungen und damit der Abbau des gesamten Sozialsystems am deutlichsten zum Vorschein kommt. Die Misere wird durch eine zweite Entwicklung verschärft: Die Privatisierung des Gesundheitswesens und der Pflege mit den mittlerweile sattsam bekannten Folgen: Rationalisierungsmaßnahmen im Namen des Profits treffen nicht nur private Einrichtungen, sondern besonders – durch die Fallpauschalen, die die Kosten in aller Regel nicht decken – die Krankenhäuser in öffentlicher Hand. Ein Problem ist, dass die Einrichtungen der öffentlichen Hand alle Bereiche anbieten müssen, wohingegen sich private Anbieter die Sahnestückchen herausholen können und den Rest der Allgemeinheit überlassen, der dann noch größere Schwierigkeiten bekommt, die Einrichtung und den Betrieb finanzieren zu können. Die Folge: Standards werden heruntergeschraubt, Personal verringert – in der Folge rücksichtslos ausgebeutet. Auch dieser Schraubstock hat zwei Backen: immer weniger Mittel bei ständig wachsenden Ansprüchen durch medizinischen Fortschritt. Viele Kliniken mussten bereits aufgeben, wurden privatisiert oder wegen Unrentabilität geschlossen.
Aus der Aufgabe der Gesundheitsvor- und -fürsorge wurde die Profitorientierung – zumindest Kostendeckung auch für die staatlichen und kommunalen Einrichtungen.
Zur Lösung dieses Problems der kostendeckenden Finanzierung durch die Allgemeinheit ohne dass die dafür notwendigen Beiträge ständig steigen, wäre an dieser Stelle zuerst anzusetzen und die Profitorientierung wieder komplett aus dem Gesundheitssystem – zumindest dem staatlich finanzierten System (gesetzliche Krankenversicherung) – herauszunehmen. Als eines der entscheidenden Systeme allgemeiner Daseinsvorsorge hat sich das Krankenhauswesen wieder völlig auf eine einzige Sache zu konzentrieren: Die Schaffung bzw. Wiederherstellung der Gesundheit der Menschen, die dieses System in Anspruch nehmen (müssen). Daraus folgt die komplette Zurücknahme aller Privatisierungen; außer dem Staat dürfen nur noch Non-Profit-Organisationen, kirchliche, karitative Träger in der Form der Körperschaften des Öffentlichen Rechts im Krankenhauswesen tätig sein. Für Renditen wird im Gesundheitswesen kein Geld bereitgestellt! Kostendeckung wird über die Umlagefinanzierung der Öffentlichen Hand erreicht, d.h. die Kosten werden wieder voll erstattet, die zu einem angemessenen Betrieb von Krankenhäusern notwendig sind – möglicherweise nach bestimmten Richtwerten bzw. Monitoring, um Geldverschwendung zu vermeiden. Damit dürfte dann das Problem der Kostendeckung im Krankenhaussektor vom Tisch sein. Das Gleiche gilt für Arztpraxen: Eine angemessene Ausstattung muss finanzierbar sein! Es bleibt dann lediglich das Problem der Finanzierung von der Mittelherkunft her: Hier kann man ebenso verfahren wie in den anderen Vorsorgebereichen, d.h. über eine Bürgerversicherung einen Obulus von allen Bürgern einheben, da alle Bürger in Zukunft in der gleichen Weise von einem wirklich solidarischen Gesundheitssystem profitieren. Die Bürgerversicherung würde als direkte staatliche Versicherung die bisherigen gesetzlichen Krankenkassen ersetzen, was wegen der hundertfachen Doppelstrukturen mit einem Schlag zu ganz erheblichen

Kosteneinsparungen führen würde. Diese könnten dann höchstens noch als private Zusatzversicherungen weiterexistieren. Der Rest der Kosten wird aus dem Steueraufkommen finanziert. Die Gesundheit eines Volkes ist zu wertvoll, als dass man sie verramscht und abzockt!
Analog dazu könnte man mit der Pflegeversicherung verfahren. Für die häusliche und private Pflege fordert die ÖDP bereits seit langem für die pflegenden Angehörigen ein entsprechendes sozialversicherungspflichtiges Pflegegehalt.

- Verteidigung:
  Eine rein hoheitliche Aufgabe, in der private Anbieter ebenfalls nichts zu suchen haben. Die Aufgabe ist auch völlig klar: Es darf nur um Verteidigung und zwar nur nach außen, gehen! Eine Angriffsarmee darf nicht sein! Weitere Aufgaben – die auch nach innen – sind Katastrophenschutz gemeinsam mit Zivilschutz-Organisationen – THW u.Ä. - Pionierleistungen und Wiederaufbauhilfe nach Zerstörungen – nach außen friedenssichernde Maßnahmen. Sämtliche Einsätze im internationalen Bereich dürfen ausschließlich der Friedenssicherung dienen und sind wie bisher vom Bundestag zu genehmigen! Kriegseinsätze auch im Rahmen von NATO- oder UN-Mandaten haben zu unterbleiben! – „Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen!“ muss oberster Grundsatz bleiben!

  Von diesen Bedingungen ausgehend und in die Breite der allgemeinen Daseinsvorsorge hinein in diesem Zusammenhang:

Wiedereinführung eines Gesellschaftsdienstes (früher: Wehr-/Zivildienst) von etwa einem Jahr. Dabei sollen sämtliche möglichen Arbeitsfelder gleichberechtigt nebeneinander stehen: Ökologischer Dienst: z.B. Renaturierung bestimmter Gebiete, Tierschutz – Sozialdienste: Krankenhaus, Pflegeeinrichtungen, Behindertenheime, KiTas usw. - Zivilschutz: THW, Feuerwehr, Sanitäts- und Rettungsdienste – Wehrdienst: Mit Fokus auf Pionierdienste: Katastrophenschutz, Wiederaufbauarbeit, Friedenssicherung. Dienst mit der Waffe höchstens zur Verteidigung – keine Angriffstechniken! Die Gesellschaftsdienstleistenden – Frauen wie Männer – sollen dabei einen Sold vergleichbar einem Auszubildendengehalt bekommen. – Dies wird unser gesamtes Sozialsystem entlasten – z.B. bei Pflege endlich wieder Zeit für ein Gespräch mit den Pflegebedürftigen und natürlich für eine ordentliche Pflege – die Fachkräfte wären freier für ihre eigentlichen Arbeiten, würden als Ausbilder in der Praxis wahrgenommen und wertgeschätzt. Für die jungen Erwachsenen ist eine solche Lebenserfahrung mittlerweile dringend notwendig, da diese von der Lebenswirklichkeit in den letzten Jahren immer weiter entfernt wurden – Stichwörter dazu: Helikoptereltern, virtuelle Wirklichkeiten, „Bildung beginnt mit dem Abitur!“ etc. – und sie werden immer öfter dadurch zum ersten Mal mit praktischer Arbeit konfrontiert. Angesichts der in einem neuen Wirtschaftssystem veränderten Haltung zu Arbeit als Tätigkeit für das Gemeinwohl wäre dies eine angemessene Lösung so mancher Probleme in unserem Staat und unserer Gesellschaft!

Noch ein Wort zur Gemeinwohlökonomie: Das Konzept der Gemeinwohlökonomie ist zwar zunächst auf betriebswirtschaftlicher Ebene entwickelt worden, lässt sich aber für alle Teilnehmer an einer Volkswirtschaft übernehmen und ist besonders kommunalen Behörden zu empfehlen und ans Herz zu legen. Der etwas größere Aufwand am Anfang wird – das sind die durchgehenden

Erfahrungen – in einen deutlich höheren Ertrag – gemessen an den neuen Werten der Gemeinwohlökonomie – münden und zur Schaffung eines neuen Wirtschaftssystems – auch von der Einstellung der daran beteiligten Menschen – einen entscheidenden Beitrag leisten.

3.4.7.2.2 Die Kapazitäten des Staates

Zur Erfüllung seiner Aufgaben muss der Staat sich um die Versorgung mit finanziellen Mitteln kümmern: Dabei sind sowohl die Einnahme von Steuern und Abgaben als Hauptquelle entsprechend der Aufgaben zu erheben. Außer den bewährten Steuerarten sind v.a. Belastungen von Kapitalvermögen bzw. dessen Erhöhung als Einnahmequelle zu sehen. Ein besonderes Mittel wäre die Änderung der Bilanzierung von Großunternehmen dahingehend, dass in Zukunft die Bilanzierung und damit auch die Versteuerung im Land der Wertentstehung zu erfolgen hat. Damit ist der Steuerflucht von international agierenden Unternehmen in Steueroasen ein Riegel vorgeschoben. Im Falle von Deutschland wird sich ein Großunternehmen gut überlegen, ob es dann den deutschen Markt verlässt und lieber auf die Einnahmemöglichkeiten verzichtet. Der Haken an der Sache: Wir werden das zumindest nicht ohne die EU bewerkstelligen können! Hinzu kommt die – unter den bereits genannten Bedingungen – mögliche Schaffung und Ausgabe von Geld, zur Finanzierung von Aufbauleistungen für die Infrastruktur – auch unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit bei der Generierung von Wirtschaftswachstum. Hier sind die ökologischen Grenzen einzuhalten!

Eine weitere Mittelherkunft kann mit der Wiedereinführung eines Gesellschaftsdienstes die menschliche Arbeitsleistung sein, die eine nicht unerhebliche finanzielle Entlastung zugunsten anderer Aufgaben bewirkt.

Bereits mit dem Vorschlag der Änderung in der Bilanzierung wurde die Schwierigkeit der Durchsetzung aller – v.a. der das Finanz-Kapital betreffenden – Maßnahmen auf rein nationaler Ebene angesprochen: Da wir als EU-Mitglied bereits eine ganze Reihe an Privilegien an die EU abgegeben haben – allen voran unsere Währungshoheit, kann der deutsche Staat etliche Maßnahmen gar nicht mehr alleine durchführen; andere im Alleingang sind mit einem gewissen Risiko verbunden, dass dies mindestens zu äußerstem Unmut seitens der europäischen Partner führen könnte; und wieder andere könnten von der EU konterkariert werden und wirkungslos verpuffen oder über Gegenmaßnahmen ins Gegenteil verkehrt werden. Es ist also grundsätzlich wichtig, alle diese Maßnahmen mit unseren Partnern bzw. auf EU-Ebene anzusprechen und zu verhandeln. Wir sind nicht alleine auf der Welt – das wollen wir auch nicht sein! - Außerdem ist unser System auf Offenheit angelegt – auch mit internationalen Partnern, d.h. die Probleme und die beabsichtigten Maßnahmen zur Lösung sollten mit ihnen auch angesprochen und verhandelt werden. Dem Klima und der Umwelt ist im Endeffekt auch nur dann wirklich geholfen, wenn sich ein gutes System auch möglichst weltweit durchsetzt. Dafür lohnt es sich ganz sicher, mutig voranzugehen. Vorangehen bedeutet aber nicht: Alleine gehen, sondern möglichst alle mit sich ziehen, zu überzeugen und schließlich gemeinsam den neuen Weg zu gehen.

4 Schlussbetrachtung:

Was haben wir gemacht? - Wir haben miteinander diskutiert und analysiert: Was sind die Hauptfaktoren für den Wachstumszwang? - Haben dann entschieden: Welche davon sind gefährlich und müssen beseitigt werden? - Welche haben kaum oder keine Auswirkungen? - Welche sind sogar positiv, nützlich oder gar wichtig, so dass wir auf sie nicht verzichten können? - Wir haben also keinen Rundumschlag gegen ein Feindbild „Wachstumszwang“ oder ein Feindbild „Wirtschaft“ geführt, sondern Sachlagen gegeneinander abgewägt und daraus Maßnahmen gewonnen, wie wir die schädlichen Faktoren ausschalten können. Maßnahmen alleine machen aber noch kein Wirtschaftsprogramm aus. Es geht um die positive Gestaltung eines Systems: Das haben wir im Grunde nach der klassischen volkswirtschaftlichen Aufteilung der verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft – Bankensektor, Unternehmenssektor, Privatsektor und schließlich Staatssektor – vorgenommen, allerdings erweitert um den „gewissen Unterschied“, den wir machen wollen und um dessentwillen wir aufgebrochen sind – Energiewende und Ressourcen – sowie dem Wirtschaftssektor den Sektor gegenübergestellt, der ganz offensichtlich in Wirtschaftsmodellen – unseres Erachtens: sträflich – vernachlässigt oder einfach mit „hinein gewurschtelt“ wird: Die Landwirtschaft.

Das Besondere an dieser Zusammenstellung von sonst oft isoliert betrachteten Themen: Hier werden Überschneidungen, gegenseitige Einflüsse – Widersprüche und Gegensätze, aber auch Synergien – deutlich. Alles hängt mit allem zusammen; ich kann nicht einfach etwas verändern, ohne zu bedenken, dass sich damit auch viele andere Dinge mit ändern. So hilft eine pauschale Begrenzung des Wachstums oder gar ein Null-Wachstum zweifellos zur Schonung von Ressourcen. Allerdings wird damit auch die dringend notwendige Energiewende mindestens gebremst. Zusätzlich verliert die Wirtschaft an Wirtschaftskraft, was dazu führt, dass die sozialen Aufgaben des Staates nicht mehr in dem gewohnten Umfang finanziert werden können, weil der Staat weniger Geld einnimmt. Die Finanzierung eines wie auch immer gearteten Grundeinkommens wird schwierig bis unmöglich. Damit aber Energiewende, Klima- und Artenschutz von allen getragen werden kann, bräuchte es gerade auch eine bessere finanzielle Ausstattung für die unteren Einkommensschichten. Das betrifft insbesondere die Wende in der Agrarpolitik: Wenn hier mehr ökologisch produziert werden soll, brauchen die Bauern dafür auch eine bessere Entlohnung – bessere Qualität kostet auch mehr – das kann aber nur gelingen, wenn auch wirklich alle an dieser Agrarwende teilnehmen können – auch als Verbraucher. Die Kunst besteht also darin, Wege zu finden, dass nicht ein Thema gegen die anderen ausgespielt wird, sondern Ausgleichsmöglichkeiten, wenn möglich sogar Synergien gefunden werden.

Auch, wenn das Symposium den Titel trägt: „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“ und damit die Wachstumskritik als Zweck unseres Arbeitens nahelegt, so ist dieser „Zweck“ wohl eher „Mittel zum Zweck“: Er dient dem höheren Ziel der Bewahrung unserer Schöpfung, d.h. der Begrenzung des Klimawandels, der Erhaltung der Artenvielfalt, ganz allgemein: dem Umweltschutz – letztendlich einer „enkeltauglichen“ Zukunft auf unserem schönen Planeten, den wir gerade dabei sind, aus reiner Gier und immer mehr Haben-Wollen (Wachstumszwang) zu plündern und damit die Zukunft unserer Kinder und Enkel zu verfrühstücken.

Exzerpt der Veranstaltung

5 Podiumsdiskussion:

5.1 Podium

Binswanger: Wenn Kapital der wichtigste Produktionsfaktor ist, dann muss dieses System ständig wachsen, weil Unternehmen Gewinne erwirtschaften müssen; das geht so lange, so lange die Wirtschaft allgemein wächst.

Kapital als Produktionsfaktor ist menschengemacht, also beliebig erweiterbar im Unterschied zum Boden, damit wurde das Wirtschaftswachstum in Gang gesetzt. Aber nicht nur in Gang gesetzt, es ist auch systemnotwendig, weil wir gleichzeitig auch in einer Geldwirtschaft leben, und das wichtigste Ziel ist: Unternehmen müssen Gewinne produzieren! Wie ist es möglich, dass Unternehmen im Endeffekt immer mehr Geld einnehmen, als sie ursprünglich ausgeben? Früher war immer: Ausgaben gleich Einnahmen (stationäre Wirtschaft). Über Geldschöpfung kommt es zu Gewinnen und die müssen irgendwann in reale Werte umgesetzt werden, d.h. wir brauchen am Ende reales Wirtschaftswachstum. Das war über lange Zeit auch erwünscht. Aber jetzt merken wir, dass dieses Wachstum uns erstens nichts mehr bringt – uns nicht glücklicher macht – und zweitens, dass dieses Wachstum nun erhebliche Kollateralschäden hinterlässt in der Umwelt. Leider kommen wir nicht so einfach da raus!

Kreiß: Keynes hatte bereits in den 30er-Jahren gesagt: Zunehmende Produktivitätsfortschritte ummünzen in „mehr Sein“ statt in „mehr haben“

Frage: Warum arbeiten wir immer noch 40 Stunden pro Woche, obwohl die Maschinen heute so produktiv sind, dass wir alles auf ein Fünftel reduzieren könnten. Woher kommt das? Wir haben uns darauf verständigt: Mehr haben statt Sein!

Künstliches Wachstum erzeugt durch geplante Obsoleszenz.

BWL-Studenten kommen nach 4 Jahren Studium ganz erheblich egoistischer raus, als sie hineingegangen sind, d.h. wir müssen im Grunde unsere Lehrbücher umschreiben: Weg vom Egoismus und dem Faustrecht des Stärkeren!

Hinter dem, was die VWL-Lehrbücher sagen, steht ein sehr materielles und utilitaristisches Weltbild. Hier müssen wir ansetzen!

Irmi Seidl: Ein Fokus unserer Wachstumsabhängigkeit der Wirtschaft liegt auf der Erwerbsarbeit – fast 70% des Haushaltsbudgets kommt aus den Arbeitseinnahmen: Einkommensteuer und Sozialabgaben (Wirtschaftseinnahmen). ➔ D.h. ohne Wachstum gerät unser Sozialsystem in Gefahr. Daher muss das in Zukunft weniger auf Erwerbsarbeit beruhen!

Erwerbstätige müssten dann aber mit weniger Geld auskommen: Wir brauchen mehr Subsistenzwirtschaft zur individuellen Existenzsicherung:

- Neue Faktoren der Wohlstandsmessung,
- Förderung des Ehrenamts
- Monetären Generationenvertrag ergänzen durch sozialen/materiellen Generationenvertrag
- Befriedigende Tätigkeiten: Auch für Nicht-Geld arbeiten
- Monetären Generationenvertrag durch sozialen Generationenvertrag ergänzen

Martin Quaas: Er hat die Hoffnung auf den Kompromiss: Wachstum und trotzdem ressourcenschonend! Er ist aber eher pessimistisch, dass wir uns in diese Richtung entwickeln. Das Ziel dürfen wir trotzdem

nicht aufgeben. Die Grenzen des Wachstums haben wir seit Jahrzehnten erreicht und hätten seitdem schrumpfen sollen: Der Verbrauch und damit der Schaden an den Ökosystemen ist immer weiter vorangeschritten. Den Fokus auf das Wirtschaftswachstum zu legen, ist fehl am Platz: Man muss sich das differenziert anschauen: Was sind die Umweltgüter, was sind welche produzierten Güter? – Es gibt eine ganze Reihe von neuen Produkten, wenn es dort Verbesserungen gibt, die uns wirklich helfen, ohne die Umwelt weiter zu belasten. Dann gibt es auch keine Probleme mit Wachstum.

Oliver Richters: Wir können die Marktwirtschaft reparieren: Es gibt keinen Systemzwang zum Wachsen; das ist eher ein sozialer Wachstumszwang.

Das Problem ist eher die Norm, für das Geld etwas leisten zu müssen.

Ein Wichtiger Wert: Wer den Nutzen hat, muss auch die Kosten dafür tragen!
Natürliche Ressourcen: Wer die verbraucht, muss meistens nicht die Kosten dafür tragen. Hier muss die Koppelung wiederhergestellt werden.

Isabella Hirsch: Die Verbindung zwischen landwirtschaftlicher Produktion und Verbrauchern ist verlorengegangen durch das immer mehr immer wirtschaftlicher! Daraus folgt: Industrialisierung ist nicht die absolute Betriebsgröße, sondern die Reduzierung des landwirtschaftlichen Betriebs mit Böden, Tieren, Pflanzen und Menschen auf die Eigenschaft von Produktionsfaktoren, die beliebig optimiert werden können. Die fast automatische Folge ist ein ökologischer Schaden, weil das Leben, die Umwelt, darin keinen Wert darstellt.

Beispielsweise: 40 – 50% der Produkte werden weggeschmissen, weil sie nicht gewinnbringend verkauft werden können.

Kreiß: Der Kulminationspunkt des sinnvollen Wachstums durch neue, hilfreiche Produkte ist längst überschritten. Weitere Produkte werden nur durch Werbung noch abgenommen, haben aber keinen wirklichen Verbesserungswert mehr: mehr und mehr bringt nichts, außer Umweltschäden.
➔ Die Werbung ist eine Pest, die uns alles mögliche aufdrängt. Das sagt schon Pigou: „Werbung muss verteuert werden, hochversteuert!“ Wir brauchen eine Werbungseinschränkung !

„Unnötige Arbeit“ – der Begriff existiert in der Wirtschaft überhaupt nicht – das ist ein Skandal!

Das BIP ist eine problematische Größe, da es z.B. korreliert ist mit „wichtigen Wachstumsfaktoren“ wie Säuglingssterblichkeiten! Das BIP ist positiv korreliert mit Katastrophen, weil diese für neue Produkte sorgen.

Die Frage muss sein: Was brauche ich wirklich – was will ich denn wirklich?

Binswanger: Wir leben nicht mehr in einer Bedürfnisdeckungswirtschaft, sondern in der Bedürfnisweckungswirtschaft!

In den USA hat man sich bereits in den 50er-Jahren Gedanken gemacht, wie man trotzdem neue Produkte vermarkten kann: Jedes Jahr ein neues Modell mit neuen Features; geplante Obsoleszenz; psychologische Schrottreife; Statussymbole

Das Problem wird verharmlost: Grünes Wachstum ist nicht möglich! Einfach bestimmte Dinge verteuern, dann fällt der Wachstumszwang weg!

Das ist ein Dilemma/Widerspruch: Auf der einen Seite Wohlstandswachstum und auf der anderen Seite eine intakte Umwelt! Wir müssen uns entscheiden!

Sommer: Es ist die neue Religion des ewigen Wachstumsmantras!

Blackrock sammelt jeden Tag 1 Milliarde € ein – was brauchen wir noch an Wachstum? – 2 Milliarden!?

Die Frage nach der Wachstumsfrage ist eine Verteilungsfrage und zwar auch weltweit.

Irmi Seidl: Es ist nicht nur die Wachstumsfrage an sich (s. Blackrock), sondern auch: In der Ungleichverteilung liegt selbst eine Wachstumsdynamik, weil diejenigen, die weniger haben, möchten es gerne denen, die mehr haben gleich tun und das löst einen Wachstumseffekt aus.

Das sieht man an weiteren Effekten: In den USA sind genau dort, wo die Ungleichverteilung besonders groß ist, auch die Verschuldungen besonders hoch – diese Dynamik muss herausgenommen werden!

Uns wird weis gemacht, dass es nur technischen Fortschritt gibt, wenn es Wachstum gibt: Eine der größten ideologischen Fehlinformationen!

Richters: Wir brauchen eine Deckelung, d.h. Lösungswege zur Schrumpfung: wir versuchen immer das soziale Problem zu lösen über Schädigung der Umwelt – das sollten wir nicht mehr tun! Wir müssen das soziale Problem schon selbst lösen.

Die Hauspreise gehen immer noch höher – es sind aber eigentlich Bodenpreise! – Der Spruch der Makler: „Die Drei wichtigsten Kriterien: Lage, Lage und Lage!“

Niemand kann beliebig viel leisten! Damit man’s nicht merkt, haben wir ein möglichst kompliziertes Konstrukt gebaut, um die Kosten zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren: Kosten und Nutzen fallen völlig auseinander; das widerspricht fundamental einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft! Das muss wieder stärker aneinander gekoppelt werden, damit wir wieder eine größere Gerechtigkeit bekommen – erst dann sind wir in der Lage, das soziale Problem nicht mehr auf die Umwelt abzuwälzen!

Isabella Hirsch: „Markt ist schön, aber der kennt keine landwirtschaftlichen Probleme – schlechtes Wetter, kranke Tiere etc.! Markt funktioniert nicht wirklich gut in der Landwirtschaft!“

Der Markt ist menschengemacht, d.h. gezielt so gestaltet – alles auf Menge und Größe gebaut. Also ist auch hier Korrektur möglich: Wir brauchen nur die Förderungen an die richtigen Kriterien knüpfen. – Das ist längst bekannt: Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (abl) hat da einen Forderungskatalog erstellt.

Wir haben in der Landwirtschaft den Eindruck, dass Landwirtschaft nur ein Durchlauferhitzer ist: Der Bauer bekommt gerade noch so viel, dass er’s macht!

Quaas: Positive Visionen können leicht durch ein entsprechendes Maßnahmenpaket aufgestellt werden. statt Flächenprämien sollen Prämien für ökologischere Leistungen gewährt werden. Marktkräfte könnten Co2-Steuer einführen von 200.-- €/tonne (Umweltbundesamt); das wären dramatische Veränderungen!

5.2 Fazit:

Irmi Seidl: Zu Arbeit und Landwirtschaft: Ökologische Landwirtschaft braucht mehr Arbeit: Wir könnten also öffentliche Zahlungen an Landwirtschaft an die Anzahl der Arbeitskräfte binden und viel mehr Leute mit Landwirtschaft in Verbindung bringen, z.B. solidarische Landwirtschaft: Wie viele Menschen schaffen in diesem Betrieb?

Binswanger: Zum ökonomischen Schrumpfungsprozess: Es sieht weltwirtschaftlich überhaupt nicht danach aus. Das muss global betrachtet werden: Ein wesentlicher Treiber sind die AGs, die an der Börse

agieren. Da geht's nicht nur um gegenwärtige, sondern auch um zukünftige Gewinne: Der Shareholder Value ist immer ein entsprechendes Kriterium. Davon müssen wir weg: Es könnte in Richtung auf Genossenschaft gehen!

Kreiß: Die Gesetze, die wir haben, sind menschengemacht (Isabella Hirsch) – wir können sie ändern!

Global sehen, lokal handeln!

Richters: Zu Politische Veränderungen: Wir brauchen dringend bessere Regeln für die Märkte. Es gibt Konzepte, die soziale Gerechtigkeit und ökologisches Handeln verbinden. Hier brauchen wir eine richtige Botschaft!

Quaas: Motto der Tagung ist der falsche Ansatz! Nicht: Wirtschaft ohne Wachstumszwang, sondern: Wie gestalten wir wirtschaftliche Entwicklung? Es ist eine gute Wahl, auf Märkte zu setzen, wegen der Freiheit: Wir dürfen uns dem Zwang zu kaufen nicht unterwerfen: Aber wie können wir das ökologisch-sozial wirkungsvoll gestalten? – Da muss es hin gehen: An welchen Stellen wollen wir unsere wirtschaftliche Entwicklung umgestalten?

Seidl: Märkte sind ein guter Koordinationsmechanismus, aber sie müssen ökologisch und sozial begrenzt werden! Die Geschichte von der Selbstbestimmtheit des Menschen ist nachweislich ein Märchen: Es werden unendlich dumme Entscheidungen getroffen wegen Wachstums!

Die ganze Wirtschaftsankurbelungspolitik: Das sind ökologisch und sozial zerstörerische Entwicklungen!

Sommer: Märkte schaffen keine Freiheit! Das ist ein Märchen: Märkte schaffen Probleme, wenn wir sie nicht endlich mal steuern: Wir regulieren, aber wir steuern nicht! Wir wollen die Zukunft gestalten und fordern Leistung. dann besteuern wir die Leistung, das ist genau das Gegenteil!

Wir dürfen Marktwirtschaft nicht mehr als selbstregulierendes Ökosystem erkennen – das hat versagt. Als Gesellschaft kommen zuerst die ökologischen Grenzen, dann kommt soziales Wohl und an dritter Stelle kommt die dazu notwendige wirtschaftliche Handlung.

„There is no culture without agriculture!“ - Wir müssen uns wieder darum kümmern!

5.3 Publikumsgespräch

Binswanger: Wir tun nach wie vor so, als ob wir in einer Tauschwirtschaft leben würden – von der ökonomischen Theorie her gesehen: Geldwirtschaft ist völlig ausgeblendet! Die berühmte „Unsichtbare Hand“ – das ist heute eine Fiktion! Mittlerweile wird heute dermaßen viel Geld produziert, dass es nicht im Ansatz in der realen Wirtschaft untergebracht werden kann, weil nicht genügend Investitionsmöglichkeiten in der realen Wirtschaft da sind. Es wird also immer wieder in der Finanzwirtschaft zirkuliert und sucht sich Anlagemöglichkeiten: So lange die Aktien- Immobilien- etc. -Preise steigen, kann man immer wieder einem anderen das zu einem höheren Preis verkaufen. Das bedeutet aber: spekulative Blasen sind zu einem Dauerphänomenen geworden. Die funktionieren aber nur bei einer Idee von realem Wachstum, die Nachfrage muss steigen, damit die Börsenkurse immer weiter steigen. Steigendes BIP: D.h. in Zukunft immer höhere Gewinne, sonst kommt der Crash! Das verschärft den Wachstumszwang noch einmal erheblich: Wichtig: Er muss die Werte garantieren! Zusätzlich geht es um die Finanzwerte: Das treibt die Wirtschaft sehr stark an: Nicht mehr die Konsumenten – außer in den weniger entwickelten Ländern, wo noch Bedürfniswirtschaft wächst – sondern die Wirtschaft selbst kurbelt das an!

Zur Frage: Brauchen wir das noch? - Überhaupt nicht von den Bedürfnissen der Verbraucher her, aber von den Bedürfnissen der Wirtschaft her wird‘s gebraucht!

Kreiß (7 Jahre Investmentbanker gewesen): Börsen hatten mal eine gute Funktion, sind aber heute total pervertiert: Ein Unternehmen mit 10.000 Arbeitnehmern zu verkaufen, ist eine Absurdität! Das haben nicht die drei Eigentümer erwirtschaftet, sondern die 10.000 Menschen: Die Idee dahinter ist falsch! – Diese Unternehmen gehören in Genossenschaftshand, in Stiftungshand, in Bürgerhand und nicht in die Hand weniger Promille der Weltbevölkerung! Finanzmärkte haben sich in völlig absurde Formen wegbewegt.

Brückner: Frage nach Heuschrecken, die sich auf die Landwirtschaft stürzen: immer mehr Investoren: „Geld sucht einen Platz, wo es hinkann.“

Isabella Hirsch: Antwortet mit dem Bodenverkehrsgesetz: Da gibt es ein landwirtschaftliches Bodenvorkaufsrecht für Landwirte: Das wird umgangen und dazu auch noch die Steuerabgaben: Es könnte geändert werden und wird nicht geändert!

Fasst BV Art. 163 - 165 zusammen: Grund und Boden dienen vorrangig dem Landwirt zur Lebensmittelproduktion. Aber politischer Wille zur Veränderung ist nicht vorhanden: Z.B. Ausgleichsflächen werden von Städten im großen Stil aufgekauft.

Seidl: Zu Subventionen: 20% der Empfänger in D erhalten 80% der Subventionen; in der EU sind es durchschnittlich 30%!

In der Schweiz kann kein Boden außerhalb von Landwirtschaft erworben werden – das sollte in D diskutiert und eingefordert werden!

Sommer: Nehmt diesen Wachstumsfetischisten endlich ihren Wachstumsbegriff weg!

Richters: „Wir sind Wissenschaftler, das sind Leute, die auch was Neues erfinden wollen, aber nicht glauben, dass es freiwillig irgendjemand kauft.“

Binswanger: Womit dieses Wirtschaftssystem nicht umgehen kann, das sind Grenzen: die sind immer wieder beseitigt worden: Suffizienz hat sich nie durchgesetzt Effizienz schon! Das System muss gewaltig verändert werden!

Publikumsbeitrag: Die Finanzmärkte sind völlig entkoppelt und produzieren Geld ohne Ende! Das liegt am Zinseszins!

Binswanger dazu: Das Problem: Finanzmärkte sind eben nicht entkoppelt!

Der Zins als zentrales Problem ist nicht korrekt: Solange man mit Kredit nachher mehr produzieren kann, sind Zinsen gerechtfertigt; aber es ist denkbar, dass man dafür sorgt, dass alles Geld, das auf unseren Girokonten liegt, dieselbe rechtliche Substanz hat, wie das Bargeld.

„Meine Idee für Marktwirtschaft ist Begrenzung – Machtbegrenzung: Obergrenzen für Rohstoffverbrauch, Untergrenzen bei Einkommen, aber auch Obergrenzen! Das machen wir durch Steuern. Machtbegrenzung in der Demokratie gekoppelt mit Machtkonzentration in der Wirtschaft, wo genau das oberstes Ziel ist: Kein Wunder, wenn Wirtschaft die Demokratie dominiert.

Grenzen setzen muss politisch passieren! – Es sind die Machtfragen: Marktwirtschaft funktioniert nur gut mit gesetzten Grenzen!

Einwurf durch Einsiedler: Wie muss ich den ganzen Weg so aufbauen, dass er von den Menschen angenommen wird und dass sie ihn mitgehen? Was muss ich tun, dass die Menschen das neue System annehmen?

Zum Bildungssystem: Wozu erziehen wir unsere Kinder? - Wir erziehen sie zum Wettbewerb; ein Miteinander gibt‘s fast nicht! Die Bildung ist fast weg, es gibt nur noch Ausbildung auf den Beruf!

Die Finanztransaktionssteuer funktioniert nicht wirklich: Es trifft nämlich immer die Falschen. – „Wenn wir‘s nicht machen, dann machen‘s die anderen!“

Unser Problem für Änderungen: Der Problemdruck fehlt!

Seidl: „Wir verzichten auf unheimlich viel: Lärmfreies Schlafen, auf Plätze, wo Kinder sich bewegen können, plastikfreie Lebensmittel etc. – Wenn wir umstellen, werden wir auch sehr viel gewinnen!

Durch Handelsverträge haben wir uns gegenseitig abhängig gemacht und uns zahlreiche Nachteile eingehandelt Es ist ein Dilemma! – Wenigstens bei neuen Verträgen könnten wir es besser machen!

Zur Frage nach Carearbeit und Bedürftigkeit verweist Gabi Schimmer-Göresz auf die ÖDP-Forderung nach einem Erziehungsgehalt hin

6 Samstag: Workshops

6.1 Günter Grzega: Finanz- und Geldwirtschaft ohne Wachstum

Siehe hierzu PPP zur Finanzwirtschaft von Günter Grzega!

6.2 Herbert Einsiedler: Betriebswirtschaftliche Aspekte wachstumslosen Wirtschaftens

Was ist BWL: Führen, steuern, Organisation!

Die Grundannahme der BWL: Alle Güter sind knapp. BWL verwaltet Knappheit! Man muss auf den Engpass schauen: Wie gehe ich damit um? Sauberes Klima ist knapp – saubere Luft ist knapp! Damit muss ich umgehen. Geld ist nicht überall knapp – in der VWL nicht, in der BWL schon!

BWL managt Knappheit – das ist vergleichbar mit der Ökologie!

BWL ist die Beschäftigung mit einzelwirtschaftlichen Unternehmen. Der Ist-Zustand, der Zielzustand sind einfach zu beschreiben; Das Problem: Wie komme ich zum Ziel?

Grundfrage dabei immer: Welche Art von Menschen habe ich? - Mit denen muss ich umgehen und denen muss ich das verkaufen.

Zu den Wachstumsraten: in den letzten 2000 Jahren: Bis 1750 gab es praktisch kaum Wachstum: Pro Kopf 0,006%; ab 1750: Mehr Menschen und das Wachstum pro Kopf ist gewachsen; ab 1820 dann plötzlich ein überproportionales Wachstum!
Solange der Wachstumsfaktor unter 1,0 liegt, ist das Wachstum vernachlässigbar. Über 1,0 steigt die Kurve plötzlich steil an, d.h. damit werden unsere Ressourcen überproportional verbraucht ab 2,5% Wachstum geht die Post ab: Pro Generation packe ich 110% drauf; 2,1-

faches Wirtschaftswachstum bedeutet auch 2,1-facher Ressourcenverbrauch! Das kann nicht lange durchgehalten werden, weil der explodiert!

Um 1750 wurde das Papiergeld „erfunden“; mit dem früheren Geldsystem, das an Gold- und Silbermünzen gebunden war, war Wachstum nicht möglich.

Technischer Fortschritt: So richtig erst möglich wegen der Verheizung von Kohle, Öl – später dann Atomkraft.

Buchhinweis: Thomas Piketty: Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus: historische Daten zusammengetragen und aufgeschrieben.

Es ist ein Unterschied: „Wachstumsursache und Wachstumswirkung: Wir haben ein System, das zwangsweise wächst; das bricht sich seinen Weg wie eine Flut: Wenn da eine Mauer im Weg ist, dann ist die Mauer weg, aber die Flut schießt weiter. Der Wachstumszwang haut Teile vom System weg – zwangsläufig – sonst müsste man den Wachstumszwang wegnehmen können.“

Bis Mitte der 70er Jahre herrschte bei uns der Ordoliberalismus vor, der hat aber das Wirtschaftswachstum limitiert. Die Folge war, dass die Vertreter des Neoliberalismus dafür gesorgt haben, dass die Grenzen aufgehoben wurden.

Kritische Anfrage Herbert Einsiedlers: Ob wir überhaupt einen Neoliberalismus haben. Für ihn ist das eher eine Wirtschafts-Oligarchie, „die alles beherrscht, und die schert sich, wenn‘s um die Dritte Welt gibt oder die kleinen Unternehmen, einen Dreck um Neoliberalismus, sondern dann zählt nur die Macht! … Wenn wir ja nur Neoliberalismus hätten, dann hätten wir ja einen freien Markt. Aber den haben wir ja nicht!“

Mit dem alten Banksystem und den Handelsgrenzen wäre ein solches Wachstum gar nicht möglich gewesen.

Unsere Situation: „Wir haben jetzt kein Wahlrecht mehr: Es geht nicht mehr darum: Wir wollen eine wachstumsfreie Ökonomie oder nicht, sondern wir haben das Wahlrecht: Knallen wir gegen die Wand oder bremsen wir?“

„Wenn wir eine Postwachstumsökonomie wollen, dann schauen wir uns doch erst mal die Pre-Wachstumsökonomie an, ob wir vielleicht davon etwas lernen können!“

„Warum wachsen Unternehmen? - Volkswirte sagen: Wegen der Share Holder. Betriebswirte sagen: Wegen der Economy of scales: Wenn ich groß bin, kann ich billiger einkaufen, wenn ich meine Kosten nicht mehr kriege, bin ich aus dem Markt! – ‚Kostenvorteile kommen über den Einkauf!‘“

Betriebsgröße ist ein entscheidendes Kriterium:

Die Politik tut so, als könnte man ein 10-Mann-Unternehmen führen wie ein 1000-Mann-Unternehmen – ein kleines Unternehmen hat im Verhältnis wesentlich mehr Kosten, weil sie die selben Rahmenbedingungen erfüllen müssen wie die Großen; Beispiel aus der jüngsten Geschichte der ÖDP: Datenschutzbeauftragter.

Die Politik ist hier gefragt durch Lenkungsinstrumente: Sie muss die Wettbewerbsvorteile – geringere Gestehungskosten beim Einkauf etc. – der Großen gegenüber den Kleinen

ausgleichen; zumindest in dem Maße, dass kleine Unternehmen damit nicht in die Enge getrieben werden und in Existenznot geraten!

Und das sind keine Peanuts! Das ist empirisch gemessen: immer zwischen 20 und 30%: Wenn ich die Menge meiner Produktion verdoppele, kommen Kosteneinsparungen in etwa dieser Höhe raus.

Wenn der andere (Konkurrent) nicht mitwächst, ist er bald raus, weil er auf Dauer nicht mithalten kann bei diesem Kosten-Unterschied!

Im Endeffekt: Wenn der Kleine klug ist, verkauft er sein Geschäft, solange es noch läuft, damit er nicht sich selbst ruiniert. Es ist klar, was folgt: Marktkonzentration und daraus Oligopolbildung!

Doch, es gibt Möglichkeiten, diese Entwicklung zu verhindern: Der Kleine findet eine Nische. Ansonsten geht nur: Verhindern, dass Kostenvorteile aus der größeren Menge erwachsen.

Beispiel aus dem Publikum: Genossenschaftskelterei und Fruchtsaftindustrie: Wir haben eine kritische Betriebsgröße – mehr als 10 Mitarbeiter – wir haben aber die Menge nicht und können nicht günstiger produzieren. Einziger Ausweg ist, dass einige von uns ehrenamtlich mitarbeiten.

Einsiedler: Rat als Praktiker: Die Regelungen greifen auf Betriebsebene – aber nicht auf Unternehmensebene! Die Lösung: aus einem Unternehmen mehrere Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern machen, dann ist man da raus!

Wenn das Recht so ungerecht ist, muss man Wege finden, es zu umgehen! Die Regeln sind blöd! Ziel wäre, die Gesetze zu ändern und an der Praxis zu orientieren!

Bessere Möglichkeiten gibt es über Genossenschaftsgründungen!

Der Vorschlag, sich mit anderen etwa gleich großen Unternehmen zu verbünden, hat ein Problem: Das Kartellrecht! – Dann machen wir halt eine Einkaufsgenossenschaft! Das zählt zum Genossenschaftswesen!

Für das neue System: Der Volkswirtschaftliche Rahmen muss sein: Ordoliberalismus, damit kann ich das Wachstum begrenzen, d.h. wieder Ordnung in das System bringen!

Die Frage nach der Inflation: Der Unterschied zwischen Real- und Nominalrechnungen: Realrechnungen haben die Inflation bereits eingepreist; damit gibt es keine Realveränderung – kein Wachstum aus Inflation!

Zur Frage nach Rahmenbedingungen im Unternehmen, die ohne ständiges Wachstum auskommen: Antwort: So lange die Rahmenbedingungen so sind, muss ich damit umgehen. Die Regeln müssen geändert werden!

Einwurf: Zu Wettbewerbsverzerrungen: Großbetriebe zahlen viel weniger für Strom und auch für Wasser.

Anfrage: Bisher haben wir im Endeffekt immer über das Geld geredet. Wie kann man Gemeinwohlkriterien in die betriebswirtschaftliche Rechnung einführen? – Das ist eine Aufgabe für ein neues System!

6.3 Dietrich Pax: Landwirtschaft unter Rücksichtnahme auf Mensch und Natur

Zeichnet eine Grafik: Flächen mit Schnittmengen: Wirtschaft – Natur – Mensch. Die Grundlage unseres Erlebens ist die Getrenntheit der Bereiche mit kleinen Überschneidungen. Dort muss ich Rücksicht auf den jeweils anderen Sektor nehmen. Im jeweiligen Sektor selber kann ich tun und lassen, was ich will. – Dieses Bild ist falsch!

Die Wahrheit: Die Natur umfasst alles, darin sind wir Menschen, darin ist die Wirtschaft eingebettet. Weil alles vor dem Hintergrund der Natur stattfindet, ist alles, was wir tun, in Beziehung zur Natur, sind wir selbst Teil dieser Natur.

Frage: Wer ist hier Dienstleister? – Die Wirtschaft ist für die Menschen und letztlich auch für die Natur da! Deswegen müssen wir diese Rücksichtnahme auf Mensch und Natur haben, sonst funktioniert‘s nicht: Als Menschen haben wir Verantwortung für die Gestaltung in beide Richtungen: Natur und Wirtschaft: Diese Verantwortung haben wir nicht übernommen: Derzeit dominiert unsere Wirtschaft den Menschen und die Natur. Das wollen wir ändern.

Wir kümmern uns nun aber besonders um die Landwirtschaft:

Wenn ich eine Wiese mähe, wird der Storch die Frösche besser finden, als mit hohem Gras. Damit habe ich die Natur verändert – das ist noch nicht per se schlecht, aber anders.

Beeinflusste Natur ist keine Natur mehr, sondern Kultur!

Wir können unendlich in die Natur eingreifen, aber: wir tragen Verantwortung für alles, was wir tun. Moderne Landwirtschaft greift sehr tief ein das führt zu gravierenden Veränderungen. Um 1900 wurde erheblich weniger Natur verändert. Als dann der Messerbalken erfunden wurde, mussten die Bauern alle 20 Meter anhalten und die aufgespießten Frösche entfernen. Heutzutage fangen Störche keine Frösche mehr, sondern Mäuse! Die mussten ihre Futtergewohnheiten ändern.

Diesen Prozess haben wir über viele Jahre begleitet: Mit Geld! Den Landwirten klar gemacht: Sie müssen mehr produzieren! - Wir produzieren immer mehr und exportieren und machen im Ausland Märkte und Landwirtschaft kaputt.

Dafür importieren wir dann unendlich Futtermittel, um unsere Fleischproduktion anzukurbeln: Das Schweinefleisch verkaufen wir dann an China – ein Irrsinn!

Frage: Was macht in welcher Region Sinn und wie erreichen wir regionale Ernährungssouveränität?

In anderen Sprachen heißt das agriculture, also „Kultur“; hier heißt es Landwirtschaft, also „Wirtschaft“ – das Wording macht etwas mit uns.

Einwurf: „Die Bauern haben sich früher geplagt“ – stimmt so nicht: Vieles war Weidewirtschaft seit der letzten Eiszeit. Die Wiese war ein Kunstprodukt, noch nicht einmal 200 Jahre alt.

Wir Bauern sind der Durchlauferhitzer; Wir sollen nur so viel bekommen, dass es gerade so funktioniert, Wichtig ist, dass die Wirtschaft brummt, dass die Treckerfirmen, Agrochemie etc. gut verdient.

Heute sind wir wesentlich mehr Menschen auf der gleichen Fläche, d.h. mit Weidewirtschaft können wir nie so viele Menschen ernähren! Dagegen mit Gemüseanbau kann auf der gleichen Fläche ein Vielfaches an Nahrungsmitteln erzeugt werden.

Einspruch: Wir brauchen auch die Tiere, um den Dünger zu erzeugen! – Einspruch dagegen: Man kann auch mit Gründüngung viel tun!

Die Frage nach der Qualität der Produkte wird kaum bemerkt Wir merken gerade, wenn wir uns mal nicht wohlfühlen, aber wenn wir uns nach einem Essen wohlfühlen bemerken wir nicht: „Masse statt Klasse“, um möglichst viel zu produzieren:

Die Folge: Durch die Intensivierung haben wir die Landschaft in enormem Maße verändert, Landschaften geschaffen, was für ganz viele Organismen – auch uns Menschen – sehr abträglich ist: Artenvielfalt nachhaltig geschädigt, Kulturlandschaften zerstört.

Pax: Mit seinen Tieren bindet Pax Borreliose dadurch, dass sich die Zecken an den Schafen gut tun und die Zecken dann satt sind – es existieren dazu Studien – und die Menschen nicht anfallen. Eigentlich müssten wir dafür Geld bekommen, kriegen wir aber nicht!

Einspruch: Das ist eine gefährliche Denkweise, weil jeder dann, bloß, weil er durch seine zufällige Anwesenheit etwas Gutes tut, ohne aktiv daran etwas zu arbeiten, die Hand aufhält. Das wäre für unsere Demokratie und ehrenamtliches/soziales Engagement sehr abträglich:

Einspruch dagegen: Da der ursprüngliche Zweck – Schafhaltung für Wolle und Milch und Fleisch – nicht mehr wirklich bezahlt wird, ist es wohl angemessen, eine andere Leistung, die auch erbracht wird, zu entlohnen. Die Frage lautet: Welche Gesamtleistung erbringen sie?

Wir glauben, wir würden über den Preis eines Produktes die volle Wahrheit bezahlen. Stimmt aber nicht, sonst müssten bestimmte Produkte erheblich teurer sein: Wir wollen für ein bestimmtes Produkt einen bestimmten Preis bezahlen. Die Kosten dafür wollen wir uns aber nicht anschauen! Die Folge: Wir können mit den derzeitigen Preisen nur einen ganz geringen Anteil der gesamten Leistung vergüten. Die Frage: Was haben wir für einen Nutzen? Wird nicht gestellt. – Wir sind nicht bereit, das über den Preis zu bezahlen. Z.B. hat die Landwirtschaft im Dürrejahr ganz erheblich mehr geleistet, aber nur einen Minderertrag bekommen: Die Mehrarbeit wurde nicht bezahlt. Produktwahrheit stimmt also nicht! – wir müssen hier Landwirtschaft neu denken: WAS produziert Landwirtschaft? - Landwirtschaft produziert Landschaft und Essen. Landwirtschaft kann verhindern, dass Wasser weiter verschmutzt wird, qualitativ besseres Essen produzieren, Artenvielfalt unterstützen. Wenn wir das bepreisen, kommt sofort die Diskussion: Wer kann sich das dann noch leisten? – Das aber müssen wir gesellschaftlich angehen. Was verursachen wir hier, wenn wir Landwirtschaft betreiben? - Sowohl positiv wie negativ: Eine Marktwirtschaft bedarf eines gerechten Preises, d.h. muss, damit es gerecht zugeht, alle Kosten mit hinein rechnen. Davon sind wir unglaublich weit davon

entfernt: Das werden wir im Augenblick nicht schaffen, es in der Landwirtschaft durchzusetzen, dass wir alle Kosten da hinein rechnen und diesen Preis dann auch bekommen. Es erscheint auch nicht sinnvoll, weil die Möglichkeit, das durchzusetzen nicht gegeben ist. Außerdem kann ich nicht garantieren, dass ich bei vollem Einsatz auch den vollen Erfolg habe (Dürre, Überschwemmungen, Wetter etc.).

Einwurf: Deswegen setzt der konventionelle Landwirt auch entsprechende Mittel ein, um den Erfolg besser zu garantieren. Da sollte man darüber nachdenken, ob man den Landwirt nicht auch als Dienstleister sieht und diese Leistung entlohnt: Dafür soll vom Staat auch Geld bereitgestellt werden. Solidarische Landwirtschaft wäre ebenfalls eine Lösung: Alle tragen dann auch das Risiko mit.

In Unterfranken haben einige Landwirte auf Bio umgestellt, nicht deswegen, weil sie Bio besser finden, sondern weil sie mittlerweile die Kosten für den Einsatz von Dünge- und Spritzmittel nicht mehr sicher hereinbekommen. Das Argument: Wir müssen die Welt ernähren – zieht nicht mehr! Das Problem in der Landwirtschaft: Die Leistung der Landwirte wird nicht im Preis abgebildet. Die Gemeinschaft könnte diese Leistung richtig abbilden und dementsprechend entlohnen, aber die Landwirtschaft ist völlig anders aufgestellt.

Einwurf: Auch die Biolandwirtschaft kann nicht alles an Artenvielfalt leisten; auch er muss die Kosten rechnen. Da ist auch noch Luft nach oben.

Ein weiteres Problem: Die Art der Herstellung der Produkte stößt Verbrauchern sauer auf: Gülle stinkt, Pestizide verpesten die Luft und das Wasser etc. Der Bauernverband hat es versäumt, hier rechtzeitig vorzubauen. Wenn Sie so produzieren, brauchen sie nicht zu glauben, dass Sie dafür einen guten Preis bekommen – das wird nicht wertgeschätzt. Das Gejammer des einzelnen ist verständlich, aber dass der Verband das nicht geschafft hat – die letzten 40 – 50 Jahre sinnvoll umzusteuern, das ist die eigentliche Katastrophe. Dazu gehört auch Frage des Kontakts mit der Umgebung: Information!

Neu aufgelegt wurde dazu – zur Information – das Bundesprogramm ökologischer Landbau – BöL – neuerdings: BönL – Bundesprogramm ökologischer und nachhaltiger Landbau: Wieder eine Lobbyleistung des Bauernverbands, damit die ökologischen Höfe das Programm nicht alleine abgreifen können! – Leider habe sie vergessen zu definieren, was nachhaltig ist – im Nachgang wurden ganze zwei als „nachhaltig“ zertifizierte Höfe in ganz Deutschland daran beteiligt. So funktioniert‘s nicht.

Vorschlag von Pax: Die Entwicklung der Landwirtschaft als gesellschaftlicher Prozess: Zuerst kommt die Frage: Was hätten wir gerne? - Und dann sollte man darüber nachdenken, wie die Gelder dafür verteilt werden sollen – derzeit ca. 60 Mrd. €, die verteilt werden.

Pax bekommt bei seinem Gartenbaubetrieb für die Grundfläche 200.-- €/ha und noch eine Bioprämie dazu; bei seinem Umsatz in der Gemüseproduktion ein zu vernachlässigender Betrag. Bei Ackerbau und Viehhaltung ist das eine ganz andere Nummer. Andererseits ist Pax aber davon überzeugt, dass die Betriebe, die an solchen Programmen mitmachen, auch die Leistung dafür erbringen, die die Gesellschaft von ihnen will. Es gäbe also die Möglichkeit, diese Betriebe dauerhaft mit diesem Geld zu versehen, weil es bei der Situation auf dem Weltmarkt derzeit unglaublich schwierig ist, einen Preis durchzusetzen, der das abdeckt, was ein Landwirt

tatsächlich dafür braucht, um sinnvoll produzieren zu können. Als Pax begonnen hatte, hat er pro Kilo Lammfleisch um die 5.-- DM bekommen, jetzt bekommt er um die 1,80 €. Das ist ein „Negativpolitischer Preis“, der nur deswegen notwendig ist, damit wir auf dem Markt recht gut verkaufen können – das ist der einzige Grund! Seine Schafwirtschaft ist heute nur noch zur Landschaftspflege, und zur Produktion des Düngers für den eigenen Gemüseanbau; Wolle lässt sich noch im Hofladen vermarkten. Wir verkaufen keine Schafe mehr; wir produzieren Landschaft und die Nährstoffe für den Gemüseanbau: Eigentlich völlig dämlich gedacht, aber unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten der einzig richtige Weg! - Die Gesellschaft will es so! Schafe – weil sie fressen und Kot und Wolle produzieren – bleiben so lange am Leben, bis sie eines natürlichen Todes sterben. Der letzte Schrei: Die toten Tiere werden getrocknet, gemahlen und dann als Brennmaterial für die Ziegelei verwendet.

Anschluss-Video (2. Teil) fehlt! → S. Auswertungsphase!

6.4 Oliver Richters: Marktwirtschaft zwischen Utopie und Realität

Es gibt einfache und gute Möglichkeiten und Maßnahmen, die wirklich großen Teilen der Bevölkerung helfen würde, Das Problem der Umsetzbarkeit ist ein Problem mangelnder Demokratie:

Lobbyisten drücken ihre Anliegen durch, die Stimmen des Volkes werden praktisch nicht mehr gehört

Größte Gefahr für die Demokratie ist die Einflussnahme der Industrie

Zum Gerechtigkeitsprinzip: DIW-Studie (November 2019?) (Titel?) Was ist Gerechtigkeit? Zur Frage nach einer gerechten Wirtschaftsordnung: Vier Prinzipien von (Verteilungs-)Gerechtigkeit:
Gleichheit – Bedarf – Verdienst – Anrecht
Versorgungsprinzip ⇔ Bedarf ⇔ Leistungsprinzip ⇔ Anrecht

Das Thema Bedarf wird bei uns nicht genügend berücksichtigt: Kann man Bedarf noch besteuern!??

Frage: Was ist Leistung? Die Frage der Anerkennung von Leistung hängt davon ab, ob die Einschätzung des Leistungserbringers sich mit dem Leistungsabnehmer deckt.

Was in einer Gesellschaft als Leistung anerkannt ist, kann extrem differieren, z.B. Pflege von alten Angehörigen, Erziehung von Kindern, landwirtschaftliche Produkte …

Menschen entscheiden darüber dezentral und auch als Gesamtgesellschaft über die Anerkennung von Leistung. Das Maß für die Anerkennung: Geld.
Idee von Geld: ohne konkrete Gegen-Leistung eine Leistung in Anspruch nehmen zu können. Leistung und Gegenleistung können voneinander getrennt werden; ermöglicht wirtschaftliche Autonomie; ermöglicht wirtschaftliche Beziehungen ohne soziale Beziehung aufnehmen zu müssen. Ohne Geld könnten wir die Vorgänge in unserer komplexen Gesellschaft und Wirtschaft überhaupt nicht realisieren – Wirtschaft wäre so gar nicht möglich (Tauschwirtschaft).
Ich entscheide täglich über die Anerkennung von Leistung in freier Entscheidung. Jeder von uns tut das! Wie kriegen wir da eine Wirtschaft so koordiniert, dass das am Ende trotzdem funktioniert: Direkte Absprachen wer wann was wie produziert, wären zu kompliziert.

Marktwirtschaft ist also der Versuch, das Ganze mit Regeln zu koordinieren, ohne dass irgendwer zentral eingreifen muss. Einerseits gibt es bestimmte Freiheiten, andererseits aber Regeln, die das Funktionieren garantieren.

So gesehen ist „Freier Markt“ eigentlich ein Widerspruch in sich: Märkte funktionieren nur, wenn darin Regeln gesetzt sind: Man braucht Sanktionsmechanismen z.B. für Fehlverhalten.

Beispiel: Wenn Banken sich darauf verlassen können, dass sie schon rausgehauen werden, dann ist das für die Marktwirtschaft kontraproduktiv:
Hilfen für Banken oder Großunternehmen sind nicht im Sinne einer Marktwirtschaft.

Unternehmen soll man sterben lassen dürfen, Menschen nicht! – Die Privatinsolvenz bedeutet zwar eine harte Zeit, aber für die Menschen wenigstens eine Überlebensmöglichkeit: Der Mindestbedarf für alle muss sichergestellt werden!

„Too big to fail“ darf es nicht mehr geben!

Commonsforschung: Auch für Allmende braucht es Sanktionsverhalten!

Marktwirtschaft versucht durch Konkurrenz Kooperation herzustellen:
Wettbewerb ist ein Sanktionsmechanismus, wichtig dafür, dass wir am Ende alle kooperieren. Wenn wir auf Wettbewerb verzichten, verlieren wir ein wichtiges Instrument der Marktsteuerung.

Einwurf: Es gibt einen ethischen Unterschied zwischen Unternehmer und Manager: Manager müssen keine Verantwortung tragen. Fehlverhalten im Markt wird nicht sanktioniert. In der Praxis gibt es oft eben keine Sanktionsmöglichkeiten bzw. Schlupflöcher: eigentlich ist es Betrug!

Einwurf: der Staat hat doch kaum tatsächliche Sanktionen festgelegt, bzw., durchgesetzt. Die Prinzipien werden in der realen Politik verletzt! Der Unterschied zwischen Theorie und Praxis: In der Praxis wird Sanktionierung häufig durch Eingriffe des Staates verhindert vgl. Dieselskandal, Bankenrettung.

Das ist das Kernproblem: Der zentrale Punkt, wo unser jetziges marktwirtschaftliches System falsch läuft: Die Stellen, wo die drei wichtigsten Prinzipien (Gleichheit – Bedarf – Leistung) von Gerechtigkeit verletzt werden: Leistungsloses Einkommen: Dem steht keine Gegenleistung gegenüber.
Damit ist kein Hartz IV oder bedingungsloses Grundeinkommen gemeint. Die sind aus den Gerechtigkeitsprinzipien herleitbar: Allerdings: Ein Bedingungsloses Grundeinkommen hält Richters nicht für zielführend, da wir bessere Möglichkeiten der Verteilung bei Bedarf haben: Da alle anderen Maßnahmen für Bedürftigkeit damit aufgegeben werden, entsteht eine Verschiebung von Bedarf nach Gleichheit – das ist nicht sinnvoll! – Trotzdem ist es grundsätzlich wichtig, dass niemand zurückgelassen wird.

Leistungslose Einkommen: Denen steht keine Leistung gegenüber: Diejenigen, die den Nutzen haben, haben keinen Aufwand – den haben andere.

Wenn wir Marktwirtschaft gestalten wollen, müssen wir darauf achten, dass dem Einkommen immer eine Gegenleistung gegenübersteht. D.h. wir müssen uns die Stellen ansehen, wo diejenigen, die den Nutzen haben, keine Leistung erbracht haben.

Der Wert des Bodens ist primär die gute Lage: Infrastruktur, Umgebung, Ansehen …
Besonders bei Bodenspekulation: Die Kommunen haben den Aufwand, die Spekulanten den Ertrag. Für die Diskussion um Mietpreise, Hauspreise: Hier sind klare Unterscheidungen zu machen zwischen Haus und Boden – das wird immer vermischt.

In der vwl. Rechnung wird Boden einfach als Kapital gesehen; das müsste aber genau unterschieden werden, denn bestimmte Kapitalien kann ich vermehren, Boden nicht.

Vorschlag: Nicht die Gebäude werden besteuert, sondern die Böden: Der Bodenwert, also eine Grundsteuer aufgrund des Bodenwerts. Ein entsprechendes Gesetz soll eingeführt werden, aber z.B. in BY wird es ein reines Flächenmodell: Nur m², nicht der Wert aus der Lage zählen: Im Grunde eine Subventionierung derer, die bereits viel haben.
Weitere Maßnahme: Diejenigen, die diese Grundstücke besitzen, müssen mehr bezahlen, wenn sie nicht

bebaut werden. Vorschlag dazu: Grundstücke nach den Handelswerten besteuern, damit es sich nicht mehr so lohnt, auf Boden zu spekulieren.

In den Städten ist das finanziell so zu gestalten, dass die Leute das auch bebauen. Höhere Grundsteuer, wenn das Grundstück nicht bebaut wird: Das muss richtig Geld kosten!

Machtbegrenzung: Das Markthandeln beschränken: Rohstoffpolitik und Bodenpolitik: Boden und Rohstoffe begrenzen! Keine leistungslosen Einkommen!

Analog: Selbstverständlich!? Steve Jobs hat Großes geleistet: Dazu ist zu sagen, dass er ganz viele Dinge einfach vom Staatswesen übernommen hat: GPS, Staatsinvestitionen, militärische Forschungen, davon hat Steve Jobs profitiert und nichts dafür gezahlt! Und jetzt will er über Steuersparmodelle, Steuerabkommen und Steueroasen sich auch noch davor drücken, die notwendigen Finanzierungen des Gemeinwesens zu leisten!?

Für Apple, Facebook & Co ist dringend eine Machtbegrenzung notwendig! Die Machtkonzentration ist gefährlich für die Demokratie!

Genauso: Die Spitzensteuersätze einfach abzusägen: Hier sollten wir die Liberalen einfach nicht argumentativ damit durchkommen lassen, dieses Prinzip der angeblichen Leistungsgerechtigkeit immer noch dafür zu benutzen, Menschen, die eh schon nichts haben, auch noch zu despektieren, sondern darauf aufmerksam machen, dass die wesentlichen Gerechtigkeitsprinzipien damit verletzt werden.

Problem: Wenn wir Machtkonzentration einmal zugelassen haben, werden wir sie nur schwer wieder loswerden.

Aber wir könnten, wenn wir es wirklich ernst meinten, die Kartellämter und die Fusionskontrolle in der EU stärken und klare Regeln setzen. z.B. nicht mehr erlauben, je nach Bedarf unterschiedliche Nationalitäten anzunehmen, um einfach ihre Steuern und Abgaben zu umgehen oder Regeln nach Bedarf zu verletzen.

Wir haben viele Gesetze, die die Großen einfach bevorzugen, da brauchen wir uns nicht wundern, wenn die Großen unsere Wirtschaft dominieren!

Richters hofft auf Klein- und Mittelständische Unternehmen, dass die endlich aufstehen und sich dafür stark machen, die Großen in die Schranken zu weisen.

Wie setzen wir dem Markt Grenzen?

Einwurf: Vermögensumverteilung: Wenn wir das nun leisten können, es von oben wieder nach unten zu verteilen, besteht dann nicht die Gefahr, dass dann die unteren Einkommensschichten sagen: „Prima, endlich können wir einen neuen Fernseher kaufen!“ - Das würde doch den Konsum wieder anheizen! - Die Gefahr ist da, dass wir das soziale Problem auf Kosten der Umwelt lösen. Deshalb brauchen wir Obergrenzen für den Verbrauch wir brauchen explizite ökologische Grenzen, die wir der Wirtschaft setzen müssen, damit das nicht mehr passieren kann. Wir würden dann z.B. weniger Privatjets, dafür aber mehr Fernseher haben, aber das würde dann innerhalb dieser Grenzen passieren. Ich möchte aber, dass die Leute, die bisher nicht in einer beheizten Wohnung leben können, in Zukunft sich eine beheizte Wohnung leisten können! Das muss dann eben an anderer Stelle wieder eingespart werden!

Wie soll Macht begrenzt werden? - Wie könnte eine Utopie unserer Marktwirtschaft ausschauen?

Wir brauchen Machtbegrenzung, Rohstoffpolitik und Bodenpolitik, die ökologische und soziale Ziele kombiniert; eine Ökologische Steuerreform!

Macht und Politik ist nicht transparent: Das muss geändert werden!

Ökologisch-Soziales Dilemma: an „drei Zipfeln zugleich ziehen“: Die Machtkonzentration aus wirtschaftlichen und demokratischen Gründen ist zu begrenzen; und wir haben ein massives Problem mit Rohstoffen und Umweltfragen; dazu das Einkommen aus Steigerung des Bodenwerts

Wie bekommen wir das durchgesetzt?

Ausrichtung für die Zukunft: Gemeinwohlökonomie und Ordoliberalismus: Zum Ordoliberalismus: Wir sollen gute Regeln setzen und dann die Leute in Ruhe lassen. Unser Problem: Wir lassen die Leute in Ruhe, haben aber nichts gesetzt!

GWÖ dagegen setzt viele kleine Regeln und Zeichen – viel kleinteiliger als der Ordoliberalismus; das sieht Richters als nicht nötig an.

Entsprechend auch PWÖ Konzepte: der Ordoliberalismus ist hier viel breiter aufgestellt.

Aber das Ende soll auch hier sein: Gemeinwohl!

Auf der untersten Ebene ist anzusetzen: Kommunal: GWÖ

Nähe als Möglichkeit, viele Dinge zu erledigen und zu tun, die sonst durch die Industrie erledigt werden müssten.

Einkommensteuer muss reformiert werden: Sie fängt viel zu weit unten an und geht nicht wirklich hoch: in den oberen Etagen müsste sie überproportional steigen

6.5 Reheis: Resonanzstrategie

Warum wir Nachhaltigkeit neu denken müssen:

1. Das Mantra des Fortschritts: „Schneller, höher, weiter!“
Beleg: Wir basteln an der inneren Struktur und Natur des Menschen

2. Angetrieben durch den Wachstumszwang des Kapitals führt das Steigerungsprinzip statt zu zunehmender Rationalität zu rasch fortschreitenden Verrücktheiten und zu Zerklüftungen in dieser Welt. - Das hängt mit dem Geld zusammen: aus Geld mehr Geld machen: Wo kann ich aus irgendwas in dieser Welt noch mehr Geld rausschlagen.

3. Um Zusammenhänge zwischen zunächst isoliert erscheinenden Bereichen der Welt zu verstehen und letztlich zu gestalten, sollten wir uns mehr an der Zeit als Größe orientieren

4. Im Hinblick auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung taugt generelle Entschleunigung genauso wenig wie generelle Beschleunigung, vielmehr geht es um angemessene Geschwindigkeit – angemessener Umgang mit Zeit

5. Als Ausgangspunkt der Suche nach angemessenen Zeitmaßen sollten wir jenes System- und Eigenzeiten ernst nehmen, die der Welt als Resultat der Evolution innewohnen. Die müssen wir respektieren z.B. beim Atmen. Rückgrat hat eine Eigenzeit von 20 Minuten – das ist evolutionär bedingt! Eigenzeiten sind z. großen Teil variabel, sind zyklisch, das gilt auch für die gesamte umgebende Natur: Mensch hat zwei Evolutionsphasen: Biologische und kulturelle.

6. System- und Eigenzeiten haben einen zyklischen und einen linearen Aspekt, sind auf spezifische Weise synchronisiert und sorgen so zugleich für Stabilität und Wandel.

Wiederkehr des Ähnlichen als Geheimnis des Lebens.

7. Nachhaltig ist eine Entwicklung nur dann, wenn der Umgang mit der natürlichen Umwelt am Regenerationsprinzip, mit der sozialen Mitwelt am Reziprozitätsprinzip und mit der personalen Innenwelt am Reflexionsprinzip orientiert ist. Nachhaltigkeit ist immer wiederholbar (Pax). Wir müssen unser Wirtschaftssystem konsequent auf Kreislaufwirtschaft umstellen.
Reziprozität – Wechselseitigkeit: Das Miteinander beruht auf Gegenseitigkeit; diese Beziehungen müssen, wenn sie nachhaltig sein sollen, am Prinzip der Wechselseitigkeit ausgerichtet sein: Geben und Nehmen. Auch Reziprozität der Perspektiven: in den Mokassins des anderen gehen, um ihn zu verstehen. Reflexivität jedes Menschen zu und in sich selber: Sich selber zu reflektieren.
Unser großes Problem: Wir sind mittlerweile so schnell mit dem Eingreifen in diese Welt, dass wir kaum mehr nachkommen mit dem Begreifen dessen, was wir da tun!!!!! → Wir organisieren unser eigenes Aussterben – wird für die Welt eine große Hilfe. Dabei: nicht nur das Gehirn, sondern auch der Bauch muss mitreden können

8. Resonanz als Voraussetzung für die Symphonie des Lebendigen ist das letztlich unverfügbare Mitschwingen, das sich einstellt, wenn das Bemühen um Synchronisation erfolgreich ist.

Friedrich Cramer, Molekularbiologe: Die Synchronie des Lebendigen
Hartmut Rosa, Soziologe aus Jena: Was zwischen den Menschen passiert ist zutiefst auf Resonanz ausgerichtet

9. Bausteine einer Resonanzstrategie sind ein zeitbewusster Lebensstil, eine zeitbewusste Politik und eine zeitbewusste Wirtschaft, jeweils bezogen auf Umwelt, Mitwelt und Innenwelt
Zeitbewusste Spielregeln müssen von der Politik bereitgestellt werden: Gesellschaft für Zeitpolitik, die systematisch die Gestaltung von Zeit in den Fokus nimmt.
Vision: Eine zeitbewusste Wirtschaft: Verabschiedung von der falschen Gleichheit: Zeit = Geld und vom Beschleunigungszwang und Wachstumszwang. Muss das zum Fokus haben, was Wirtschaft eigentlich soll, egal, ob GWÖ oder Wirtschaftsdemokratie oder Genossenschaftsorientierte Wirtschaft oder Öffentliche Wirtschaft, was Wirtschaft soll: Den Bedarf der Menschen stillen, die Bedürfnisse befriedigen und dabei die Fähigkeiten der Menschen nutzen. Arbeitslose, Bullshitjobs sind Zeichen einer unfähigen Wirtschaftsordnung.
10. Zeitbewusste Politik würde individuelle Grundsicherung, zuverlässigen Schutz der Reproduktionssphäre garantieren; Kontingentierung des Naturverbrauchs als Obergrenze für die jetzt lebende Generation: Klassische Definition für Nachhaltigkeit stammt aus dem Brundtland Bericht für die UN von 1987: Nachhaltigkeit heißt, dass jede Generation ihre Bedürfnisse befriedigen kann, ohne die Möglichkeit der darauffolgenden Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, einzuschränken.

Falsche Möglichkeit, den Naturverbrauch nach den finanziellen Möglichkeiten auszurichten, sondern: Ein Mensch – ein Stück Natur, d.h. im Prinzip hat jeder Mensch denselben Anspruch auf die Natur – das muss man organisieren!

11. Die Resonanzstrategie ersetzt die Herrschaft des Kapitals, indem sie die zyklische und die lineare Dimension der Zeit zusammenführt und so zugleich für die Wiederkehr des Ähnlichen und einen sich erweiternden Freiheitsraum für den Menschen sorgt.

Bestimmte Sachen sollen wiederkehren, aber eben auch Veränderungen! Wir können‘s nicht erzwingen, aber so gut wie möglich Bedingungen schaffen.

Daraus folgt ein anderer Wohlstandsbegriff: Maximierung wäre nicht mehr die Vermehrung der materiellen Güter, sondern der frei verfügbaren und inhaltlich bestimmbaren Zeit: Möglichst großer Teil des Lebens für sich selber.

12. Resonanzstrategie ist eine zugleich konservative und revolutionäre Alternative zum ziel- und perspektivlosen „Weiter so!“ und zudem hochattraktiv, weil wir uns als Menschen nach Resonanz sehnen. Erhaltung der Lebensgrundlagen, Rechtsvorstellungen, Traditionen. Herrschaft des Geldes wird abgeschafft, wenn die Geldlogik gebrochen wird. Geld wird nicht abgeschafft, aber hat nur noch dienende Funktion

Wie kann Zeitwohlstand definiert werden?

Wie erreiche ich eine möglichst große Resonanz für den Zeitwohlstand?

Wie vermitteln wir Resonanzbewusstsein?

Wie erreichen wir den Normalbürger, die Wirtschaft und die Politik?

6.6 Seidl/Sommer: Die Rolle der Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft

- ➔ Erwerbsarbeit hat verschiedene Funktionen und ist für Menschen wichtig! Sie kann nicht einfach ersetzt werden:
  Nach Senghaas wird dadurch: Individuelles Einkommen und damit die eigene Autonomie sichergestellt, es stärkt die soziale Anerkennung, gibt eine horizontale Zeitstruktur, stärkt die psychische Gesundheit; ermöglicht bürgerschaftliche Integration und Zugang zum Sozialsicherungssystem
  - Warum sind Staat und Wirtschaft so fixiert auf Erwerbsarbeit? - Wichtig für Steuereinnahmen, Sozialsicherung. Auch Dynamik über technischen Fortschritt und Produktivitätsfortschritt.
  - Absurde Situation: Bringt technischen und Wachstumsfortschritt und gleichzeitig ersetzt es Arbeit; dann brauchen wir wieder Wirtschaftswachstum, um neue Arbeit zu generieren. Beispiel Digitalisierung: Produktivitätsfortschritt nimmt zunehmend ab. Das aber motiviert die Politik, noch mehr anzuschieben.
  - Das Sozialsystem in D wird finanziert zu 2/3 der Beiträge aus AN- und AG-Beiträgen, zu 1/3 aus allgemeinen Steuermitteln; es belastet also relativ stark das Einkommen: 65% des Staatshaushalts ist abhängig vom Erwerbseinkommen.
- ➔ Was muss ich ändern, um den Begriff zu ändern: Tätig sein besteht aus allen möglichen Formen von Arbeit, die dem Menschen als sinnvoll erscheint
- ➔ Wirtschaftswachstum aus zwei Aspekten: Wachstum von Arbeitsproduktivität und Wachstum von Arbeit:
  Produktivität: Wie viele Menschen arbeiten wie viele Stunden und wie viel BIP produzieren sie damit?
  Zu starker Fokus auf der Arbeitsproduktivität, obwohl Arbeit ziemlich teuer ist. Dadurch entsteht der Anreiz, Arbeit ganz zu ersetzen. Maßnahmen: Die Ökosteuer erhöhen – das müsste ein viel größerer Umbau sein – dagegen die Abgaben auf Arbeit reduzieren – in der Vergangenheit wurde die Arbeit immer stärker belastet, Kapital immer weiter reduziert und Rohstoffe ungefähr gleich belastet auf niedrigem Niveau.
  - Verhältnis Erwerbsarbeit andere Formen: Es wird mehr ehrenamtliche Arbeit geleistet, als bezahlte – macht ca. 2/3 des BIP!
  - Besteuerung von Maschinen als Lösungsmöglichkeit.

- ➔ Reinhard Sachs: Arbeit wird billiger gemacht durch Minijobs: die Leute müssen dann aufgestockt werden, um über die Runden zu kommen, d.h. letzten Endes muss das wieder die Gesellschaft zahlen, also auch wieder aus Erwerbsarbeit aufgebracht werden (Steuersystem): Die echten Kosten der Arbeit – Ausbildungskosten, Infrastruktur etc. - werden der Gesellschaft aufgebürdet, weil die Firmen keine Steuern bezahlen wollen. Das ist ein Widerspruch, der mit dem Hinweis: „die Arbeit ist zu teuer“ zu kurz springt: Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen!
- ➔ Warum wird Industriearbeit besser bezahlt als die Soziale Arbeit? - Theorie von Baumol - Die baumol‘sche Kostenkrankheit: Baumol ist ein amerikanischer Ökonom: Die Industriearbeit kann man mit technischem Fortschritt effizienter machen; der Produktivitäts-Gewinn wird z.T. auf die Löhne der Arbeiter aufgeschlagen. In den Sozialberufen gibt es wegen schlechter Messbarkeit und Rationalisierbarkeit wenig bis keine Effektivitätssteigerungen: Dasselbe gilt für die Landwirtschaft.
- ➔ Anfrage: Macht ein Einheitseinkommen Sinn? – Es würde zumindest diese Problematik nicht auflösen!
- ➔ Erwerbsarbeit darf nicht mehr die hauptsächliche Anspruchsgrundlage sein für die Sozialversicherungsfinanzierung
- ➔ BiP ist eigentlich nur Buchhaltung, aber wir leiten daraus unendlich viele Dinge ab; das ist das Problematische dran!
- ➔ Wir senken die Produktivität durch Bürokratie und Formalismus
- ➔ In Alaska gehört der Boden den Inuit: Exxon zahlt für die aus dem Boden geholten Bodenschätze (Erdöl) 1.000.-- Dollar pro Inuit: Naturnutzung müsste allgemein vergütet werden.
- ➔ Je mehr wir die Geldsphäre verkleinern, umso mehr werden wir krisenfest.
- ➔ Anfrage: Wie weit wird durch Erwerbsarbeit überhaupt noch die psychische Gesundheit gefördert? Bei der Produktivitätssteigerung wird eher der psychische Druck so gesteigert, dass die psychische Gesundheit auf der Strecke bleibt
- ➔ Impulse für die Weiterarbeit: Wichtigkeit der Arbeit: Aktuelles Verständnis von Arbeit funktioniert in der PWÖ nicht:
- ➔ Gewerkschaften, IG Metall ist gerade an einem Punkt der Verunsicherung angekommen, um für neue Ideen offen zu sein: Könnte für ÖDP fruchtbar sein.
- ➔ Wertschätzung von Arbeit läuft nicht mehr über Lohn alleine; muss die Erfahrung des Menschen als wertvollen Bestandteil der Gesellschaft bestätigen! Das hängt aber damit zusammen, wie seine Arbeit definiert wird. → Frage nach neuem Verständnis
- ➔ Frage: Welche Strukturen brauchen wir, damit andere Formen von Arbeit wertgeschätzt werden?

6.7 Hans-Josef Fell/Jürgen Osterlänger: Energiewende

- Grundsatz: 100% EE sind versorgungssicher machbar und kostengünstiger als heutige Energie!
- Wenn man vom Wachstumszwang wegkommen will, muss man auch die treibende Kraft hinter dem Wachstum – eine verfehlte Energiepolitik, immer neue Rohstoffe aus der Erde zu bohren, stoppen! Wir brauchen eine Ressourcenpolitik für erneuerbare Energien und müssen die falschen Subventionen stoppen!

- NASA-Bericht über Klimawandel: Die Ergebnisse sind noch dramatischer als alles bisher Dagewesene, dramatisch ist v.a . die Temperaturzunahme:
  1,5° C ist eigentlich von den Auswirkungen her jetzt schon inakzeptabel!
  spätestens um 2035 sind wir bei 1,5° angekommen!
  Alles das kann nicht mehr aufgehalten werden, außer durch eine globale Null-Emissionswirtschaft ab 2030.
  Schon „Klimaneutralität“ ist ein irreführender Begriff – eine Scheinlösung!
- Mit Fracking-Gas steigen die Emissionen sogar um 40%
- Egal wie, fossile Energie trägt zu 55% zur Klimaerwärmung bei. Maßnahmen:

  1. Säule: Keine Emissionen mehr

  2.Säule: Herausholen des Kohlenstoffs aus der Atmosphäre: z.B. Biokohle: Kohlenstoff in den Boden bringen
- Energieeffizienz ist wichtig, aber das hilft nicht wirklich weiter, ohne Einsparung und andere Energieträger
- Über 60 Nationen haben 100% Erneuerbare beschlossen: Costa Rica beschämt hier die übrige Welt: Dort steht Klimaschutz in der Verfassung.
  Teilnehmer an der Verpflichtung: Wir haben große Städte und große Unternehmen, aber selbst Coca Cola gehört dazu!
  Auch Google und Co haben das Ziel, sie tun‘s aber nicht nur wegen der Klimarettung, sondern auch wegen der Kosteneffizienz!
- Es ist absurd, die teuren Energiequellen zu benutzen und damit das Klima zu zerstören. Es ist längst billiger und ökonomischer, EE zu verwenden, d.h. Klimaschutz ist Ökonomie und nicht eine Belastung für die Ökonomie es ist nur eine Belastung für die alte fossil-atomare Ökonomie, weil sie daran nicht mehr verdienen kann! Die haben es geschafft, ihre Interessen als Gesamtinteressen zu definieren – das findet aber leider immer noch statt: Altmaier kann nur fossil denken!
  - Ökostrom muss mit Faktor 5 wachsen, damit wir Energiewende schaffen: wir müssen vieles in die Elektrizität einbringen, deswegen werden wir 5x mehr Öko-Strom produzieren müssen als wir heute Gesamtstromproduktion haben; d.h. Erneuerbare, d.h.: wir brauchen noch eine große Menge an Windrädern und PV-Anlagen!
  - Speichertechnologien müssen ganz gewaltig anwachsen: Stromspeicher werden nicht genügen, es braucht Wärmespeicher und Power to Gas: Das Problem sind gegenwärtig große Energieverluste bei der Umwandlung. Eine Hilfe ist die Einrichtung von Langzeitwärmespeicher über Monate hinweg
  - Nicht auf die Gesetzgeber, oder Unternehmen warten, sondern dezentral selber machen wo immer möglich! In EE brauchen wir steiles Wachstum!
- Die Verweigerung der Automobilindustrie und Scheuer & Co. hat unsere Industrie in äußerste Gefahr gebracht: 700.000 Arbeitsplätze
- Wasserstoff vs. E-Autos: Wasserstofftechnologie kann ein großer Baustein sein, aber nur grüner Wasserstoff aus EE kein „blauer“ Wasserstoff aus Erdgas etc.
  Wasserstoffautos: Das ist derzeit noch eine Sackgasse, weil Autos zu teuer sind (60.000.-- €)

- Batterien: Herstellung und Materialien: Hier wird unehrlich diskutiert: Kobalt z.B. ist vielmehr in Flachbildschirmen als in Batterien, aber es wird lediglich in E-Autos „umweltunfreundlich“
- Substitutionsstoffe: Batterien ohne Kobalt, Windräder ohne Neodym
- Die Regierung missachtet völlig die Kraft, die in der Wirtschaft liegt, und die liegt nicht bei RWE, EON & Co. Das geht, wenn man die Gesellschaft lässt, das zu tun, was sie schon getan haben: Entscheidende gesetzliche Bandagen verhindern, dass es so weitergeht:
    - Bürgerenergiewende: Ausschreibungen machen Genossenschaftsmodelle unmöglich: An Ausschreibungen können sich Dezentrale und Private nicht beteiligen; deswegen ist die Neugründung von Genossenschaften tot! Eine Teilhabe der Bürger vor Ort geht nicht mehr. Die Ausschreibung war der Tod und das effektivste Element, die Energiewende zu stoppen!
    - Eine Bremse ist aber auch: Artenschutz falsch verstanden:
      Schwarzstorch, Rotmilan etc. haben die rote Liste verlassen trotz Ausbau der Windenergie
    - Jeder Windpark musste Ausgleichsflächen schaffen, die wurden der Intensivlandwirtschaft entnommen und Wildflächen gebaut; für die bedrohten Vögel.
- Es müssen bestimmte Anforderungen an Biogasanlagen gestellt werden, damit sie ökologisch hilfreich werden: Nicht die Biogasanlage selbst ist schlecht, sondern eine schlechte Nutzung: z.B. Keine Biogasanlage ohne KWK!
- Gleiches gilt für Wasserkraft: Es kommt auf die richtige und umweltschonende Nutzung an (z.B: Schneckenkraftwerk an Flussstaustufen, das auch als Fischtreppe genutzt wird, anstatt Fische zu zerhacken)
- Stadtwerke Haßfurt als einziges positives Beispiel für 100% Erneuerbare
- Aktionsprogramm Klimanotstand: Hier gilt es, Fördermöglichkeiten zu nutzen!
- Nicht tauglich für wirksamen Klimaschutz: Quoten, Zertifikatssysteme, Emissionshandel
- Nicht sagen: „Klimaneutral“, sondern 100% EE
- Im letzten Jahr sind 2% unserer Bäume gestorben
- Energiewende ist Friedenssicherung: Kampf um die Ressourcen ist das entscheidende: Wo die Krisen sind, ist auch das Erdöl
  Anders herum: wenn wir EE verwenden, nehmen wir den Grund für diese Kriege weg.
- Alles, was Sinn macht, ist gut und soll gemacht werden!
- Agro-PV: Doppelnutzung der Agrarflächen: Der Verlust der Agrarproduktion ist gering, der Vorteil dagegen ist die Abschattung gegen Austrocknung der Böden; das ist wichtig für unsere Zukunft in der Klimakrise!
- Sono-Auto: Mit eingebauten PV-Platten; bringt bis ca. 35 km zusätzlich; bei Kurzstrecken ist es u.U. möglich das Auto im Selbstauflademodus – also Auto-PV ohne Stecker – zu betreiben.
- Überlandleitungen (HGÜs) werden wir als Übergangslösungen brauchen, weil im Moment nichts dazu gebaut wird: In BY fehlen zukünftig bis zu 30% der benötigten Strommenge wegen abgeschalteter AKWs!
  Ansonsten gilt: Statt Stromautobahnen: Strom aus der Region für die Region
  Das könnte uns auch dazu helfen, die ausländischen grenznahen AKWs abzuschalten!

- Neubewertung der Biokraftstoffe: Auch die Biokraftstoffe können ihren Beitrag leisten:
  - Ölpflanzen zur Wiederbegrünung der Wüsten: Starterpflanzen für Wieder-Begrünung sind die Ölpflanzen wie Jatropha-Pflanze
  - In kalten Wüsten könnte Leindotter gepflanzt werden
- KWK ist eine hocheffiziente Technologie – nicht nur an den Verbrennungsmotor ist zu denken, sondern es kann auch die Brennstoffzelle sein! Wichtig ist das Medium: Es kann grüner Wasserstoff, Biogas etc., sein, allerdings kein Erdgas! - Auch für Biogas gilt: Methanschlupf muss verhindert werden; auch Holz könnte besser genutzt werden: Holzgas ist möglich! Der Rest wäre Biokohle für den Boden!
- Biogas auf dem Dorf produziert und ins öffentliche Gasnetz eingespeist oder die Biogasanlage ins Dorf gebaut und als Nahwärmeversorger genutzt.
  Biogas im Winter mehr, im Sommer weniger verbrennen!
  Zukünftige Verwendung: Auch im Sommer Biogas verbrennen und Wärme in Langzeitwärmespeicher einspeichern, die dann im Winter abgerufen werden kann.

6.8 Kreiß: Warum wir so viel arbeiten müssen:

- Keynes: Maschinen werden immer effizienter und deswegen werden wir immer weniger arbeiten müssen. Keynes hat Recht gehabt mit der Effizienz, aber komischerweise nicht mit der Arbeit.
  Alle denken: Wir müssen weniger arbeiten! Aber es passiert nicht – warum?
- Wie viel Potenzial hätten wir eigentlich?
  - Stundenproduktivität Deutschland 1980 – 2005: +66%
  - Ein Problem: Die steigende Formularwut ursprünglich 4:1, d.h. 4 in der Produktion und einer in der Verwaltung hat sich verschoben auf 2:1
  - Wir haben sensationelle Möglichkeiten, aber wir verwenden sie nur zur Profitmaximierung und lutschen damit die Verbraucher aus
  - Pharma-Industrie steht ganz dumm da, wenn wir alle gesund sind: MS-Patientin 45 Jahre BR-Interview: Wirtschaftsjournalistin: Mit 22 MS bekommen jetzt einmal durchtherapiert und geht jetzt auf den Tod zu. Die machen alles, damit sie therapiert wird; das sind die besten Kunden: Jede Woche sündhaft teure Medizin; und sie geben keinen Cent aus für die Ursachenerforschung der MS! Wissenschaftler der LMU wollen darüber forschen, bekommen kein Geld dafür!
    „Die wären doch blöd, wenn sie das täten, die sägen doch ihren eigenen Ast ab
    → 25% des Umsatzes ist für Werbung; → gibt nicht halb so viel für F & E aus, d.h. für neue Produkte: Halten Patienten krank, weil sie daran verdienen: Gewinnmaximierung heißt: Gewinnmaximierung; und nicht: Menschen gesund machen!
- Warum nutzen wir nicht die grandiosen Möglichkeiten, um unsere Arbeit zu reduzieren?
  → Weil wir immer mehr haben wollen.
  → Zinseszins ist exponentiell ==> Vermögensverteilung ebenfalls

- Gewinnmaximierung als Wirtschaftsprinzip völlig ungeeignet, weil immer darauf aus, mehr abzusetzen, Folge: Planned Obsolescence: Alles muss so schnell wie möglich kaputt gehen auch Reparierbarkeit erschweren:
  → 110.-- € pro Monat werden uns auf diese Art und Weise aus der Tasche gezogen das kostet uns nur mehr Geld, wir haben aber nicht mehr in der Tasche: Dahinter steckt, dass die Gewinne steigen. Geplante Obsoleszenz ist eine Steuer auf alle Verbraucher und die Umwelt zum Vorteil von wenigen Unternehmenseigentümern.
  - Wer glaubt, dass sich etwas Unsinniges von selbst abschafft, ist grenzenlos naiv.
- Bulow 1986: Lehrbuch: Geplanter Verschleiß ist reines Wettbewerbsproblem:
  - 4 Grundannahmen:
    - Kunden handeln rational und sind bereit, nur einen Preis in Höhe von maximal den diskontierten Gegenwartswerten aus den künftigen Nutzungen des Produkts zu bezahlen
    - Es liegt vollkommene Information bei allen Beteiligten vor. Insbesondere kennen Kunden bei jedem Kauf die genaue Lebensdauer der Produkte
    - Unternehmen haben von der Kostenseite her keinen Anreiz, Schundprodukte herzustellen
    - Kunden nehmen an, dass Unternehmen keine Produkte mit niedriger Lebensdauer herstellen
- Wikipedia ist Lüge, weil z.B. bei geplantem Verschleiß bestimmte Wahrheiten nicht reingestellt werden dürfen: Bis heute lückenhafte, einseitige Darstellung
- politische Ansätze zur Verbesserung:
  - Label:
    1. Modifiziertes Energielabel:
    a) voraussichtliche Lebensdauer
    b)Wie leicht reparierbar?
    2. Verlängerung der Gewährleistungsfristen (3-5 Jahre)
    3. Beweislastumkehr nach 6 Monaten aufheben
    4. Minimum-Vorhaltefristen für Ersatzteile (4 J?)
    5. Gesetz wie in Frankreich: Kriminalisierung
  - Politischer Wille ist nicht vorhanden
- Werbung: Völlig Inhaltsentleert Werbung informiert nicht, kostet aber 25% des Gesamtproduktpreises, d.h. das Produkt könnte 25% billiger sein!
  - „Fundamentaler Attributionsirrtum“: Marlboro hätte etwas mit Freiheit und Natur zu tun; das ist kein Irrtum, sondern bewusste Attributionsirreführung!
  - Sämtliche Kosmetikwerbung lügt
  - Deutscher Werberat: Reine Lobbyorganisation: Sofort abschaffen wegen Befangenheit Reine Lüge
  - Politische Forderung:
    - Keine Kinderwerbung

    - Keine steuerliche Abzugsfähigkeit von Werbeaufwand bei kommerzieller Werbung gewinnorientierter Unternehmen
    - Initiative Volksentscheid Berlin werbefrei; Initiative Deutschland werbefrei
  - In der Luxusbranche ist unendlich viel Geld vorhanden, das dann an anderer Stelle fehlt
  - Wenn wir Werbung und Bullshitjobs einsparen – planned obsolescence, dann hätten wir jährlich 4 Wochen mehr Urlaub ohne ein Produkt weniger
  - Ziel: Menschen abbringen von ihrer Bestimmung: Wahre, Schöne, Gute; Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.
    Stattdessen: Homo Faber
  - Advocatus diaboli: Wie muss man die Dinge einfädeln?
- 3 Haupteffekte vs. Nebeneffekt: Computerspiele, Fernsehsender, Zeitschriften
  - Werbung
  - Unterhaltungsindustrie
  - Pharmaindustrie
- Mephisto-Prinzip: Die Verführung Angeblich nur im Sinne des Kunden, in Wirklichkeit nur, um ihm das Geld aus der Tasche zu ziehen.
  - Aber es steckt noch etwas anderes dahinter:
    Computerspiel: Fortnight Killer-Spiel von 100 überlebt einer. Killerspiele hat US-Army eingesetzt vor dem Irak-Krieg, um Empathie zu zerstören – wir sollen entseelt werden – tierischer als jedes Tier
    ==> **Menschen sollen entmenscht werden**
  - Viele dieser Prozesse können nicht mehr nur mit Gewinnmaximierung erklärt werden. Marktkräfte Mit 10 -12 bereits Fortnight, um mit 15 GTA uz spielen Punkte für Vergewaltigung und Mord
  - Mord wird gerechtfertigt z.B. an iranischem General: CDU-Politiker, die sich drüber freuen
  - Geht letztlich um ethisch-moralische Fragen
  - Literatur: Kreiß: Das Mephisto-Prinzip
- Andere Frage dazu: Was ist, wenn jetzt die Menschen mehr Zeit haben? - Hoffentlich nicht !
- Werbung, Moral und Religiosität:
  - Treibt Menschen in Gier und Haben statt Sein
  - Empfindung für Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit wird zerstört
  - Respektlosigkeit, Empfindung für Anstand und Menschlichkeit wird zerstört
  - Angriff auf Christentum und Religiosität

- Jesus: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben!“ → Werbung greift genau das an: Mephisto-Prinzip
  → Es geht immer auch um die Werte

- Wie kommen wir raus? - Wege in eine menschliche Wirtschaft
  - Feststellen, dass die ökonomischen Werte falsch sind:
  - unser System ist verantwortungslos, unethisch, gefährlich.
  - Ökonomen erziehen zur Verantwortungslosigkeit
  - Abgabe auf Nicht-Arbeitseinkommen (Freibetrag € 2 Mio.?):
    A) Auf nicht selbst genutztes Bodeneigentum: 3% p.a.
    B) Unternehmensanteile → Stiftungen (Bosch, Mahle, Zeiss, ZF Friedrichshafen usw.) und Genossenschaften
    C) Einführung von Freigeld, Umlaufsicherung, alterndes Geld, Bsp. Chiemgauer
    D) Senkung der Sozialabgaben und Lohnsteuer für Kleinverdiener
  - Auflösung des Filzes:
    Trennung von:

    - Wirtschaft

    - Staat/Politik (Lobbyismus, Parteispenden, Postenwechsel in die Industrie etc.)

    - Kulturleben (Medien, Schulen usw.)

- Konkret:
  - Bannmeile für Lobbyisten um den Bundestag dazu: Lobbyregister (das allerübelste in unserem Land
  - Karenzfristen bei Postenwechsel
  - Gutscheine für Schüler und Studenten
  - Keine gewinnorientierten Medien

- Was können wir tun:
  - Mehr werbefrei
  - Keine Kinderwerbung
  - Werbung verteuern
  - Werbeverbote

- unnötiger Konsum:
  - Joseph Beuys: „Wenn wir mit einem etwas wachen Auge durch die Straßen laufen und in die Schaufenster schauen: 90% aller Produkte brauchen wir nicht und sie sind uns sogar schädlich.“ (1985)

- Soziale Verantwortung und Freiheit liegt bei jedem Einzelnen:
  → Wo kann ich auf Unnötiges verzichten?
  → Wie kann jeder Einzelne zum Guten wirken?

- Umgang mit Kapital und Zinsen:
  - Was macht die Bank mit meinem Geld? Wo legt sie es an?
  - „Ihr Geld arbeitet für Sie“ = falsch
  - Von Geld kann man nicht leben, man lebt immer von der Arbeit anderer Menschen
- Anspruchsdenken, Rechte und Pflichten:
  <u>Sich bewusst machen:</u>
  - Alles, was man von der Gemeinschaft in Anspruch nimmt, alles was man beitragen könnte und nicht beiträgt, bewirkt, dass alle anderen mehr arbeiten müssen
  - Mut
  - Kraft
  - Aufrichtigkeit
- Sinnvolle Arbeit:
  - Zeit für die Natur: Renaturierung der Landschaft
  - Zeit für Kinder
  - Zeit für Freunde
  - Zeit für Senioren
  - Zeit für Kultur, für das Wahre, Schöne und Gute: - Fürs Menschsein
- Wenn wir weniger arbeiten – wer finanziert das?
  - Bodensteuer anheben, behutsam, dann hätten wir schon die ersten Milliarden
  - Wenn der Wille da wäre und wenn die Wahrheit bekannt wäre, könnten wir ganz viel machen, d.h. wir müssen langsam umsteuern
  - Ordentliche Grunderwerbssteuer einführen
- Kreiß: Für Bedingungsloses Grundeinkommen: Entweder grandios scheitern oder eine Revolution
- Wir brauchen eine Speerspitze, die vorangeht: ÖDP könnte diese Speerspitzenfunktion ausfüllen
- Freibetrag bei den Sozialabgaben auf 1000.-- € anheben Für untere Einkommensgruppen brutto = netto. Dann könnten die ebenfalls drüber nachdenken, weniger zu arbeiten.

7 Auswertungsphase:

7.1 Oliver Richters: Utopie und Marktwirtschaft

Fragen: Wie soll Macht begrenzt werden?

Wie setzen wir dem Markt Grenzen?

Wir brauchen Machtbegrenzung, Rohstoffpolitik, die ökologische und soziale Aspekte kombiniert:

3 Themengebiete :

- Thema Macht und Machtverteilung: Eine gute Machtteilung in der Demokratie aber keine Machtbegrenzung in der Wirtschaft: Wie können wir das Gleichgewicht zwischen Politik und Wirtschaft wieder herstellen – diese Machtkonzentration begrenzen?

- Markt: Regulierung, Begrenzung eines Marktes als Mechanismus, die das Markthandeln beschränken : Rohstoffpolitik und Bodenpolitik

- Bodensteuerreform: Notwendig, weil hier Investoren Nutzen daraus ziehen, ohne etwas tatsächlich dazu beigetragen zu haben: Leistungsloses Einkommen

Was war uns im Workshop wichtig: Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Prinzipien von Gerechtigkeit Gleichheit, Bedarf, Anrecht, Leistung

Richters: An welchem Zipfel ziehen wir zuerst? Drei wichtigste Zipfel:

- Machtkonzentration,

- massives Rohstoff und Umweltproblem und

- massives Problem mit Einkommen aus Steigerung des Bodenwerts.

Wie lassen sich Dinge identifizieren, die nach den Prinzipien von Gerechtigkeit allen aufstoßen

Wie soll die Ausrichtung in Zukunft sein: Ordoliberalismus: Politik hat Regeln zu setzen und ansonsten die Leute in Ruhe zu lassen. Derzeitige Miss-Interpretation nach Lars Feld und Euken Institut Freiburg: Wir lassen die Leute in Ruhe, aber setzen keine Regeln

GWÖ und PWÖ sind hier viel kleinteiliger und enger gefasst – zwar konkreter, aber wir brauchen für eine volkswirtschaftliche Ordnung weiter reichende Regelungen.

Lösungsansatz: Bei den Kommunen anzufangen und dort unterzubringen, und dann über die politischen Gremien nach oben tragen

Einkommensteuer reformieren: Ab 9.000.-- € bereits Steuerabgaben müssten weit nach oben gesetzt werden, stattdessen müssten die höheren Einkommensschichten weitaus höher besteuert werden.

7.2 Hans-Josef Fell und Jürgen Osterlänger: Energiewende

Energiewende =Friedenssicherung

Stromautobahnen – uneinig

Strom aus der Region für die Region nur Reststrommengen über HGÜs über die Lande

E-Autos vs. Wasserstoff-Autos

Ölpflanzen: Jatropha zur Wiederbegrünung

Neubewertung der Biokraftstoffe: Muss gut gemacht werden

KWK: kommt auf den Treibstoff an – kann auch sehr gut sein, aber keine fossilen Anteile

Langzeitwärmespeicher über Monate hinweg

Kohlenstoffsenken CO_2 muss aus der Luft in den Boden gebracht werden. Marktkräfte müssen dazu genutzt werden

Keine falsche Effizienz-Dominanz → ??????

Ökostrom muss wachsen um den Faktor 5!

Agro-PV hemmt die Austrocknung der Böden

Klimaschutz in die Verfassung! → Gesetze dementsprechend formulieren; Ökostromsteuerbefreiung umfassend (BB:) Speicherung steuerbefreien!

falsche Subventionen stoppen: Bürgerenergiewende!

Aktionsprogramm Klimanotstand: Kommunen und Bund müssen zusammenarbeiten: müssen Förderprogramme auflegen

Wir sind mitten in der Katastrophe bei 1,2° Zunahme mit 1,5° wird‘s noch schlimmer, aber wir müssen das durchziehen

Reinhold: Prof. Schrempf: Energie ist in Hülle und Fülle da: Die Sonne gibt uns jede Menge!

Ressourcenpolitik für neue Technologien: Kritische Ressourcen müssen wir reduzieren, das ist ein Problem, Öko-Energien ausbauen, trotzdem mit Ressourcen sparen

Kein falscher Naturschutz (Artenschutz ↔ Windkraft)

Rebound-Effekt: Mit neuen Technologien sparen wir weniger und brauchen dann dementsprechend mehr

Wir brauchen Normung, damit wir vergleichen können, wie weit wir sind: dementsprechende Größe wie BIP →

Wir haben die Flächen in der Dritten Welt auch für unsere Energiewende gekapert! E10, Biokraftstoffe das ist auch unredlich!

Pflanzenwachstum sicherstellen: Jede Menge CO2 in der Atmosphäre für das Pflanzenwachstum

Erdgas, Gasschlupf von Methan ist so groß, dass es genauso schädlich sich auswirkt, wie Erdöl

Bei Biogas darf nur noch das zu Biogas genutzt werden, was wirklich Abfälle sind: Gülle, Baumschnitt, Mahd etc. und nicht Lebensmittel

7.3 Fritz Reheis: Resonanzstrategie

Strategie hat anderen Ausgangspunkt, nämlich die Probleme mit Hilfe von Märkten und Geld zu lösen: Gleichung Zeit = Geld und die gesamte Geldlogik führt uns in die Irre

Wir müssen einen anderen Rahmen finden: Das ist die Zeit:

Was haben wir für Eigenzeiten und Systemzeiten in uns als Menschen, als Organismen, in der Natur. Wir müssen nach Synchronisationsverhältnissen fragen: Wir sind auf Resonanz angewiesen!

Resonanz auch mit unseren Mitmenschen und mit uns selbst: Wenn wir eine Entscheidung treffen, dann wollen wir darauf eine positive Resonanz haben

Zeit maximieren statt Kapital → Zeitwohlstand

Fragen: Wie sind Grenzen sinnvoll zu setzen?

Wie kann Zeit als Wohlstand definiert und umgesetzt werden?

„Weniger ist mehr!“ - „Genug ist besser als zu viel!“

Wie erreichen wir eine möglichst große Resonanz für den Zeitwohlstand?

Wie vermitteln wir Resonanzbewusstsein?

Wie erreichen wir den „Normalbürger“?

Forderung: Wiederholung und Neukreierung der Veranstaltung!

7.4 Dietrich Pax: Landwirtschaft unter Rücksichtnahme auf Mensch und Natur

Leuchtturmprojekte sind wichtig, aber: Wie gelingt es, die große Menge zu erreichen?

Individuelle Verantwortung erkennen

Ernährung sichern bei Erhaltung der Artenvielfalt

Keine Verschwendung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Fragen: Wie schaffen wir es, die globalen Ströme in sinnvolle Bahnen zu lenken? (Ökobilanz/soziale Bilanz)

Wie können wir Regionalität stärken?

Forderungen:

Keine Importe landwirtschaftlicher Güter, die wir selber herstellen können

Regionale Wertschöpfungsketten schaffen

Bildung: Ökologisch-landwirtschaftlich: speziell für junge Landwirte; allgemein in alle Lehrpläne

Wir brauchen eine möglichst autarke Landwirtschaft: → Ernährungssouveränität gilt in mehrfacher Hinsicht: Andere Länder machen derzeit für uns ihre Ressourcen an Böden, Wäldern etc. kaputt; das darf nicht mehr sein. Wir machen mit unseren Exporten wieder andere Landwirtschaften in anderen Ländern kaputt: Muss sofort aufhören. Wir brauchen unsere Ernährungssouveränität, damit wir aus eigener Kraft uns ernähren können.

Arbeit im Bereich der Bildung: Unsere Landwirte müssen in Ökologie ausgebildet werden;

Regionale Wertschöpfungsketten: muss über Ordnungspolitik geregelt werden (Tip: Vor der Rente sind Beamte am besten ansprechbar, um nochmal was Gutes zu tun)

Sind wir in der Lage aus nachhaltiger Landwirtschaft – Ökolandwirtschaft uns selbst zu versorgen? - Ja, das geht! Wir müssen uns allerdings abgewöhnen, die Hälfte unserer Erträge wegzuschmeißen, dann langt das auch aus der Ökoproduktion alleine

Streit um PV auf Äcker gut oder schlecht:

Biogasanlage zum Selbstzweck muss abgeschafft werden, darf nur in Verbindung mit Höfen geschehen (s.o.)

Stimme für Agro-PV

JEJ: Flächen für Nahrungsmittelanbau sichern

Wem gehört der Boden? Wem gehören die Ressourcen Frage nach den Commons – Gemeingüter?

Thomas Büchner: Zahl für das Volksbegehren: nicht 10%, sondern 30% bis 2030!

Bildung: In allen Lehrplänen verbindliche Aufnahme von Artenschutz, Klimaschutz,

Unsere Aufgabe: das jetzt Erreichte sichern

Wir brauchen nicht 10, 20, 30%, sondern wir müssen 100% erreichen!

7.5 Herbert Einsiedler: Betriebswirtschaftliche Aspekte wachstumslosen Wirtschaftens:

Geschichtliche Entwicklungen

Strukturen

Darstellen der äußeren Zwänge

VWL könnte viel machen mit BWL-Analyse

Fragen: Gesellschaftliches Geld für ökologische Leistungen auch für klein- und mittelständische Betriebe

Wie ist der gesellschaftliche Weg zu einer ordoliberalen Wirtschaft?

Forderungen:

Ordnungsrahmen:

Gemeinwohlberücksichtigung

Gesetze, Steuern, weitere Aspekten

Betriebsgröße

Zusammenschluss mittelständischer Unternehmen (z.B. Einkaufsgenossenschaften)

Was heißt das für die einzelne organisatorische Einheit? Rahmenbedingungen

Wie muss man die gestalten, damit das Unternehmen wenig bis gar nicht mehr wachsen muss.

Derzeitiger Handlungsspielraum diesbezüglich nicht besonders groß: Wachsen oder weichen

Gesellschaftliches Geld für ökologische Leistungen (nicht nur für landwirtschaftliche Betriebe

Betriebe – kleine Genossenschaften, die in der Fläche agieren und behandelt werden wie Großunternehmen und kaum Überlebenschancen haben, wenn sie nicht wachsen

Wenn wir Kreislaufwirtschaft durchsetzen wollen, müssen wir etwas kompensieren, sonst geht‘s nicht

Wie ist der gesellschaftliche Weg zu einer ordoliberalen Wirtschaft?

Braucht klare Vorgaben und die Kontrolle der Umsetzung

Zwei Möglichkeiten als kleines Unternehmen: Entweder ich wachse oder ich schrumpfe, d.h. bin ganz klein und kann diesen Status halten

Weg dazwischen funktioniert nicht

Gemeinwohlgedanken müssen in diese Bedingungen einfließen dazu spielt Betriebsgröße eine entscheidende Rolle: Momentan wird ein 5 – 10-Mann-Betrieb genauso behandelt wie ein 100000-Mann-Betrieb, das hält der Kleine nicht durch, weil er alle Funktionen eines Großbetriebs aufrechterhalten muss, was nicht geht

Wie kann ich so und so viele Kleinunternehmen zusammenschließen, damit sie annähernd gleich Bedingungen haben wie Großunternehmen (Einkaufsgenossenschaften etc.) → kartellrechtliche Bedenken dagegen.

Geschichtliche Entwicklung: Was war ursächlich für den Wachstumszwang verantwortlich?

VWL könnte viel machen mit einer ordentlichen BWL

Sichtweise des Arbeitgebers zu sehen und daraus urteilen

Handwerksbetriebe werden momentan nicht gefördert

7.6 Irmi Seidl/Jörg Sommer: Rolle der Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft:

Bisher: Arbeit als Hauptfinanzierungsquelle des Staates

Zukunft: Entlastung der Arbeit und Belastung von Maschinen und Ressourcenpolitik

Fragen: Wie können wir soziale Sicherung von Erwerbsarbeit entkoppeln?

Wie sieht unser Verständnis von Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft aus?

Forderungen:

Entkoppelung Arbeit und Sozial-Steuer- und Abgaben-System

Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu Verständnis von Arbeit

Hauptfinanzierungsquelle des Staates: Über die Arbeit

Arbeit muss als Finanzierungsquelle entlastet werden

Wie können wir soziale Sicherung von Erwerbsarbeit entkoppeln?

Wie sieht unser Verständnis von Arbeit in der PW-Gesellschaft aus?

ÖDP sollte sich mit anderen Gruppierungen vernetzen, z.B. Gewerkschaften

7.7 Günter Grzega: Finanz- und Geldwirtschaft ohne Wachstum

Finanz- und Geldwirtschaft wachsen auf Grund von realwirtschaftlichem Wachstum und auf Grund von Finanzmarkt-Aktionen

Fragen: Wie lösen wir die Verteilungsfrage?

Wer entscheidet über die Wachstumsgrenzen?

Einführung Geldsystem im Allgemeinen → **s. PPP!**

Wichtig:

Wie entsteht Geld? Schulden = Vermögen

Geldschöpfung aus dem Nichts

Zentralbankgeld – Bankengeld

Macht der weltweiten Finanzkonzerne

Neuregulierung der Banken und Finanzmärkte

Staatsschulden – ein Risiko?

Theorie des modernen Geldsystems-→ MMT

Gemeinwohlökonomie als Lösungsansatz zur Überwindung des Neoliberalismus und des Wachstumszwangs

Forderungen:

Re-Regulierung der Finanzmärkte

Staatsfinanzierung als Regulator

MMT als evolutionäre Weiterentwicklung

Gemeinwohl-Ökonomie als Gegenentwurf zum Neoliberalismus

Frage nach Wachstum: Geldmengenwachstum? - Keine Schuldzuweisungen an Geld für Wachstumszwang. Es liegt an uns und unserem Denken, weil wir immer mehr Geld haben wollen

Wachstumstreiber ist die Gier nach Geld

Banken können erst Geld schöpfen, wenn einer einen Kredit will

Globale Anwendbarkeit eines neuen Verständnisses

Politisch-gesellschaftliche Frage: Staat muss die Regeln setzen

Widerspruch: Nachfrage das Entscheidende und nur die Finanzwirtschaft macht sich zum Diener der Nachfrage

Marketingfirmen wecken Bedürfnisse – müssen selbst wieder Kapital haben

Wachstumszwang kommt durch die systematische Instrumentalisierung aller Player zum Geldwachstum

Angebote von Konsumentenkrediten – Verführung zum Geldaufnehmen

Verteilungsfrage: Was haben wir überhaupt zu verteilen? - Wenn wir weg wollen vom Wachstum, müssen wir den Kuchen verkleinern

Wir brauchen einen Deckel: Ressourcenwährung als Zweitwährung

Wer entscheidet über die Wachstumsgrenzen? Wer definiert das? - Wer‘s durchsetzt, das ist die Politik

Islamic Banking: Derivate etc. in Frage stellen

Könnten wir sofort einführen: Frage: Nennen wir es Zinsen oder Gebühren?

Grenzen des Wachstums beim Verbrauch von Ressourcen müssen Grenzen gezogen werden.

Frage aber z.B. bei Dienstleistungen: Grenzen des Wachstums? Schluss mit den Dienstleistungen: Muss insgesamt gedacht werden. Marktkräfte

Verteilungsfrage: Problem, dass immer mehr immer weniger bekommen und immer weniger immer mehr!

Investitionen für die Energiewende notwendige

7.8 Christian Kreiß: Warum wir so viel arbeiten müssen?

Unnötige Arbeit: Bullshitjobs

Keynes: Eigentlich könnten wir unseren Lebensstandard bei fortschreitender Produktivität immer weniger arbeiten

Geplante Obsoleszenz: Kaufkraft fließt ab von 110.-- € pro Monat

Möglichkeit: Neues Label mit entsprechenden Kriterien: z.B. konzipiert für z.B. 190 Stunden

Gewisser Grad von Kriminalisierung für Verstöße oder Schlechte Leistungen

Stundenproduktivität zw. 1980 und 2005 um 66% gestiegen

Frage: was als politische Optionen zu handeln, um ein politisches Konzept zu gießen

Dazu auch: Warum passieren diese? Mephistoprinzip - Verführung

Verbot von Werbung kontrovers diskutiert

8 Resümee der Workshop-Leiter

Was nehme ich persönlich aus diesem Kongress mit:

8.1 **Pax:** Es gibt Menschen, die an wichtigen Themen arbeiten: Frage, ob eine Partei aushält, groß zu werden: Wie weit muss man an den Töpfen der Macht beteiligt sein, um das Wissen zu bekommen, und trotzdem noch das Potential zur Veränderung zu bewahren

8.2 **Reheis:** ÖDP mutig genug Kongress veranstaltet, diese Thema aufzunehmen und durchzuziehen

8.3 **Grzega:** In diesem Rahmen etwas ganz Neues und ich werde da weiter kämpfen

8.4 **Einsiedler:** Wirtschaften ohne Wachstumszwang ist keine Freiwilligkeit, sondern entweder wir schaffen es, es kontrolliert zu tun oder wir fahren gegen die Wand

8.5 **Osterlänger:** Verstetigung solcher Veranstaltungen: Wir sind die Partei, auf die wir schon so lange gewartet haben.